

THEORIE UND METHODEN DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Ideengeschichte der politischen Korruption

Buchan, Bruce/Hill, Lisa: An Intellectual History of Political Corruption, 296 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2014.

Seit knapp einem Jahrzehnt interessieren sich Historikerinnen und Historiker vermehrt für das Phänomen „politische Korruption“. In den letzten Jahren ist eine historische Korruptionsforschung entstanden, die sich auf internationalen Tagungen, in Sammelbänden und ersten Monographien manifestiert, sich über theoretische Modelle austauscht und zunehmend auch über empirisch gesicherte Wissensbestände verfügt. Freilich hinkt die historische Zunft der schon seit den 1990er Jahren vor allem im angelsächsischen Sprachraum florierenden politik- und sozialwissenschaftlichen Korruptionsforschung zeitlich hinterher, zugleich gingen die Impulse im historischen Feld stärker von niederländischen, französischen, skandinavischen und nicht zuletzt deutschen Forscherinnen und Forschern aus.

Die hier zu besprechende Monographie fügt sich so gar nicht in dieses Schema ein: Sie stammt aus der Feder einer Politikwissenschaftlerin und eines Politikwissenschaftlers, beide aus Australien, die einen historischen Ansatz verfolgen. Sie schließen mit ihrem Buch die große Lücke einer Ideengeschichte der politischen Korruption zwischen der klassischen Antike und dem 18. Jahrhundert. Ausgangspunkt für dieses Vorhaben ist eine kritische Analyse der aktuellen sozialwissenschaftlichen Korruptionsdebatte. Die Autorin und der Autor referieren eingangs eine Forschung, die weitgehend von neoliberalen Untertönen geprägt sei. Ihre Korruptionsauffassung sei extrem eng. Das Korruptionskonzept diene vor allem dazu, Kostensteigerungen für die Wirtschaft aufgrund fehlerhafter Amtsführung in staatlichen Behörden zu beschreiben (S. 3, 6). Daher fokussiere die gegenwärtige Debatte allein auf die sogenannte amtsorientierte Korruptionsdefinition, die den Missbrauch eines öffentlichen Amtes zum privaten Nutzen in den Mittelpunkt stellt. Dies reduziere den weiten Bedeutungshorizont des Begriffs Korruption.

Das Anliegen der Autoren besteht nun darin zu zeigen, wie vielfältig und wandelbar die Vorstellung von Korruption in der europäischen

Geschichte zwischen Antike und beginnender Moderne war. Jedoch weit davon entfernt, die historischen Korruptionsvorstellungen unverbunden aneinanderzureihen, orientieren sich die Autoren an zwei dominierenden Auffassungen. Auf der einen Seite beinhaltet Korruption eine umfassende Niedergangserzählung für ganze Gesellschaften infolge der Zerstörung von Normen und Moral, von Institutionen und gar als physischer Zersetzungsprozess, dem gelegentlich die ansteckende Wirkung von Infektionskrankheiten nachgesagt wurde („degenerative corruption“). Auf der anderen Seite stehe ein Begriff von Amtsträgerkorruption, die „public office corruption“, wie sie heute dominiere: Sie fokussiere auf Pflichtverletzungen jener Inhaber öffentlicher Ämter, die das eigene Wohl über das der Gemeinschaft stellten. Über viele Jahrhunderte, so die Hauptthese, habe die „degenerative Korruption“ die Debatten beherrscht, bis schließlich die schottische Aufklärung mit ihrem „pragmatischen“ Denken (S. 169) dem eschatologischen Korruptionskonzept ein Ende bereitete.

Gleichwohl ist es den Autoren darum zu tun, in allen Phasen der Debatte Spuren und Hinweise auf die Amtsträgerproblematik zu finden. Beide Konzepte entwickelten sich in Bezug zueinander, so das durchaus überzeugende Ergebnis der Studie.

Die Autoren gehen in chronologischen Schritten vor und stützen sich auf die Werke der staatstheoretischen Klassiker. Die römische und griechische Antike wird als Gesamtphänomen in einem Kapitel abgehandelt, wobei die Unterschiede zwischen beispielsweise der attischen Demokratie und dem römischen Prinzipat unterbelichtet bleiben. Allerdings wird ein lesenswerter Katalog der von den Zeitgenossen ausgemachten Ursachen für die „degenerative Korruption“ präsentiert: vom Wohlleben über das Söldnerwesen bis hin zu Vermögensunterschieden (S. 20–27). Wichtig erscheint auch der Hinweis auf die kasuistische Behandlung von Geschenken an Amtsträger im attischen Diskurs: Nur wenn auswärtige Mächte einen Amtsträger beschenken, stellte sich dies als Bestechungsdelikt dar (S. 36f., „catapolitical bribery“).

Für das Frühe und Hohe Mittelalter konstatieren die Autoren eine Dominanz von Körpermetaphern für das Gemeinwesen, auf die sich auch der Korruptionsbegriff als quasi medizinische Diagnose bezog – ein Umstand, der bis in die Zeit des Thomas Hobbes stilbildend bleiben sollte. Zudem fügte die christliche Lehre dem Niedergangsgedanken eine völlig neue Dimension

hinzu: Korrupt war die Welt seit dem Sündenfall. Das schloss eine Heilung in dieser Welt aus, und fügte sich insofern in die fatalistischen Niedergangsvisionen der vorchristlichen Denker, denen zufolge Korruption/Niedergang schlicht der natürliche Lauf aller Dinge war. Doch hätten die Autoren meines Ermessens stärker auf das Heilsversprechen eingehen sollen: die Aussicht nämlich, dass der Niedergangsprozess spätestens am Jüngsten Tag durch göttliche Intervention durchbrochen wird.

Während im Hohen und Späten Mittelalter weitgehend quasi-medizinische Erörterungen über die Gefahren der Degeneration des politischen Körpers dominierten, kristallisierten sich am Übergang zur Neuzeit neue, an konkreten politischen Problemen orientierte Debatten heraus. Zu den thematisierten Problemlagen gehörten Auswüchse politischer Absprachen in den norditalienischen Stadtstaaten, die Gefahr durch politische Parteibildung (etwa bei Niccolò Machiavelli), und zunehmend Richter- und Amtsträgerbestechung.

Sehr detailliert stellen die Autoren die Korruptionsdebatten auf den britischen Inseln vom 17. bis zum 18. Jahrhundert in all ihren Verästelungen vor. Sie verschweigen dabei nicht die oftmals instrumentelle Bedeutung des Korruptionsvorwurfs mit dem Ziel, den jeweiligen politischen Gegner zu desavouieren oder sogar auf die Anklagebank zu setzen, wie es die sogenannten Impeachment-Verfahren im englischen Parlament zeigten. Spätestens im Übergang zum 18. Jahrhundert spiegelten sich auch konfligierende ökonomische Konzepte und Interessen im Korruptionsdiskurs, der in den Auseinandersetzungen zwischen *court* und *country* stilbildend wirkte. Besonderes Augenmerk schenken die Verfasser schließlich der schottischen Aufklärung. Sie habe die Korruptionsdebatte vollständig transformiert. An die Stelle des Degenerationsmodells sei nun die völlige Fokussierung auf die Amtsträgerkorruption getreten, erstens, weil die Degenerationsthese dem optimistischen Weltbild der Aufklärung widersprochen habe und zweitens, weil der Kampf gegen Amtsträgerkorruption sich perfekt in das liberale Wirtschaftsdenken gefügt habe. Der Kampf gegen Monopole und staatliche Einflussnahme auf das Wirtschaftsleben sei von Adam Smith auch als Kampf gegen Korruption formuliert worden. Korruption, das sei nun kein Tugendverlust mehr gewesen, sondern die Einmischung des Staates in Angelegenheiten, die er sich selbst überlassen solle.

Die Studie bietet Hinweise über interessante Einzelmotive: etwa die bis in die griechische Antike zurückzufolgende Idee, dass professionelle Rechtsberatung zur Korruption der Justiz führen könne oder die ebenso alte Vorstellung, dass mangelnde Disziplin beziehungsweise Passionen bei den Mächtigen zur Korruption führen.

Höchst bedauerlich ist allerdings die Tatsache, dass Autorin und Autor sich offenbar nicht in der Lage sahen, über den Tellerrand der englischen Sprache hinauszuschauen. Quellen werden nur berücksichtigt, wenn sie in englischer Übersetzung vorliegen. Begriffs- und wortgeschichtliche Stellungnahmen etwa zur griechischen Literatur wirken vor diesem Hintergrund wenig belastbar, auch wenn sie überzeugend anmuten (S. 15ff.). Noch problematischer ist die aus der Spracharmut geborene Haltung, die englischsprachige Welt für die einzig relevante zu halten. Während die Klassiker der italienischen Renaissance noch in Übersetzungen zitiert werden, verengt sich der Fokus der Studie spätestens ab dem 17. Jahrhundert völlig auf die britischen Inseln. Das kündigen die Autoren zwar an, begründen es jedoch fatalerweise mit der besonderen Relevanz der britischen Literatur. Um die Umwälzungen im Korruptionsverständnis seit dem 18. Jahrhundert wirklich zu verstehen, wäre es freilich nötig gewesen, die französischen Aufklärer nicht zu vergessen (die auch in Übersetzungen zu haben gewesen wären). Ausgerechnet für England zu konstatieren, die „Entstehung des modernen Staates“ habe im 18. Jahrhundert eine neue Korruptionsauffassung gleichsam erzwungen (S. 155ff.), ist angesichts der britischen Verspätung auf diesem Gebiet und der viel avancierteren Entwicklung auf dem Kontinent irritierend.

Gleichwohl ist das vorliegende Buch lehrreich. Es besticht durch seine klar formulierten Thesen und den nie verlorenen ‚roten Faden‘. Auch die Schilderungen zur schottischen Aufklärung sind absolut überzeugend und werden die korruptionshistorische Debatte sicher beeinflussen. In begrüßenswertem Kontrast zu vielen ideengeschichtlichen Arbeiten bemühen sich die Autoren stets, politische, soziale und mentale Kontexte in ihre Analyse zu integrieren. Insgesamt wird den Lesern vermittelt, wie wandelbar gesellschaftliche Werte und Praktiken waren. Mit zu den besten Passagen gehören kurze Exkurse über die Unsicherheit von Grenzziehungen, über die Ambivalenz von Werten, den zwischen erlaubt und unerlaubt changierenden Status von Geschenken, die soziale Legitimität von Patronage, die Konkurrenz unterschiedlicher

Normsysteme (S. 110) – unübersichtliche Verhältnisse, die für die gesamte Geschichte der europäischen Vor-Moderne galten und die das Nachdenken über Korruption so kompliziert und vielstimmig machten. Wer dieses Buch liest kann indirekt lernen, was die heute dominierende Schwarz-Weiß-Malerei im Korruptionsdiskurs ist: Ideologie.

Darmstadt

Jens Ivo Engels

Berliner Perspektiven auf die aktuelle Geschichtswissenschaft

Wildt, Michael (Hrsg.): *Geschichte denken. Perspektiven auf die Geschichtsschreibung heute*, 284 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014.

Der Titel verspricht viel und lenkt den Leser eventuell in eine falsche Leseerwartung. In den 15 Beiträgen geht es eher selten um aktuelle methodische oder konzeptionelle Herausforderungen oder Kontroversen der Geschichtswissenschaft und wer hier in Analogie zum berühmten Vorbild „*Penser la Révolution française*“ von François Furet eine Revision bisheriger Zunftgewissheiten sucht, wird enttäuscht. Stattdessen findet der Leser die Früchte einer Ringvorlesung von Historikern und Historikerinnen der Humboldt Universität zu Berlin; so etwas wie eine Kostprobe des kollektiven Angebots der dort tätigen Historikerinnen und Historiker. Das ist auch nicht wenig und Studieninteressierte oder Bewerber und Bewerberinnen auf freiwerdende Stellen an der HU werden sicherlich gern zu diesem Band greifen, um sich einen Eindruck zu verschaffen, mit welchen thematischen und konzeptionellen Schwerpunkten dort das Fach auftritt.

Das chronologische Spektrum ist breit und reicht von der griechisch-römischen Antike bis zu den 1970er Jahren, räumlich ist es die mediterran-europäische Welt mit Ausweitungen um das sowjetische Imperium und den afrikanischen Kontinent. In beiden Fällen sind die Verknüpfungen mit der europäischen Geschichte vielfältig und greifbar. Damit ist diese Werbeschrift für die Berliner Humboldt-Historiographie überraschend konventionell. Sie entspricht ganz deutschen Normalsituationen, wie sie auch jenseits der Hauptstadt anzutreffen sind. Der Sammelband bietet überraschend wenig „Globales“ (sieht man von Michael Borgoltes Plädoyer für eine Öffnung

der Mediävistik hin zu einer globalen Geschichte ab), um den zeitgenössisch international wichtigsten Haupttrend zu nennen, aber auch wenig für die deutsche Universitätsprovinz Esoterisches, wie etwa die Geschichte des Alten Orients, der islamischen Welt, Chinas oder Indiens. Arbeitsteilungen mit der FU Berlin, aber auch die Eigenlogiken der *area studies* haben dieses Produkt eindeutig konventioneller werden lassen, als die Berliner Forschungslandschaft realiter ist. Eigentlich ist dieses Lesebuch sogar ausgesprochen nationalgeschichtlich ausgerichtet, wenn man ins 20. Jahrhundert kommt: Fünf Beiträge kreisen um Fragen der deutschen Geschichte, nur Jörg Baberowskis entschiedenes Plädoyer für die historische Ehrenrettung der Entstalinisierungsphase unter Chruschtschow beschäftigt sich mit dem „Ausland“. Ausgesprochen überraschend ist, dass diese Selbstbeschränkung nicht reflektiert wird – die gern geübte Denkanstrengung, aus der fachlichen Not eine intellektuelle Tugend zu machen, wird erst gar nicht unternommen. Das ist auch sympathisch.

Thematisch ist der Reigen der Beiträge bunt und bietet alles, was die heutige deutsche Geschichtswissenschaft an Themenfeldern gern auswählt: Reflexionen über Moderne, grenz- und kulturübergreifende Austauschprozesse und Identitäten, vor allem jedoch Studien für eine Kulturgeschichte der Politik oder des Politischen. Vermutlich ist letzterer der wichtigste, am ehesten zur „Profilbildung“ taugliche Bereich, dem sich gleich mehrere Beiträge widmen: Beispielsweise Birgit Aschmanns Studie zum 19. Jahrhundert über die Missgeschicke der spanischen Königin Isabella II. im Kampf um ihr öffentliches Image oder Alexander Nützenadels Entwurf zu einer historischen Aufarbeitung der großen Korruptionsskandale am Ende des 19. Jahrhunderts. Martin Sabrows Betrachtung der Einpassungszwänge und Darstellungsregeln kommunistischer Autobiographien in das amtliche Geschichtsbild der DDR schließen da ebenso an wie Gabriele Metzlers Skizze zum Umgang der westlichen demokratischen Staaten mit der terroristischen Herausforderung der 1970er Jahre. Auch Thomas Mergel trägt zu diesem Schwerpunkt bei, wenn er die langen 1970er Jahre der Bundesrepublik als Jahrzehnt der Politisierung und einer spezifischen Streitkultur identifiziert. Michael Wildts Einordnung des nationalsozialistischen Volksgemeinschafts-Diskurses in die breitere Problemlage der Grundlegung demokratischer Herrschaft in der Idee der Nation/des Volkes ist ein weiterer Beitrag zu einer solchen Kulturgeschichte der Politik.

Es bleibt aber auch Platz für anderes: Beiträge, welche Grundfragen eines Teilfaches thematisieren, wie Aloys Winterlings Plädoyer, die Alte Geschichte im Licht soziologischer Gesellschaftstheorien zu deuten, oder Andreas Eckerts kritische Reflexionen über einige Stereotypen bei der Betrachtung der jüngeren afrikanischen Geschichte – vom Tribalismus über den Kolonialismus bis zur Dauerkrise der Staatlichkeit. Zudem zu nennen sind Hannes Grandits sozialhistorische Hintergrundanalysen zu den bürgerlichen Imaginationen der Unterschichten-Laster im Wien der Jahrhundertwende, Anke te Heesens Anmerkungen zur Genese der modischen „Spuren-sicherung“ in Kunst und Wissenschaft seit den 1970er Jahren, Peter Burschels Nachdenken über die Listen und Zwänge des Schreibens für einen zum Katholizismus konvertierten islamischen Gelehrten im 16. Jahrhundert und Thomas Sandkühlers knappe biographische Skizze über die Anfänge der neueren deutschen Geschichtsdidaktik in den 1970er Jahren.

Es handelt sich letztendlich um einen bunten Strauß, der in der Wahl der Farben dem aktuellen Geschmack des Faches Geschichte voll und ganz gerecht wird. Wer irritierende Infragestellungen zünftiger Gewissheiten, überraschende Neuansätze oder kritische Provokationen sucht, sollte nicht zu diesem Band greifen; wer wissen will, was ihn an der Humboldt Universität thematisch geboten wird, sollte hineinlesen. Wer über intellektuelle Zeitströmungen und Geschichtswissenschaft nachdenkt, sollte in jedem Fall die Gelegenheit nutzen – und gleich zurückschauen auf die Berliner Situationen um 1900 oder 1950.

Trier

Lutz Raphael

Historische Relevanz von Bildmedien

Kotte, Eugen (Hrsg.): Geschichte in Bildern – Bilder in der Geschichte. Fallbeispiele zur historischen Bildforschung, 160 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2014.

Sechs Beiträge mit Bildanalysen vereint der Sammelband, der auf einer Ringvorlesung der Abteilung für Kulturgeschichte und vergleichende Landesforschung der Universität Vechta beruht. In seiner Einleitung skizziert der Herausgeber Eugen Kotte die Entwicklung der historischen Bildforschung in den letzten 20 Jahren. Ansätze wie der *iconic turn*, die *visual history*, aber auch Erwin

Panofskys beziehungsweise Rainer Wohlfeils dreistufiges Modell der Bildinterpretation werden vorgestellt. Die Beiträge seien „den skizzierten theoretischen und methodischen Ansätzen der letzten beiden Dekaden verpflichtet“ (S. 12), heißt es sehr pauschal.

Der erste Beitrag von Susan Richter befasst sich mit der französischen Bildpropaganda für eine „Nation agricole“ im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Angesichts des desolaten Zustandes der Landwirtschaft und grassierender Hungersnöte im ausgehenden Ancien Régime formulierten die Physiokraten konkrete Handlungsanweisungen an den französischen Monarchen, der zum „ersten Landwirt“ (S. 18) des Staates werden sollte. Als Vorbild diente der chinesische Kaiser, der das Ideal einer Versöhnung von Herrschaft und Natur verkörperte. Richter untersucht, mit welchen Propagandastrategien ihrer Text- und Bildmedien die Physiokraten den öffentlichen Diskurs beeinflussten. Ein eigentlich banales Ereignis – der spätere König Ludwig XVI. führte auf einem Acker selbst den Pflug – wurde zunächst durch einen euphorischen Bericht in einer physiokratischen Zeitschrift überhöht und dann in dem Kupferstich „Le Dauphin labourant“ von François-Marie-Antoine Boizot stilisiert. Der Kupferstich konstruierte so eine neue Wirklichkeit, dies im Gegensatz zur realitätsgerechten Darstellung amerikanischer Präsidenten als *farmer-statesman*, wie Richter zeigt.

In einem ebenfalls instruktiven Beitrag setzt sich Daniela Kneißl mit den Licht- und Finsternismetaphern auseinander, wie sie in den Bilddiskursen der Dritten Französischen Republik formuliert wurden. In sich seit der Aufhebung der Pressezensur 1881 massiv verbreitenden Satirezeitschriften stellte eine antirepublikanische Bildpublizistik die *commune* als Brandstiftung dar. Die republikanische Presse dagegen reklamierte das, positiv besetzte, Licht für sich. Auch die neu eingeführte Straßenbeleuchtung, bei der „technischer Fortschritt, politische Lichtmetaphorik und republikanische[s] Erziehungsideal“ (S. 62) zusammenwirkten, sollte für die Republik stehen. Am Ende des 19. Jahrhunderts traten dann gehäuft Karikaturen auf, die die mangelnde Teilnahme der Armen am Licht der Republik kritisierten.

Eugen Kottes Beitrag über das Gemälde von Jan Matejko zur Schlacht bei Grunwald (1878) bringt zunächst erneut einen längeren, Gedanken der Einleitung zum Teil wiederholenden, Theorie-Exkurs, der in einer erweiterten Dreistufen-Interpretation Wohlfeil'scher Prägung mündet. Kotte legt dar, dass der historische Mythos

von der für die Polen siegreichen Schlacht von Grunwald (beziehungsweise Tannenberg) gegen den Deutschen Orden von Matejko instrumentalisiert wurde: Nach dem gescheiterten polnischen Januaraufstand 1863/64 sollte das Bild die polnische Identität in Zeiten ihrer Unterdrückung mithilfe des Rückgriffs auf die ruhmreiche Vergangenheit beschwören. Matejkos Gemälde wirkt auch heute noch als Identifikationsbild der Polen. Ärgerlich ist die viel zu kleine und schlechte Wiedergabe des Gemäldes.

Die Indienstnahme eines Mythos für sich wandelnde geschichtskulturelle Anliegen ist auch das Thema des Beitrags von Fabian Münch. Er befasst sich mit den Historienbildern, die in Australien zu der Expedition von Robert O'Hara Burke und William John Wills entstanden. Diese hatten 1860 erstmals den Kontinent von Süd nach Nord durchquert. Dabei war es zu chaotischen Zuständen gekommen, die sieben Teilnehmern, unter ihnen Burke und Wills selbst, das Leben kosteten. Der Zeitgenosse Nicholas Chevalier dokumentierte lediglich den spektakulären Beginn der Expedition, während spätere Künstler die beiden Abenteurer zu nationalen und kolonialen Helden stilisierten. Nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich wurden die Entdecker zum Teil des Pioniermythos: Der Held wird zum Opfer der Wüste, der ewigen Widersacherin des Menschen.

Lukas Aufgebauer hat sich mit dem Triptychon „Der Krieg“ von Otto Dix (1929–1932) beschäftigt. Sein Beitrag setzt sich erfreulich intensiv mit den formalen Gestaltungsprinzipien des Werkes auseinander. Während gängige Interpretationen das Werk zum „Inbegriff eines Anti-Kriegsbildes“ (S. 125f.) erklären, setzt Aufgebauer einen anderen Akzent. Dix sei es um die Demontage sakralisierten Heldentums ebenso gegangen wie darum, ein „Gleichnis auf das Wesen des Krieges“ (S. 137) zu schaffen. Damit verfolge Dix keine politische Ideologie, sondern habe eher einen „aufklärerischen Kommentar“ zu den nationalistischen Zeitströmungen schaffen wollen. Diese Unterscheidung überzeugt nicht recht; ein Anti-Kriegsbild kann das Triptychon ja trotzdem sein.

Im letzten Beitrag steht Reinhard Jirgls „Die Stille“ im Mittelpunkt. Diesen Roman ordnet Silke Horstkotte in einen Diskurs ein, der sich um den Status von Fotografien im Rahmen einer Erinnerungskultur dreht. Die Autorin reflektiert über den Charakter der digitalen Fotografie, die – im Gegensatz zur analogen Fotografie – die Aura der Abbildung des Wirklichen verloren hat. Dementsprechend wird in Jirgls Roman die

Familiengeschichte des Protagonisten zwar anhand eines Familienalbums erzählt, doch dessen Bilder kommen selbst nicht zum Vorschein: Sie können keine direkte Weitergabe von Erinnerung zwischen den Generationen mehr stiften; der Roman wird so zum Zeugnis einer *post-memory* der Nachgeborenen (S. 149).

Die einzelnen Beiträge setzen interessante Schlaglichter auf die historische Relevanz von Bildmedien. Wichtig ist die Erkenntnis, dass Bilder nicht nur Wirklichkeit reflektieren, sondern neue Realitäten schaffen können. Als Interpretationsansatz kommen vor allem Panofskys beziehungsweise Wohlfeils Überlegungen zur Anwendung, wohl weil sie die konkretesten Interpretationsschritte vorgeben. Sie werden jedoch erweitert, etwa in Hinblick auf die Rolle von Bildern in der Erinnerungskultur.

Stuttgart

Heike Talkenberger

Zeitreise durch die Geschichte der Ehe

Wienfort, *Monika*: Verliebt, Verlobt, Verheiratet. Eine Geschichte der Ehe seit der Romantik, 336 S., Beck, München 2014.

Der Ehe kommt in der Geschichte der Neuzeit eine wesentliche Bedeutung zu, indem sie gleichermaßen als Ausdruck wie als Adressatin gesellschaftlicher Ordnungsmodelle und rechtlicher Legitimationsstrukturen fungierte. Monika Wienfort verfolgt diese Institution über einen Zeitraum von 200 Jahren. Das Buch ist entlang einer Ablaufchronologie strukturiert, die von der Hochzeit über das Eheleben und die Elternschaft zum Ende der Ehen durch Scheidung oder Verwitwung führt. Dem voraus geht ein Kapitel zu „Vorgeschichten“, in dem die Autorin Schlaglichter auf einen bunten Strauß an Aspekten wirft: von Heiratsannoncen über das Konkubinat bis zu europäischen Heiratsmustern. Zwischen die insgesamt sechs Kapitel ist jeweils die Geschichte eines prominenten Paares aus der kulturprotestantischen Mittel- und Oberschicht eingefügt. Diese Porträts sollen „die Konturen der Institution Ehe“ schärfen (S. 15), das heißt Einblick in die Eheanbahnung und die Wechselfälle des ehelichen Lebens geben sowie Handlungsräume von Frauen sichtbar machen. Briefe und Tagebücher liefern die Quellengrundlage dafür. Territorial liegt der Fokus auf dem deutschsprachigen Raum; doch wird auch Bezug auf andere europäische

Länder, koloniale Kontexte und die USA genommen. Der Prozess der Individualisierung und die „politische Bedeutung des familiären Patriarchalismus“ (S. 10) sollen in dem überblicksartig angelegten Buch greifbar werden. Wandel firmiert als zentrale Kategorie, wenngleich gerade das Ehe- und Familienrecht von enormen Beharrungskräften gekennzeichnet war.

Wienfort stellt eine Vielfalt von Entwürfen dar und hat dabei ihrer Zeit vorausweisende Paargeschichten ausgegraben: So vereinbarten der Philologe Kurt Löwenstein und dessen Braut Mara Kerwel bei ihrer Eheschließung im Jahr 1911, entgegen der am Ehemann orientierten Norm, den Namen Kerlów zu führen (S. 103). Facettenreich sind die Abschnitte zum Ehevertrag und zum ehelichen Güterrecht im Kapitel „Eheleben“ gestaltet. Sie greifen die Frage nach Verfügungsrechten über Vermögen in der Ehe ebenso wie die damit verbundenen Reformdebatten auf. Hervorgehoben wird am Beispiel des Autohauses Benz die ökonomische Bedeutung des von Frauen in die Ehe eingebrachten Vermögens in Unternehmenskontexten (S. 134). Unter der Rubrik „Das Geld der Ehefrau“ werden Haushaltsgeld, staatliche Unterstützungszahlungen während des Ersten Weltkrieges, die Kindergeldpolitik im Nationalsozialismus und die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen behandelt. Die Verfasserin thematisiert des Weiteren Kriterien der ‚richtigen‘ Partnerwahl, Eheratgeber und Beratungsstellen in Eherechtsfragen. Hatten Eheratgeber im 19. Jahrhundert ein „stets geheitztes Wohnzimmer“ und dessen Behaglichkeit gegenüber einem wenig benutzten Salon propagiert (S. 155) und Frauen für eine harmonische häusliche Atmosphäre zuständig erklärt, so hielten ab den 1920er Jahren zunehmend juristische, psychologische und sexualwissenschaftliche Themen sowie eugenische Konzepte Einzug. In den USA wurden in dieser Zeit Kurse zur Eheführung für Collegestudenten abgehalten, in der Folge aber wiederum Frauen als Verantwortliche für das Eheglück adressiert.

Die einzelnen Kapitel streben an, ein möglichst umfassendes Spektrum an thematisch relevanten Aspekten einzufangen und dabei die verschiedenen sozialen Milieus zu berücksichtigen. Neben Befunde, die eine Fülle an Fakten und Zahlen aus der historischen Forschung sowie Episoden aus (auto-)biografischen und auch literarischen Werken bieten, treten Verweise auf rechtliche und gesellschaftliche Veränderungen in der jüngeren Vergangenheit sowie auf aktuelle Trends: So zieht Wienfort den Bogen von der

Geburt unter Assistenz der Hebamme zur dominanten Klinikgeburt bis zum neuen Interesse an Hausgeburten. Sie gibt Zahlen zum Anteil nicht ehelich geborener Kinder in verschiedenen Zeiten und Räumen und verfolgt deren zunehmende rechtliche Gleichstellung. Sie zeichnet den Wandel in Scheidungspraxis und -recht und damit verbundene Kontroversen, Logiken und Strategien nach wie auch den Weg von den Witwenkassen zum Ehegattenerbrecht.

Gesamt gesehen zeigt die Autorin wesentliche gesellschaftliche Prozesse auf, beschreibt und kommentiert sie. Zusammenhänge werden konstatiert, weniger analysiert. Die auf eine große Bandbreite gelegte Konzentration des Bandes bedingt, dass manche Themenfelder nur angerissen werden: Wohnen auf knapp eineinhalb Seiten, Geselligkeit auf einer Seite. Im Abschnitt über die Hochzeitsreise liegen nur zwei Sätze zwischen Paris und Venedig als bevorzugte bürgerliche Destinationen des 19. Jahrhunderts und den Malediven, die Hochzeitspaare gegenwärtig bereisen (S. 106). Einzelne Phänomene erscheinen bisweilen nur lose miteinander verknüpft. Dass kaum auf Forschungsdebatten rekurriert wird, dürfte dem auf ein breiteres Publikum zielenden Charakter des Buches geschuldet sein. Besonders im ersten Teil stolpert man über manche Aussage. Wenn von der „Verstaatlichung der Ehe“ in der Moderne die Rede ist (S. 54), blendet dies aus, dass in Bezug auf Ehe auch schon im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit kirchliches und territoriales Recht – in Form von städtischen Statuten, Polizeiordnungen, Landesgesetzgebungen – ineinandergrieffen, aber auch, dass Kirchen weiterhin in Eheagenden hineinregieren. Schwägerschaft war nicht als spirituelle Verwandtschaft konzipiert – das wäre Patenschaft –, sondern über ‚ein Fleisch‘, zu dem Mann und Frau werden. Die Dispenspraxis war keineswegs generell „großzügig“ und die Gebühren fielen sehr oft nicht „moderat“ aus (S. 36). Ertragreich hätte sein können, Narrative zu konfessionellen Unterschieden nicht fortzuschreiben, sondern nach den Parallelen in der Praxis zu fragen. Die sehr allgemeine Formulierung in der Einleitung, dass „Eltern wenig Einfluss“ auf die Partnerwahl hatten (S. 9), steht im Widerspruch zu all jenen Paaren, die in Gretna Green geheiratet haben, weil ihnen die elterliche Eheeinwilligung verweigert worden war, und auch zu der etwas später im Buch gemachten Feststellung, dass im „Adel und im Bürgertum [...] viele Eltern nach Kräften [versuchten], die Entscheidung für einen Ehepartner zu beeinflussen“

(S. 54). Für eine vertiefte Kontextualisierung hier angesprochener Themenbereiche empfiehlt sich ergänzend die Lektüre des posthum erschienenen Buches von Edith Saurer „Liebe und Arbeit. Geschlechterbeziehungen im 19. und 20. Jahrhundert“. Das Verdienst von Monika Wienfort liegt darin, dass sie ein breites Spektrum an Bereichen geöffnet hat, in die Partnerwahl, Heirat und Ehe hineingreifen, was zugleich deren gesellschaftliche Relevanz deutlich herausstellt.

Innsbruck

Margareth Lanzinger

Moderne Kindheitsgeschichte

Baader, Meike S./Eßer, Florian/Schroer, Wolfgang (Hrsg.): Kindheiten in der Moderne. Eine Geschichte der Sorge, 514 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2014.

Der als Geschichte der Kindheit konzipierte Band versammelt Beiträge zu pädagogischen wie auch sozialen, politisch-ideologischen und ökonomischen Konstruktionen von Kindheit unter dem Fokus der ‚Sorge‘. Dieses Konzept ermögliche, so die beiden Herausgeber und die Herausgeberin, anders als die in der deutschsprachigen historischen Erziehungswissenschaft traditionellen Kategorien ‚Bildung‘ und ‚Erziehung‘, eine breite Sicht auf Kindheit und Generationenverhältnisse, indem es „Geschlechterverhältnisse, emotionale Ressourcen, Zeitressourcen, familien- und sozialpolitische sowie institutionelle und transnationale Perspektiven in die Hervorbringung der generationalen Sorgeordnungen“ einbringe (S. 7). Einerseits wird so der in der jüngeren Genderforschung aktuelle Begriff der ‚Sorge‘ für die Pädagogik nutzbar gemacht und ‚Sorge‘ nicht als Maßnahme gegen defizitäre Verhältnisse, sondern als normale menschliche Existenzform gesetzt, andererseits die Verengung der pädagogischen Perspektive auf eine eindimensionale Beziehung zwischen zwei Generationen hinterfragt. Das Aufbrechen der hergebrachten Differenzierung von weiblich bestimmter Erziehung, die der Privatsphäre und männlich bestimmter Bildung, die dem öffentlichen Raum zugeordnet wird, als erziehungswissenschaftliche Leitkategorie zugunsten einer offeneren Betrachtungsweise von sorgenden Beziehungen zwischen mehreren Generationen, ist ein spannender Ansatz. Zum großen Verdienst dieses Bandes wird dieser Ansatz nicht nur beschrieben, sondern in

den einzelnen Beiträgen auch lohnend umgesetzt. Bewusst knüpft der Band so einerseits an Philippe Ariès einschlägiger Kindheitsgeschichte „L'enfant et la vie familiale sous l'Ancien régime“ (1960) an, grenzt sich andererseits aber durch das neue Konzept der ‚Sorge‘ als zentraler Untersuchungskategorie deutlich von dieser ab.

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart, wobei die Einteilung der einzelnen Zeitabschnitte sich an der klassischen, soziologisch ausgerichteten Generationentheorie orientiert und zwischen 22 und 50 Jahren umfasst. Deziert abgelehnt wird eine lineare Darstellungsabsicht der Kindheitsgeschichte, dahingegen wird bewusst auf Zusammenhänge und synchrone Verläufe hingewiesen. Zentraler Fokus ist die (europäische) Moderne – verstanden als gesellschaftliche Modernisierungsprozesse, die sich zeittypisch entfalten, aber gleichzeitig in größere soziale, kulturelle und politische Entwicklungslinien eingebunden sind.

Dass der Beginn der Moderne sich nicht über pädagogische Praktiken hinweg einheitlich bestimmen lässt, zeigt Juliane Jacobi anhand der Versorgung und Ausbildung von Kindern in familialen und institutionellen Verhältnissen wie Waisenhaus und Schule in der Frühneuzeit auf, die noch sehr stark durch Stand, Vermögen, Konfession und Geschlecht bestimmt waren. Mit der bürgerlichen Kindheit vollzieht sich dann, so Pia Schmid, ein fundamentaler Paradigmenwechsel in der Eltern-Kind-Beziehung, dadurch dass die reziproke Beziehung zwischen den Generationen durch eine ausschließliche Fürsorgebeziehung von Seiten der Eltern abgelöst wird und Eltern es nun als Aufgabe ansehen, ihre eigenen Bedürfnisse zugunsten der Kinder zurückzustellen. Während im aufklärerisch geprägten, bürgerlichen Pädagogikdiskurs Kindern eine ‚glückliche Kindheit‘ zustehen soll, werden Kinder aus proletarischen Schichten unter Zuhilfenahme moralischer Argumentationen für die Fabrikarbeit instrumentalisiert und rücksichtslos ausgebeutet (Doris Bühler-Niederberger/Heinz Sünker).

Arbeit als Mittel zur Moralisierung von Kindern, mithin verstanden als sorgende Praxis, die jedoch unternehmerischen und somit privaten Interessen unterliegt, ist die eine Seite, die Vergesellschaftung durch institutionalisierte Erziehung in der Schule die andere von Kindheit im 19. Jahrhundert. Während erstere durch staatliche Regulierung eingeschränkt und zum Teil durch ‚Fürsorgeerziehung‘ in Erziehungsanstalten ergänzt oder ersetzt wird (Franz-Michael

Konrad), wird die Schulkindheit zum Normalfall. Die Entwicklung des öffentlichen wie privaten Schulwesens, die seit dem 19. Jahrhundert bis heute unter der Frage verhandelt wird, wer die Verantwortung beziehungsweise Sorge für die Entwicklung der Kinder trage – Eltern, Kirche oder Staat – bildet denn auch einen Hauptstrang mehrerer Beiträge über Kindheit im 19. und 20. Jahrhundert; ein weiterer bezieht sich auf die Etablierung von Kinderschutzorganisationen, die sich dem Schutz des ‚Kindswohls‘ als neuem pädagogischen Tätigkeitsfeld verschrieben haben (Meike Sophie Baader, Johanna Mierendorff).

Weitere Beiträge befassen sich mit der großstädtischen Kindheit (Håkan Forsell), der fordistischen (Volker Schubert) sowie der faschistischen Kindheit (Till Kössler). In ihrem Beitrag über Kindheiten in nationalsozialistischen Konzentrationslagern zeigt Wiebke Hiemesch auf, wie die bürgerliche Konstruktion der Kindheit als Schonraum dazu geführt hat, dass die Situation der Kinder in Konzentrationslagern von der Forschung nicht beachtet worden ist. Hier bietet der Fokus auf Sorgebeziehungen einen Untersuchungszugang, der bis anhin nicht möglich war. Kindheit in der Nachkriegszeit wird als ‚familialisierte‘ Kindheit im Westen (Michael-Sebastian Honig/Ilona Ostner) sowie als sozialistische Kindheit in der Sowjetischen Besatzungszone dargestellt, die ganz unterschiedliche Formen der privaten respektive vergesellschafteten Ausprägung von Sorgebeziehungen kennen. Die neuesten Tendenzen der Kindheit in einer globalisierten Welt werden zum Abschluss als sozialinvestive (Harry Hendrick) und transnationale Kindheit (Nicole Himmelbach/Wolfgang Schröer) charakterisiert.

Der Band bietet in angemessener Tiefe einen fundierten Überblick über moderne Kindheitsgeschichte, die nicht nur Erziehungswissenschaftler und Erziehungswissenschaftlerinnen als Nachschlagewerk sowie Ansatzpunkt für neue Forschungsperspektiven dienen kann.

Bern

Nina Ehrlich

Rassistische Konstruktionen in Diskursen

Shooman, Yasemin: „... weil ihre Kultur so ist“. Narrative des antimuslimischen Rassismus, 260 S., transcript, Bielefeld 2014.

Das Buch „... weil ihre Kultur so ist“ von Yasemin Shooman analysiert rassistische Konstruktionen in Diskursen über Muslime mit Schwerpunkt auf der Debatte in Deutschland. Theoretisch bezieht sich die Autorin auf Diskurs- und Rassismustheorien; das empirische Material besteht aus Reden von Politikern, Printmedien (Belletristik, Zeitschriftencover), Internet-Seiten sowie Zuschriften an muslimische Verbände in Deutschland.

Einleitend beschreibt Shooman die Methode der Diskursanalyse und ihre Relevanz für die Rassismusforschung. Hiernach beschäftigt sie sich mit der Debatte um Identität und Leitkultur in Deutschland. Die Autorin zeigt auf, wie historische Diskurse aus Kolonialismus und Orientalismus zusammenfließen und eine Dichotomie zwischen ‚uns‘ und den ‚anderen‘ konstruieren, innerhalb derer eine statische Vorstellung vom Islam festgeschrieben wird. Anhand von Veröffentlichungen wie jenen Peter Scholl-Latours oder Thilo Sarazzins zeigt sie, dass die Kategorien Ethnizität, Kultur und Religion „weder einfach addiert noch auseinanderdividiert werden [können]. [...] Vielmehr muss in einem intersektionalen Verständnis des antimuslimischen Rassismus davon ausgegangen werden, dass diese Zuschreibungen fest miteinander verflochten sind. Das zeigt sich beispielsweise in der synonymen Verwendung der Bezeichnungen ‚Türke‘, ‚Araber‘, ‚Migrant‘ und ‚Muslim‘, wie sie in medialen, politischen und auch wissenschaftlichen Diskursen auftritt“ (S. 67). Vor allem seit der Jahrtausendwende beobachtet Shooman jedoch eine Verschiebung hin zu der Kategorie ‚Religion‘: Während im Neorassismus die ‚fremde‘ Kultur als Hauptfaktor der Differenz galt, ist es heute verstärkt der ‚Islam‘.

Im dritten Kapitel wird die Stereotypisierung muslimischer Frauen als unterdrückte Opfer oder als Bedrohung beschrieben. So wird etwa die Fortpflanzungsfähigkeit der Muslimin „in die Tradition biologistisch-rassistischer Argumentationsweisen eingebettet“ (S. 97) und als demografische Gefahr dargestellt. Die Instrumentalisierung liberaler Diskurse über Feminismus und Demokratie für sexistische und rassistische Einstellungen wird dabei gut herausgearbeitet.

Daran anknüpfend wird in dem Abschnitt „Kronzeuginnen der Anklage?“ die Rolle muslimischer Sprecherinnen in der Produktion von Stereotypen analysiert. An diesen Beispielen zeigt sich, wie Rassismus in demokratischen Gesellschaften arbeitet: Frauen, die sich von einem vermeintlich illiberalen Islam befreit haben und die Verantwortung für gesellschaftliche Konflikte

allein den ‚Anderen‘ zuschreiben, kommt mediale Sicht- und Hörbarkeit zu. Argumentationen von Musliminnen, die sich nicht entlang dieser binären Logik orientieren, werden marginalisiert.

Kapitel vier befasst sich mit der Deutschen Islam Konferenz und Islamfeindlichkeit im Internet. Shooman zeigt auf wie ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Muslime kategorisiert werden, wobei erstere tendenziell als integrationsbereit gelten, „die ihre Religion nicht praktizieren und Fragen der Religionsausübung skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen“ (S. 133). Auch kommen die oftmals kritisierten Verbandsvertreter meist nicht selbst zu Wort, was „von erheblicher Bedeutung für die Herausbildung hegemonialer und marginaler Diskurse“ (S. 134) ist.

Bei der Analyse von Webseiten wie „Politically Incorrect“, die radikal islamfeindliche Positionen vertreten, kommt stellenweise Zweifel auf, wie notwendig es ist, solchen Inhalten so viel Raum zu widmen. Wichtig ist jedoch Shoomans Feststellung, dass „einige Elemente, die sonst überwiegend in Spezialdiskursen im Internet auszumachen waren, mittlerweile auch in etablierten politischen und medialen Diskursen nachzuweisen sind“ (S. 163).

Bei den Zuschriften an muslimische Verbände (Kapitel 5) zeigt sich, dass die Briefeschreiber häufig Medienberichte als Grundlage für ihr Urteil über Muslime und Musliminnen benutzen. Die Autorin zeigt hier den Einfluss der Medien auf, der besonders tragend wird, wenn die sozialen Interaktionen mit Minderheitenangehörigen fehlen (S. 193).

Das Fazit der Autorin ist, dass sowohl in der etablierten Öffentlichkeit, im Internet als auch in den nicht-öffentlichen Zuschriften an muslimische Verbände antimuslimische Topoi auftreten, die sich unterschiedlich artikulieren. „Dies deutet darauf hin, dass inzwischen ein sozial geteilter anti-muslimischer Wissensbestand existiert“ (S. 220).

Shoomans Buch ist ein wichtiger Beitrag um die Mechanismen und argumentativen Inhalte des antimuslimischen Rassismus aufzuzeigen. Die Stärke des Buches liegt darin, dass die Autorin eine Bandbreite verschiedener Diskursebenen versammelt hat und aufzeigt, wie diese sich gegenseitig beeinflussen und welche Positionen verschiedene Akteure und Akteurinnen (Feministinnen, Politiker, Muslime und Musliminnen) darin einnehmen.

Kritisch anzumerken ist, dass die Darstellung der antimuslimischen Aussagen etwas einseitig ist. Bücher wie jenes von Sarrazin und Inhalte

von Webseiten wie „Politically Incorrect“ mögen in wechselseitiger Beziehung mit Mainstream-Diskursen stehen, trotzdem entsteht dadurch das Bild von einem allumfassenden, undifferenzierten Block von Vorurteilen gegenüber Muslimen, das keinerlei Ambivalenz oder auch *agency* von Muslimen miteinschließt.

Vernachlässigt werden zudem Entwicklungen in der islamischen Welt, wie das sogenannte ‚islamische revival‘. Inwieweit kann die Wahrnehmung des Islam und der deutschen Muslime von solchen Entwicklungen getrennt analysiert werden? Gerade bei der Analyse des Orientalismus und scheinbar apolitischen Erfahrungsberichten wie Betty Mahmoodys Buch „Nicht ohne meine Tochter“ (Kapitel 3) spielt der global-politische Kontext (Islamische Revolution, Iran-Irak-Krieg und die Involviertheit der USA) schließlich eine entscheidende Rolle.

Die Schlussfolgerung, der antimuslimische Rassismus sei in der Mitte der Gesellschaft angekommen, ist aufgrund der angeführten Beispiele absolut nachvollziehbar. Aber antimuslimische Diskurse und ihre Protagonisten und Protagonistinnen haben sich nicht zuletzt erst seit der Jahrtausendwende auch gewandelt – eine genauere Differenzierung wäre wünschenswert gewesen.

Wien

Ariane Sadjed

Streitpunkt koloniale Lager

Hasian, Marouf: Restorative Justice, Humanitarian Rhetorics, and Public Memories of Colonial Camp Cultures, 272 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2014.

Konzentrationslager sind eine koloniale Erfindung. Der Begriff tauchte erstmals 1901 im Zuge des südafrikanischen oder Burenkrieges (1899–1902) auf, in dem das britische Militär systematisch die Zivilbevölkerung der umkämpften Gebiete in Lagern segregierte. In Kombination mit der gezielten Verwüstung dieser Landstriche erhofften sich die britischen Oberbefehlshaber, Lord Roberts und später Lord Kitchener, die burischen Guerillas durch diese Maßnahmen effektiv von jeglicher Versorgung abzuschneiden. Vergleichbar waren kurz zuvor bereits die Spanier während des kubanischen Unabhängigkeitskrieges (1895–1898) vorgegangen. Und auch die erst 1899 zum Klub der Kolonialmächte dazu gestoßenen Vereinigten Staaten versuchten im

Krieg auf den Philippinen (1899–1902) hartnäckigen Guerillabewegungen mit Konzentrationspolitiken zu begegnen. Schließlich ließ das Deutsche Reich in Südwestafrika im Zuge des Krieges gegen Herero und Nama (1904–1908) Konzentrationslager errichten.

Mit diesen „colonial camp cultures“ (S. 4) beschäftigt sich Marouf Hasian, Professor am Department of Communications der University of Utah. Er stößt damit in ein Forschungsfeld, dem in den letzten Jahren von Historikerinnen und Historikern vermehrte Aufmerksamkeit zu Teil wurde. Elizabeth van Heyningen und Andreas Stucki, um nur zwei zu nennen, haben etwa jüngst grundlegende Monographien zur Bevölkerungskonzentration in Südafrika beziehungsweise Kuba publiziert. Und auch vergleichende Arbeiten, an die der Autor direkt anknüpfen kann, wurden zuletzt etwa von Jonathan Hyslop und Jonas Kreienbaum vorgelegt. Hasians Ansatz unterscheidet sich von diesen Arbeiten jedoch grundlegend, geht es ihm doch nicht darum – auf der Basis intensiver Archivrecherchen – zu rekonstruieren, was diese Konzentrationspolitiken kennzeichnete. Vielmehr interessieren ihn die rhetorischen Strategien, mit denen Befürworter und Gegner die Lager verteidigten beziehungsweise bekämpften (ebd.) und die sich – so der Verfasser – auch in heutigen Debatten zu kolonialen Lagern wiederfinden (S. 166).

Hasians Ansatz funktioniert recht gut im Hinblick auf Kuba und Südafrika. In beiden Fällen kam es zu großen öffentlichen Debatten über die Konzentrationspolitiken – in den imperialen Metropolen wie in der internationalen Presse – nachdem klar wurde, dass die Versorgung in den Konzentrationsstätten mangelhaft war, Epidemien ausbrachen und dies zu zehntausenden Toten führte. Diskutiert wurde vor allem, wer Schuld an dem Massensterben hatte: die ‚unzivilisierten‘, ‚unhygienischen‘ Internierten, wie Verteidiger der Lager argumentierten, oder – so die Kritiker – das koloniale Militär, das eine ausreichende Versorgung – womöglich absichtlich – nicht gewährleistete. Seine Rekonstruktion rhetorischer Strategien unterstreicht, dass eine einfache Dichotomisierung in kolonisierte Konzentrationsgegner und kolonisierende Lagerbefürworter zu pauschal bleibt. Die Diskussionen zwischen liberalen oder „pro-burischen“ Briten wie Emily Hobhouse einerseits und den Verteidigern der Lagerpolitik im Kriegsministerium und in weiten Teilen der britischen Presse andererseits um die Reformierung der Lager macht anschaulich, dass die Frontlinien weit weniger eindeutig waren. Die Metropole war sich in

ihrer Kolonialpolitik keinesfalls so einig, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag.

In den folgenden Kapiteln zu Deutsch-Südwestafrika und den Philippinen verliert Hasian den roten Faden seines Buches – die Debatten um die „colonial camp cultures“ geraten zusehends aus dem Blick. Das hat einen einfachen Grund: Die Konzentrationspolitiken haben in diesen Fällen zeitgenössisch kaum öffentliche Debatten ausgelöst. Das lag wohl vor allem daran, dass es sich bei den Opfern hier anders als bei den Buren, nicht um Weiße handelte, sondern um koloniale ‚Anderer‘, für die sich europäische Öffentlichkeiten um die Jahrhundertwende kaum interessierten. Es ist in dieser Hinsicht bezeichnend, dass die südafrikanischen Lager für Afrikaner, in denen ähnlich viele Menschen starben wie in den Burenlagern, in der zeitgenössischen Debatte kaum Erwähnung fanden und auch von Hasian werden sie weitgehend ignoriert. Statt mit den Konzentrationspolitiken beschäftigt sich der Autor nun hauptsächlich mit der Diskussion um die sogenannte *water cure*, einem Vorläufer des heutigen *waterboarding*, in den Philippinen beziehungsweise mit der Debatte um den Vernichtungsbefehl des deutschen Generals Lothar von Trotha in Südwestafrika. Das trägt allerdings zur rhetorischen Analyse von Debatten um koloniale Lager wenig bei.

Ebenfalls problematisch wird es mitunter, wenn Hasian die diskursive Ebene verlässt und – zu Kontextualisierungszwecken – beschreibt, „what ‚really happened““ (S. 8). Hier rächt sich, dass Hasian zwar ständig von Archiven spricht, selbst aber offensichtlich keine Archivarbeit geleistet hat und auch nicht immer auf dem Stand der verwendeten Literatur ist. So haben sich einige offensichtliche Fehler in das Buch eingeschlichen. Etwa, um nur ein Beispiel zu nennen, wenn er von 18.000 bis 30.000 Toten in den deutschen Lagern spricht (S. 115), obwohl Letzteres die Gesamtzahl der Internierten deutlich überschritten haben dürfte. Vor allem aber ist zu kritisieren, dass Hasian teils unwissenschaftliche Homepages, die keinerlei Belege enthalten, wie Sekundärliteratur behandelt. Das führt ihn etwa zu der irrigen Annahme, der berühmte deutsche Anthropologe Eugen Fischer sei kurz nach Errichtung der Lager nach Deutsch-Südwestafrika gereist und habe dort dafür gesorgt, dass Schädel zu Forschungszwecken nach Deutschland transportiert werden würden (S. 123f). Zwar kam es tatsächlich zur Verschickung von Leichenteilen, doch Fischer, der erst 1908, als die Lager bereits geschlossen waren, in die Kolonie kam, hatte daran offensichtlich keinen Anteil.

Letztlich trüben die genannten Defizite den Gesamteindruck dieser Studie, die in ihrer komparativen Anlage durchaus innovativ ist und in dieser Hinsicht hoffentlich Nachahmer und Nachahmerinnen finden wird.

Rostock

Jonas Kreienbaum

„Anti-Aly“ – eine Streitschrift gegen einen Historiker

Hannemann, Raiko: Die unerträgliche Leichtigkeit des Vorurteils. Zu einer Funktionalisierung des historischen Antisemitismus im gegenwärtigen Geschichtsdiskurs, 198 S., Neofelis, Berlin 2014.

Götz Aly gehört zu den bekanntesten und meistgelesenen Historikern der Bundesrepublik Deutschland. Diese formale Einschätzung sagt indessen nichts über die inhaltliche Qualität seiner Veröffentlichungen aus. In den ersten Büchern hatte Aly auf bislang eher ignorierte Aspekte der NS-Geschichte verwiesen, wozu etwa der Einfluss von „Bevölkerungsplanern“ auf die Massenvernichtung der Juden zählte. So erkenntnisreich diese Darstellungen von Neuem waren, so problematisch war aber auch deren Verallgemeinerung als hauptsächliche Wirkungsfaktoren. Diese analytische Schwäche erklärt wohl mit, warum Aly größere Anerkennung in den Feuilletons und weniger in der Wissenschaft erhielt. Spätere Publikationen wiesen darüber hinaus einen politischen Subtext auf, womit etwa Achtundsechziger und Nationalsozialisten gleichgesetzt oder der Antisemitismus auf das Gleichheitsideal zurückgeführt wurde. Genau diese Dimension von Alys Büchern und Rezeption nimmt der studierte Historiker Raiko Hannemann in den Blick.

Sein Buch „Die unerträgliche Leichtigkeit des Vorurteils. Zu einer Funktionalisierung des historischen Antisemitismus im gegenwärtigen Geschichtsdiskurs“ macht im Untertitel bereits die inhaltliche Stoßrichtung seiner Ausführungen deutlich. Es versteht sich als ein „Anti-Aly“, ganz in der Tradition von „Anti-Büchern“ wie etwa dem „Anti-Dühring“ von Friedrich Engels (vgl. S. 13). Dabei will Hannemann „gesellschaftliche und diskursive Fragen problematisieren, die sich sowohl in Alys Büchern als auch in ihrer [...] Rezeption verdichten“ (ebd.). All dies geschieht nach der Auskunft des Autors aus der Perspektive der „Kritischen Theorie“ (vgl. S. 14). Bezugspunkt dabei ist

in erster Linie Alys Buch „Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass“ (2011). Hannemann fasst dessen Kern wie folgt zusammen: „Die Deutschen neigten zum Sozialismus und verweigerten sich der Bürgerlichkeit, all dies führte nach Auschwitz. [...] Diese ‚Kriminalgeschichte‘ wird mit [...] dem typischen ‚Sozialneid‘ der Deutschen erklärt“ (S. 18f.).

Hannemann kritisiert zunächst methodische Aspekte: Aly greife das von Antisemiten gezeichnete Bild von Juden inhaltlich auf, um es dann in positiver Kommentierung zur Erklärung der Judenfeindschaft zu nutzen: „Mithilfe von ‚O-Tönen‘ versucht er, Antisemitismus aus dem kollektiven Wirken ‚der Juden‘ einerseits und den Wahrnehmungen der Antisemiten andererseits zu erklären“ (S. 87). Demnach stünden tatsächlich die Deutschen für Gemeinschaft, Gleichheit, Neid und Umverteilung und die Juden für Kosmopolitismus, Risikobereitschaft, Unternehmergeist und Wettbewerb. So werde durch Aly die Attraktivität des Nationalsozialismus nicht auf den Sozialdarwinismus, sondern auf den Sozialstaat zurückgeführt. Letztendlich forcieren demnach das Bedürfnis nach einer egalitären Gesellschaft den Prozess hin zur massenhaften Vernichtung. Aly verteufele „die Utopie der mitmenschlichen Wärme, indem er sie für Auschwitz verantwortlich zeichnet. Sein Rezept dagegen ist die Kälte lieben zu lernen, mit ihr warm zu werden“ (S. 185).

Die im Untertitel erwähnte „Funktionalisierung des historischen Antisemitismus“ dient demnach für Hannemann der Delegitimation des Sozialstaates und der Rechtfertigung des Neoliberalismus. Somit hat man es nicht nur bei Aly, sondern auch bei seinem Kritiker mit einer Durchmischung von politischen und wissenschaftlichen Dimensionen zu tun. Hannemann kann für beide Aspekte mit Einwänden überzeugen: Aly bleibt bei seiner Analyse antisemitischer Diskurse tatsächlich an der Oberfläche und seine Deutung läuft auf deren inhaltliche Umdeutung in einem positiven Sinne hinaus. Damit schiebt er die politische Hauptverantwortung für den Antisemitismus vom bürgerlichen Nationalismus weg zum proletarischen Sozialismus. Hannemann bettet die damit einhergehende Kritik aber in eine politische Polemik ein, welche Aly als eine Art „Historiker-Marionette“ des Neoliberalismus erscheinen lässt. So einfach und schematisch ist das Leben aber nicht: Ansonsten hätte Aly schon längst eine gut dotierte Professur an einer deutschen Universität inne.

Brühl

Armin Pfahl-Traugber

Denunziationsforschung auf dem langen Marsch in die Kulturgeschichte

Krätzner, Anita (Hrsg.): Hinter vorgehaltener Hand. Studien zur historischen Denunziationsforschung, 179 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015.

Das Buch beginnt mit der quellenkritischen Überraschung der Herausgeberin Anita Krätzner, dass das gemeinhin Hoffmann von Fallersleben zugeschriebene Zitat vom Denunzianten als größtem Lump im Land möglicherweise gar nicht von ihm stammt. Solcherlei erhöhte Quellensensibilität ist im vorliegenden Fall mehr als eine philologische Anekdote, da man es in der Denunziationsforschung stärker noch als in anderen Forschungsfeldern mit einer nachhaltigen von Herrschaftswissen und -perspektiven durchsetzten disparaten Materiallage zu tun hat. Das gemahnt zu besonderer Vorsicht, worauf in dem Sammelband auch deutlich hingewiesen wird.

Weiterhin merkt man dem Band seinen DDR-zentrierten Entstehungshintergrund – ein Workshop im Bildungszentrum des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in Berlin im November 2012 – in verschiedener Hinsicht an. Mit Unverständnis erfüllte den Rezensenten dabei der von der Herausgeberin erhobene Anspruch, die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte seit 1990 habe „die Denunziationsforschung nicht nur inspiriert, sondern initiiert“ (S. 12). Damit wird nicht nur die vorherige, an der NS-Geschichte ausgerichtete alltagsgeschichtliche und akteursorientierte Forschung zu Denunziationen seit den 1980er Jahren unzulässig marginalisiert. Gleichzeitig wird auch die frauen-/geschlechtergeschichtliche Denunziationsforschung exklusiv an den Nexus 1989/90 angekoppelt, der dadurch unangemessen überhöht erscheint. Positiv ist demgegenüber das kritische Eingehen auf die Eigenheiten ebenjener DDR-bezogenen Forschungsleistungen hervorzuheben, die laut der Herausgeberin durch ihre Staats- und Institutionenfixiertheit eine eigenständige Denunziationsforschung eher behindert haben. Darin klingen Problemlagen an, die bereits vor Jahren im Zusammenhang mit der Entwicklung der DDR-bezogenen Erinnerungskultur von der so genannten „Sabrow-Kommission“ benannt worden sind und offenbar fortbestehen.

In der ansonsten umsichtigen Einleitung von Anita Krätzner werden den Beitragenden wichtige Forschungsperspektiven zur Auseinandersetzung

mit auf den Weg gegeben: die „Unschärfe“ der Definition beziehungsweise häufige Verkürzung des Verständnisses des Begriffs der Denunziation, das Problem des historisch bedingten Normen- und Wertewandels, dem als denunziatorisch eingestuftes Handeln im hohen Maße unterliegt sowie die Frage nach dem zeit- beziehungsweise systemgebundenen oder überzeitlich-anthropologischen Charakter denunziatorischen Handelns.

Diese Vorgaben werden von den Beitragenden in unterschiedlichem Maße eingehalten. Ohne auf alle Aufsätze im Einzelnen eingehen zu können, seien an dieser Stelle die wesentlichen Erkenntnisse hervorgehoben. Michal Chvojka zeichnet in seinem Beitrag die Etablierung und Verstetigung behördlicher Informationsgewinnung in den tschechischen Territorien des Habsburgerreiches im 19. Jahrhundert nach. Stephanie Abke liefert einen kursorischen Überblick zum denunziatorischen Verhalten im ländlichen Norddeutschland während des Nationalsozialismus, in dem besonders die notwendige Erweiterung des semantischen Feldes der Denunziation thematisiert wird. Die bei Chvojka und Abke vorhandenen Verweise auf das Potenzial von Denunziationen zur Neuverhandlung vertikaler Machtbeziehungen werden leider nicht systematisch diskutiert.

Dorothe Zimmermann stellt in ihrem Beitrag zur Informationstätigkeit des Schweizerischen Vaterländischen Verbandes von der Zwischen- bis zur Nachkriegszeit heraus, wie sich die Denunzierenden durch ihr Handeln als loyale Subjekte konstituierten und gleichzeitig ihr sozialer Status das Quellenprestige der Aussagen bestimmte. Ihre Befunde stehen zudem dadurch heraus, dass sie anhand einer demokratischen Gesellschaft, die sich nicht im aktiven Kriegszustand befand, gewonnen wurden. Denunziationen in Umbruchzeiten sind das Thema in Christiane Kohser-Spohns Aufsatz zur ‚Euration‘ in Frankreich ab 1944, wobei sie aber das Potenzial ihres Forschungsgegenstandes durch einen konventionell rechtshistorischen und begriffsgeschichtlichen Schwerpunkt ihrer Ausführungen zu wenig ausschöpft.

Ritualisierten denunziatorischen Praktiken unter deutschen Kommunisten und Kommunistinnen in den 1930er und 1940er Jahren widmet sich Doris Danzer, die nicht nur die Komplexität des Redens über sich und andere herausarbeitet, sondern auch die Ambivalenzen des Schweigens berücksichtigt. In der Gestapo-Haft zumeist erzwungene Aussagen kommunistischer Widerstandskämpfer und Widerstandskämpferinnen und deren Konsequenzen im NS-Staat und später unter dem

SED-Regime analysiert Udo Grashoff. Er problematisiert zu Recht die Charakterisierung von unter Verhörbedingungen oder Folter gemachter Aussagen als Denunziationen. Die oftmals vorgezeichnete Ausweglosigkeit dadurch gebrochener Biographien verdichtete sich nach 1945 in der gezielten Anwerbung sogenannter „Verräter“ für eine Tätigkeit beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Olga Galanova untersucht aus medien-sensitiver kommunikationssoziologischer Perspektive die enge Verflechtung und gegenseitige Produktion von Geheimnis und denunziatorischer Enthüllung anhand von Anrufen deutscher Bürger beim MfS. Hedwig Richter zeigt anhand des Berichtswesens in Verwaltung, Parteien und Wirtschaft der DDR, wie bürokratisierte Herrschaftsmechanismen beträchtliche Teile der Gesellschaft an den diktatorischen Alltag gewöhnten, den sie selbst zunehmend aktiv lebten und dadurch auch legitimierten. Christian Halbrock versucht ausgehend von denunziatorischem Verhalten in der DDR eine die staatliche, mediale und gesellschaftliche Ebene integrierende Gesamtschau, die allerdings in dem knappen Aufsatzformat kaum leistbar ist. Abschließend bilanziert Anita Krätzner im Abgleich mit Kategorien, die der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit entstammen, den erreichten Stand der DDR-Denunziationsforschung.

Der Sammelband bietet einen für diesen Publikationstypus ungewöhnlich kompakten Zugriff auf ein Forschungsthema. Innovative Potenziale scheinen dabei vor allem in den Beiträgen von Zimmermann und Galanova auf. Wie die mangelnde Präzision des Denunziationsbegriffs dahingehend genutzt werden kann, die produktiven und sinnstiftenden Potenziale denunziatorischen Handelns besser zu konzeptionalisieren, hat jüngst Olaf Stieglitz in seiner Habilitationsschrift „Undercover“ (2013) ausbuchstabiert. Die von ihm dabei eingeschlagenen Wege zeigen auf, wie sich die zukünftige Denunziationsforschung noch stärker von dem engen Korsett herrschaftsdominierter Quellen und Fragestellungen lösen kann.

Taipeh

Christoph Thonfeld

Herausforderung an den wirtschaftsgeschichtlichen Mainstream

Speich Chassé, Daniel: Die Erfindung des Bruttosozialprodukts. Globale Ungleichheit in der Wissensgeschichte der Ökonomie, 344 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013.

Das Bruttosozialprodukt als zentraler Indikator für den Entwicklungsstand eines Landes und dessen Veränderung ist in den letzten Jahren massiv infrage gestellt worden. Dabei stand im Vordergrund, ob man mit dem Bruttosozialprodukt tatsächlich den Wohlstand einer Gesellschaft messe oder ob dafür nicht andere, allerdings schwerer messbare und scheinbar uneindeutigere Indikatoren besser geeignet seien. Daniel Speich Chassé zeigt in der vorliegenden Studie, dass – wenn auch anders motivierte – kritische Stimmen das Bruttosozialprodukt von Anfang an begleitet haben. Und dass diese Kritik, das ist die Hauptidee des Buches, zuvorderst von den Ökonomen und Statistikern selbst formuliert wurde.

Im Kern geht es Speich Chassé um die Entstehung eines für die Thematisierung globaler Ungleichheit zentralen Vergleichsmaßstabes, dessen Eigendynamik und immerwährende Infragestellung. Der Verfasser verdeutlicht, in welcher spezifischen historischen Situation das Konzept des Bruttosozialproduktes entstand und wie es sich zu einem quasi-natürlichen, global wirksamen und politische Entscheidungen maßgeblich beeinflussenden Maßstab entwickelt hat. Er zeigt folglich, wie die Idee der Vergleichbarkeit von nationalstaatlich gefassten Volkswirtschaften selbstverständlich wurde und wie der standardisierte Zahlenblick auf die Welt eine normative Kraft entfaltete. Nebenbei wird so einerseits der mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verbundene Auf- und Ausbau einer globalen Wissensinfrastruktur deutlich, andererseits zeigt sich auch, welche unterschiedlichen Hoffnungen und Versprechen in unterschiedlichen Anwendungskontexten mit dem Bruttosozialprodukt verbunden wurden.

Speich Chassé macht sichtbar, wie im Bruttosozialprodukt Erfahrungen der Neuausrichtung kolonialer Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen in der Zwischenkriegszeit, Versuche der Produktivitätssteigerung während des Zweiten Weltkrieges und die Wahrnehmung der unmittelbaren Nachkriegssituation miteinander verschmolzen. Als zentralen „Resonanzraum des makroökonomischen Wissens“ (S. 137) macht er dabei die frühe UNO aus. Denn für den dort arbeitenden kleinen Expertenzirkel versprach das Bruttosozialprodukt einfache politische Handlungsanweisungen. Hier verband sich zudem ein globaler Gestaltungsanspruch der internationalen Organisation mit dem universellen Geltungsanspruch makroökonomischer statistischer Modelle. Es wundert daher kaum, dass die damals

zentralen Makro- und Entwicklungsökonomien zeitweilig fast alle auch für die UNO tätig waren. Ergebnis dieser Verbindung von internationaler Politik und der sich nun immer stärker auf Wachstumsfragen konzentrierenden Volkswirtschaftslehre war, dass „Entwicklung“ zunehmend mit der Wachstumsrate des Volkseinkommens gleichgesetzt wurde. Eine Verengung, die nicht nur im spätkolonialen Anwendungskontext von immenser Überzeugungskraft war, sondern – wie Speich Chassé deutlich zeigt – auch in den sich dekolonisierenden Ländern.

Der Fokus auf die sich konstituierende Entwicklungsökonomie ergibt das Bild einer äußerst streitbaren ökonomischen Subdisziplin. Speich Chassé stellt immer wieder fest, dass das zum Volkseinkommen pro Kopf geronnene Wissen über den Stand und das Wachstum der Wirtschaftskraft nicht per se überzeugte. Vielmehr gab es von zahlreichen Ökonomen gewichtige Einwände, die im Buch umfassend geschildert werden und die den massiven Widerstand gegen die Idee, das Bruttosozialprodukt wäre ein aussagekräftiger Wert und Vergleichsmaßstab, verdeutlichen. Immer wieder wurden vor allem die Vergleichsprobleme betont. Insbesondere, wenn es um die Aussagekraft des Indikators für Subsistenzwirtschaften – also für die sogenannten „Entwicklungsländer“ – ging. Zugleich wurde aber auch darauf verwiesen, dass das Bruttosozialprodukt eigentlich kein tauglicher Indikator für die Abbildung des Wandels von ländlichen und durch Tauschhandel geprägten zu industriellen und monetarisierten Regionen war. Das ist sicherlich überraschend. Denn statt einer Geschichte der simplen Ökonomisierung von Weltdeutungen wird eine Geschichte des Kampfes um und gegen die Normierung in der statistischen Zahlenwelt sichtbar. Es ist dann auch für Speich Chassé die wichtigste Erkenntnis seiner Analyse, dass die sich im Bruttosozialprodukt, der Investitionsquote und vielen anderen volkswirtschaftlichen Begriffen widerspiegelnde Komplexitätsreduktion, den an der Wissensproduktion beteiligten Wissenschaftlern durchaus bewusst gewesen ist und obendrein äußerst problematisch erschien. Ja, dass sie nicht selten den statistischen Abstraktionen „keinen nennenswerten Erkenntniswert“ (S. 275) zusprachen. Die umfangreich geschilderten Klassifizierungsbedenken und Modellprobleme konnten aber offenbar nicht verhindern, dass sich das Bruttosozialprodukt in der Entwicklungsökonomie gegenüber anderen Indikatoren durchsetzte und etablierte. Denn ganz offensichtlich haben sich die von

Wissenschaftlern vorgetragenen methodischen Bedenken nicht negativ auf die Ausbreitung der Wissenstechnik ausgewirkt. Vielmehr erzeugten politiknahe Experten eine Plausibilität von Konzepten wie dem Bruttosozialprodukt und von Techniken wie der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die durch wissenschaftliche Gegenargumente allein nicht mehr zu entkräften waren. Indem sie dies zeigt, trägt die vorliegende Arbeit auch dazu bei, einen viel differenzierteren Blick auf das Verhältnis von globalisierter Wissenschaft und internationaler Politik zu werfen.

Es ist daher nur folgerichtig, wenn Speich Chassé seine Analyseergebnisse auf die aktuelle Forschung zu Experten in der *global community* überträgt und dabei eine dezidiert globalgeschichtliche Perspektive auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik einfordert. Einerseits verweist er so darauf, dass auch abstraktes und umstrittenes Zahlenwissen äußerst produktiv sein kann, vor allem, wenn es wie hier die globale Kommunikation maßgeblich ermöglicht hat. Andererseits kritisiert er die bisherigen, nur aus nationalen Kontexten sozialer Sicherungssysteme und unter weitgehender Ausblendung von Wirtschaftswissenschaftlern als Experten heraus, plausiblen Zäsursetzungen in der Geschichte zur „Verwissenschaftlichung des Sozialen“. Zugleich benennt der Autor zahlreiche Forschungslücken, die tatsächlich einer eingehenderen Bearbeitung harren: Detailstudien zur praktischen Anwendung der von ihm in wissenschaftlichen Debatten untersuchten statistischen Abstraktionen, Analysen der Planungsvorstellungen im Spätkolonialismus und in den dekolonisierten Staaten sowie ein Vergleich der Wissensordnungen der sich im Kalten Krieg gegenüberstehenden, aber anscheinend epistemisch nicht sehr stark unterscheidenden Kontrahenten.

Es ist zentraler Verdienst der Arbeit, dass das Bruttosozialprodukt in eine Geschichte der Makro- und Entwicklungsökonomie eingebettet und so der Erkenntnisgewinn einer wissenschaftsgeschichtlichen Perspektive auf den bisher vernachlässigten Untersuchungsgegenstand des wirtschaftswissenschaftlichen Wissens verdeutlicht wird. Insgesamt zeigt Speich Chassé wie die Ökonomie im Entwicklungskontext des spät- und nachkolonialen Zeitalters zur Leitwissenschaft wurde, wie sich die Wirtschaftswissenschaften dabei auf die Erstellung von Handlungsanleitungen für die Politik spezialisierten und wie sich dieses auf Praxisrelevanz zielende Wissen – trotz aller Einwände von Ökonomen und Statistikern – einerseits globalisierte und andererseits

naturalisierte. Wer allerdings seine bereits lange vor Erscheinen des Buches publizierten Aufsätze kennt, der wird eher Ergänzendes als Überraschendes finden. Die idealtypische Gegenüberstellung von Colin Clark und Simon Smith Kuznets wird zwar durch weitere – und bemerkenswertere – Akteure ergänzt, aber mehr als die Bandbreite der Kritik lässt sich dadurch nicht verdeutlichen. Das frühe UNO-System und dessen Bedeutung für die Durchsetzung des Bruttosozialprodukts als zentraler Bewertungs- und Vergleichsmaßstab sind ebenso bekannt wie die unterschiedlichen Aneignungskontexte im Zuge der Dekolonisierung und Globalisierung. Somit sind auch manche Thesen nicht mehr ganz so brisant. Zudem unterschätzt Speich Chassé durch seinen alleinigen Fokus auf die Makroökonomie die zeitgenössische Bandbreite des Entwicklungsdiskurses im ökonomischen Feld. Zwar gibt es gute Gründe, von einer zentralen Bedeutung von Zahlen als Basis des Verstehens von globaler ökonomischer Ungleichheit auszugehen und sich so auf die damalige Makroökonomie und die im Bestehen begriffene Entwicklungsökonomie zu konzentrieren. Denn es ist vor allem der ökonomische Teil der Entwicklungstheorie, der direkte Handlungsanleitung und kurzfristige Erfolge versprach und auch beim Aufbau eines global wirksamen Wissenssystems von Bedeutung war. Nichtsdestotrotz waren psychologische Entwicklungstheorien in der damaligen Zeit nicht weniger präsent. Und deren Fokus auf die Erzeugung von Leistungsmotivation war gerade für die Praktiker vor Ort, insbesondere den an Direktinvestitionen interessierten Unternehmern, von immenser Bedeutung. Hier hatten ethnologische Differenzkonstruktionen dann auch noch eine längere Lebensdauer, als sie der Verfasser für das ökonomische Feld konstatiert.

Nichtsdestotrotz hat Speich Chassé weit mehr geschrieben als eine Geschichte des Bruttosozialprodukts. Es handelt sich um nicht weniger als einen wichtigen Teil der Geschichte der Modernisierungs- und Planungsutopien während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die vorliegende Habilitationsschrift ist damit für diejenigen Kreise relevant, die sich mit der Erforschung des Entwicklungs- und Modernisierungsdenkens und der Geschichte Internationaler (Wissens-)Regime beschäftigen. Da die Arbeit zugleich zeigt, unter welchen Bedingungen die Beschäftigung mit Wachstum zum Kern der Wirtschaftswissenschaften wurde und wie sich zentrale Analysemethoden und Begrifflichkeiten der Wachstumsökonomie historisieren

lassen, ist sie zugleich ein lesenswerter Beitrag zur Kulturgeschichte der Wirtschaft. In Zeiten, in denen in der Geschichtsschreibung zur ökonomischen Globalisierung und in zahlreichen Wirtschaftsgeschichten, das Instrumentarium der Volkswirtschaftslehre und die mit dessen Hilfe hervorgebrachten Statistiken nicht selten relativ unreflektiert übernommen werden und als Abbild der Realität gelten, kann man die Studie von Daniel Speich Chassé getrost auch als Herausforderung an den aktuellen wirtschaftsgeschichtlichen Mainstream lesen.

Kiel

Steffen Dörre

Eine grüne Moderne?!

Bemmann, Martin/Metzger, Birgit/Detten, Roderich von (Hrsg.): Ökologische Modernisierung. Zur Geschichte und Gegenwart eines Konzepts in Umweltpolitik und Sozialwissenschaften, 327 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2014.

Anfang der 1980er Jahre trat ein neuer Begriff seine wissenschaftliche Karriere an und sickerte anschließend in eine breitere öffentliche Debatte ein: der Begriff der „ökologischen Modernisierung“. Geprägt von deutschen Sozialwissenschaftlern wie Martin Jänicke und Joseph Huber beschrieb die ‚ökologische Modernisierung‘ gleichermaßen Konzept und Programm: Man ging dabei von der Annahme aus, dass ökonomische Entwicklung und Umweltschutz im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen nutzbringend zu vereinbaren seien. Technikinnovationen, Effizienzsteigerungen und marktwirtschaftliche Anreize würden Umweltziele erreichbar machen und eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturzerstörung ermöglichen. Der Begriff bewies sich als Tausendsassa – er erlangte in politisch-normativer, deskriptiver und analytischer Hinsicht Bedeutung. Der Erfolg des Programms, das auch bald in internationalen Sphären populär wurde, ist heute allorten spürbar: Es bereitete den Weg für die flächendeckende Expansion des Leitbildes der ‚nachhaltigen Entwicklung‘. Die sogenannte ‚Energiewende‘ beispielsweise kann nicht zuletzt in ihrer Funktion als politisches Aushängeschild und Prestigeobjekt der Bundesregierung als unmittelbare Fortsetzung des Konzeptes verstanden werden. Es hat folglich politisch hohe

Relevanz – und es schien nach mehr als drei Dekaden seiner Präsenz im sozialwissenschaftlichen Diskurs an der Zeit, es nicht nur kritisch zu betrachten, sondern auch zu historisieren.

Im Rahmen eines Forschungsprojektes zur Geschichte des Waldsterbens fand 2013 in Freiburg eine interdisziplinäre Tagung zur Geschichte und Gegenwart der ‚ökologischen Modernisierung‘ statt; die Ergebnisse liegen nun in Form eines sorgfältig editierten Sammelbandes vor. Es ging den Herausgebenden darum, nicht nur eine Bestandsaufnahme der aktuellen Diskussionen vorzunehmen, sondern die Entstehung und Entwicklung des Konzeptes in den Rahmen der jüngsten Zeitgeschichte einzuordnen. Dabei interessierte die Historikerinnen und Historiker im interdisziplinären Autorenteam besonders, ob das Konzept produktiv für ein neues Verständnis und eine Erklärung des sozial-ökologischen Wandels in den vergangenen Jahrzehnten zu nutzen sei.

Der erste Teil des Buches beschäftigt sich mit „Bestandsaufnahme und Kritik“ des Konzeptes der ‚ökologischen Modernisierung‘. Hier kommen noch einmal ausführlich die Sozialwissenschaftler Arthur Mol, Gert Spaargaren und David Sonnenfeld zu Wort, die prägend an seiner erfolgreichen analytischen Etablierung mitbeteiligt waren und die sich hier sowohl zur Genese als auch zum Status quo der ‚ökologischen Modernisierung‘ äußern. Diese Erläuterung werden durch eine fundamentale Kritik wie beispielsweise die von Timmo Krüger am „Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung“ oder die von Frank Adler am ausufernden Geltungsanspruch des Konzeptes kontrastiert.

Im zweiten Teil des Sammelbandes folgt eine kritische Untersuchung der Umsetzung und Wirklichkeit. Hier wird eine Reihe von historischen Fallstudien vorgestellt. Silke Beck thematisiert den Weltklimarat als Pionier wissenschaftsorientierter Politik im Zeichen ökologischer Modernisierung, Martin Bemann untersucht am Beispiel immissionsbedingter Waldschäden das historiographische Erklärungspotenzial des sozialwissenschaftlichen Konzeptes. Besonders spannend sind die Beiträge von Birgit Metzger und Laurent Schmidt, die sich dem Konzept, seiner Wahrnehmung und praktischen Übertragung in Deutschland und Frankreich komparativ nähern. Tobias Huff vergleicht Strategien für Luftreinhaltung und Lärmschutz vor der Folie ökologischer Modernisierung in zwei Systemen – der BRD und der DDR, die bisweilen erstaunliche Parallelen aufweisen.

Weder der Teil zu den theoretischen Konzepten noch der Teil mit den Fallstudien der

Praxis ökologischer Modernisierung fördern eine eindeutige historiographische Einordnung des Konzeptes zutage. Aber das ist kein Manko: Das Buch ist vielmehr ein sehr lesenswerter und aufschlussreicher Einstieg in eine ernst gemeinte interdisziplinäre Zusammenarbeit, welche die Umweltgeschichte immer gern postuliert, aber eher selten umsetzt. Vor allem zeichnet sich der Band durch ein fast dialogisches Format aus: Mehreren Beiträgen folgen jeweils kurze prägnante Kommentare, die nicht nur für eine inhaltliche Stringenz sorgen, sondern auch durch die offene Interpretation eines Kommentators jenseits der Disziplin glänzen und dadurch die Perspektive der Leserin bereichern. So ordnet der Historiker Thomas Zeller in Reaktion auf zwei theoretische Beiträge die ökologische Modernisierung noch einmal in den zeithistorischen Kontext ein. Hier wird deutlich, wie viel die historische Lesart eines sozialwissenschaftlichen Konzeptes zu dessen Verständnis beitragen kann, wenn er beispielsweise den ökonomischen und sozialen Hintergrund der Vertreter des Konzeptes und auch die Zusammenhänge von Wohlstand und Umverteilungsmodellen darstellt.

Das Buch ist ein sehr facettenreicher Aufschlag zur Historisierung sozialwissenschaftlicher Konzepte. Die Herausgebenden stellen zwar fest, dass es sich bei der ‚ökologischen Modernisierung‘ um „einen höchst uneinheitlich gebrauchten, in erster Linie politisch-programmatischen genutzten Begriff handelt“ und das ist nicht unbedingt verblüffend. Aber in der Vielfalt der Beiträge spiegeln sich eben auch sehr plastisch die Sogkraft und das Versprechen eines Konzeptes wider, das die Überwindung des Gegensatzes zwischen Wachstumsökonomie und Ökologie zu verheißen schien – und das sich fortsetzt, wie die jüngsten Debatten um eine *green economy* nur zu deutlich zeigen.

Bremen

Anna-Katharina Wöbse

EPOCHENÜBERGREIFENDE STUDIEN

Wechselwirkung von Geschlecht und Recht

Gottschalk, Karin (Hrsg.): Gender Difference in European Legal Cultures. Historical Perspectives, 261 S., Steiner, Stuttgart 2013.

Der Sammelband, konzipiert als Festschrift für die Frühneuzeithistorikerin Heide Wunder, ist aus einer Tagung des Institutional Research Networks „Gender Difference in the History of European Legal Cultures“ von 2009 hervorgegangen. In seiner thematischen Breite dokumentiert der Band eindrücklich die Ergiebigkeit der transnationalen Forschung und die fruchtbare Nutzung von Rechtsquellen aller Art für geschlechtergeschichtliche Fragestellungen.

Einen thematischen Schwerpunkt bilden dabei die Aufsätze, die Normen und Praktiken rund um die güterrechtliche Stellung von verheirateten Frauen seit dem späten Mittelalter behandeln. Einen konzeptuellen Rahmen für diese Beiträge liefert die von Maria Ågren formulierte Problemstellung: In Anbetracht der Tatsache, dass die untersuchten Beispiele aus patriarchalischen Gesellschaften stammen, sei die Frage von Interesse, welche Strukturen diese Gesellschaften als Korrektiv für die kontraproduktiven Auswirkungen des Patriachats entwickelt hätten (S. 105). Ågren illustriert dies am Beispiel der güterrechtlichen Stellung von Frauen im frühneuzeitlichen Schweden. Obwohl deren Vermögen – wie fast überall in Europa – dem Ehemann zur Verwaltung übertragen war, bestanden Vorkehrungen zum Schutz der Frauen, etwa in Form eines Vetorechts der Herkunftsfamilie der Frau gegen den Verkauf von Land durch den Mann. Das Aufkommen des Kreditwesens brachte diese Praxis zu Beginn des 18. Jahrhunderts in Konflikt mit den Interessen von Gläubigern. Die geforderte Aufhebung güterrechtlicher Schutzvorkehrungen fand ihre Begründung darin, dass es nicht zulässig sei, Frauen durch bevormundende Bestimmungen auf die Stufe von Minderjährigen zu stellen.

Solche Argumentationsmuster verweisen auf die Flexibilität von Geschlecht als Strukturprinzip in Rechtsordnungen, was verschiedene Beiträge reflektieren. Augenfällig ist diese Ambivalenz im Aufsatz von Inken Schmidt-Voges, die anhand der Schlichtung von häuslichen Konflikten im 18. Jahrhundert aufzeigt, dass Gerichte fundamentale Geschlechternormen wie die Autorität des Hausvaters im Interesse des häuslichen Friedens einschränkten und so der zentralen Funktion des Hausfriedens für die gesellschaftliche Stabilität in vormodernen Ordnungsvorstellungen Rechnung trugen. Am Beispiel von frühneuzeitlichen Ehedispensgesuchen zeigt auch Cecilia Cristellon, wie die katholische Kirche in ihrer Argumentation zwischen dem Stereotyp der *fragilitas sexus*, der Annahme, dass Frauen aufgrund der weiblichen Schwäche für Apostasie anfällig

seien, und der erhofften Missionstätigkeit von Katholikinnen lavierte.

Wichtige Anregungen für transkulturell vergleichende Untersuchungen vermittelt der Beitrag von Jutta Gisela Sperling. Ihre Forschung zeigt, dass im vormodernen Mittelmeerraum die Unterscheidung von Zentrum und Peripherie weit bedeutender war als kulturelle und religiöse Bruchlinien. So resultierten erbrechtliche Neuerungen in den oberitalienischen Städten, den damaligen Zentren der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung, ab dem 12. Jahrhundert in einer Enteignung verheirateter Frauen. Der Ausschluss der Töchter vom väterlichen Erbe ging einher mit neuen Vorstellungen über die biologische Abstammung; die Präferenz für die agnatische Erbfolge fand ihre Bestätigung in der aristotelischen Lehre, wonach neues Leben allein aus dem männlichen Samen hervorgehe. Im muslimischen Recht dagegen, das sich stärker an das justinianische *corpus iuris civilis* anlehnte, waren Frauen nicht nur güterrechtlich erheblich besser gestellt, sondern konnten auch auf Scheidung klagen. Diese Rechtsstellung begünstigte in den Augen italienischer Reisender die sexuelle Freiheit der Musliminnen. Dass es sich dabei aber nicht um religiös bedingte Unterschiede handelte, zeigt Sperling am Beispiel des katholischen Portugals, das im selben Zeitraum die Gütergemeinschaft der Eheleute und die kognatische Erbfolge kannte.

Neben güterrechtlichen Themen, die auch Gegenstand von Aufsätzen zum 19. und 20. Jahrhundert sind, behandeln mehrere Beiträge strafrechtliche Fragen, mehrheitlich im klassischen Bereich geschlechtsspezifischer Delikte wie Kindsmord, Vergewaltigung und Abtreibung. In seinem Überblick zur Kriminalisierung der Abtreibung zwischen Antike und dem 20. Jahrhundert exemplifiziert Evdoxios Doxiadis die Verflechtung von medizinischen und rechtlichen Diskursen bei der Definition des Schwangerschaftsabbruchs als Straftatbestand. Die parallele Verschiebung von religiösen zu wissenschaftlichen Deutungen von Zeugung und Schwangerschaft und von praktischem zu akademischem Wissen, so Doxiadis, ging einher mit einer Übertragung der epistemologischen Zuständigkeit für Leben und Gesundheit von den Frauen auf die Männer. Katja Geiger illustriert anhand einer quellennahen Lektüre von österreichischen Obduktionsgutachten aus der Zeit um 1900 die Ambivalenz des Objektivitätsanspruchs medizinischer Experten in Kindsmorduntersuchungen. Klassen- und geschlechterstereotype Grundannahmen, welche

die Ergebnisse der Expertisen filterten, flossen in die wissenschaftlichen Erkenntnisse ein, die angeblich typisch weiblichen Handlungsweisen als Tatbestände objektivierten. Bundesdeutsche Gerichtsverfahren zum Wechsel des Personenstandes von trans- und intersexuellen Menschen der 1950er und 1960er Jahren deuten laut dem Beitrag von Ulrike Köppel hingegen auf Konflikte um die Definitionsmacht von Medizin und Rechtsprechung hin, wobei die Gerichte sich in der Rolle der Garanten von Ordnung und Geschlechternormen sahen, während die Medizin ihre Deutungshoheit bei der wissenschaftlichen Geschlechtsbestimmung verteidigte.

Bildet die thematische Breite und methodische Vielfalt der Beiträge die Stärke des vorliegenden Bandes, ist sie zugleich auch dessen Schwäche. Mit seiner beliebig erscheinenden Auswahl von Beiträgen wird der Sammelband dem mittlerweile gut etablierten Forschungsfeld nur noch bedingt gerecht. Die Frage nach der Rolle von Geschlecht bei der Herstellung von Recht und vice versa – wie Karin Gottschalk in der Einleitung postuliert – vermag als verbindende Klammer die fehlende Kohärenz und den Mangel eines thematischen Fokus kaum zu kompensieren.

Zürich/Bern

Regula Ludi

Seefahrtsgeschichte aus Seemannsperspektive

Rediker, Marcus: Outlaws of the Atlantic. Sailors, Pirates, and Motley Crews in the Age of Sail, 256 S., Verso, London 2014.

Marcus Rediker, Professor of Atlantic History an der Universität Pittsburgh, ist ein führender Vertreter der sogenannten „neuen Seefahrtsgeschichte“, die sich mit der Lebenswelt der einfachen Seeleute, Sklaven und Piraten, Meuterern sowie anderen Geächteten in der Segelschiffsära auf dem Atlantik befasst. Vor fast 30 Jahren veröffentlichte er sein aufsehenerregendes Buch „Between the Devil and the Deep Blue Sea. Merchant Seamen, Pirates, and the Anglo-American Maritime World 1700–1750“, in dem er den Perspektivwechsel von Admirälen, Reedern und Kaufleuten weg zu dem Leben der an Bord arbeitenden Männer und Frauen programmatisch darlegte. In mehreren Büchern hat Rediker in der Folge diesen Ansatz vertieft. Das

zu besprechende Buch besteht aus sieben Kapiteln, in denen „the sea as a setting for human activity and historical change against the backdrop of the Atlantic and global rise of capitalism“ (S. XI) untersucht wird.

Im ersten Kapitel verweist der Autor darauf, dass Seemannsgarn mehr ist als eine abenteuerliche, nicht ganz der Wahrheit entsprechende Erzählung. Es ist ein Ausdruck globaler Kommunikation, das in die gehobenen Geschichten der Philosophie, des politischen Denkens, des Dramas und der Lyrik sowie der Literatur Eingang gefunden hat. Anhand der 225.000 Wörter und 150 Zeichnungen umfassenden Aufzeichnungen des Seemanns Edward Barlow, der länger als die große Mehrzahl der 20- bis 30-jährigen Seeleute von 1659 bis 1703 über 40 Jahre zur Seefuhr, wird in Kapitel II dargelegt, wie die Arbeitserfahrungen auf dem Atlantik ein Bewusstsein aus dem Mix von nationaler und internationaler, religiöser und säkularer moralischer und politischer Wahrnehmung geschaffen haben. Ob die Entwicklung vom einfachen Seemann, der nicht schreiben kann, zu einer Persönlichkeit mit egalitären, antiautoritären und moralischen Ansichten mehr als ein Einzelfall ist, muss noch geklärt werden. Kapitel III bietet eine weitere „Biographie von unten“. Henry Pittman, Arzt und dem niedrigen Adel entstammend, war ein gebildeter Mann, der nur zufällig ins atlantische Proletariat abrutschte, weil er 1685 zunächst als Zuschauer während der Rebellion des Herzogs von Monmouth zwischen die Fronten geriet. Als Arzt wollte er den Verwundeten beider Seiten helfen, wurde jedoch nach der Niederlage der Rebellen verhaftet. Statt gehängt zu werden, wurde er versklavt und mit 850 Gefangenen in die Karibik verfrachtet. Seine erfolgreiche Flucht gelang jedoch nur aufgrund sozialer Kompetenz, seiner Kenntnisse von Medizin, Tischlerhandwerk, Navigation und Geographie, von Strömungs- und Windverhältnissen. Die Flucht konnte gelingen, weil die bunt zusammengewürfelte Mannschaft aus politischen Gefangenen, Sklaven, Piraten und anderen Gestrandeten ein Zusammengehörigkeits- und Verantwortungsgefühl entwickelten. Es war nicht nur eine individualistische Aktion, sondern die erfolgreiche Flucht war ein Kollektivunternehmen: „collective in its dependence on cooperation in the division of labor“ (S. 62).

Mit den Piraten in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts befasst sich das vierte Kapitel. Der Atlantik erweist sich als Plattform für die Konstruktion einer alternativen Sozialordnung. Gemein war ihnen die proletarische

Herkunft, die seemännische Tätigkeit und die familiäre Bindungslosigkeit. Daraus entwickelten die Piraten ihr eigenes Rechtssystem, bestanden auf einer egalitären, wenn auch instabilen Sozialordnung und lebten später an Land in Piratengemeinschaften. Sie kooperierten als Seeleute auf dem gemeinsamen internationalen Arbeitsmarkt, wurden nicht länger durch Gesetze diszipliniert und schufen sich ein eigenbestimmtes soziales Dasein weit weg von traditioneller Autorität. Der Atlantik bot die Möglichkeit für das Aufkommen radikaler Ideen.

Die Seeleute auf den Atlantik, die versklavten Afrikaner und die multiethnisch zusammengewürfelten Besatzungen sieht Rediker in Kapitel V als „revolutionäre Agenten“ der zukünftigen amerikanischen Revolution. Ihr kollektives Verhalten wirkte in den 1760er und 1770er Jahren nicht nur zurück auf das amerikanische Festland in Form von rebellischen Aktionen in den Häfen, sondern verbreitete sich in die Karibik und zurück nach Westafrika. Die revolutionäre Krise destabilisierte die koloniale Zivilgesellschaft und „pushed America towards the world's first modern colonial war for liberation“ (S. 90).

Die afrikanischen Sklaven rebellierten und wurden von Gefangenen zu Schiffskameraden, wie in Kapitel VI dargestellt. Die Formen des Widerstandes reichten von der Nahrungsverweigerung, die zum Tode führte, bis zum den Sprung über die Bordwand in den sicheren Tod. Dabei spielte die Vorstellung des „Going Home to Guinea“ eine wichtige Rolle. Viele derjenigen, die in Rebellion gegen die Zustände an Bord den Tod akzeptierten, taten dies in dem in Westafrika weitverbreiteten Glauben an die Heimkehr in ihr Geburtsland. Häufig wurden Familien und Dorfbewohner auseinandergerissen, was auch dazu führte, dass sich die Sklaven auflehnten. In dieser Situation der Verzweiflung bildete sich ein Gemeinschaftsgefühl, das den Mut zur Revolte gegen die Kapitäne und die Kaufleute förderte, die darauf mit bewusstem Terror antworteten. „To the many roles played by the slave ship captain in the burgeoning capitalist economy of the Atlantic must be added another: terrorist“ (S. 141). Das letzte Kapitel nimmt die Rebellion der Besatzung des Schoners AMISTAD im Jahre 1839 auf, ein Thema, dem der Autor bereits eine eigenständige Monographie gewidmet hatte. Die Revolte schwarzer Sklaven hatte die Ermordung des weißen Kapitäns zur Folge. Die 49 Afrikaner erzwangen somit ihre Freiheit. Der Fall wurde in der amerikanischen Presse vielfach beschrieben – nicht frei von Sensationslust. Die weitreichende

Bedeutung der juristischen Behandlung des Falles lag in dem Freispruch der schwarzen Sklaven von der Piraterie durch den Supreme Court im März 1841. Die Rebellen waren weder Eigentum der Händler noch waren sie Piraten. Offiziell waren sie nun freie Menschen. Dieses Urteil und die geänderte öffentliche Meinung stärkten den Kampf der Abolitionisten gegen die Sklaverei und förderten somit auch ihre Abschaffung.

Redikers Forschungen bieten ein überzeugendes Plädoyer für die Berücksichtigung der Erfahrungen der Seeleute, Sklaven, Piraten und multiethnischen Besatzung in der Segelschiffsära. Das Aufkommen des Kapitalismus und der Handelsimperien von oben provozierten den Widerstand dagegen von unten. Ebendieser Aspekt der Geschichte des Schiffsverkehrs auf dem Atlantik ist bislang kaum genügend erforscht worden, weil man diese Ära überwiegend aus der Perspektive des weißen Mannes, der weißen Elite und der Besitzer der nationalen Flotten betrachtet hat.

Loxstedt

Lars U. Scholl

Die Royal Navy als Ordnungsrahmen

Angster, Julia: Erdbeeren und Piraten. Die Royal Navy und die Ordnung der Welt 1770–1860, 345 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2012.

Die Royal Navy gehört zweifellos zu den am besten erforschten Themen der englischen Geschichte. Schließlich hätte es das britische Empire, das über zwei Jahrhunderte die Welt dominieren sollte, ohne diese und deren Überlegenheit über alle Gegner nicht gegeben. Eigentlich, so sollte man meinen, dürften es daher kaum Neues zu erforschen geben. Die Studie von Julia Angster, einer Tübinger Habilitationsschrift, macht allerdings deutlich, dass davon keine Rede sein kann. Im Gegenteil, der von ihr gewählte kulturgeschichtliche Zugriff zeigt, dass es viele Aspekte gibt, die einen ganz anderen Blick auf deren Geschichte zeigen.

Worum geht es der Autorin also? In Anlehnung an die neuere Imperialismusforschung untersucht sie die Grundlagen des zweiten britischen Empire. Diese, so betont Angster zu Recht, habe auf „weiche(n) Formen“ der Machtausübung beruht. Damit meint sie ein Netzwerk von Wegen und Stützpunkten, Kommunikationsverbindungen

und Einflussphären, in denen Händler, Finanziere, Konsuln, Missionare und Marineoffiziere die wesentlichen Akteure waren, „staatliche und gesellschaftliche Kräfte also parallel oder gemeinsam aktiv waren“ (S. 9). Ein wesentlicher Bestandteil dieser Form der Machtausübung war der „ungehinderte Zugang zu allen Weltgegenden, die Möglichkeit der Präsenz vor Ort und die Fähigkeit, Einfluss auf Verhältnisse zu nehmen, die nicht in den unmittelbaren eigenen Herrschaftsbereich fielen“ (ebd.). Doch ohne einen Ordnungsrahmen wäre dies alles nicht möglich gewesen. Diesen Rahmen, der kultureller und rechtlicher Natur war, beschreibt die Verfasserin in ihrer sehr gut, manchmal regelrecht spannend zu lesenden Studie.

Dabei widmet sie sich zunächst der Royal Navy. Organisation und Verwaltung, das Schiff als die kleinste Einheit sowie die verschiedenen Akteure an Bord beschreibt sie mit viel Sachkenntnis und nicht ohne Empathie. Der kundige Leser hat hier sicherlich manchmal das Gefühl, nur begrenzt Neues zu erfahren. Die weiteren Teile wird er aber umso mehr mit großem Gewinn lesen. In insgesamt drei großen Abschnitten beschreibt die Verfasserin die Rolle der Royal Navy bei der Rationalisierung des Raums, der Ordnung der Natur und der Durchsetzung von Recht und Ordnung.

Was wüssten wir beispielsweise von der Welt, wenn die Royal Navy diese nicht systematisch verzeichnet und normiert hätte? In zahllosen Fahrten haben deren Schiffe die Welt vermessen, Küstenverläufe auf Karten festgehalten und unbekannte Regionen der „alten“ Welt erschlossen. Genuines Forscherinteresse und politisch-ökonomische Interessen waren dabei nur schwer zu trennen.

Gleiches gilt für die Ordnung der Natur: Hand in Hand mit der Royal Society erforschte die Royal Navy Fauna und Flora in Übersee. Doch ihr ging es dabei nicht allein um das Sammeln von Wissen, das in – auch heute noch eindrucksvollen – Folianten dokumentiert und in den botanischen Gärten des Westens der Welt bekannt gemacht wurde, sondern auch um dessen praktische Anwendung. Ziel war nichts Geringeres als die „Verbesserung“ der Natur. Systematisch wurden Tiere und Pflanzen transferiert – mit zum Teil fatalen Folgen, wie die Kaninchenplagen in Australien belegt. Aber auch die Erfolge sollten nicht verschwiegen werden: Erst die Royal Navy brachte den Tee von China nach Indien – heute einem der wichtigsten Exportländer dieses Genussmittels. Captain Bligh,

der berühmt-berüchtigte Kapitän der „Bounty“, war es schließlich, der unter anderem Erdbeeren in Tasmanien pflanzte, um aus dieser Insel einen Garten Eden zu machen.

Damit dies alles funktionierte, waren Recht und Ordnung notwendig. Mit gleicher Sorgfalt beschreibt Angster, wie die Royal Navy maßgeblich dazu beitrug, die britischen Vorstellungen dieser Normen durchzusetzen. Diese Normen orientierten sich am Konzept individuellen Eigentums, der individuellen Zuordenbarkeit von Grundbesitz, Pacht und Besteuerung. Jeder, der gegen diese Normen verstieß, verweigerte sich aus britischer Sicht dem Fortschritt und wurde als Faulenzer, Dieb oder Pirat verfolgt. Erfolgreich waren die Briten dabei nur bedingt. Kulturen wie die Tahitis, dem Traumland vieler Seefahrer, kollabierten unter dem Reformdruck der Briten; in anderen Regionen gab es vielfältige Formen von Resistenz. Darüber hinaus ist nicht zu verkennen, dass es gerade die Globalisierung europäischer Ordnungsvorstellungen war, die – so paradox dies erscheinen mag – zu einer rechtlichen und kulturellen Regionalisierung führte, da die Regionen dann doch Wert auf ihre Eigenständigkeit legten.

Mit der Mitte des 19. Jahrhunderts sollte sich dies alles ändern, da die Welt sich rapide gewandelt hatte. Neues zu entdecken gab es nicht, der Sozialdarwinismus, der vom Imperialismus nicht zu trennen ist, löste die wissenschaftliche Neugier bei der Suche nach dem „Schöpfungsplan“ ab. Damit änderte sich auch die Funktion der Navy selbst: Im Zeitalter rivalisierender Imperialismen diente sie nun zuallererst der Verteidigung des Empires.

Den Weg dorthin hat Julia Angster in eindrucksvoller Weise beschrieben. Einmal mehr hat sie dabei zugleich einen wichtigen Beitrag zu unserem Verständnis von den komplexen Wandlungsprozessen im 18. und 19. Jahrhundert geleistet, die wir allzu oft leider aus dem Blick verloren haben.

Potsdam

Michael Epkenhans

Samuel Bentham in Russland

Morriss, Roger: Science, Utility and Maritime Power. Samuel Bentham in Russia, 1779–91, 286 S., Ashgate, Surrey 2015.

Roger Morriss hat mit „Science, Utility and Maritime Power. Samuel Bentham in Russia,

1779–91“ eine aufschlussreiche Fallstudie vorgelegt, die die Reisen und Tätigkeiten des vom Utilitarismus beeinflussten Samuel Bentham (1757–1831) im Russland Katharinas der Großen nachverfolgt. Wie ihr Vorbild Peter der Große, der sich die Modernisierung Russlands nach europäischem Maßstab zur Aufgabe gemacht hatte, warb die Kaiserin in ganz Europa erfolgreich um Siedler und technisches Wissen. Dabei stand insbesondere die noch unterentwickelte Marine des sich ausdehnenden Russischen Reiches im Baltischen wie im Schwarzen Meer unter großem Handlungsdruck. Dem gelernten Schiffsbauer Samuel Bentham, dem nach seinen Lehrjahren auf den Londoner Werften zwischen 1770 und 1778 eine höhere Anstellung zunächst verwehrt geblieben war, bot dies die Chance, sein Potenzial unter Beweis zu stellen.

Das erklärte Ziel des Marinehistorikers Morriss ist es, zu ergründen, inwiefern die über zehnjährige russische Erfahrung Samuels zu den später von ihm als Inspector General of Naval Works (1796–1807) eingeführten Verbesserungen in der englischen Navy beitrugen (S. xiii–xvi). Ebenso geht es dem Autor um die Bestimmung des Verhältnisses zwischen Samuel Benthams wissenschaftlichen Interesse, seinem Utilitätsdenken sowie seiner maritimen Erfahrung (S. xiv). Quellengrundlage für Morriss Buch sind insbesondere die Briefe Jeremy Benthams („The Correspondance of Jeremy Bentham I–III“) wie auch Ian R. Christies Monographie „The Benthams in Russia 1780–1791“ (1993). Morriss zufolge beschreibe Christies Buch zwar Benthams vielfältige Erfahrungen, lasse aber offen, inwiefern diese später in der englischen Navy Wirkungen zeitigten.

Morriss Buch gliedert sich entsprechend des Titels in drei Teile. Im ersten Kapitel unter der Überschrift „Science“ schildert Morris Samuel Benthams 1779 beginnende Reise durch den Nordwesten Europas (Niederlande, Deutschland, Polen, Litauen, Russland) und dabei insbesondere dessen Erkundung der dortigen Ressourcen für den Schiffbau. Auch Benthams erste Sibirien-Reise im Jahr 1781 wird hier nachgezeichnet, die dieser zur Einschätzung des dortigen Bergbaus und der Mineralvorkommen unternahm.

Im zweiten Kapitel „Utility“ beschreibt Morriss Benthams Dienst für die russische Krone ab 1784, wie insbesondere dessen Arbeit für Fürst Grigori Alexandrowitsch Potjomkin (1739–1791). Mit dieser Tätigkeit fand sich Bentham im Zentrum der Macht des aufstrebenden Reiches

wieder. Potjomkin, der im Auftrag der Kaiserin den Süden Russlands erweiterte und dadurch mit den Osmanen in Konflikt geriet, betraute Bentham nicht nur mit der Entwicklung des Schiffbaus für die Krone, sondern ebenso mit der industriellen Entwicklung seiner Güter bei Kriчев. Dort, im heutigen östlichen Weißrussland, gab es sowohl für den Schiffbau geeignete Wälder als auch eine Flussschiffbau zum Schwarzen Meer.

Auch Samuel Benthams berühmter Bruder Jeremy (1748–1832) hielt sich zwischen Februar 1786 und November 1787 in Kriчев auf. In dieser Zeit widmeten sich die Brüder einer Vielzahl gemeinsamer Entwicklungsprojekte, von denen die beiden das Kontrollhaus oder Panoptikum wohl als das bedeutendste ansahen. Dabei ging der Plan des Panoptikums aus einer Notlage hervor. Mit einer Vielzahl von Aufgaben betraut, mangelte es Bentham in Kriчев an Möglichkeiten, seine ungelernen Schiffsbauer bei ihren Tätigkeiten zu beaufsichtigen. Abhilfe versprach hier die Errichtung eines kreisrunden Arbeitshauses mit einem zentralen Aussichtsturm darin. Ein solches Gebäude ermöglichte es einer einzigen Person, mehrere Herstellungsprozesse gleichzeitig zu überwachen. Benthams Bruder Jeremy erkannte die potenziell universelle Anwendbarkeit des darin liegenden nutzenmaximierenden Prinzips und warb in den Folgejahren für eine Anwendung des Panoptikums im englischen Strafvollzug.

Im dritten Kapitel „Maritime Power“ widmet sich Morriss äußerst detailreich den technischen Entwicklungen Samuel Benthams, die dieser für die russische Flotte entwickelte. Nachdem Bentham bereits in den ersten Jahren in Russland ein amphibisches Vehikel konstruiert hatte, entwarf er in Kriчев ein *imperial vermicular*. Dabei handelte es sich um eine für die Flussschiffahrt gedachte Schiffskonstruktion, die aus fünf miteinander flexibel verkoppelten Modulen bestand. Das für die Kaiserin gedachte Gefährt war zwar auch mit Segeln ausgestattet, doch seine Hauptantriebskraft bestand in seiner großen Ruderstärke, die erst durch die ungewöhnliche Länge ermöglicht wurde und mit der hohe Geschwindigkeiten erreicht werden konnten.

Der zweite Schwerpunkt des Kapitels liegt auf Benthams Rolle im Russisch-Österreichischen Türkenkrieg von 1787 bis 1792. Morriss zeigt hier, dass der russische Sieg in den Gewässern des Liman, in der Nähe der befestigten türkischen Stadt Ochakov, eher auf Benthams technisches Engagement zurückzuführen ist, als auf das militärische Können der russischen

Marine. Von der russischen Marineführung war Bentham mit der Bewaffnung einer leichten Flotte in Kherson betraut worden. Für die agilen russischen Schiffe, die er mit besonders großkalibrigen und dennoch fast rückstoßfreien Geschützen ausgestattet hatte, erwies es sich als ein Leichtes, die zahlenmäßig weit überlegene türkische Flotte zu zerstören, deren Flaggschiffe sich im Verlauf der Seeschlacht auf Sandbänken festsetzten. Mit dem Sieg im Liman 1788 und der anschließenden Eroberung von Ochakov gelang es Russland, die zuvor erfolgte Annexion der Krim zu sichern.

Morriss Ausgangspunkt, bestimmen zu wollen, inwiefern Samuels Russlanderfahrungen am Anfang der von ihm später in der englischen Navy eingeführten technischen Verbesserungen standen, bleibt in seinem Fazit – im Vergleich zu der Detailfülle der vorangegangenen Kapitel – unterbestimmt. Auch der von Morriss erweckte Eindruck, dass Benthams utilitaristische Haltung ursächlich für seine technischen Neuerungen gewesen sei, bleibt unzureichend belegt. Benthams technisches Können war zwar sicher durch sein analytisches und philosophisch geschultes Denken befördert worden, doch richtete sich seine Ingenieurskunst hauptsächlich auf maritime Entwicklungen, die nur sehr bedingt einem „Größten Glück der größten Zahl“ dienen. Tatsächlich zeigt Morris Studie, dass Samuel Bentham in erster Linie als ein Unternehmer seiner selbst durch Russland reiste (S. 232). Sein Aufenthalt war zwar auch von einem wissenschaftlichen Interesse an Land und Leuten getrieben, sein primäres Anliegen aber bestand darin, Geschäftsmöglichkeiten in einem Land des Aufbruchs zu eruieren und vor allem darin seine Kenntnisse und Fähigkeiten zu erweitern, um diese in entfernterer Zukunft der Royal Navy anzubieten. Seine Reise wies insofern, wie Morriss bemerkt, Charakteristika einer *grand tour* auf (S. 13).

Halle (Saale)

Gregor Ritschel

Ein zentrales Untersuchungsfeld

Moser, Peter/Varley, Tony (Hrsg.): *Integration Through Subordination. The Politics of Agricultural Modernisation in Industrial Europe*, 320 S., Brepols, Turnhout 2013.

Die Geschichtswissenschaft befasst sich seit jeher in der einen oder anderen Weise – implizit oder explizit – mit ‚dem Lebendigen‘ respektive der Lebendigkeit ihrer Untersuchungsgegenstände. Die

Historische Anthropologie zum Beispiel hat Geburt, Kindheit, Krankheit und Tod, Emotionen und Interessen, Widerständigkeit und Eigensinn auf die Forschungsagenden gesetzt, und die in jüngster Zeit vermehrt diskutierten Mensch-Tier-Beziehungen haben den Horizont historischer Forschung in vielleicht unerwarteter Weise neu gespannt und mit Hund, Rind und Maus wurden ganz neue Akteursgruppen in der Geschichte entdeckt.

Der von Peter Moser, Initiant und Leiter des 2002 gegründeten Archivs für Agrargeschichte in Bern, und Tony Varley, Senior Lecturer an der Universität Galway in Irland, herausgegebene Band versammelt Forschungsprojekte aus dem von der European Science Foundation geförderten Programme for the Study of European Rural Societies. Dabei ist Landwirtschaft ein laut Peter Moser noch viel zu wenig reflektierter Bereich moderner Gesellschaften, dessen Eigenlogik zu wenig begrifflich sowie methodisch erfasst und theoretisch durchdacht ist. Landwirtschaft basiert auf der Nutzung lebendiger Ressourcen, ihre Produktion umfasst auch die Reproduktion, während industrielle Herstellung auf dem Verbrauch von Energieträgern beruht (Moser „Neue Perspektiven“, 2010).

In einem ersten, einleitenden Kapitel der beiden Herausgeber wird zunächst ein kurzer Überblick zur historischen Entwicklung der Landwirtschaft im West-Europa des 18. und 19. Jahrhunderts mit seinen drei „landwirtschaftlichen Revolutionen“ gegeben, gefolgt von einer Analyse der zentralen Rolle des Staates als Initiator agrarpolitischer „Modernisierungsprozesse“ anhand von vier idealtypischen Szenarien sowie abschließend einer vergleichenden Diskussion der einzelnen Fallbeispiele aus dem Forschungsverbund im Kontext dieser Szenarien. Die Ursache, und dies wäre das erste Szenario, für die politische Einmischung des Staates in die Landwirtschaft ist die Überzeugung, dass eine modernisierte Landschaft grundlegend für einen modernen stabilen Staat und zudem unerlässlich für die Nahrungsmittelsicherheit sei (S. 26). Diese Modernisierung, so das zweite Szenario, basiert auf einer fundamentalen Transformation des gesamten Agrarsektors, die schließlich „may come to be regarded as an agricultural ‚revolution‘“ (ebd.). Um diesen Wandel durchzusetzen, sind zwei Arten der Machtausübung nötig, so das dritte Szenario, nämlich die Durchführung und Regulierung von Infrastrukturmaßnahmen und die Fähigkeit zu „corporatist partnership-type arrangements“, mit denen Akteure der Zivilgesellschaft sowie private und professionelle Interessen miteinander

verbunden werden können (ebd.). Die Konsequenz für die ländlichen Produzenten und die ländliche Bevölkerung insgesamt ist deren Unterordnung unter die Logik und Werte industrieller Produktion; ein Prozess, den bereits Marx und Engels beschrieben haben (S. 27) und der im Titel des Buches als zentrale These wiederkehrt: „Integration Through Subordination“.

Entfaltet werden diese idealtypischen Szenarien in den folgenden Kapiteln anhand konkreter Fallbeispiele. Diese reichen regional von Spanien, Portugal und Frankreich über Italien und Griechenland, sodann die Niederlande und Belgien, Deutschland, Schweiz und Lichtenstein bis nach Österreich und Ungarn. Zwei weitere Kapitel befassen sich über Europa hinausgehend in einer globalen Langzeitperspektive mit der „evolution of farm policies“ (Niek Koning) sowie dem internationalen Zuckermarkt in den 1930er Jahren (Fritz Georg von Graevenitz). Die staatlichen Modernisierungsbestrebungen gingen stets einher mit dem Versprechen, dass die Veränderungen die Lebensbedingungen der ländlichen Gesellschaft verbessern würden, wobei die „political elites hardly ever lost sight of the primacy of agriculture's role in serving the economic needs of the wider industrial society“ (S. 32). Dies galt für Demokratien ebenso wie für Diktaturen und erinnert zudem an Kolonien. Auch unter der Kolonialherrschaft im 19. und 20. Jahrhundert war der Staat ein zentraler Akteur des landwirtschaftlichen Wandels, der entweder den entstehenden Industrien vor Ort oder dem Mutterland dienen sollte.

Die einzelnen Aufsätze mögen etwas für Spezialistinnen und Spezialisten sein, und doch handelt es sich um einen höchst anregenden Sammelband zu einem zentralen historischen Untersuchungsfeld. Um Geschichte jenseits der Zeitgeschichte im engeren Sinne zu verstehen, sind Kenntnisse über Agrargesellschaften, deren Verfasstheit, besonderen Probleme und Herausforderung sowie deren Transformationsprozesse notwendig und das gilt insbesondere in globalgeschichtlicher Perspektive. Bis weit in das 19. Jahrhundert hinein haben wir es in Asien, Amerika und Afrika sowie in vielen Regionen Europas mit Agrargesellschaften zu tun. Und selbst wenn heute mehr als die Hälfte der Menschheit weltweit in Städten lebt, so ist doch der Agrarsektor weit mehr als ein Ausgangspunkt für Urbanisierung – und auch in den Städten entstehen neue Formen der Landwirtschaft, die es theoretisch und methodisch zu fassen und zu analysieren gilt.

Zürich

Gesine Krüger

Politische Geschichte der Wanderarbeit in Südafrika

Rankin-Smith, Fiona/Phillips, Laura/Delius, Peter (Hrsg.): A Long Way Home. Migrant Worker Worlds 1800–2014, 320 S., Wits UP, Johannesburg 2014.

Afrikanische Migranten haben keineswegs nur Europa zum Ziel. Im Gegenteil – im südlichen Afrika sind Migrationsbewegungen auf Südafrika ausgerichtet. Die vergleichsweise starke Wirtschaftsmacht mit ihren Bergbau- und Industriegebieten im Großraum Johannesburg zieht jährlich Hunderttausende aus den Nachbarländern an. Auch Menschen aus den verarmten ländlichen Provinzen Südafrikas kommen auf der Suche nach Arbeit in die Metropolen. Diese Prozesse sind nicht neu, denn seit der Entdeckung der Kohle- und Goldvorkommen am Witwatersrand Ende des 19. Jahrhunderts prägte Wanderarbeit die urbane Ökonomie und zwar in Ausmaßen, die im weltweiten Vergleich der Industrialisierung einzigartig waren. 1920 arbeiteten bereits 100.000 Wanderarbeiter in den Minen, 1975 waren es 238.000, davon kamen allein 78.000 aus dem kleinen Gebirgsland Lesotho und 97.000 aus dem kriegersgeschüttelten Mosambik. Mehrere Generationen von Männern förderten mit ihrer Arbeitskraft die rasante industrielle Entwicklung Südafrikas, gleichzeitig war die Wanderarbeit für sie identitätsstiftend.

Von diesen Zusammenhängen handelt der Sammelband „A Long Way Home“; in insgesamt achtzehn Kapiteln und einer konzeptionellen Einleitung illustriert er die Komplexität der Wanderarbeit. Der zeitliche Schwerpunkt liegt auf dem 20. Jahrhundert. Das regionale Spektrum reicht von Mosambik und Lesotho über die peripheren Pedi-, Zulu- und Mpondogebiete im Südwesten, Süden und Osten Südafrikas, hinzu kommt ein mit eindrucksvollem Quellenmaterial visuell angereicherter Beitrag über 60.000 chinesische Vertragsarbeiter.

Auch die Multiperspektivität und Methodenvielfalt bieten differenzierte Informationen über rechtliche und politische Rahmenbedingungen, Arbeitsbedingungen, Entlohnung und Unterkünfte. Alle Autorinnen und Autoren nähern sich so weit wie möglich den Selbstbildern der Arbeiter an und erklären deren Bewältigungsstrategien, unter feindseligen und rassistischen Bedingungen überleben zu müssen. Methodisch nutzen die südafrikanischen Sozialhistoriker und -historikerinnen Archivmaterial der Rekrutierungsbehörden,

zeithistorische Stadt- und Minenpläne, medizinische Berichte über hohe Krankheitsraten in den Minencompounds sowie Kolonialakten, die Informationen über die Nachbarländer enthalten. Lebendig werden die Texte durch Zitate aus Interviews, so dass nicht nur über Wanderarbeiter berichtet wird, sondern sie selbst zu Wort kommen und eigene Erfahrungen mitteilen können. Viele warten auch mit abgebildeten Gegenständen auf, etwa individuell beschnitzten Kisten für persönliches Hab und Gut, die an ihre Wanderarbeit erinnern.

Besonders eindrucksvoll sind die zahlreichen alten Fotos, die vielfältige Einblicke in die Arbeit unter Tage sowie das extrem beengte Wohnen in völlig überfüllten und heruntergekommenen Minencompounds gewähren. Sogar vom beschwerlichen Reisen gibt es Fotos; etwa an Ausfallstraßen aus den Städten aufgenommen. Oft nahmen die Männer tagelange oder gar wochenlange Fußmärsche auf sich, weil die Kosten für Zug und Bus angesichts der großen Entfernungen zu hoch waren. Die Arbeiter konnten kaum Kontakte mit ihren zumeist nicht alphabetisierten Frauen und Familien wahren. Telefonverbindungen wurden erst nach der Abschaffung der Apartheid und mit dem Amtsantritt Nelson Mandelas als erstem demokratisch gewähltem Präsidenten Südafrikas 1994 ermöglicht.

Aus Fotos, Interviews als auch abgedruckten und übersetzten Liedtexten wird deutlich, dass Jugendliche ihre ersten Einsätze als Wanderarbeiter als Initiationsriten betrachteten, in denen sie ihre Maskulinität beweisen konnten. Wichtig war dies vor allem in zuvor agrarisch geprägten Gesellschaften, denen Viehdiebe – viele im Auftrag weißer Farmer – bereits die Identität stiftenden Rinderherden geraubt hatten oder deren Tiere wegen einer verheerenden Maul- und Klauenseuche verendet waren. Mit dem mühsam ersparten Lohn kauften junge Wanderarbeiter neue Rinder, um den Brautpreis für eine Eheschließung zu zahlen und dann als respektierte Männer auf dem Land zu gelten. Diese starke Orientierung am ländlichen Leben, die sich auch in Kleidung und Körperschmuck ausdrückte, betraf sowohl Zulu- als auch Pedi- und Mpondo-Männer über Jahrzehnte.

Allerdings verklären die Autoren und Autorinnen keineswegs das ländliche Leben, vielmehr erläutern sie eskalierende Ehe-, Familien- und Generationenkonflikte, insbesondere zwischen Männern unterschiedlichen Alters. Denn die Alten verlangten immer höhere Brautpreise und verweigerten den Jungen damit oft über

Jahre eine Eheschließung. Gleichzeitig kassierten ranghohe Alte Anwerbegebühren von den Minengesellschaften, wenn sie junge Männer als Wanderarbeiter entsandten.

Hinzu kam die steigende Bandenkriminalität, immer wieder wurden Arbeiter auf dem beschwerlichen Rückweg nach Abschluss eines mehrmonatigen Arbeitsvertrages überfallen. Die weiße Polizei kümmerte sich kaum um solche Fälle und die bis heute landesweit aktiven Banden haben hier einen Ursprung. Etliche Aufsätze handeln davon, welche Meidungsstrategien Wanderarbeiter entwickelten.

Auch über mutige Streiks für höhere Löhne wird berichtet, denn mit jedem Streik riskierten die Arbeiter ihre Entlassung. Gleichzeitig reichten die geringen Löhne nicht, um der fortschreitenden Verarmung und Mangelernährung ihrer Familien in den vom Apartheidregime eingerichteten ländlichen Homelands Einhalt zu bieten. Hier kommt die Verschuldung vieler Arbeiter zur Sprache. Zwar erhalten südafrikanische Arbeitskräfte heute einen Mindestlohn und deren Familien dürfen nun in den Minenstädten wohnen, dennoch ist der Lohn weiterhin gering und die Minen Südafrikas zählen noch immer zu den gefährlichsten weltweit.

Das lesenswerte Buch ermöglicht somit weitreichende Einblicke in einen Mikrokosmos und Brennpunkt südafrikanischer Urbanisierungs- und Industriegeschichte.

Essen/Bochum

Rita Schäfer

Juden im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts

Hahn, Hans-Joachim u. a. (Hrsg.): Kommunikationsräume des Europäischen. Jüdische Wissenskulturen jenseits des Nationalen, 301 S., Leipziger UV, Leipzig 2014.

Europäische Geschichte findet derzeit immer weniger öffentliche und wissenschaftliche Aufmerksamkeit. So werden etwa die nach dem Ende des alten Ost-Westkonfliktes gegründeten Buchreihen wie die gleichzeitig in mehreren Sprachen erschienene Reihe „Europa bauen“ oder die im Fischer Verlag vorgelegte Reihe „Europäische Geschichte“ nicht mehr fortgeführt, und seinerzeit vielfach diskutierte Fragen über „Europäische Geschichte“ als historiographisches Problem“, so der Titel eines 1997 vom Institut für Europäische

Geschichte in Mainz herausgegebenen Bandes, werden kaum mehr gestellt. Konjunktur haben im Betrieb der Geschichtswissenschaften derzeit vielmehr Globalgeschichte, *post-colonial-studies* oder Transfer- und Verflechtungsgeschichte.

Trotz des in diesem Kontext mitunter erhobenen Vorwurfs des Eurozentrismus sind Fragen an die europäische Geschichte von eminenter Aktualität, und bezeichnenderweise kehren diese unter den neuen Labels immer wieder hervor. Insbesondere für die jüdische Geschichte ist ein Blick auf Europa produktiv. Erst unter europäisch-vergleichender Perspektive können die transnationalen und transterritorialen Lebensformen der Juden in Europa freigelegt werden. Wie die Herausgeber des hier zu besprechenden, aus einem vom deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes hervorgegangenen Bandes in ihrer Einleitung überzeugend schreiben, sind „die Juden zu Europäern *avant la lettre*“ (S. 7) geworden. Ihre gemeinsame Sprache ermöglichte die Herausbildung von europäischen Netzwerken hinsichtlich des jüdischen Wissens, sodass jüdische Intellektuelle, nachdem sie sich im Kontext der Aufklärung die Sprachen ihre Umgebung angeeignet hatten, zu Protagonisten der europäischen Kultur wurden. Die versammelten Aufsätze, die sich auf die Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart beziehen, sollen daher den „Modellcharakter jüdischer Geschichte für Formen transnationaler und europäischer Geschichtsschreibung“ (S. 8) präsentieren.

Eröffnet wird der Band mit einem vorwiegend am deutschen Beispiel entwickelten Überblick über den Prozess der Verbürgerlichung der Juden im Zeitalter der Emanzipation von Simone Lässig, die zwar von der These vom Gegensatz des deutschen und französischen Modells der Emanzipation ausgeht, in ihrem Fazit aber zeigt, dass „die skizzierten Transformationsprozesse nicht als [...] Masterplan zu verstehen sind“ (S. 40). Damit jedoch ist auch die alte Gegenüberstellung der zwei Modelle obsolet. Im zweiten Beitrag untersucht Mirjam Thulin die transnationalen Beziehungen und den europäischen intellektuellen Austausch jüdischer Wissenschaftler im 19. Jahrhundert und präsentiert einzelne Rabbinerseminare in Europa und ihre Beziehungen „als gelehrte Netzwerke“. Am Beispiel der Entwicklung von Institutionen und Projekten zur jüdischen Statistik stellt Judith Ciminski diese Forschungseinrichtungen als ein effizientes wissenschaftliches Netzwerk dar, das jüdische Wissenschaftler über Europa und darüber hinaus gespannt hatten. Neben diesen beiden, den konzeptionellen Ansatz des

Buchprojektes am stärksten treffenden Beiträgen, stehen lokalgeschichtliche Studien über die Einwanderung osteuropäischer Juden ins Londoner East-End (Tobias Metzler), die Entwicklung der jüdischen Öffentlichkeit in dem nach dem Ersten Weltkrieg Rumänien zugeschlagenen Czernowitz, seinerzeit Cernauți, (Susanne Marten-Finnis) und dem Aufbau einer Universität in Minsk in der frühen Sowjetrepublik (Johannes Wiggering).

Zwei weitere Beiträge nehmen die Entwicklung des Feuilletons und die Tätigkeit jüdischer Journalisten in den Blick. Olaf Tirpitz untersucht die Selbstverständigungsprozesse jüdischer Intellektueller in den Feuilletons russischer Zeitungen, und Hansjakob Ziemer geht der Biographie des Berliner, später in Hessen tätigen und 1933 emigrierten Musikkritikers Paul Bekker nach. Daneben stehen ideengeschichtliche Aufsätze von Hans-Joachim Hahn über den Topos „Athen und Jerusalem“, von Monika Boll über Helmuth Plessner, von Werner Konitzer über den Bruch zwischen Max Horkheimer zu Jürgen Habermas und von Robert Zwarg über die Entwicklung der Kritischen Theorie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Ebenfalls auf die Zeit nach dem Zivilisationsbruch beziehen sich die Beiträge über die jüdischen Gemeinden von Frankfurt am Main (Tobias Freimüller) und Leipzig (Hendrik Niehter). Den Abschluss bildet eine geschichtsdidaktische Studie über die Thematisierung europäisch-jüdischer Geschichte in aktuellen sächsischen Curricula und Lehrbüchern.

Trotz der vielfältigen Anregungen und fruchtbaren Einsichten, die die einzelnen Aufsätze geben, seien abschließend ein paar Leerstellen vermerkt. So ist der Band relativ stark auf Deutschland bezogen, unterbelichtet ist vor allem der südost- und südeuropäische Raum. So böten etwa die Erfahrungen rumänischer Juden mit ihrem intensiven intellektuellen Austausch mit Frankreich ein anregendes Beispiel für die Fragestellung des Bandes. Ferner fehlt es an einer Thematisierung der Bedeutung Europas in der jüdischen Geschichtsschreibung, auch ist nicht nach dem Bild von Europa in ihr gefragt, und ebenso wenig wird den vielfältigen transnationalen Beziehungen in der Entwicklung der jüdischen Geschichtsschreibung nachgegangen. Weiterhin ist, bis auf einen kurzen Hinweis in dem Beitrag von Ciminski, der fundamentale Bruch der *histoire croisée* des europäischen Judentums durch den Ersten Weltkrieg nicht thematisiert. Auffällig ist weiter, dass die Bedeutung der Alliance Israélite Universelle in dem Band nicht auftaucht, deren

Tätigkeit sich gerade auch auf die Förderung der Bildung von Juden erstreckte, das heißt auf den Bereich, dem der Bund mit seiner Fokussierung auf die Entwicklung von jüdischen Wissenskulturen vor allem zielte.

Gleichwohl bietet der Band neue Perspektiven auf die jüdische Geschichte ebenso wie auf die europäische Geschichte. Er gibt produktive Anregungen in das Forschungsfeld der europäisch-jüdische Geschichte und motiviert dazu, der zentralen Bedeutung der Geschichte der Juden für eine europäische Geschichtsschreibung weiter nachzugehen.

Berlin

Ulrich Wyrwa

Transnationalisierung des Bund

Wolff, Frank: Neue Welten in der Neuen Welt. Die transnationale Geschichte des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund 1897–1947, 558 S., Böhlau, Köln u. a. 2014.

Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund, besser bekannt unter dem Kurznamen „Bund“, wurde 1897 in Vilna gegründet. Die links-intellektuellen Gründer des Bund definierten sich als Angehörige einer sozialistischen Bewegung, die sich für Rechte der Arbeiterschaft im russländischen Reich stark machte. Neben gewerkschaftlichen Belangen vertrat der Bund spezifisch jüdische Interessen, nicht zuletzt die Verurteilung antisemitischer Diskriminierungen und Gewalt. Bundisten grenzten sich vom Zionismus ab. Sie propagierten jüdische Autonomierechte und ein an der jiddischen Sprache ausgerichtetes kulturelles Selbstverständnis. Die Gründung des Bund fiel in eine tiefgreifende soziale und wirtschaftliche Umbruchsphase im russländischen Reich. Viele junge Juden zogen in neue Industriezentren wie Warschau oder das polnische „Manchester“ Łódź. In der rasch expandierenden Industriestadt Białystok etwa stellten Juden 1897 über 75% der 60.000 Einwohner. Eine wachsende Zahl von Juden, darunter auch viele Bundisten, migrierte nach 1880 nach Westeuropa, vor allem in die Vereinigten Staaten und in geringerer Zahl auch nach Südamerika, insbesondere nach Buenos Aires. Viele Mitglieder des Bund waren Stadtmigranten, die zur Industriearbeiterschaft gehörten und nach einem neuen Platz und neuen Gemeinschaftsformen in einer sich verändernden Gesellschaft suchten.

Innerhalb weniger Jahre konnte der Bund im russländischen Reich zahlreiche junge jüdische Männer und Frauen mobilisieren. Im Jahr 1900 waren bereits weit über 30.000 Mitglieder in zahlreichen regionalen und lokalen Unterabteilungen organisiert. Der Bund definierte sich vor allem durch Aktivismus, nicht zuletzt Streikaktionen, und konnte hunderte oder sogar tausende von Mitgliedern und Sympathisanten im öffentlichen Raum mobilisieren. Polen war das wichtigste Zentrum der Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg. Kleinere Zentren waren Rumänien und Lettland. In der Sowjetunion konnte sich der Bund nur wenige Jahre halten. Nach 1939 spielten Bundisten im jüdischen Widerstand gegen die deutschen Besatzer in Polen eine wichtige Rolle. Nach dem Holocaust existierte der Bund nur noch für wenige Jahre in Polen.

Die Entwicklung des Bund gehört auf den ersten Blick zu den am besten erforschten Teilgebieten der jüdischen Geschichte Osteuropas. Die meisten Arbeiten konzentrieren sich auf Russland vor 1917 und auf Polen, ohne den transnationalen Charakter des Bund zu erfassen. Die überarbeitete Dissertation des an der Universität Osnabrück lehrenden Historikers Frank Wolff analysiert die „Transnationalisierung“ (S. 253) des Bund in beeindruckender Weise und mit beachtlicher Tiefenschärfe. Wolff hat vor allem die Geschichte des Bund in den Vereinigten Staaten und Argentinien erforscht. In der Studie führt er diese Forschungen mit eigenen Quellenrecherchen und publizierten Studien zur Geschichte des Bund in Osteuropa zusammen. Wolff stützt sich auf Archivalien aus amerikanischen, argentinischen, russischen und israelischen Archiven, auf über 40 jiddische Periodika und eine beeindruckende Liste jiddischer Bund-Publikationen. Im Gegensatz zu David Slucki, dem Autor einer fundierten Monographie über die „globale Geschichte“ des Bund nach 1945 aus dem Jahr 2012, beginnt Wolff seine Analyse in der Gründungsphase und argumentiert überzeugend, dass „Transnationalisierung“ ein essentieller Teil der Geschichte des Bund war.

Wolff ist weniger an der komplizierten Organisationsgeschichte des Bund interessiert. Vielmehr untersucht er in den beiden Hauptkapiteln der Studie zwei Grundkonstanten des Bund: die Bedeutung kollektiver Erinnerung und „Transnationalisierung“. Die Hauptthese der Studie ist, dass der Bund erfolgreich einen „säkular-aktivistischen“ Lebensstil propagierte (S. 456), während

andere jüdische Organisationen sich entweder religiös oder zionistisch definierten. Die Bedeutung von Aktivismus erläutert Wolff in der Studie an zahlreichen konkreten Beispielen. Mit der Gründung des Staates Israel 1948 verlor die diasporische Ideologie des Bund an Anziehungskraft. Der jüdische Staat war keine Utopie mehr, sondern Realität.

Der Autor betont, dass der Bund primär eine „transnationale soziale Bewegung“ (S. 458) und keine linksorientierte jüdische Partei gewesen war. Der Bund bewegte sich im Spannungsverhältnis zwischen universellen sozialistischen Idealen und einem spezifischen jüdisch-säkularen Selbstverständnis. Charakteristisch für den Bund waren die dezentrale Organisationsstruktur, die an der Basis teilweise mit anderen Organisationen überlappte, und die Betonung von „Doykayt“. Dieser von Wolff ausführlich erläuterte jiddische Begriff bedeutet so viel wie „Hiesigkeit“. Für die Mitglieder der ersten Stunde bedeutete die Hinwendung auf Gegenwartsarbeit eine Abgrenzung von der an der jüdischen Vergangenheit ausgerichteten religiösen Tradition. Der Bund reflektierte als dezidiert säkulare und an innovativen Gemeinschaftsformen ausgerichtete Organisation die Transformation jüdischen Lebens vor dem Hintergrund von Industrialisierung, Urbanisierung und politischer Emanzipation.

Die Lektüre der hervorragend geschriebenen Studie verlangt den Lesern Geduld ab. Die Gliederung erschließt sich nicht unmittelbar. Ein kurzer historischer Abriss der Geschichte des Bund am Anfang der Studie wäre hilfreich gewesen. Die analytischen Passagen, etwa die innovative und methodisch reflektierte Auswertung von Zeitungen und Autobiographien, gehören zu den großen Stärken der Studie. Doch zahlreiche Schaubilder, ausführliche theoretische Passagen und methodische Erläuterungen überlagern die Argumentation an vielen Stellen.

Diese Kritik soll aber die beachtliche Forschungsleistung des Autors in keiner Weise schmälern. Die Studie zeigt wichtige neue Linien für die Forschung über die jüdische Geschichte in Osteuropa in der transnationalen Diaspora auf. Große Teile der jiddischen Publizistik, darunter zahlreiche Tageszeitungen, in Nordamerika und anderen Teilen der Welt wie etwa Australien sind bisher noch nicht einmal ansatzweise ausgewertet worden. Wolffs Studie, die vor allem auf jiddischen Quellen basiert, besitzt gerade in dieser Hinsicht Pioniercharakter.

University Park, PA

Tobias Brinkmann

Empire und Islam

Motadel, David (Hrsg.): Islam and the European Empires, 336 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2014.

Der größte Teil aller Muslime lebte Ende des 19. Jahrhunderts unter europäischer Herrschaft. Ob im französischen Maghreb oder in den niederländischen Besitzungen Südostasiens, der Umgang mit dem Islam beschäftigte die Kolonialreiche weltweit. Zum Verhältnis von Empire und Islam liegen bisher vor allem lokale und regionale Einzelstudien vor; vergleichende Darstellungen, die gleich mehrere Imperien betrachten, findet man dagegen selten.

Der von David Motadel herausgegebene Band will dies ändern und das Spektrum der europäischen kolonialen Begegnung mit dem Islam aufzeigen. Dazu organisieren nach einer umfassenden Einleitung drei Analysethemen die 14 englischsprachigen Beiträge der internationalen Forscher und Forscherinnen: Sie fragen danach, wie der Islam mit seinen religiösen Praktiken und Institutionen in die koloniale Herrschaft integriert wurde, welche Funktion ihm im anti-kolonialen Widerstand zukam und wie er das koloniale Wissen der Weltreiche prägte.

Geographisch breit aufgestellt, erörtert der erste Teil, wie die Herrschenden dem Islam im Zarenreich, in Britisch- und Niederländisch-Indien, in Französisch-Nordafrika und in den deutschen und englischen Kolonien Ostafrikas gegenübertraten. Zentral scheinen dabei besonders zwei Erkenntnisse: Erstens bestätigen die Studien jüngere Forschungen zu Empire und Christentum darin, dass die Kolonialverwaltungen sich *nicht* als Glaubensverfechter betrachteten. Wie ambivalent die europäische Religionspolitik in den muslimischen Gebieten tatsächlich war, belegt etwa Julia Clancy-Smiths anhand der französischen Präsenz im Maghreb. Ihr Blick auf die *longue durée* ist gut gewählt, thematisiert sie so doch nicht nur die Unterdrückung der muslimischen Bevölkerung im 19. Jahrhundert, sondern auch – zumindest für Tunesien – deren zeitweise Privilegierung gegen katholische Siedler nach den französischen Gesetzen zur Trennung von Staat und Kirche 1905. Es ist zweitens diese Förderung des muslimischen Glaubens im Interesse, die eigene koloniale Herrschaft zu stützen, die auch andere Beiträge betonen. Gleich zwei Aufsätze widmen sich dazu der Pilgerreise zu den heiligen Städten, die mit ihren transkolonialen Mobilitätsströmen alle europäischen Mächte

herausforderte. Eric Tagliacozzo weist quellenreich nach, wie niederländische Kolonialherren in Südostasien ihren muslimischen Untertanen sichere Überfahrt und militärischen Schutz bis nach Arabien bereitstellten, jedoch auch versuchten, die Hadj mittels Registrierungen bürokratisch zu überwachen. John Slight's Beitrag wiederum besticht vor allem durch seinen Fokus auf den Einfluss indischer Muslime bei der Organisation der Pilgerfahrt in British India. Wie er überzeugend darlegt, gewannen diese als Amtsträger des Empires ab den 1880er Jahren bis weit ins 20. Jahrhundert dadurch starken Einfluss auf die britische Politik in Arabien.

Der zweite Teil widmet sich jenen Fällen, in denen antikoloniale Akteure und Bewegungen in muslimischen Gebieten der Kolonialreiche gegen die Herrschenden aufbegehrten. In welchem Zusammenhang standen Widerstand und islamische Lehre? Wie Gerrit Knaap für Indonesien und Michael Reynold für den Kaukasus herausarbeiten, waren Glaubensunterschiede selten die alleinigen Konfliktursachen; wirtschaftliche und politische Veränderungen, ausgelöst durch die Expansionen der großen Imperien, spielten eine zentrale Rolle. Dies belegt auch Benjamin D. Hopkins, dessen Vergleich unterschiedlicher Lokalitäten des britischen Empires in Nordwest-Indien, dem Sudan, Nigeria und Somaliland methodisch sehr originell ist. Der Islam habe in allen Fällen als gemeinsame Sprache antikolonialer Aufstände fungiert, „which unified otherwise fragmented local political universes but also provided a language with which to relate to a largely alien and unknown outside world“ (S. 167). In diesem Sinne mobilisierend wirkten außerdem millenaristische Vorstellungen von religiösen Erlösern, wie sie etwa Muhammad Ahmad im Mahdi-Aufstand 1881–1899 nutzte. Umar Ryan und Knut S. Vikør veranschaulichen schließlich auf unterschiedliche Weise, wie die Infrastruktur der Empires panislamischen Ideen und antikolonialen Reformern zu größerer Reichweite verhalf.

Im Rahmen des dritten Teils zu kolonialem Wissen und Islam, scheint es den Autoren und Autorinnen, trotz der vielen Literatur zu diesem Thema, unumgänglich, Edward Saids „Orientalism“ erneut zu diskutieren. Andere kulturgeschichtliche Fragen sind da interessanter, etwa: Weshalb fürchteten europäische Entscheidungsträger den Islam? Rebekka Habermas plädiert in ihrer Darstellung zum Deutschen Kaiserreich dafür, religiöse Faktoren stärker zu beachten. Das Bild des ‚fanatischen Muslims‘ mit seiner ‚expansiven‘ Religion sei vor allem dadurch geprägt

worden, dass die zeitgenössische Wissenschaft zumeist auf islamkritische Berichte christlicher Missionare zurückgriff. Ähnlich wie im Kaiserreich, das stellt Faisal Devji heraus, prägten auch im britischen Empire weniger populäre Orientdarstellungen als vielmehr Aufstände in den Kolonien das Islambild. Indien, nicht wie bei Said der Mittlere Osten, habe die britischen Vorstellungen beeinflusst. Spannender ist Devjis Beitrag allerdings dort, wo er Slight's Ausführungen zu den kooperativen Herrschaftspraktiken komplettiert, indem er ideengeschichtlich nachzeichnet, wie britische Stimmen Ende des 19. Jahrhunderts das Empire auch diskursiv als muslimischen Schutzpatron stilisierten.

Ergänzungen wie diese sind eine der großen Stärken des Sammelbandes. Neben der Komposition der Beiträge überzeugt der weite zeitliche Rahmen ebenso wie die gute räumliche Erfassung der kolonisierten islamischen Welt. Umgekehrt enttäuscht der Titel zwangsläufig jene Leser und Leserinnen, die unter „European Empires“ auch Einzelbeiträge zum Umgang des Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn mit den Muslimen auf dem Balkan oder Italiens spätem Kolonialstreben in Afrika erwarten. Davon abgesehen bietet der Band jedoch insgesamt einen sehr informativen Überblick, der schließlich auch dem eigenen vergleichenden Anspruch über die thematische Struktur, aus der sich Ähnlichkeiten zu weiterführenden Thesen herauslesen lassen, elegant gerecht wird.

Bielefeld

Niko Rohé

Frage nach den Kriegsursachen

Emmerich, Alexander/Gassert, Philipp: Amerikas Kriege, 263 S., Theiss, Darmstadt 2014.

Nicht erst seit den beiden Kriegen in Afghanistan und dem Irak, mit denen die USA auf die terroristischen Attacken vom 11. September 2001 reagierten, ist die Kriegführung der Vereinigten Staaten Gegenstand umfangreicher historischer und militärwissenschaftlicher Forschungen. Immer wieder hat man, wie etwa Richard Slotkin, die Frage nach der weltanschaulichen Bedeutung von Krieg, zuvörderst des genozidalen Indianerkrieges, in den anhaltenden Debatten über nationale Identität aufgeworfen, oder sich eingehend und aus vielfältigen Perspektiven mit der besonderen Problematik amerikanischer

militärischer Praktiken auseinandergesetzt. Der Topos vom *American way of warfare* mit seinen beiden zentralen inhaltlichen Aspekten, dem hohen Stellenwert von Technologie, beginnend mit dem Einsatz der Artillerie im Unabhängigkeitskrieg bis hin zum (Irr-)Glauben, den Irakkrieg rein durch überlegene Technik gewinnen zu können, sowie dem Versuch, eigene Verluste zu minimieren und gegnerische Verluste entsprechend konsequent zu maximieren, hat eine eigene Literaturgattung hervorgebracht, zu der jüngst der Tübinger Historiker Georg Schild einen Sammelband beigetragen hat. Vor diesem Hintergrund erstaunt es fast, dass es so relativ lange gedauert hatte, ehe jetzt zwei renommierte Amerikahistoriker, Alexander Emmerich und Philipp Gassert, einen sehr gut lesbaren und kompakten Band zu Amerikas Kriegen von der Kolonialzeit bis zur Gegenwart vorgelegt haben.

Im Mittelpunkt ihrer Darstellung stehen weniger militärtaktische Fragen – Schlachtenbeschreibungen bleiben Mangelware – und auch nicht allgemeine kulturhistorische Probleme von Krieg und nationaler Identität, sondern in der Regel ganz konkret die Frage, warum die jeweiligen Kriege überhaupt geführt worden sind. Im Kern handelt es sich um eine Geschichte von Regierungshandeln, die nach außen und – im Falle der ein wenig stiefmütterlich behandelten Indianerkriege – nach innen zu militärischer Eskalation führte. Dies ist eine ausgesprochen sinnvoll gewählte Herangehensweise, die es erlaubt, einerseits knapp, andererseits aber differenziert und facettenreich den jeweiligen Kriegsgründen und den politischen Konstellationen im Vorfeld des Krieges nachzuspüren. Vor allem erlaubt es die Konzentration auf die politischen Aspekte der Kriege von nutzlosen und ideologischen Simplifizierungen Abstand zu nehmen. Sehr gelungen zeigen die beiden Autoren, wie innenpolitisch umstritten sämtliche Kriege der USA waren, wie mitunter Regierungen durch parteipolitische und mediale Debatten in die Eskalation regelrecht hineingedrängt werden mussten. Dabei verlieren sie nie den kritischen Abstand.

Beide Verfasser sind Schüler des Heidelberger Historikers Detlef Junker, dem der Band auch gewidmet ist. Daher ist es einsichtig, dass sie seine skeptische Haltung gegenüber der US-Außenpolitik, wenngleich nicht ohne Nuancen, übernehmen; man denke nur an seine treffende These von der manichäischen Falle, in welche amerikanische Außenpolitik sich aufgrund ihrer dualistischen weltanschaulichen Vorannahmen gerne hinein bewegt und die in der

vorliegenden Studie prägnant bestätigt wird. Einzig die abschließende Synthese tendiert zu einer stellenweise gar zu nachsichtigen Haltung. Gewiss, Junkers These wird neuerlich aufgegriffen und verteidigt, obendrein wird auf den medialen Aspekt des Dualismus sowie die parallel dazu immer wieder auftauchende Opposition gegen die kriegerische Expansion aufmerksam gemacht; ob man aber den defensiven Aspekt, ja den Gedanke der Furcht um die demokratische Ordnung zumindest für das 19. Jahrhundert so stark machen muss, wie es die beiden Autoren tun, erscheint zumindest diskussionswürdig. Ja, die Heilige Allianz – genauer: die Quadrupelallianz – stellten zumindest bis in die frühen 1820er Jahre ebenso eine echte Gefahr für die sich entwickelnde US-amerikanische Demokratie dar wie der bis etwa 1895 währende Konflikt mit Großbritannien. Aber spätestens mit dem Ausscheren Großbritanniens aus der antirevolutionär-legitimistischen Front des Wiener Kongresssystems um 1825 herum, war eine Intervention der monarchistischen Mächte zumindest in Nordamerika rein hypothetisch geworden. Gleichzeitig lässt die These von Emmerich und Gassert außer Acht, wie radikal sich das Verhältnis der USA zu seinem lateinamerikanischen „Hinterhof“ veränderte. Suchten die USA noch eingangs der 1820er Jahre unter Federführung Henry Clays ein gleichberechtigtes panamerikanisches Bündnis mit den Lateinamerikanern, so nahmen sie alsbald die Haltung hartherziger, arroganter Hegemonen über die westliche Hemisphäre an, die mit Furcht um die Demokratie allein nicht erklärt werden kann. Sämtliche Kriege der USA im 19. Jahrhundert waren mehr oder minder unprovokierte Angriffskriege (1812, 1846, 1898, die Indianerkriege und die Militärinterventionen in Lateinamerika), die sich einem offenen, oft von Befürwortern der Sklaverei getragenen Expansionsstreben verdankten, wie es der Band auch jeweils schildert. Das Abschlusskapitel erinnert wenigstens zu Beginn demgegenüber an frühere Versuche von Althistorikern, die römische Expansion als ausschließlich defensiv darzustellen; ein Versuch, der damals, in den 1950er und 1960er Jahren bereits allzu offenkundig zum Scheitern verurteilt war.

Zwei Kleinigkeiten wären noch nachzutragen: Die mexikanische Regierung verlangte von den amerikanischen Siedlern in ihrer Provinz Tejas, dem späteren Texas, in den 1820er und 1830er Jahren nicht nur die Annahme der mexikanischen Staatsbürgerschaft, sondern zudem die Konversion zum Katholizismus und, was noch

weitaus schlimmer war und schließlich maßgeblich zur Rebellion führte, die Aufgabe der Sklaverei. Die Siedler hielten sich an keine einzige dieser Vorgaben.

John L. O'Sullivan, der intellektuelle Vordenker der demokratischen Gruppe Young America griff zwar, ebenso wie Präsident James K. Polk, die religiöse Begründung für die kontinentale Expansion auf, die bereits von den Puritanern abgegeben worden war, aber er persönlich und viele seine Anhänger waren religiöse Freidenker, Agnostiker und Pazifisten, was seinen Expansionismus zumindest ambivalent erscheinen lässt. Polk war, wie Emmerich und Gassert vollkommen zutreffend herausstreichen, ein sehr viel klassischerer Expansionist, zumal er zu allem Überfluss gedachte, den Konflikt wegen der Sklaverei durch das nationale Expansionsprojekt zu übertünchen.

Insgesamt handelt es sich um ein pointiertes, argumentativ abgewogenes und ausgesprochen kenntnisreiches Werk, das einen wesentlichen Beitrag dazu liefern kann, den politischen und publizistischen Diskussionen über die amerikanische Kriegführung in der Gegenwart eine solide Grundlage zu verschaffen. Wer gründliches Orientierungswissen zu dieser Thematik will, sollte zu diesem Band greifen.

München

Michael Hochgeschwender

Staatlich-gesellschaftliche Regelungsstrukturen

Collin, Peter u. a. (Hrsg.): Regulierte Selbstregulierung in der westlichen Welt des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, 271 S., Klostermann, Frankfurt a. M. 2014.

Regulierte Selbstregulierung, kooperativer Staat, Gewährleistungsstaat und *governance* – diese Analyse-kategorien werden in gegenwärtigen politik- und rechtswissenschaftlichen Debatten über staatlich-gesellschaftliche Regelungsstrukturen vielfach verwendet und sind zugleich Ausdruck einer Auffassung von politischer Steuerung, die Regulierung und Verwaltung relevanter öffentlicher Aufgaben nicht mehr allein dem Staat zuweist, sondern auf die komplexen Zusammenhänge zwischen staatlicher Regulierung und den Steuerungsmöglichkeiten nichtstaatlicher Akteure abhebt.

Forscher des Frankfurter Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte haben

in einem Projekt unter der Leitung von Michael Stolleis diese aktuelle Fragestellung nach staatlich-gesellschaftlicher Aufgabensteuerung auf historische Entwicklungen übertragen. Der Fokus wurde auf den analytischen Begriff „Regulierte Selbstregulierung“ gelegt und danach gefragt, ob er in (rechts-)historischer Perspektive einen fruchtbaren Beschreibungswert generieren kann. Nach Peter Collin bezeichnet der Begriff ein Regelungsarrangement, „welches gemeinwohlrelevante Interessenkoordination nichtstaatlicher Akteure mit staatlicher Steuerung kombiniert“ (S. 4).

In zwei bereits zuvor erschienenen Tagungsbänden sind Erträge dieses Forschungsansatzes mit Blick auf die Genese von (regulierter) Selbstregulierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einerseits und ihre Entwicklung vor dem Hintergrund zunehmender staatlicher Regulierung ab den 1870er Jahren andererseits durch die Untersuchung von Diskursen in Recht und Politik, Referenzgebieten des Rechts sowie Praxisfeldern vorgestellt worden. Die deutsche Entwicklung stand dabei im Vordergrund. Somit erscheint es konsequent, die Perspektive sowohl zeitlich als auch geographisch zu erweitern, indem im vorliegenden Band Muster regulierter Selbstregulierung in sieben verschiedenen westlichen Staaten unter Einbeziehung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts diskutiert werden.

Den einzelnen Länderbeispielen sind systematisierende Überlegungen vorangestellt: So diskutiert Margrit Seckelmann die verschiedenen, eingangs genannten analytischen Kategorien hinsichtlich ihrer Tauglichkeit für historisch angelegte Untersuchungen und zeigt zugleich differente analytische Bezugsrahmen der keineswegs deckungsgleichen Begriffe auf. M. Mercè Darnacullela i Gardella arbeitet Wahrnehmungen regulierter Selbstregulierung in der neueren Literatur heraus und betont Unterschiede zwischen kontinentaleuropäischen und angelsächsischen Texten, auf abweichende Begrifflichkeiten und divergierende Perspektiven verweisend. Während durch diese Beiträge wertvolle Präzisierungen der verschiedenen Begriffe auch mit Blick auf die internationale Forschungsdiskussion erreicht werden, hat der Text von Peter Collin zentrale Bedeutung für die analytische Rahmung der Fallbeispiele des Bandes. Dabei stellt Collin zwar den bisher genutzten analytischen Zugriff auf Regelungsstrukturen und Schlüsselbegriffe nochmals überzeugend vor und fasst die in den früheren Studien herausgearbeiteten Spezifika der deutschen Entwicklung anschaulich zusammen, doch gerade durch dieses Beibehalten der „deutschen

Brille“ gelingt die notwendige Überführung des bisherigen Ansatzes in den im Sammelband anvisierten internationalen Kontext nur bedingt.

Bereits die eingangs formulierte Frage nach der normativen Ordnung eines deutschen Sonderwegs mutet allzu rhetorisch an, da schon eine kursorische Sichtung der einzelnen Beiträge darauf hinweist, dass wir es mit verschiedenen Sonderwegen zu tun haben, wenn man diesen Terminus denn beibehalten möchte. Gravierender ist jedoch, dass mögliche Ansatzpunkte des Vergleichs – Collin nennt unter anderem Akteurskonstellationen, das Selbstverständnis und die Argumentationstopoi sich entwickelnder bürgerlicher Gesellschaften sowie die Fragen nach Sozialintegration und demokratischen Impulsen – nur sehr oberflächlich thematisiert werden. Sicher kann, wie die Herausgeber im Vorwort selbst einräumen, bei diesem ersten Blick auf die internationalen Entwicklungen und die Erschließung eines ungemein komplexen Themas kein stringenter und systematischer Vergleich, in den sich die verschiedenen Beiträge einordnen, erwartet werden. Aber zumindest wäre das Aufzeigen von Vergleichsperspektiven entweder durch Bezugnahme auf die zum Teil doch sehr umfangreichen Ergebnisse zu den im Band untersuchten Staaten (z. B. den USA, Frankreich und den Niederlanden) im einleitenden Beitrag von Collin oder aber in den Texten zu den einzelnen Länderbeispielen selbst möglich gewesen. Beides ist allenfalls in Ansätzen geschehen, weshalb der Band ein Manko nicht weniger Sammelbände, die auf einen internationalen Vergleich abzielen, teilt: Es bleibt bei Länderbeispielen, die weitgehend nebeneinanderstehen, statt mit Bezugnahme aufeinander diskutiert zu werden.

Davon abgesehen hat der Band jedoch einen großen Wert. Zum einen ist – und hier reiht sich der dritte Band in die Reihe seiner Vorgänger ein – ein adäquates analytisches Angebot zur Untersuchung von Regulierungsstrukturen fortgeführt worden, welches gegenüber statisch oder naiv anmutenden Vorstellungen des Zusammenspiels oder des Gegenübers von Staat und Gesellschaft der Komplexität gemeinwohlbezogener Interessenkoordination in ihrer historischen Dimension gerecht wird und Längsschnittstudien ermöglicht. Der gewählte internationale Ansatz ist dabei zum anderen ausdrücklich zu begrüßen. Möglicherweise ist für weitere Vergleiche die Konzentration auf einen bestimmten Sektor, beispielsweise auf Regelungsarrangements im Bereich der sozialen Absicherung und Fürsorge, zweckdienlich. Insbesondere aus geschichtswissenschaftlicher Sicht

stellt sich der diachrone und synchrone Vergleich von Mustern regulierter Selbstregulierung als ungemein fruchtbar dar, denn ähnlich überzeugende Angebote zur Untersuchung staatlich-privater Aufgabenteilung und damit von Bürger-Staat-Beziehungen sind Mangelware.

Halle (Saale)

Daniel Watermann

Eine Kulturgeschichte der Deutschen Strafjustiz

Ortmann, Alexandra: Machtvolle Verhandlungen. Zur Kulturgeschichte der deutschen Strafjustiz 1879–1924, 348 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014.

Die Kulturgeschichte der Deutschen Strafjustiz – im Text stets mit bestimmtem Artikel – verspricht Alexandra Ortmann mit dieser auf Ihrer Dissertation an der Universität Göttingen basierenden Publikation. Zwischen modernem Rechtsstaat und politischer Justiz untersucht die Verfasserin die Rolle des Laien im Gerichtssaal. Dabei ist ein zentrales Erkenntnisinteresse, das Verhältnis von Richter, Laien und Öffentlichkeit zu hinterfragen und neu zu interpretieren.

Die Arbeit teilt sich in drei Teile, die in etwa den verwandten Quellen entsprechen. In einem ersten Schritt „de- und rekonstruiert“ (S. 19f.) Ortmann die Regeln und Logiken der Deutschen Justiz im Kaiserreich im Wesentlichen anhand publizierter Schriften. Chronologisch orientiert sie sich dabei an den für die Strafprozessordnung zentralen Zäsuren von 1879, der Vereinheitlichung des Strafrechts im Deutschen Reich, bis zu dessen grundlegenden Reform 1924. In einem zweiten Teil wertet sie bayerische Justizakten und rund 150 Meineidsakten aus verschiedenen Bezirken des Allgäu aus, um zu demonstrieren, wie eng Justiz und Gesellschaft miteinander verwoben waren und wie stark sie interagierten. Der dritte Teil, in dem zwei konkrete Rechtsfälle als Mikrostudie herangezogen werden, stellt die Interaktion im Gerichtssaal in den Mittelpunkt, um die Vorstellung einer verfestigten Hierarchie und einem Autoritätsgefälle zwischen Richtern und Laien auf den Prüfstand zu stellen.

Ihren Blick richtet die Verfasserin von den großen Skandalfällen auf Meineidsfälle, von der Stadt auf das Land. Die alltäglichen Erfahrungen jenseits der großen Justizpaläste sollen deutlich machen, wie häufig die Deutschen mit

dem Recht in Kontakt kamen und wie vertraut ihnen das Gericht war. Eine solche Perspektive eröffnet interessante Einblicke über die Kontraste zwischen idealtypischen Vorstellungen und lebensweltlicher Praxis. Wenn das Wirtshaus zum Gerichtsort wurde, die Dorfgemeinde zum Tatort, dann entstanden Herausforderungen an das Ideal von Geheimhaltung und Unbefangenheit, die die Studie sehr anschaulich beschreibt.

Die Hierarchie innerhalb des Gerichtssaals wurde in bisherigen Interpretationen vor allem in Hinblick auf die Professionalisierung der Justiz und die mit ihr verbundene Organisation der Richter und des Rechts diskutiert. Der Alleinanspruch auf rechtliche Expertise wurde als Mittel des Ausschlusses beschrieben, hinter dem sich Formen der Sozialdisziplinierung verbargen. Alexandra Ortmann zeigt, dass sich solche Ansprüche zwar zeitgenössisch formulieren ließen, sie jedoch gleichermaßen herausgefordert werden konnten. Die Rechtsauskunftsstellen der Sozialdemokratie oder der Rechtsschutzverein für Deutsche Frauen und Mädchen bildeten Formen kollektiver Selbsthilfe, die sich dem Monopolanspruch der juristischen Elite widersetzen. Die Entstehung einer kostenlosen Rechtsberatung im Kaiserreich ordnet sich in die gleichzeitig einsetzenden Veränderungen der Anwaltsausbildung und des Anwaltsberufs ein.

Ein wesentliches Argument für die These vom Gericht als Ort der Konfliktaustragung stellt die öffentliche Berichterstattung über Rechtsfälle dar. In der nationalen und in der lokalen Presse wurde regelmäßig über Verbrechen, Anklagen und Gerichtsverfahren geschrieben, so dass aufgrund der Breite der Informationen die Bevölkerung über Kenntnisse verfügte, die es ihr „grundsätzlich ermöglichten, gerichtliche Verfahren zu verstehen“ (S. 155). Dies wird im Text nicht nur anhand nationaler Presseberichte, sondern vor allem anhand der lokalen Presse, einer Stichprobe aus dem „Oberdorfer Landboten“, aufgezeigt. Hier verbanden sich Rechtsprechung und persönlicher Alltag zu einem Konstrukt aus Erfahrung, Erwartung und Vorstellung.

Die Verfasserin kann mit einer ganzen Reihe von Beispielen aufwarten, die plastisch vor Augen führen, wie weit auch öffentlich darüber diskutiert wurde, was sich an Gerichtsorten zutrug. Zeitungsannoncen, in denen die Beschuldigte ihre eigene Unschuld beteuerten oder Filme, die wegen ihrer Darstellung der Justiz auf den Zensurverzeichnissen Münchens landeten, zeigen, welche Aspekte des Rechts ein kulturgeschichtlicher

Zugang sichtbar machen kann, die in bisherigen Arbeiten übersehen wurden.

Die Studie basiert auf einer breiten Quellenbasis, die unterschiedliche Quellengattungen einschließt. Anschaulich beschreibt Alexandra Ortmann die beiden Mikrostudien, wobei immer wieder auf andere Fälle verwiesen wird. In der Darstellung verwischt dabei an einigen Stellen die Grenze zwischen den Teilen II und III. Die Frage nach Repräsentativität fordert die Rückbindung über die beiden Einzelfälle hinaus. Und Partizipation erklärte sich oftmals aus öffentlichem Diskurs.

Ein zweiter Kritikpunkt bezieht sich auf die starke Zuspitzung der These vom kompetenten Laien. Ob die beiden angeführten Fallstudien wirklich als Argumente für einen „politischen Partizipationsanspruch“ verstanden werden sollten, der die kritisierten Juristen in ihren Geltungsansprüchen bedrohte, ist diskussionswürdig. Der Laie als kompetenter Experte, der sich der Möglichkeiten der Rechtsprechung soweit bewusst war, dass sich ein „taktischer Umgang mit der Justiz“ nachweisen lässt, setzt zum einen voraus, dass ausreichend veröffentlichtes Material auch von einzelnen Personen und Institutionen gebündelt rezipiert und zu einer klaren Position verarbeitet wurde. Aber gerade die Auseinandersetzung mit der politischen Öffentlichkeit lässt eher das Bild entstehen, dass hier Vorstellungen aus den Skandalprozessen auf die eigene Lebenswelt projiziert wurden, ohne dass eine tiefere Auseinandersetzung stattfand. Lokale Lebenswelt und Lektüre vermischten sich vielmehr zu einer eher diffusen Vorstellung von Recht.

Und die zweite Voraussetzung für die These des kompetenten Laien wäre, dass solche Vorstellungen in der konkreten Situation des Gerichtssaals auch gewinnbringend angewandt wurden. Zwar liefern die beiden Mikrostudien Hinweise darauf, dass Beschuldigte Kenntnisse der Verfahren besaßen und Positionen formulierten, allerdings erscheint das Verhältnis von Juristen und Nichtjuristen in konkreten strafprozessualen Auseinandersetzungen doch weit davon entfernt gewesen zu sein, ein ausgeglichenes Kräfteverhältnis abzubilden.

Diese Vorbehalte stellen weniger eine grundsätzliche Kritik an der Studie als ein Hinweis auf das Potenzial der Argumentation dar. Die Arbeit zeigt, dass eine praxeologische Untersuchung zum Strafrecht eine neue Perspektive und damit verbunden eine grundsätzliche Debatte über Rechtsprechung als Teil einer Gesellschaftsgeschichte eröffnen kann. Zentral bleibt die These,

dass der Laie nicht „uniformiert, passiv oder hilflos“ (S. 268) war, sondern Mitsprache beanspruchte und Verhandlungen beeinflussen konnte. Alexandra Ortmann kann eine ganze Reihe überzeugender Argumente anführen, die eine allzu einfache Vorstellung vom Kräfteverhältnissen im Gerichtssaal infrage stellt. Der Band ist damit ein wichtiger Baustein in der Diskussion über eine Kulturgeschichte der Deutschen Strafjustiz – in Hinblick auf zukünftige Debatten allerdings in dieser Umschreibung bewusst ohne bestimmten Artikel.

Frankfurt a. M.

Torsten Riotte

Materielle Bewältigung historischen Unrechts

Unfried, Berthold: Vergangenes Unrecht. Entschädigung und Restitution in einer globalen Perspektive, 541 S., Wallstein, Göttingen 2014.

Historischer Forschung wird meist kein hoher Anwendungsbezug attestiert. Sie findet zwar oft öffentliches Interesse, wird außerwissenschaftlich aber selten unmittelbar verwertet. Eine Ausnahme bildete in den letzten zwei Jahrzehnten die materielle Bewältigung historischen Unrechts aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges, die der österreichische Historiker Berthold Unfried in seiner umfassenden Studie in den Blick nimmt. Seit Mitte der 1990er Jahre untersuchten Historikerkommissionen in vielen europäischen Staaten im staatlichen oder privaten Auftrag verschiedene NS-Verfolgungskomplexe und deren Behandlung in der Entschädigung und Restitution der Nachkriegszeit, während jüdische Organisationen und Anwälte aus den USA historisches Wissen zum Thema in Klagen und Medienkampagnen zugleich schon juristisch und politisch nutzten. Im Ergebnis entstand eine Reihe neuer Fonds, Stiftungen und Richtlinien zur Regelung offener und neu eröffneter Entschädigungs- und Restitutionsfragen, die sich außer in Deutschland – wo die NS-Zwangsarbeit im Fokus stand – fast ausschließlich an jüdische NS-Verfolgte und ihre Erben richteten.

Unfried strebt mit seiner Studie eine Analyse dieser von ihm so genannten „Milleniumsrunde“ (S. 30) der Restitution und Entschädigung an, die die zugrunde liegenden Interessen und Machtlogiken aufzeigen will. Historische Forschung solle politisch-moralische „Denkverbote

aufbrechen“ (S. 28). Wer hier an Norman G. Finkelstein denkt, liegt nicht ganz falsch, bezeichnet Unfried die von dem US-Politikwissenschaftler auf dem Höhepunkt dieser Bewegung aufgeworfenen Fragen doch selbst als Inspirationsquelle. Leider teilt er mit diesem auch die Tendenz, nicht die Interessen aller Beteiligten gleichgewichtig zu betrachten, sondern vor allem die jüdischen Organisationen und andere Akteure aus den USA ins Visier zu nehmen. Thematisch konzentriert sich der Autor ganz auf den Bereich des Vermögensentzugs, geographisch weitgehend auf die Konflikte um die Schweiz und Frankreich sowie um Österreich, wo er als historischer Experte selbst involviert war. Er stützt sich dabei primär auf Interviews mit beteiligten Akteuren und die umfangreiche Literatur zum Thema.

Das Buch umfasst zwölf Kapitel und behandelt vier große Schwerpunkte. Die ersten vier Kapitel, in denen Unfried klare begriffliche Grundlagen schafft, Typen von Entschädigungsforderungen herausarbeitet und die ‚Milleniumsbewegung‘ in den globalen Trend zur Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Formen und Fällen vergangenen Unrechts einbettet, sind mit die stärksten des Buches, das seinem Titel hier voll gerecht wird und sich aufgrund der übersichtlichen Struktur auch gut als Nachschlagewerk eignet.

In den folgenden drei Kapiteln geht der Verfasser Entstehung und Verlauf der Welle von Entschädigungs- und Restitutionsforderungen um die Jahrtausendwende nach. Er beschreibt diese Entwicklung als geschichtspolitischen Großangriff verschiedener Akteure aus den USA, denen die europäischen Adressaten wenig entgegenzusetzen hatten. Mit den Fragen nach der Definition der Opfer und der Legitimation ihrer Vertreter schneidet er dabei wichtige Aspekte an, die jüngst auch in anderen Studien in den Fokus gerückt sind. Allerdings geht Unfried dem letztgenannten Punkt nicht umfänglich nach, sondern beschränkt sich darauf, die Legitimation der meisten Opfervertreter anzuzweifeln. Interessant sind vor allem die kenntnisreichen Darstellungen zu Österreich und Frankreich, die allerdings beim Rezensenten die Frage aufwerfen, ob erinnerungspolitische und historiographische Veränderungen in den europäischen Gesellschaften seit Anfang der 1980er Jahre nicht eine weitere wichtige Voraussetzung für die ‚Milleniumsbewegung‘ darstellten und ob sie daher – auch in ihren Unterschieden – konzeptionell nicht stärker hätten berücksichtigt werden sollen.

Die Kapitel acht bis zehn bilden das Kernstück und erklären auch die Entstehung des Buches, insofern Unfried sich hier kritisch mit den Aufgaben der Geschichtswissenschaft, der Rolle von Historikern und Historikerinnen als Experten und Expertinnen und den Historikerkommissionen befasst. Die Bedeutung der Forschung schätzt Unfried gering ein; primär hätte sie eine „nachträgliche Legitimierung politischer Entscheidungen“ (S. 389) geliefert. Der Charakter des Buches, das letztlich nicht nur eine Analyse, sondern auch die persönliche Bilanz eines verärgerten Historikers ist, wird hier besonders deutlich. Teils ist der Spagat indes gut gelungen, so in jenen Passagen, wo der Autor über die Geschichte als Wissenschaft reflektiert, die Arbeit der Kommissionen detailreich beschreibt oder außerwissenschaftliche Aktivitäten von Historikern und Historikerinnen typisierend herausarbeitet.

Häufig brechen jedoch Wertungen und die begrenzte Perspektive des Beteiligten durch, ohne dass dies hinreichend ausgewiesen wird. Das gilt auch für die letzten beiden Kapitel, die sich anhand des Umgangs mit Kunstwerken und der Arbeit verschiedener Fonds mit der Praxis von Restitution und Entschädigung befassen. Problematisch erscheint dabei nicht so sehr Unfrieds kritische Darstellung im Detail durchaus fragwürdiger Fälle, sondern das so gezeichnete Gesamtbild. Der Leser gewinnt den Eindruck, als habe die Bewegung primär dazu geführt, dass längst weitgehend vernünftig regulierte Vermögensverluste wohlhabender jüdischer Eigentümer nochmals neu verhandelt und deren Erben und Rechtsberater auf oft fragwürdiger Basis große Beträge kassiert hätten, derweil die jüdischen Organisationen sich ihre Konten ein weiteres Mal hätten füllen lassen.

Durch die forschungspraktisch nachvollziehbare Beschränkung auf Restitution und Entschädigung für verschiedene Vermögenswerte und die Zuspitzung auf wenige Fallbeispiele nach dem genannten Muster wird ein Bild gezeichnet, in dem vieles nicht vorkommt. Denn zur ‚Millenniumsbewegung‘ gehörten ja – um nur ein Beispiel zu nennen – auch erstmalige Zahlungen an Tausende oft verarmte Überlebende aus Ostmittel- und Osteuropa. Auch dass ein Gutteil der Zahlungen an jüdische Organisationen in soziale und medizinische Projekte für bedürftige Überlebende floss, bleibt außen vor. Zusammenfassend hat Unfried eine Studie vorgelegt, die in Teilen sehr gute konzeptionelle Überlegungen und klare Analysen bietet, dem selbst erhobenen Anspruch

aber nicht durchgehend gerecht wird. Etwas mehr Distanz und Nüchternheit hätten der Studie sicher gutgetan.

Bad Arolsen

Henning Borggräfe

Experiments in Nature and Society

Brüggemeier, Franz-Josef: Schranken der Natur. Umwelt und Gesellschaft, 1750–2013, 450 pp., Klartext, Essen 2014.

This well-researched and comprehensive survey of German environmental history in an international context is a welcome synthesis of a number of topics and debates that have animated the field since Brüggemeier himself pioneered ecological approaches to European history in the 1980s. At the time that Thomas Rommelspacher and he published “Besiegte Natur” in 1987, the Greens were relatively new to the political scene in West Germany, public fears of *Waldsterben* were at their height, and scholars remained uncertain about what an ecological approach to history might look like. Unlike his compatriots in North American universities, who at that time were fixated on exploring the ecological consequences of frontier expansion and the significance of wilderness areas, Brüggemeier placed the anthropogenic landscapes and toxic effluents of urban-industrial modernity at the center of attention. Such an approach demanded a deep engagement with industrial ecology, urban hygiene, labor processes, and economic history, all of which are evident in this work as well, but which the author has supplemented and enriched with critical insights from several areas that have shaped the field since the 1980s: state formation, political economy, consumption, and environmental justice.

In the opening pages of the book, Brüggemeier is quick to dismiss the naïve historical understanding of would-be climate modelers and sustainability advocates who see Europe’s industrial transformation as a “failed development” led by techno-optimists blind to the ecological consequences of their actions. The entrepreneurs, state officials, property owners, and ordinary workers who lived through the transformation of the countryside, the coming of the steam engine and the railway, and the building of new industrial cities, as Brüggemeier shows convincingly in his first five chapters,

hotly debated the potential risks of rural privatization and industrial development, including replacing Germany's diverse hardwood forests with conifer plantations, pouring noxious gases into the air by burning coal, or switching from a system of urban waste disposal that used human and animal dung as fertilizer for regional farms in favor of Munich hygienist Max Pettenkofer's float canalization (*Schwemmkanalisation*) method. *Schwemmkanalisation* channeled such wastes into nearby rivers and streams for "self-cleaning"—a process that may have worked well in the fast-moving Isar, but hastened an 1892 cholera epidemic in Hamburg due to the effects of tidal ebb and flow in the sluggish waters at the mouth of the Elbe. The debates that emerged in Hamburg between Pettenkofer's "contingent contagionism" and Robert Koch's germ theories of disease exemplify what Brüggemeier interprets as a grand, unintended, trial-and-error experiment involving humans and the rest of nature whose outcomes remained exceedingly difficult to predict, let alone control.

Given the very real limits of a pre-industrial, organic society to expand its resource base in the face of population pressures, climatic variations, floods, diseases, and raw material shortages, it comes as no surprise that nineteenth-century elites were willing to take risks to emancipate themselves from what Werner Sombart called the bounds, or *Schranken*, of nature. Such boundaries, Brüggemeier asserts, could shift in response to human interventions, enabling societies—or at least the growth-oriented German states that emerged in the wake of the Napoleonic Wars—to achieve unprecedented economic possibilities and institutional capacities after 1850. Steam-driven railways and ships freed up space once devoted to farmlands and woodlands for other productive possibilities and expanded the resource catchment area for growing cities, which gradually became more habitable than the countryside. Such *Handlungsmöglichkeiten* expanded rapidly over the past two centuries, enabling societies to push against, but never fully overcome, the bounds of nature, which in their myriad forms could still exert agentic capacities, whether through the synergistic effects of diverse pollutants far from their points of origin or the ravages of non-native pests in the countryside.

The book's remaining six chapters, which occupy just over half of the text, cover the period between World War I and the present, highlighting in particular recent debates about 'Green

Nazis', the pervasive role of ecological Malthusianism in postwar international environmentalism, the transformation of Germany's aesthetically oriented *Heimatschutz* and *Naturschutz* movements into ecological protection organizations in the 1960s, the ecological impact of postwar synthetic chemistry and atomic energy, the rise of the modern environmental movement in the 1970s, the contradictions of Germany's ongoing *Energiewende*, and present-day anxieties about global warming, mass extinction, and genetically modified organisms. Given the period under consideration and the sheer number of topics that Brüggemeier covers in these chapters, the analysis shifts from a fine-grained consideration of the socio-ecological dimensions of technological, economic, and urban-hygienic innovations to the role of political events, regimes, and mobilizations in shaping environmental outcomes. In the process, the author reveals the inadequacy of a number of conceptual frameworks—ecological modernization, Ulrich Beck's "risk society" model, sustainable development—by situating them in their immediate post-Chernobyl context and questioning the notion that modernity has been characterized by historically unprecedented and uncontrollable risks.

Yet the conceptual framework of the first chapters, which link environmental change to societies' trial-and-error efforts to push against natural boundaries in the face of knowledge gaps and unavoidable uncertainties, becomes less evident in the post-1914 sections. What happens to the model of environmental experiment when the "emancipation" from nature's boundaries stems predominantly from war or consumer fantasy, rather than the vagaries of an agricultural existence? An intriguing insight in this context is the author's assertion in the chapter on National Socialism that the assault on the Soviet Union may have been a last-ditch attempt to use genocidal violence to re-create an organic society without natural limits. But if this is true, are the *Schranken der Natur* biological givens, or have they emerged rhetorically as part of broader contestations over power and new forms of environmental governmentality with only a tenuous connection to real, existing ecological conditions?

These questions aside, Brüggemeier has produced a definitive account of modern German and European environmental history that will serve as a benchmark for academic research for years to come.

Columbia, SC

Thomas M. Lekan

19. JAHRHUNDERT

Karten als Mittel wissenschaftlicher Erkenntnis

Güttler, Nils: Das Kosmoskop. Karten und ihre Benutzer in der Pflanzengeographie des 19. Jahrhunderts, 545 S., Wallstein, Göttingen 2014.

„Das Kosmoskop“ lautet der Titel der nunmehr veröffentlichten Dissertationsschrift von Nils Güttler, in der er die Benutzungsgeschichte von Pflanzenverteilungskarten untersucht. Ausgangspunkt ist der Kartenboom in der Pflanzengeographie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Der Verfasser fragt nach den Gründen des Wandels von Karten als begleitende Illustration eines Textes am Beginn zu einem Mittel der Erkenntnis pflanzengeographischer Zusammenhänge am Ende des 19. Jahrhunderts. Damit widmet sich der Autor zentralen Fragen der Kartographie- und Wissenschaftsgeschichte, die über den Untersuchungsgegenstand hinaus Anknüpfungspunkte bieten. Güttler stellt hierzu die These auf, dass erst durch das Zusammenspiel von Universitätsbotanikern, Pflanzenliebhabern, dem Verlagswesen und seinen Mitarbeitern die Karte zum Kosmoskop, „also einem Instrument zur Beobachtung des Kosmos“ (S. 20) wurde.

Güttler beginnt daher seine Studie mit der Untersuchung von Pflanzenliebhabern, die am Ende des 18. Jahrhunderts listenartige Aufzählungen lokaler Pflanzen erstellten und ein Netz lokaler Beobachtungen schufen, das im Gegensatz zu den raumvergessenen Klassifikationen Carl von Linnés als Grundlage räumlicher Darstellung von Pflanzenverteilungen diente. Kapitel zwei und drei untersuchen zwei Formen der Darstellung von Pflanzenverteilungen in ihren soziokulturellen Kontexten. Das Naturgemälde Alexander von Humboldts ging von einer vertikalen Verteilung von Pflanzen aus, nach der sich aus der Beobachtung des Gipfelpanoramas Teneriffas theoretische Rückschlüsse auf andere Weltregionen ziehen ließen. Güttler bezeichnet dies als „Auszoomen“. In der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden Karten vor allem zur Mobilisierung von Beobachtern und zur Klassifikation von Beobachtungsergebnissen genutzt; Grund hierfür war der theoretische Dissens über die Humboldt'sche Pflanzengeographie und ein wissenschaftspolitisch motiviertes „Primat des anwendbaren Wissens“ (S. 173). Der „Kartierungstrend“

(S. 195) wurde durch die günstigen Bedingungen am deutschen Kartenmarkt weiter befördert (Kap. 4), so durch die Publikation des physikalischen Atlas und Petermanns geographischen Mitteilungen durch den Perthes Verlag in Gotha. Ein „eigenständiges Forschungsinstrument“ (S. 255) in der Pflanzengeographie, das einen regelrechten Boom an Karten auslöste, wurden Pflanzenverteilungskarten durch die Neuauflage des physikalischen Atlas in den 1880er Jahren. Zum Nutzen der Karten trugen auch die Standardisierungsbemühungen im physikalischen Atlas bei, die einen Vergleich zwischen verschiedenen thematischen Karten ermöglichten. Güttler weist hier weiter auf die bereits im 19. Jahrhundert verbreitete Kritik an der Verwendung der Mercator-Projektion hin (S. 264f.), die aber im Gegensatz zu den Debatten der 1960er Jahre um deren eurozentrische Perspektive wissenschaftliche Erwägungen in den Mittelpunkt stellte. Im letzten Kapitel widmet sich Güttler „der Entstehung der Ökologie als wissenschaftliche Disziplin“ (S. 314), die aus einer erhöhten Auflösung bei der Kartierung von Verteilungsphänomenen hervorging: das „Einzoomen“ (S. 315). Ihre Entwicklung steht damit in einem direkten Zusammenhang mit der kleinmaßstäbigen Kartierung der Pflanzengeographie. Die Frage nach dem Zusammenhang von Kartenmaßstab, der damit verbundenen „kartographische[n] Erkenntnisbewegung“ (S. 315, Fußnote 25) und der Entwicklung unterschiedlicher Wissenschaften bietet Anknüpfungspunkte für Untersuchungen zur Rolle von Karten in der Wissenschaft.

Bei einer Arbeit mit einem Schwerpunkt auf graphischen Medien stellt sich die Frage nach ihrer Einbettung in den Text, die in der Arbeit gut gelöst ist: Die zahlreichen und zumeist farbigen Karten und Abbildungen sind am Ende des Buches abgedruckt und mit einem eindeutigen Verweissystem versehen. Diese Publikationsform bietet den Lesenden den entscheidenden Vorteil, komfortabel zwischen Text und korrespondierender Abbildung wechseln zu können. Die Karten sind auch über Schnitt hinweg gut lesbar. Allerdings hätten einige Anmerkungen in den Fußnoten den Haupttext bestens ergänzt.

Die äußerst kenntnisreiche Arbeit bietet nicht nur eine ausgezeichnete Untersuchung des Zusammenhangs von Wissenschaft, Kartenproduktion, daran beteiligter Akteure, ihren Interessen und der Kartennutzung. Güttler öffnet an vielen Stellen neue Perspektiven und bietet Anregungen für weitere Forschungen, ohne dabei sein eigentliches Ziel aus den Augen zu verlieren: die

Etablierung der Karte als Mittel der wissenschaftlichen Erkenntnis, und nicht nur der Illustration. Dem „Kosmoskop“ sind viele Leser zu wünschen und dies nicht nur aus dem Kreis der Kartographiegeschichte.

Duisburg-Essen

Nils Bennemann

Wieso ist Frieden im 19. Jahrhundert paradox?

Hippler, Thomas/Vec, Miloš (Hrsg.): *Paradoxes of Peace in Nineteenth Century Europe*, 304 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2015.

Schon der Titel des vorliegenden Sammelbandes macht neugierig: Wieso ist Frieden paradox beziehungsweise worin bestehen denn die gleich in Vielzahl genannten Paradoxa? Es liegt ein methodisch wie empirisch sehr anregender Band vor, dessen 15 Beiträge auf eine Tagung in Helsinki zurückgehen. Der Wiener Rechtshistoriker Miloš Vec und der Lyoner Politologe und Historiker Thomas Hippler gehen davon aus, dass es keine stabile Entität namens Frieden gebe, sondern dass er fast immer im Zusammenhang mit anderen Werten gedacht worden sei. Gerade im 19. Jahrhundert sei Frieden in diesem Zusammenhang nicht besonders herausragend gewesen. Darüber hinaus bedeute Frieden sehr unterschiedliche Dinge: Die Sprache des Friedens sei nicht nur die der Unterdrückten und Machtlosen, sondern gerade auch die der Herrschenden. „The stronger party in an asymmetrical power relation has a vested interest in the promotion of peace. [...] Peace may signify imperial domination“ (S. 6). Darüber hinaus werde der Weg zum Frieden oft durch gewaltsame, kriegerische Methoden und Wege propagiert und begründet. *Si vis pacem para bellum* – diese alte römische Formel, die Pazifisten um 1900 emphatisch durch *si vis pacem, para pacem* ersetzen wollten – gehörte nach den Herausgebern zu den am wenigsten beachteten und daher für den Band erstaunlichsten Einsichten. Gemeint ist hier nicht (allein) der pazifizierende Eroberungskrieg, sondern ein weiteres Spektrum an Wegen und Vorschlägen hin zum Frieden.

Darüber hinaus wollen Vec und Hippler einen angeblichen Spagat zwischen Normen einerseits und politischer Realität andererseits überwinden und damit der Geschichte internationaler Politik eine neue Richtung geben. Ob sie hier

nicht offene Türen einrennen, sei dahin gestellt. Provokativ ist darüber hinaus ihre Behauptung, dass die unhistorische Hochschätzung von Frieden als höchstem Wert in der Friedensforschung während des unter Atomkriegsgefahr stehenden Kalten Krieges ein angemessenes Verständnis von Frieden in anderen Zeiten verhindert habe. Das sollte in eine neue Begriffsgeschichte münden, die anders als in dem oft herangezogenen Beitrag von Wilhelm Janssen aus den „Historischen Grundbegriffen“ ausfallen müsse. Diese mit nachdrücklichen Epitheta versehene Einleitung erläutert den zentralen und innovativen Blickwinkel.

Dieser wird in drei weiteren Beiträgen besonders gut eingelöst. Als erstes ist dabei der Beitrag von Lea Heimbeck über Schulden und Anleihepolitik zu nennen. Sie betrachtet asymmetrische Strukturen internationaler Finanztransaktionen bis hin zum Staatsbankrott. Diese konnten entweder normativ geregelt sein oder gerade eben auch gar nicht. Und beide Modi konnten befriedende Folgen haben (S. 112): Das wird empirisch belegt, aber die je friedlich durchgesetzte Dominanz – ob normativ oder willkürlich begleitet – schuf Frieden. Man sollte hinzufügen: und befestigte die Abhängigkeit nachdrücklich. Nils P. Petersson nimmt sich demgegenüber des freien Handels und seiner ideologischen Begründungen an, die er aber vor dem Hintergrund je durchgeführter nationaler Politik untersucht. Dabei stellt er die gängige Verbindung von Freihandel und Frieden im Cobden'schen Sinne infrage: „There is often more at play in foreign policy than rational pursuit of economic interest“ (S. 108). Diese allgemeine Aussage vermag er auch interessenpolitisch zu untermauern. Eher als Ergänzung liest sich Thomas Hopkins ganz ideengeschichtlicher Abriss zu den Grenzen der „cosmopolitical economy“.

Der dritte herausragende Beitrag stammt von Matthias Schulz, der nach seinem voluminösen „Normen und Praxis“ (2009) aus diesem Themenbereich vertiefende und zuspitzende Überlegungen anstellt. Deutlicher als sonst subsummiert er die ganze Zeit von 1815–1914 als Wirkzeitraum des Europäischen Konzerts der Großmächte. Er benennt die (rechtlich-politische) Fragwürdigkeit der selbst angemessenen Rolle der Großmächte oder auch deren Einfluss in Europa und Übersee gegenüber Dritten. Anregend seine Periodisierung, die Mächte hätten ihre Kooperation lange allein auf Europa beschränkt, diese *collusion* seit den 1870er Jahren aber auch weltweit ausgedehnt – wie anhand etlicher Konferenzen

gezeigt wird. „The paradox [...] is that solidarity cum rivalry led to cooperation“ (S. 147, vgl. 150). Oder nochmals anders: „Great Powers may turn a blind eye to transgressions, because they are not severe enough to destabilize the international system, at worst their cooperation may serve as vehicle for collusion, ie seeking collective advantages to the detriment of third parties“ (S. 151). Das deckt sich weitgehend mit früheren Beobachtungen des Rezensenten (Dülffer/Kröger/Wippich „Vermiedene Kriege“, 1997).

Die anderen Beiträge sind zumeist gleichfalls reich an empirischen Befunden und bemühen sich alle, mehr oder weniger weitere Ausprägungen des Friedensparadoxes – man könnte auch sagen: Ambivalenzen – herauszuarbeiten. Einige sind juristisch-ideengeschichtlich angelegt, so Vec selbst zur sich wandelnden Rolle des Friedensbegriffs in der Rechtswissenschaft, wodurch sich aber zugleich der zentrale gesellschaftliche Ort und die Bedeutung von Frieden wandelten. Elena Augusti summiert die Kodifizierungsbestrebungen von Völkerrecht insgesamt. Am klarsten bringt Kristina Lovric-Pernak bei der Untersuchung der theoretischen und praktischen Durchsetzung von Schiedssprüchen das Friedensparadox auf den Begriff: „Aim: Peace – Sanction: War“; freilich war auch das kein durchgehendes Prinzip, sondern gegenüber moralischen Verpflichtungen durch Arbitration ein häufiger angedachter als praktizierter Weg. Adrian Brisku sucht die Heilige Allianz als spezifische Wertegemeinschaft zu fassen.

Mitherausgeber Hippler stellt bei den beiden internationalen Friedenskongressen von Paris 1949 und Genf 1867 eine Verschiebung des Fokus dieser Bewegungen vom Nationalen aufs Demokratische hin heraus. Diesen Demokratiebegriff hätte man gern ein wenig genauer gefasst gesehen. Der Beleg, dass 1849 ein General mit Attila und den Hunnen verglichen wurde, während ein Flugblatt aus dem eingeschlossenen Paris 1871 die deutschen Bürger-Soldaten mit diesem Epitheton bezeichnet hätten, dürfte doch aus spezifischeren Kontexten zu verstehen sein, als dass allein hierdurch ein so weitgehender Trend belegt wird. Susan Zimmermann nimmt sich quellennah des International Council of Women ab 1899 an. Erneut ideengeschichtlich diskutiert Oliver Eberl das Paradox, ob und wie man mit „Wilden“ oder Barbaren Frieden schließen konnte. Jörg Fische konkrete Studien dazu sind leider unbekannt („Die europäische Expansion und das Völkerrecht“, 1984). Von ähnlichen Ausgangspunkten bringt Stefan Kroll nicht nur

die Kenntnis anderer Rechtsordnungen (China) ein, sondern betont auch die Rolle von Religion beim „peaceful violence of civilization“ (Untertitel). In ähnlicher Weise diskutiert Mustafa Aksakal luzide den Osmanischen Staat, den er zwischen Europäisierung, Islamisierung und neuem Imperialismus der Pforte ansiedelt. Bo Strath schließt ab mit einer aus großer Blickhöhe unternommenen ideengeschichtlichen Überblick über den Begriff des Ewigen Friedens im 19. Jahrhundert. Insgesamt ein in der Konzeption gelungener und anregender Band, in dem viele Autoren auch die methodische Ansatzhöhe der Einleitung halten und das „Paradox“ anschaulich werden lassen.

Köln

Jost Dülffer

Feindbilder und der Amerikanische Bürgerkrieg

Koch, Michael: „Slavocrat“ und „Yankee“. Feindbilder und der Amerikanische Bürgerkrieg 1830–1865, 294 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2014.

Eine schier unüberschaubare Fülle an historiographischen Arbeiten ist bis dato zum US-amerikanischen Bürgerkrieg, der zwischen 1861 und 1865 mit größter Brutalität zwischen der Union und der Konföderation der Südstaaten ausgefochten wurde, veröffentlicht worden. Trotz dieser Flut an Publikationen bestehen nach wie vor Leerstellen innerhalb der Forschung, die zu schließen wichtige Erkenntnisse für das Verständnis der Entstehungsbedingungen des Bürgerkriegs zu versprechen scheinen. Auf eine dieser Lücken zielt die von Michael Koch verfasste Dissertation „„Slavocrat“ und „Yankee“. Feindbilder und der Amerikanische Bürgerkrieg 1830–1865“. Unter Rückgriff auf Ansätze der psychologischen Feindbildforschung möchte der Verfasser „die katalysatorische Wirkung von Feindbildern auf den amerikanischen sektionalen Konflikt [...] beleuchten und die Funktionen dieser Feindbilder für ihre Träger [...] analysieren“ (S. 11). Als zentrale Feindbilder identifiziert Koch dabei die im Süden enorm wirkmächtige Figuration des „Yankee“ auf der einen Seite sowie die im Norden zirkulierende Konstruktion des „Slavocrat“ auf der anderen und verortet diese innerhalb der sich zuspitzenden Auseinandersetzungen um die ideale Gesellschaftsformation im Allgemeinen und Sklaverei

im Besonderen. Dabei stützt er seine Untersuchung ganz wesentlich auf die Untersuchung zeitgenössischer Zeitungen und Zeitschriften, die er um die Analyse von Monographien ergänzt.

Die zeitgenössische Konstruktion des „Yankee“ setzte sich nach Koch wesentlich aus vier miteinander verwobenen Elementen zusammen: erstens dessen Wahrnehmung als materialistisch, zweitens die sich über Dekaden reproduzierenden Vorstellungen einer Verschwörung des „Yankee“ gegen den Süden, drittens der Entwurf dieser Figur als moralisch verdorbenen und heuchlerischen Philanthropen sowie zu guter Letzt die Konstruktion des „Yankee“ als Träger und Transmitter radikaler, die religiöse und gesellschaftliche Ordnung unterminierender Ismen, insbesondere des Abolitionismus.

Für den im Norden wirkmächtigen Widerpart, den „Slavocrat“, wiederum macht Koch drei zentrale Bestandteile aus. Zum einen sei der „Slavocrat“ als aristokratisch und damit inkompatibel mit der republikanischen Ordnung der Vereinigten Staaten von Amerika entworfen worden, zum anderen hätten Nordstaatler und Nordstaatlerinnen dem „Slavocrat“ aufgrund seiner dominanten Stellung innerhalb der Sklavenhaltergesellschaft und der daraus resultierenden spezifischen Existenzweise einen verdorbenen Charakter zugeschrieben. Darüber hinaus beschuldigten Nordstaatler und Nordstaatlerinnen – analog zu den im Süden um die Figuration des „Yankee“ kreisenden Vorstellungen –, den „Slavocrat“ einer Verschwörung gegen den Norden mit dem Ziel, ihre gesellschaftlich-politische Dominanz über die Vereinigten Staaten von Amerika zu reproduzieren.

Nach einer ausführlichen Untersuchung der verschiedenen Facetten der vor dem Bürgerkrieg im Norden respektive im Süden verbreiteten Feindbilder kommt Koch zu dem Ergebnis, dass diese zweifellos „eine zentrale Rolle für die Entscheidung von Nord- und Südstaaten zur militärischen Eskalation ihrer schwelenden Streitigkeiten“ (S. 258) eingenommen hätten. Außerdem beschreibt der Autor die sektionalen Feindbilder nicht bloß als Triebfedern, die den Konflikt in Gang setzten, sondern auch als „sustaining motivation“ (S. 223), die dem brutalen und über Jahre währenden Bürgerkrieg als Treibstoff dienten.

Michael Koch bietet in seiner umfassenden Untersuchung wichtige Erkenntnisse über die beiden Figurationen sowie deren Wirkmacht in den drei Dekaden vor wie auch während des Bürgerkrieges. Auf vielschichtiger Art und Weise gelingt ihm die Rekonstruktion der beiden

Feindbilder. Somit ergänzt er die bestehende Forschungslandschaft zum US-Bürgerkrieg um eine bedeutsame Facette. Trotz dieses Verdienstes von „Slavocrat“ und „Yankee“ sind die Untersuchung als auch die ihr zugrundeliegende Vorgehensweise in mancher Hinsicht problematisch. Die Integration von Theorien der psychologischen Feindbildforschung in das historiographische Narrativ geht bei Koch mit anthropologischen Annahmen einher, nach denen „auch moderne Menschen [...] bis zu einem gewissen Grad von einer hunderte Millionen Jahre alten Programmierung gesteuert [werden]“ (S. 29). In Konsequenz verfällt Koch wiederholt in eine ahistorische Sichtweise auf die dem sektionalen Konflikt zugrundeliegenden Weltwahrnehmungen und Handlungsweisen der Zeitgenossen und Zeitgenossinnen. So etwa, wenn Koch zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen dem Niedergang der Plantagenökonomie im Süden und der damit verbundenen Konstruktion des „Yankee“ als verschwörerischer Materialist unter anderem schreibt: „Der Mensch neigt dazu, die Schuld für eigenes Scheitern nicht immer bei sich selbst, sondern bei widrigen Umwelteinflüssen und übelwollenden Anderen zu suchen“ (S. 57).

Zusätzlich zu der Tendenz zu ahistorischen Erklärungsansätzen resultiert der Rekurs auf psychologische Konzepte auch wiederholt in spekulativen Aussagen. So schreibt Koch Südstaatlern und Südstaatlerinnen „die (teils unterbewusste) Erkenntnis der Notwendigkeit einer gewissen Modernisierung“ (S. 62) zu. Oder er räsoniert wie folgt über die Einstellungen von Südstaatlern und Südstaatlerinnen zu den Kriegsanstrengungen der Konföderation: „So wie einige südstaatliche Teilnehmer des Konflikts offenbar unbewusst den Sieg des Feindes als beste Alternative sahen und ohne es zu merken die eigenen Anstrengungen sabotierten, so legten andere Naturelle ihren Selbsthass in hysterische Feindbilder und die Ausarbeitung des Pro-Slavery-Arguments“ (S. 85f.).

Trotz dieser problematischen theoretischen Einbettung und den daraus resultierenden ahistorischen und spekulativen Schlussfolgerungen bietet das Buch „Slavocrat“ und „Yankee“ neue Erkenntnisse über den sich zuspitzenden Konflikt zwischen dem Norden und dem Süden in den USA, die für Historiker und Historikerinnen, die zu der Bürgerkriegszeit arbeiten, von Interesse und Bedeutung sind.

Köln

Kristoff Kerl

Deutsche Amerikawanderung

Wiegmann, Steffen: Transnationale Perspektiven im 19. Jahrhundert. Studien zum Identitätsbewusstsein politisch motivierter deutscher Auswanderer in die USA, 299 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2014.

In seiner Dissertation konzentriert sich Steffen Wiegmann auf drei detailliert erforschte Teilgebiete der deutschen Amerikawanderung im 19. Jahrhundert: die politische Emigration, die Geschichte der deutsch-amerikanischen Arbeiterbewegung und die Begriffsgeschichte von kollektiver Identität und Assimilation. Den Kern der Studie bildet eine kollektivbiographische Untersuchung. Wiegmann ordnet einzelne politische Emigranten drei Auswanderergenerationen zu: Unter den „Dreißigern und Vierzigern“ fasst er Wilhelm Weitling und Gustav Körner, unter den „Achtundvierzigern“ Mathilde Anneke, Rudolph Dulon und Adolph Douai, und unter den „Achtundsiebzigern“ die von den Sozialistengesetzen betroffenen Wilhelm Hasselmann, Julius Vahlteich und Joseph Dietzgen.

Ein Verdienst der Studie ist, dass weniger bekannte Figuren wie Dulon oder Dietzgen vorgestellt werden. Wiegmann erläutert die Motive für ihre Migration und geht auf die Neupositionierung als Amerikaner beziehungsweise Deutschamerikaner ein. Am Beispiel der von ihm ausgewählten Migranten will der Verfasser in erster Linie die Transformation kollektiver Identitäten herausarbeiten. Allerdings gelingt es ihm nicht, auf Basis der Biographien allgemeine Rückschlüsse zu ziehen. So wäre es beispielsweise sinnvoll gewesen, den Begriff „Generation“ ernster zu nehmen, wie es etwa Detlev Peukert in seiner Geschichte der Weimarer Republik demonstriert hat. Wiegmanns Analyse zeigt auf, dass bei einigen Emigranten wirtschaftliche Not politische Motive überlagerte. Manche kehrten nach einigen Jahren in ihre Heimat zurück.

Ein gravierendes Manko von Wiegmanns Studie ist, dass er die historisch-soziologische Debatte über die für seine Studie zentralen Begriffe Assimilation, Akkulturation und Ethnizität in den Vereinigten Staaten vollständig ausblendet. Er rezipiert dabei weder Milton Gordons klassische Studie „Assimilation in American Life“ (1964) noch neuere Beiträge von Ewa Morawska, Kathleen Conzen, Richard Alba, Victor Nee und zahlreichen anderen Historikern und Historikerinnen sowie Sozialwissenschaftlern und Sozialwissenschaftlerinnen, die diese Konzepte und den Begriff Ethnizität vor dem Hintergrund der amerikanischen Einwanderungsgeschichte neu bewertet haben.

Ein genauerer Blick auf das Literaturverzeichnis und die Fußnoten belegt, dass Wiegmann zahlreiche weitere für seine Dissertation relevante Studien nicht konsultiert hat, etwa Carl Wittkes Klassiker „Refugees of the Revolution“ über die „Achtundvierziger“ (1952) oder eine neuere Biographie eines seiner Protagonisten Adolph Douai von Justine Davis Randers-Pehrson (2000).

Im ersten abschließenden Exkurs geht der Autor auf die umstrittene Studie „Who Are We?“ (2004) des Politologen Samuel Huntington ein. Das kurze Kapitel hängt förmlich in der Luft, weil Wiegmann die amerikanische Rezeption von Huntingtons Studie ignoriert und eklektisch diverse Positionen zum Begriff der „amerikanischen Identität“ zitiert. Reinhart Kosellecks Überlegungen zur Begriffsgeschichte wären für die Studie sehr nützlich gewesen ebenso wie begriffsgeschichtliche Untersuchungen amerikanischer Autoren und Autorinnen; zu nennen ist etwa Philip Gleasons konziser Artikel über „American Identity and Americanization“ in der „Harvard Encyclopedia of American Ethnic Groups“. Ein zweiter abschließender Exkurs, ein sehr oberflächlicher Vergleich der linksgerichteten Amerikawanderer des 19. Jahrhunderts mit dem deutschsprachigen Exil der 1930er und 1940er Jahre am Beispiel von Bertold Brecht und Thomas Mann, kann nicht überzeugen und wirkt deplatziert.

Insgesamt betrachtet repräsentiert Wiegmanns Studie daher keinen nennenswerten Beitrag zur deutschen und amerikanischen Geschichte des 19. Jahrhunderts, da die Lektüre zahlreiche Mängel offenbart, wie beispielsweise die erheblichen Lücken bei der Erfassung des Forschungsstandes. Die Studie hat zudem keinen Index. Es bleibt darüber hinaus rätselhaft, welche Funktion die vielfach reproduzierte Illustration einer Straßenszene in *Little Italy* in New York um 1900 auf dem Cover des Buches hat.

University Park, PA

Tobias Brinkmann

20. JAHRHUNDERT

Wirkungsgeschichtliche Fallstudien zur historischen Jugendbewegung

Stambolis, Barbara (Hrsg.): Die Jugendbewegung und ihre Wirkungen. Prägungen, Vernetzungen, gesellschaftliche Einflussnahmen, 392 S., V&R unipress, Göttingen 2015.

Im Kontext des Jahrhundertjubiläums des Ersten Freideutschen Jugendtages vom Oktober 1913 sind etliche Bücher erschienen, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln und mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten versuchen, die Geschichte der bürgerlichen Jugendbewegung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts neu zu akzentuieren. Dazu zählt auch der von Barbara Stambolis herausgegebene Sammelband, der auf eine Tagung zurückgeht, die im März 2013 im Deutschen Literaturarchiv Marbach stattgefunden hat. Es geht um die durchaus ambitionierte Frage, wie sich die Wirkungen der Jugendbewegung auf die gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung Deutschlands wissenschaftlich beschreiben lassen. Ambitioniert ist die Fragestellung schon deshalb, weil Wirkungsannahmen sich in den Kultur- und Sozialwissenschaften nicht in einem monokausalen Ursache-Wirkungs-Mechanismus diskutieren lassen. Das liegt in der Natur der Sache, und deshalb grenzt die Herausgeberin schon zu Beginn die Fragestellung auch entsprechend ein und dämpft damit allzu große Erwartungen, die sonst zwangsläufig nur enttäuscht werden könnten. Es geht in dem Band vor allem um die Konstitution und Funktion von Erinnerungsgemeinschaften, um kollegiale Netzwerke und Arbeitszusammenhänge vor dem Hintergrund gemeinsamer jugendbewegter Prägungen in der Adoleszenz, also um mikroanalytische Studien, die teilweise auch autobiographische Züge tragen.

Die Herausgeberin hat die 18 Beiträge in vier Kapitel gegliedert. Das erste enthält zwei Aufsätze, die sich mit der grundlegenden Frage befassen, inwiefern es überhaupt Wirkungen der Jugendbewegung gegeben hat. Es ist wohl kein Zufall, dass es gerade die beiden ältesten Autoren sind, die dieser komplexen Frage nachspüren, nämlich Walter Laqueur (Jg. 1921) und Arno Klönne (Jg. 1931) – der erste deutsch-jüdischer Historiker, der sich intensiv mit der Jugendbewegung auseinandergesetzt hatte, letzterer ein ausgewiesener Kenner und Interpret der Bewegung mit eigenen jugendbewegten Prägungen. Ihnen folgen drei Beiträge, die unter dem Stichwort „generationelle Erinnerungsperspektiven“ jeweils einen persönlichen Zugang zum Thema suchen – Micha Brumlik zur jüdischen Jugendbewegung und ihrem Fortleben in der Nachkriegszeit, Claus-Dieter Krohn mit dem Fokus auf die bündische Jugend der fünfziger Jahre und Jürgen Reulecke mit einer Bilanz seiner Begegnungen mit den Mitgliedern des Freideutschen Kreises. Alle diese Beiträge

zeichnen sich durch einen biographischen beziehungsweise autobiographischen Zugang zu der Thematik aus. Insofern heben sie sich von den übrigen Aufsätzen des Bandes ab.

Den Schwerpunkt des Buches bilden dann jene acht Beiträge, welche die Herausgeberin mit der Kapitelüberschrift „Prägungen“ und ihre Auswirkungen“ versehen hat. Es handelt sich um thematisch sehr heterogene Zugänge zu der Thematik, etwa um die Geschichte einer Freundschaft in Briefen zwischen zwei Mitgliedern des Jenaer Sera-Kreises, nämlich um Rudolf Carnap und Wilhelm Flitner (Meike G. Werner), dann allgemeiner um die Prägekräfte der bündischen Jugend (Rüdiger Ahrens), den facettenreichen Zusammenhang von Jugendbewegung und Volksbildung (Paul Ciupke), die Wirkung der Weißen Rose auf die Jugend und die Öffentlichkeit in der deutschen Nachkriegsgesellschaft (Bernhard Schäfers), dann um Beispiele jugendbewegten Eigensinns während der NS-Zeit (Alfons Kenkmann) und um zwei biographisch gehaltene Beiträge. Der erste ist dem heute weitgehend unbekanntem jugendbewegten Dichter Werner Hundertmark gewidmet (Michael Philipp), der zweite befasst sich mit dem der Jugendbewegung nahestehenden Graphik-Designer Otto Aicher, dem Ehemann von Inge Aicher-Scholl (Eva Moser). Schon aus Platzgründen können sie hier nicht im Detail und in ihren Befunden näher vorgestellt werden.

Den Fokus des letzten Kapitels bilden „Vernetzungen“ jugendbewegter Kreise. Sie werden am Beispiel des katholischen „Bundes Neudeutschland“, an der von Mitgliedern der Jugendbewegung angestoßenen Kollegienhausbewegung, die nach 1945 bis Anfang der sechziger Jahre eine Hochschulreform im Auge hatte, ebenso vorgestellt wie am Beispiel der „Gilde Soziale Arbeit“, einem losen Zusammenschluss jugendbewegter Sozialpädagogen, der 1925 entstanden war, sich nach Kriegsende wieder konstituierte und bis heute existiert. Die beiden anderen Aufsätze richten ihr Augenmerk zum einen auf zwei politische Zirkel im Einflussbereich der Jugendbewegung, nämlich auf den Nauheimer und Grünwalder Kreis (Hans-Ulrich Thamer), zum anderen auf den Einfluss und das Engagement jugendbewegter Menschen beim Wiederaufbau und der Neuordnung der Lehrerbildung in Niedersachsen nach 1945 (Hartmut Alpei). Was bleibt? Kein Fazit, eher Defizitdiagnosen und Anschlussfragen der Herausgeberin und einiger ihrer Autoren, die zu neuen Fragestellungen und Forschungen anregen können.

Der Band nähert sich zwar der grundsätzlich schwierigen „Wirkungsfrage“ aus verschiedenen Aufmerksamkeitsrichtungen an, aber er kann sie natürlich nicht lösen. Darüber sind sich wohl alle Autoren bewusst, und der Hinweis soll deshalb auch nicht als Kritik verstanden werden. Das Buch hat seine Verdienste, denn es eröffnet doch Anschlussfragen, die in ganz neue Richtungen gehen. Etwa: „In welchen gesellschaftlichen Handlungsfeldern sind keine jugendbewegten nachweisbar? Wann und aus welchen Gründen endeten die Einflussnahmen über jugendbewegte Netzwerke?“ (S. 23). Im Bereich der historischen Jugendforschung öffnet sich hier ein weites Feld, das noch völlig brach liegt – so etwa der Hinweis von Micha Brumlik, dass „eine historische Psychologie der Jugendbewegung noch immer ein Desiderat“ (S. 58) sei.

Frankfurt a. M.

Peter Dudek

Sport und Identität

Reichelt, Bernd: Fußball im deutsch-französischen Grenzraum Saarland/Moselle 1900–1952. Eine transnationale Geschichte politischer Inszenierung und sportlicher Emanzipation, 421 S., Steiner, Stuttgart 2014.

Bernd Reichelts Monographie befasst sich zum ersten Mal mit der Entstehung und Entwicklung des Fußballs in der Region Saarland und Moselle in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Zwei Weltkriege, Grenzverschiebungen und Besatzungszeiten wirkten sich auf die Fußballvereine aus und prägten den Sport sowie deren gesellschaftliches Verständnis. Diese Änderungen des politischen Status der Region beeinflusste die Identität der Menschen. Fußballer, Funktionäre und Fans waren hier keine Ausnahme, sondern der Verein war ein Ort, an dem um nationale oder regionalistische Identität geworben wurde. Reichelts historische Darstellung gibt deshalb nicht nur einen Einblick in die saarländische und lothringische Fußballgeschichte wieder, sondern weist auf die Bedeutung von Fußball für die Entstehung oder Verschiebung von Identitäten in einer vakanten Region hin.

Der Autor gliedert sein Buch in drei Abschnitte. Die Gründungsphase von Fußballvereinen vor dem Ersten Weltkrieg initiierten sowohl in Lothringen als auch dem Saarland überwiegend Männer aus dem bürgerlichen

Milieu. Eng mit der Turnerbewegung verflochten, beanspruchten Fußballvereine einen gesellschaftspädagogischen Wert zu besitzen, der den Mitgliedern Tugenden wie Disziplin und „Vaterlandsliebe“ vermittelte. Wie der Turnsport sollte der Fußball nicht allein als Freizeitsport betrachtet werden, sondern als ein erzieherischer Raum. Die Pflege von nationalistischer Symbolik und der Transport von Werten war besonders in Lothringen Ausdruck einer nationalen Gesinnung. Obwohl häufig der nationalistische Pathos bei Fußballvereinen und -verbänden existierte, relativiert Reichelt dieses absolute Bild bereits bei der Entstehungsphase: Sportlicher Erfolg spielte gleichzeitig eine große Rolle und konnte unter Umständen auch dazu führen, dass pädagogische Ambitionen zurückgesteckt wurden. Politische Identitätsvermittlung und sportlicher Wettkampf waren somit bereits bei der Gründung von Vereinen vorhanden und wirkten nachhaltig auf den Sport.

Während der Zwischenkriegszeit 1919–1939 spielten die saarländischen und lothringischen Vereine nicht in einem Verband. Im Zeichen der rasch einsetzenden Kommerzialisierung und Professionalisierung des Fußballs in den frühen 1920er Jahren erlebten die Vereine in beiden Gebieten einen erheblichen Reputationsschub; trotz unterschiedlicher politischer Konstellationen und ökonomischer Voraussetzungen. Parallelen lassen sich dennoch feststellen. Fußball wurde, so der Verfasser, zu einem Ort der „Politisierung und Polarisierung“. Besonders Vereine mit hohen sportlichen Ambitionen befanden sich nach dem Ersten Weltkrieg im Antagonismus zwischen sportlichem Erfolg und politischer Notwendigkeit. Ein klares Bekenntnis zur deutschen Nation und gegen die Besatzung des Saargebietes bedeutete für die Fußballvereine gleichzeitig sportliche Defizite. Diskussionen im Verband waren deshalb eng an die politische Alltagskultur gekoppelt. Anders war die Entwicklung in der Moselle. Die Auflösung originär deutscher Vereine wurde durch Neugründungen ersetzt. Obwohl französische Behörden deutschstämmige Funktionäre verdächtigten, „deutsch“ zu agieren, überwog der sportliche Ehrgeiz und man arrangierte sich. Eine konkurrierende Identitätspolitik zwischen Deutschen und Franzosen existierte in der Moselle nicht.

Mit Beginn der Herrschaft des Nationalsozialismus änderte sich auch die Haltung der Fußballvereine an der Saar. Die nationalsozialistische Propaganda benutzte Fußballspiele für die Saarabstimmung. Besonders kleinere Vereine

erhielten Unterstützung. Fußball mutierte hier zur Propagandaveranstaltung. Auch wenn Reichelt kein Pauschalurteil abgibt, inwiefern die saarländischen Vereine von dieser Propaganda überzeugt waren oder aus wirtschaftlichen Gründen Subventionen annahmen, war eine Mehrheit bei den Vereinen vorhanden, die für den Anschluss plädierte. Die mühelose Integration der saarländischen Fußballvereine in das nationalsozialistische Sportsystem nach 1935 ist ein deutliches Indiz für deren politische Anschlussfähigkeit an den Nationalsozialismus.

Der letzte Abschnitt umfasst den Zweiten Weltkrieg sowie die Nachkriegszeit. Der Autor beschreibt hier den Wechsel zur nationalsozialistischen „Germanisierungspolitik“ in der Moselle und welche Rolle zur Sicherstellung der öffentlichen Ordnung der Fußball im Westen einnahm. Die Spiele waren sowohl Ort der politischen Agitation als auch der Abwechslung, um eine „Normalität“ zu simulieren. Wenn gleich Reichelt eine abschließende Beurteilung dieser Phase aufgrund von mangelnden Quellenmaterialien ablehnt, kann doch die These vertreten werden, dass die Fußballvereine sich problemlos in die nationalsozialistische Propaganda einfügten. Noch bis kurz vor dem Einmarsch der alliierten Truppen wurde Fußball gespielt und der populäre Sport erfüllte damit auch seine propagandistische Funktion.

Fußball war nach dem Krieg weiterhin ein identitätsstiftender Ort, so der Autor. Die Versuche der französischen Besatzungsbehörde saarländische Vereine in den französischen Verband zu integrieren und der Plan einer eigenständigen „saarländischen nationalen Identität“ konkurrierten mit Forderungen von Funktionären, den saarländischen Verband in das deutsche Ligasystem anzugliedern. Die Diskussionen im saarländischen Verband flackerten bis zur Integration in den Spielbetrieb der Südwestliga immer wieder auf und wurden sowohl unter den Aspekt der nationalstaatlichen Identität als auch sportlicher Relevanz geführt. Reichelts Skizze der Debatte veranschaulicht, dass Fußball eminent für die Bildung von Identität nach dem Zweiten Weltkrieg war. Ähnliche Debatten über konkurrierende Identitäten fanden dagegen in der Moselle nicht statt. Trotz massiver Feindschaft war es der Fußball im Grenzraum, der eine schnelle Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland initiierte. Schon vor der Gründung der Bundesrepublik fanden Freundschaftsspiele statt, die Produkt der engen Bindung seit der Jahrhundertwende zwischen beiden Regionen war.

Reichelts multiperspektivischer Blick auf die Geschichte des Fußball an der Saar und Mosel lohnt sich, um Fußball als einen Sport aufzufassen, der nicht abseits jeglicher gesellschaftlicher Entwicklung stattfindet, sondern integraler Bestandteil ist. Die Implikation von lokaler, regionaler oder nationaler Identitätspolitik prägt den Fußballsport noch heute und muss, wie Reichelt betont, immer im Kontext sportlicher Zielsetzung und Erfolgsabhängigkeiten analysiert werden.

Bochum

Mark Haarfeldt

Women in Industrial Research – A Complicated History

Tobies, Renate/Vogt, Annette B. (Hrsg.): Women in Industrial Research, 258 pp., Steiner, Stuttgart 2014.

The early years – the 1970s and 1980s – of feminist scholarship about science and technology saw an interest in making visible the contributions of women throughout history. We got studies of the “Mothers of Invention” and their innovations of everything from beer to bombs, also of women’s hitherto unacknowledged role in, for example, medieval astronomy, 19th century geology, early computer programming, or the unravelling of the structure of DNA. The studies aimed at rectification of a traditionally gender-blind or even misogynist history of science and technology. Many studies coupled an interest in the struggles and strategies of individual women with an analysis of the barriers to women’s entry, and the notion that women were not interested in science and technology was amply criticized.

In line with this orientation towards individual life stories, a second area of feminist concern focused on women’s particular contributions – as women – to science and technology. What happens when you “add women and stir”? Researchers focused on areas where women historically had found a niche, such as home economics and domestic technology, or where feminist concerns had changed the orientation of research, such as within medicine and biology. They asked whether women researched nature in a different way than men, or if they made different interpretations of for example primate behaviour or of gender relations in pre-history.

A third approach within feminist scholarship then turned the questions around. The interesting thing was not women's lack of confidence, their careers, or even their individual contributions – but the fascination that *men* hold for science and technology. The masculine norm was problematized. Studies ranged from the gendered notion of objectivity in the well-known 17th century experiments of the Royal Society to the power and the pleasure that many men experience from tinkering or calculation within male-dominated environments of scientific research, education and work. Indirectly, of course, these analyses of masculine cultures and codes of conduct also helped understand why women were excluded, discriminated against, or marginalized.

The book under discussion here falls squarely within the first category of study, touches upon the second, and ignores the third. Its aim is to discuss the conditions under which women during the 20th century were able to become successful industrial researchers, and how these opportunities differed between disciplines, institutions and national contexts. The thirteen studies cover a range of industries – the chemical, cosmetic, nuclear, electrical engineering, communications, and optical industries – mainly in Germany, but also in the US, Greece, and Russia/the USSR.

Thus, the main focus of the book is on science-based industries and on three rising powers – Germany, the US, the USSR – whose science and technology for good and for bad shaped the 20th century. The long-term, international and comparative perspective is, however, not problematized in the book. Indeed, the political and/or military significance of the research that the women were involved in is hardly touched upon, and the tragic fate for researchers of the “wrong” ethnic background (i.e. Jewish) or political points of view in Germany and the USSR is duly noted but not integrated into an analysis of the science and technology of the time.

Instead, the focus is on the trajectories of individual women in industrial research and/or research institutes, documenting both successful careers and barriers to entry. The collection treads new grounds since most earlier studies have focused on women's academic careers or engineering work, but not on industrial research. The articles use previously underutilized sources and unique autobiographical accounts to describe the education and contributions of women, often in great detail. This makes for a wealth of interesting information, but also for a

certain monotony. Most articles are narrowly focused on individual biographies and do not enter into a dialogue with previous research, use any theoretical perspectives to structure the material, or even draw any general conclusions from the case material.

To me, the articles in the section on the chemical industry are the most interesting ones in that they attempt to examine the broader patterns of change which shaped women's contributions and careers. Jeffrey Allan Johnson discusses the situation for women in the chemical industry in Germany, Great Britain and the US to give a comparative analysis of the role of women's employment during the two world wars and the many barriers that before and after impeded their careers. Maria Rentetzi presents a fascinating story of a creative American chemist, Florence Wall, who shaped a whole new profession and field of scientific research, namely cosmetology. The article thus links to the second area of study outlined above. And Peter Bussemer, while focussing on one particular woman scientist, also uses testimonies from her collaborators to paint a vivid picture of everyday work within the Soviet nuclear industry in the post-war years.

The editors make a good job in summarizing the wealth of empirical findings. They find some preconditions for women's entry and careers in increased access to scientific education, patronage relations to influential male researchers, and war time demands for qualified personnel. Women worked with all kinds of research, not just in so-called “feminine” areas, and especially those with an interdisciplinary background made some original contributions. Conditions for combining professional and family life were in the early 20th century better within private industry since many countries had laws banning married women scientists from state institutions. One could perhaps have asked for a more ambitious effort within the individual articles and the collection as a whole to link these results to theoretical perspectives, for example concerning the role of social networks and of combinations of gender/class/ethnicity in determining careers. Insights from previous research about women as “outsiders within”, as “guests”, “intruders” or “tokens” within male-dominated scientific and industrial hierarchies also seem highly relevant for the many pioneering lives made visible in this book.

Linköping

Boel Berner

Der Staatsbürger als Souverän

Weil, Patrik: The Sovereign Citizen. Denaturalization and the Origins of the American Republic, 296 S., Pennsylvania UP, Philadelphia, PA 2013.

Ausbürgerungen waren im 20. Jahrhundert nicht nur ein Machtmittel von Diktaturen, sondern wurden auch in Demokratien praktiziert. Dass die USA von 1906 bis in die siebziger Jahre mehr als hunderttausend eingebürgerten wie gebürtigen Amerikanern und Amerikanerinnen die Staatsbürgerschaft entzogen, erfährt man in Patrick Weils rechtshistorischer Studie. Der französische Historiker und Regierungsberater weitet seine empirischen und international vergleichenden Untersuchungen zur Staatsangehörigkeit nun auf die USA aus – mit verschobenem Blickwinkel.

Der Autor nutzt Recht und Praxis der Ausbürgerung als Sonde, um eine leise Revolution des Staatsbürgerschaftsrechtes zu beschreiben. Die 1906 eingeführte Ausbürgerung führte, erstens, zu einer neuen Definition von Souveränität und Staatsbürgerschaft, in der Amerikaner und Amerikanerinnen neu als Träger der Souveränität definiert wurden. Auf diese verfassungsrechtliche und politische Verschiebung zielt der Titel: „Der souveräne Staatsbürger“ bedeutet eine doppelte Umkehrung. Dem verfassungsgebenden Souverän, dem Volk, wird in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dieser höchste Rang wieder zugeschrieben – aber in individualisierter Form, als einzelner Bürger. Staatsbürgerschaft sei damit in eine neue Ära eingetreten, in der das einstmals vorläufige, bedingte und unsichere Rechtsinstitut nun nahezu vorbehaltlos garantiert werde (S. 5). Das Verhältnis zwischen Individuum und Staat habe sich grundsätzlich gewandelt: Aus einem bedingt geschützten Privileg sei ein Recht des Volkes geworden. Zweitens wurde das Einbürgerungsverfahren verändert. Es entwickelte sich von einer gerichtlichen Prozedur schrittweise zu dem Verwaltungsvorgang, den es nach dem Immigration Act 1990 heute darstellt (S. 51). Dieses zweiteilige Argument strukturiert die straffe Darstellung.

Der erste Teil ist der Föderalisierung der Einbürgerung gewidmet. Ausbürgerungen wurden 1906 zur Kontrolle der Einbürgerungsverfahren durch die Bundesgewalt eingeführt, um Betrug sowohl seitens der Bewerber als auch der einzelstaatlichen Gerichte zu unterbinden. Dies ging mit dem Aufbau föderaler Institutionen einher. Der zweite Teil untersucht die Kontingenz, die

Staatsbürgerschaft nach diesen Neuerungen für verschiedene Gruppen hatte. Waren gebürtige Amerikaner nur in bestimmten Fällen mit dem Verlust ihrer Staatsbürgerschaft bedroht, galt für Eingebürgerte eine Vielzahl von Begründungen. „Bedingte Staatsbürgerschaft“ galt für politische Feinde, politische („radicals“) und ethnische Gruppen (Asiaten) sowie – quantitativ herausragend – für im Ausland lebende Bürger. Seit der berüchtigten Ausbürgerung der Aktivistin Emma Goldman 1909 und ihrer Ausweisung 1919, wurden diese zielgerichtet als politische Waffe eingesetzt. Zunächst marginal angewandt, entwickelte sich die Denationalisierung im Zweiten Weltkrieg zu einem regelrechten Ausbürgerungsprogramm, das vor allem auf organisierte Faschisten zielte.

Der dritte Teil, „War in the Supreme Court“, kristallisiert die Neudefinition des Bürgers als Souverän nach dem Zweiten Weltkrieg heraus. Höchststrichterliche Urteile schränkten die Macht der Bundesregierung zur Ausbürgerung seit 1943/44 ein, erstmals ausgerechnet zugunsten eines Kommunisten und eines Nationalsozialisten. Doch brauchte es noch Jahre, bis es nach spezifisch begründeten Revisionen zu einer allgemeinen Abkehr kam. Hier spielte die innovative Rechtsauffassung eine entscheidende Rolle, die der Oberste Richter Earl Warren zunächst als Minderheitenposition formulierte, bevor sie sich 1967 durchsetzte. Seither werden Amerikaner und Amerikanerinnen vor dem Entzug ihrer Staatsbürgerschaft geschützt, da diese als nicht verfassungskonform gilt. Dies begreift Weil als Revolution der Staatsbürgerschaftsrechtes (S. 9), auch wenn das Recht zur Ausbürgerung formal weiter besteht.

Mit dem Blick auf die Kehrseite der US-Staatsbürgerschaft, trägt Weils Studie zur modernen Geschichte des Verhältnisses von Individuen und Nationalstaat bei, die in einer kritischen Historisierung von Menschenrechten, einer neuen internationalen Geschichte sowie transnational orientierten Migrationsgeschichten in den letzten Jahren neu zum Thema geworden ist. Als politische Rechtsgeschichte ergänzt sie die innovativen Studien von Linda Kerber, welche Staatenlosigkeit als Ausschluss in der Immigrationsgesellschaft sozial- und kulturgeschichtlich erkunden („The Stateless as the Citizen's Other“ 2007, „Toward a History of Statelessness in America“ 2005).

Mit der Auswertung sämtlicher Ausbürgerungsfälle steht die Studie auf solider empirischer Basis, deren quantitative Dimension anschaulich aufschlüsselt wird. Neben

Gerichtsentscheidungen und -akten, wurden Archivalien des Immigration and Naturalization Service, des Außen- und Justizministeriums herangezogen sowie Interviews mit (ehemaligen) Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen von Richtern und anderen. Einzelne Ausbürgerungsfälle werden aus den Gerichtsakten thematisiert. Über die karge Rekonstruktion von Anlässen und juristische Argumente hinaus, erfährt man hier nichts über die Betroffenen. Umso erfreulicher, dass der Anhang zwei scharfzüngige Quellentexte des ersten Ausbürgerungsofers, Emma Goldman, dokumentiert.

Erzählt wird eine Geschichte von Gerichtsentscheidungen, in der Richter und Anwälte um die richtige Auslegung der Verfassung ringen. Obwohl das Ende einer relevanten Ausbürgerungspraxis gerade zum Höhepunkt der afro-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung eingeläutet wird und das Verbot der Diskriminierung eingebürgerter Amerikaner ein entscheidendes Argument bildet, findet dieser politische und soziale Kontext nur nachlässig Erwähnung (S. 184), wird aber nicht als Faktor bei Entscheidungsfindung und Argumentationswechseln untersucht. Gleichwohl ist dieser Hintergrund fast mit den Händen zu greifen, belegt er doch gerade die von Weil herausgestellte Revolution. Doch erscheint in seiner Darstellung die Entfaltung der folgenreichen, das Individuum ermächtigenden Lesart – die individualisierte Rückbindung der Souveränität an ihre konstitutionelle kollektive Grundlage – in einem seltsam luftleeren Raum des Gerichts und der innovativen Auseinandersetzung mit juristischer Lehrmeinung zu entstehen.

Die Konzentration auf die rechtliche Dimension von Staatsbürgerschaft lässt zudem notwendige Ebenen unberücksichtigt, die für einen so fundamentalen Wandel interessant sind: die Rolle emotionaler Bindung, Identifikation und Loyalität, wie auch den für Handlungsspielräume entscheidenden politischen Bereich. Das weite Feld der über klassische Partizipationsrechte hinausgehenden, gelebten Rechte, von faktischen Inanspruchnahmen und Aneignungen – wie er etwa 2006 in den Demonstrationen „illegaler“ Einwanderer deutlich wurde, die sich die amerikanische Hymne in spanischer Sprache zu eigen machten – bleibt ausgeblendet. Die detaillierte und präzise Untersuchung der Aus- und Einbürgerungspolitik der USA bleibt so beschränkt auf eine politische Verfassungsrechtsgeschichte, obgleich der Perspektivwechsel und die Befunde weit mehr versprechen.

Potsdam

Kathrin Kollmeier

Ein instruktiver Spiegel

Panter, Sarah: Jüdische Erfahrungen und Loyalitätskonflikte im Ersten Weltkrieg, 410 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014.

Im Umfeld der hundertjährigen Wiederkehr des Beginns des Ersten Weltkrieges ist eine kaum zu überblickende Zahl von Monographien, Sammelbänden und Aufsätzen erschienen, die die unterschiedlichen Aspekte und Dimensionen dieses für das 20. Jahrhundert zentralen Ereignisses thematisieren. Die in der Geschichtswissenschaft und in den Medien geführten kontroversen Debatten um das Buch „Die Schlafwandler“ Christopher Clarks haben in der Öffentlichkeit zu einer Konzentration der Wahrnehmung auf die Außenpolitik und die Militärgeschichte geführt.

Einen bislang von der Forschung kaum beachteten Aspekt untersucht Sarah Panter in ihrer von Jörn Leonhard betreuten Freiburger Dissertation: jüdische Erfahrungen und Loyalitätskonflikte zwischen den kriegführenden Staaten. Am Beispiel der Juden in Deutschland, Österreich, Großbritannien und den USA analysiert sie die vielschichtigen Herausforderungen, die während des Ersten Weltkrieges an sie gestellt wurden. Waren die jüdischen Solidaritäts- und die jeweiligen staatsbürgerlichen Loyalitätsvorstellungen kompatibel? Neben dem Kriegsgeschehen und der Frage der nationalen Solidarität, die sich gerade für Neueingewanderte stellte, stand die humanitäre Situation der jüdischen Zivilbevölkerung in Osteuropa im Fokus. Die vielfältigen familiären, religiösen und kulturellen Verbindungen der jüdischen Einwanderer aus West-, Mittel- und Osteuropa in ihre Herkunftsländer wurden unterbrochen. Der Erste Weltkrieg bedeutete für viele ganz konkret einen Bruderkrieg.

Sarah Panter arbeitet erstmals systematisch die Bedeutung des Ersten Weltkrieges für das Jüdischsein in je zwei Ländern der feindlichen Bündnisse heraus. Sie fragt nach möglichen Loyalitätskonflikten, den Auswirkungen der Situation der osteuropäischen Juden, der integrativen beziehungsweise exkludierenden Dimension der Staatsbürgerschaftskonzepte sowie nach den Auswirkungen des Kriegsverlaufes und des gesellschaftlichen Konformitätsdrucks auf die jüdischen Deutungs- und Handlungsmuster.

Die sorgfältig theoretisch und methodisch reflektierte Studie ist grundsätzlich chronologisch in vier Kapitel gegliedert: Kriegsausbruch 1914, Jüdische Perspektiven auf die Lage der osteuropäischen Juden 1915–1916, Kriegserfahrungen

jüdischer Soldaten und Feldrabbiner sowie die jüdische Verortung in den Kriegsentwicklungen 1917–1918. Jedes dieser Kapitel ist in die vier untersuchten Länder unterteilt, um einen strukturellen Vergleich zu ermöglichen.

Quellengrundlage sind jüdische Periodika, Ego-Dokumente (Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Autobiographien) sowie Unterlagen jüdischer Organisationen aus den untersuchten Ländern. Benutzt wurden Archive in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Israel, der Tschechischen Republik und den USA.

Im Ergebnis hält die Verfasserin fest, dass der Erste Weltkrieg die Auseinandersetzung über das jüdische Selbstverständnis forcierte. Prägend für die Loyalitäts- und Zugehörigkeitsdiskurse waren Offenheit und Ungleichzeitigkeiten. Dabei spielten die vielfältigen Definitionsmöglichkeiten des Jüdischseins (religiös-konfessionell, ethnisch-kulturell, ethnisch-national) eine wichtige Rolle für die jeweiligen Loyalitätskonflikte. Im Deutschen Reich wirkte sich die negative Stereotypisierung der Ostjuden ebenso wie der vor allem durch die berüchtigte „Judenanzahl“ intensivierte Vorwurf der „Drückebergerei“ aus. In Österreich war die Auseinandersetzung mit den galizischen Juden Anlass, die Loyalität der österreichischen Juden zu hinterfragen. Zudem: Den Flüchtlingen aus dem Osten wurde die Verantwortung für die Entbehrungen an der Heimatfront zugeschrieben. In der britischen Öffentlichkeit wurden Juden oft mit Deutschen identifiziert und so zu einem inneren Feind stilisiert. Die geringen Erfolge, russisch-jüdische Einwanderer für den Kriegsdienst zu gewinnen, führten zu Ausgrenzungen. In den USA verschärfte sich mit dem Kriegseintritt die Loyalitätserwartungen an die als deutsch eingeschätzten (Ost-)Juden.

Die Ethnisierung von Staatsbürgerschaftskonzepten richtete sich, so die Verfasserin, im deutschsprachigen Raum auch gegen ‚einheimische‘ Juden, während sie in den angloamerikanischen Ländern eher an den Umgang mit Differenz von ‚ausländischen‘ Juden, also auch von künftigen Staatsbürgern, gekoppelt war. In den deutschsprachigen Ländern verwischten sich die Unterscheide zwischen einer auf kulturelle Verschiedenheit bezogenen „Ethnizität“ und der auf biologische Verschiedenheit rekurrierenden „Rasse“, während im angloamerikanischen Kontext „Ethnizität“ stärker mit „Klasse“ verbunden war.

Trotz aller Erfahrungen im Krieg blieb die Hoffnung auf eine vollständige gesellschaftliche Integration bei den Juden vorhanden, wenngleich sie in den USA das Kriegsende optimistischer

wahrnahmen als in den drei anderen Ländern. Durch den Ersten Weltkrieg verschob sich langfristig das Machtgefüge zwischen den „neuen“ (USA, Palästina) und den „alten“ jüdischen Zentren (Deutsches Reich, Österreich, Russland) in der Diaspora im 20. Jahrhundert.

Sarah Panter gelingt es mit ihrer fundierten Untersuchung, die Bedeutung des Ersten Weltkrieges für die jüdische Geschichte herauszuarbeiten. Zugleich verdeutlicht sie, dass man weder von einer einseitigen jüdischen „Untergangsgeschichte“ (Deutschland, Österreich) noch von einer einseitigen jüdischen „Erfolgsgeschichte“ (Großbritannien, USA) im 20. Jahrhundert sprechen kann. Mehr noch: Die jüdische Geschichte ist für die allgemeine Geschichte ein instruktiver Spiegel für Entwicklungen im Umgang mit Differenz in den jeweiligen Gesellschaften.

Schleswig/Hamburg

Rainer Hering

Symbolpolitik bei Staatsbesuchen

Meyer, Michael: Symbolarme Republik. Das politische Zeremoniell der Weimarer Republik in den Staatsbesuchen zwischen 1920 und 1933, 170 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2014.

Einer der Punkte, die bei der fortdauernden Suche der Geschichtswissenschaft nach den Gründen für das Scheitern der Weimarer Republik gern angeführt werden, ist die fehlende Ausbildung eines eigenständigen und in ausreichendem Maße identifikationsstiftenden republikanischen Symbolprogramms. Michael Meyer hat sich vorgenommen, diesen „Mythos“ der symbolarmen Republik infrage zu stellen.

Anhand der von der Forschung bislang nur am Rande beachteten Staatsbesuche der Weimarer Zeit möchte der Autor aus Perspektive der Kulturgeschichte des Politischen Besuchsabläufe und staatliche Symbole im Hinblick auf die dahinterstehenden Motivationen und die Wirkung der Staatsbesuche im In- und Ausland, hier vor allem in den jeweiligen Herkunftsländern des Gastes sowie in Großbritannien, untersuchen. Die Besuche vereinten, so Meyer, nicht nur besonders viele Rituale und Symbole in sich, sie würden ebenso als Selbstdarstellung des Staates und seiner Abgrenzung von anderen Staaten sowohl vom Ausland als auch der eigenen Bevölkerung wahrgenommen.

Das Angebot an zu untersuchenden Staatsbesuchen ist allerdings recht knapp, die Weimarer

Republik hat derer eigentlich nur zwei zu bieten, den Besuch des afghanischen Königs Amanullah im Februar 1928 und den des ägyptischen Königs Fuad I. im Juni 1929. Meyer führt allerdings überzeugend an, dass es noch einen dritten Besuch gebe, der gleichsam als „Präzedenzfall“ für die beiden anderen gelten könne: den Besuch des neu gewählten, allerdings noch nicht amtierenden, mexikanischen Präsidenten Plutarco Elías Calles im August 1924. Zum Zeitpunkt der Reise Calles' ist sein Vorgänger Álvaro Obregón zwar noch im Amt, Calles wird in Deutschland jedoch trotzdem mit einem aufwändigen Zeremoniell empfangen, dessen Einfluss auch in den beiden darauffolgenden Staatsbesuchen deutlich zu erkennen sei.

Anhand dieser drei Staatbesuche analysiert der Verfasser jeweils die Gründe des Besuches und die im Vorfeld stattfindenden Verhandlungen über Unterbringung und Besuchsprogramm. Er zeichnet anschließend detailliert nach, welche Amtsträger den Besucher empfangen oder begleiten, welche Symbole und Rituale zum Einsatz kommen und welche Themen von beiden Seiten bei Reden behandelt werden. Auch das Besuchsprogramm untersucht Meyer im Hinblick auf die dahinterstehenden Wünsche der Gäste ebenso wie die Motivationen der Gastgeber. Abschließend zeigt Meyer jeweils wie der Besuch im Land des Gastes sowie in ausgewählten deutschen und britischen Zeitungen und den jeweiligen Auswärtigen Ämtern interpretiert wird.

Es gelingt Meyer dabei sehr überzeugend, deutlich zu machen, wie viele Aspekte der jeweiligen Besuche gar nicht von expliziten Versuchen der Etablierung eines „republikanischen“ Zeremonielles für Staatsbesuche, sondern von äußeren Faktoren abhängen. Beispielsweise üben die Besucher erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung des Besichtigungsprogrammes aus und sind überwiegend nicht an (preußisch beeinflusster) Kunst und Kultur, sondern an Wirtschaft und Industrie interessiert. Auch die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die knappen Finanzmittel und die fehlenden Repräsentationsbauten der Republik wirken sich einschränkend auf das Zeremoniell aus. Andererseits werden etwaigen Wünschen nach „republikanischer Nüchternheit“ aber auch Grenzen durch den möglichen Vergleich mit dem Ausland gesetzt: Dominant ist hier die Befürchtung, die anderen europäischen Mächten könnten dem Gast einen prunkvolleren Aufenthalt bieten, als dies in Deutschland geschehe.

Meyers Analyse zeigt außerdem, dass die Staatsbesuche noch eine ganze Reihe von Elementen aufweisen, die aus dem Kaiserreich

übernommen werden. Das gilt vor allem für militaristische Aspekte wie das Tragen von Uniformen und Orden oder die Ehrenkompagnie bei der Ankunft des Gastes. Meyer führt das Fortbestehen dieser Elemente sowohl auf die Sozialisierung der Weimarer Führungsriege im Kaiserreich als auch auf ein ebenfalls eher militärisch-monarchisch geprägtes europäisches Besuchszeremoniell zurück. Daneben weisen die Besuchsabläufe aber durchaus auch Aspekte auf, die die Republik als bürgerlich-zivile Gesellschaft kennzeichnen. So werden Blumen- und Flaggenschmuck bewusst schlichter gestaltet und der Staatsgast durch den Reichspräsidenten als Repräsentanten des neuen Staates begrüßt. Hinzu kommen – gerade in den Reden – Elemente, die durch die jüngste deutsche Geschichte geprägt sind, vor allem die Selbstpräsentation Deutschlands als starke Wirtschaftsmacht einerseits und als Opfer des Versailler Vertrages andererseits.

In der Abgrenzung und Bewertung dieser verschiedenen Aspekte ist die Argumentation allerdings zum Teil etwas widersprüchlich. So konstatiert Meyer einerseits das Bestehen deutlicher Kontinuitäten in Zeremonien und Akteuren zwischen Kaiserreich und Republik, argumentiert aber andererseits, niemand habe versucht „explizit an die Gestaltung der Staatsempfänge des Kaiserreiches anzuknüpfen“ (S. 152), ohne dass dies in der Schilderung der jeweiligen Besuchsvorbereitungen näher erläutert würde. Ebenso spricht er im Vergleich mit den Besuchsabläufen in anderen Ländern vom „fehlenden Mut gewohntes Zeremoniell in eigenständiger Weise abzuändern“ (S. 154) und attestiert der Republik einen „wenig souveränen Umgang mit ihrem neuen, republikanischen Selbstverständnis“ (S. 155), kommt aber dennoch zu dem Schluss, es könne der Republik „keine Symbolarmut oder ein Mangel an Mut zur Repräsentation vorgeworfen werden“ (S. 156). Hier wäre eine etwas detailliertere Differenzierung zwischen dem völligen Fehlen von Symbolen, einem Mangel an spezifisch republikanischen Symbolen und der scheiternden Ausbildung eines auf breiter Ebene gemeinschaftsstiftenden Symbolprogramms wünschenswert gewesen.

Trotzdem stellt Meyers Buch sicherlich einen weiteren wichtigen Schritt zur Erforschung der umstrittenen Symbolpolitik der Weimarer Republik dar, und trägt mit dem Fokus auf die Staatsbesuche außerdem zur Schließung einer Forschungslücke bei.

Frankfurt a. M.

Annika Klein

Nationalsozialistische Moral

Bialas, Wolfgang: Moralische Ordnungen des Nationalsozialismus, 354 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014.

Die vorliegende Monographie „Moralische Ordnungen des Nationalsozialismus“ liegt von der Thematik her quer zu den Grenzen verschiedener Wissenschaftsdisziplinen. Als die beiden Rezensenten 2002 am Hamburger Institut für Sozialforschung erstmals eine Tagung über „Moral im Nationalsozialismus“ organisierten, war es entsprechend schwer, überhaupt Forscher und Forscherinnen zu finden, die zu dem Thema jemals geforscht haben. Unterdessen sind einige Publikationen dazu erschienen, wovon diejenige von Wolfgang Bialas den vielleicht umfassendsten Anspruch erhebt. Auf Grundlage eingehender Textrecherchen sind ihm dabei bemerkenswerte Passagen gelungen, insbesondere über die Auseinandersetzung zu Immanuel Kant, die verschiedenen Versionen des kategorischen Imperativs, Teile zu den nationalsozialistischen Auffassungen zu Geschlechterrollen und Sexualethik im Nationalsozialismus. Sie sind sehr lesenswert und reichen über das hinaus, was man in der bisherigen Literatur zu diesen Themen finden kann.

Dem Autor gelingt es einige der Funktionen, die dem Rassebegriff im Ganzen nationalsozialistischer Normativität zukommen, herauszuarbeiten. Zugleich aber erscheint uns das Hauptergebnis in vieler Hinsicht kritikwürdig zu sein. Mit dieser Kritik, werden auch erhebliche Desiderate in der Forschung deutlich, die zu einem erheblichen Teil mit dem gegenwärtigen Stand der Diskussion zusammenhängen.

Bialas stellt die These vor und untermauert sie mit vielen Zitaten, dass die Nationalsozialisten bestrebt waren, die deutsche Gesellschaft moralisch umzubauen. Einige Aspekte dieser NS-Moral werden vorgestellt, so verschiedene Versionen des „kategorischen Imperativ des NS“, die zu dieser Zeit formuliert wurden. Keine strukturelle Analyse dieser Normativität wird geleistet, sondern die verschiedenen Momente der NS-Normativität werden anhand wenig trennscharfer Leitbegriffe darstellend aneinandergereiht. Dabei bringt die Eigenart der nationalsozialistischen Texte – Texte, die von Gemeinschaft sprechen, wenn sie zu erklären versuchen, was ‚Rasse‘ ist; von Volk, wenn es darum gehen soll, was Gemeinschaft ist; von ‚Rasse‘, wenn erläutert werden soll, was Ehre ist – es mit sich, dass die Aufteilungen, die die Überschriften vorzugeben

scheinen, im Text selbst nahezu vollständig wieder verlorengehen.

Der Verfasser macht deutlich, dass es in seiner Darstellung der NS-Normativität nicht um eine Bewertung dieser Normativität gehen soll. Nun enthält diese Enthaltsamkeit in Bezug auf die Wertung und Stellungnahme eine Reihe von Vorentscheidungen, die jedoch nicht in einer methodischen Überlegung deutlich genug reflektiert werden. Diese fehlende methodische Klarheit schlägt auf verschiedene Teile des Textes soweit durch, dass eine leitende Aussageintention oft kaum zu erkennen ist. Der Text wird auf vielen Seiten schwer lesbar, weil es sich zum großen Teil um die Wiedergabe nationalsozialistischer Äußerungen in indirekter Rede handelt.

Es wird zudem nicht erkennbar, was durch die Darstellung der vielfältigen Äußerungen aus dem umfassenden nationalsozialistischen Textreservoir anderes ausgedrückt werden soll als die Tatsache, dass Moral für die Nationalsozialisten eine Rolle spielte und vielschichtig war. Unklar bleibt auch, ob der Schwerpunkt mehr auf einer historischen Darstellung oder auf einer strukturellen Analyse liegen soll.

Nationalsozialistische Moral äußert sich vor allem in „dichten“ Begriffen, also in Ausdrücken, in denen deskriptive und normative Momente miteinander verschmolzen sind – für die der Ausdruck ‚Rasse‘ ein gutes Beispiel ist. Diese typische Verschmelzung drückt sich übrigens schon in der Selbstbezeichnung aus, die Nationalsozialisten für das Konglomerat ihrer Auffassungen, Wertungen und Einstellungen wählten – nämlich „Weltanschauung“. Will man verhindern, dass der normative Gehalt dieser dichten Beschreibungen in die eigene Sprache übergeht, müsste man ihre spezifische Verwendungslogik erhellen. Das setzt aber eine Analyse voraus, die mehr ist als bloße Deskription. Statt aber die Eigentümlichkeit der NS-Normativität herauszuarbeiten, lässt sich die Darstellung von Bialas von einem anderen Motiv leiten: dem Motiv, durch den Verweis auf nationalsozialistische Moral so etwas wie eine Erklärung für die nationalsozialistischen Verbrechen zu geben. Wenn es auch richtig ist, dass eine Analyse nationalsozialistischer Moral den Zusammenhang mit den Verbrechen ins Zentrum stellen muss, ist mit dem Verweis auf diese Strukturen eine solche Erklärung nicht gegeben.

Die Frage nach der nationalsozialistischen Moral ist vielschichtig. Sie zielt einmal auf die normativen und evaluativen Überzeugungen und Einstellungen, die von mehr oder weniger großen Teilen der Bevölkerung in Deutschland

geteilt wurden und die nationalsozialistische Politik mit ermöglichen halfen. Insofern greift sie über die Auffassungen einer speziellen, besonderen Gruppe – wie etwa die SS, die NSDAP, oder andere Organisationen hinaus und betrifft dasjenige Konglomerat, das bei aller Gegnerschaft und allem Bestreben, sich von anderen vergleichend und konkurrierend abzusetzen, vielen gemeinsam war.

Eine spezielle Frage in diesem Zusammenhang ist die nach den ethischen beziehungsweise moralischen Auffassungen, die in der deutschen akademischen Diskussion in dieser Zeit entwickelt wurden. Von verschiedenen Autoren, Pädagogen, Philosophen, Theologen, die sich selbst als dem Nationalsozialismus nahestehende bezeichneten, sind allein etwa zehn bis fünfzehn Monographien verfasst worden. Sie haben den Anspruch, eine dieser Einstellung gemäße Ethik zu formulieren. Liest man diese Ethiken, so wird deutlich, eine Fragestellung nach der nationalsozialistischen Moral, die allein Texte aus dem Schwarzen Korps oder etwa Ego-Dokumente heranzieht, ist verkürzt, weil sie die Frage nach der Moral der Täter und der Rechtfertigung der Verbrechen aus der Besinnung auf die Geschichte der ethischen Reflexion und Selbstverständigung in Deutschland ablöst.

Damit wird der Nationalsozialismus gleichsam aus der deutschen Geistesgeschichte und ihren spezifischen Traditionen, aber auch aus der europäischen Philosophiegeschichte herausgelöst und als ein Phänomen, das irgendwie „von außen“ kommt – oder „von unten“ und mit der Geschichte der Eliten und der akademischen Traditionen nur entfernt in Verbindung steht, betrachtet. Hieran wird vielleicht deutlich, wie sehr die Frage nach der nationalsozialistischen Moral zusammenhängt mit der Frage nach der Geschichte der philosophischen Ethik im 20. Jahrhundert, und damit auch mit der Geschichte der Philosophie im Nationalsozialismus. Die vorliegende Monographie kann diesen Zusammenhang, trotz vieler wichtiger Analysen, nicht ausreichend erhellen.

Frankfurt a. M./Leipzig Raphael Gross/Werner Konitzer

Justiz in den eingegliederten Ostgebieten

Becker, Maximilian: Mitstreiter im Volkstumskampf. Deutsche Justiz in den eingegliederten Ostgebieten 1939–1945, 343 S., De Gruyter Oldenbourg, München 2014.

Wie der Titel der Studie klar umreißt, geht es um die Rolle der Justiz in einem Teil des im Zweiten Weltkrieges von Deutschland besetzten Polens. Allerdings steht keine exemplarische Darstellung im Fokus, sondern der Versuch einer Gesamtübersicht, die einen Überblick der administrativen, personalpolitischen und zivil- und strafrechtlichen Entwicklungen sowie der Strafverbüßung geben will. Eine solche weite Fragestellung muss sich um Zuspitzungen und verallgemeinernde Einschätzungen bemühen. Anderes wäre das gesteckte Pensum nicht auf rund 300 Seiten abzarbeiten gewesen. Dennoch verliert sich der Autor nicht in Oberflächlichkeit; vielmehr generiert er eine Leitlinie, die sich durch die gesamte Arbeit zieht: der Beitrag der Justiz zur sogenannten Germanisierungspolitik des NS-Regimes in den eingegliederten Ostgebieten (S. 12f.).

Dementsprechend gliedert sich die Arbeit in einen allgemeinen, die Besatzungspolitik thematisierenden Abschnitt, der Organisation des Justizapparates, der Justiz Personalpolitik und einem Überblick zur Justizpraxis und Strafvollzug. Mehr als Annex und wenig eingebunden in das Gesamtlayout der Arbeit werden auf jeweils wenigen Seiten Karrieren von NS-Juristen vorgestellt sowie der Versuch eines Vergleiches der Rolle der Justiz unter sowjetischer und deutscher Besatzung Polens unternommen.

In der Einleitung wird, neben einem knappen Forschungsstand, die Quellenlage sowie der Aufbau der Arbeit skizziert. Weshalb nicht zuerst Strukturen und Fragestellungen, sondern die Quellen vorgestellt werden, lässt sich nicht ersehen. Zudem erfährt der Leser in diesem Abschnitt wenig über die Verortung von Quellen. Wo sich Gerichte befanden (S. 3), in welchen Archiven die Quellen vorhanden sind (S. 2ff.) und wie der Autor auf seine Einschätzungen der Aussagekraft einzelner Quellengruppen gekommen ist oder wie die Vernichtung von Akten(gruppen) belegt werden kann, erschließt sich nicht wirklich und verschwindet oftmals hinter allgemeinen quellenkritischen Bemerkungen. Es verwundert, dass in der Einleitung nicht auf das für Polen und Polinnen (sowie für Juden und Jüdinnen) im Dezember 1941 erlassene Sonderstrafrecht (sog. ‚Polenstrafrechtsverordnung‘) hingewiesen wurde, war es doch die zentrale rechtspolitische Maßnahme bei der Ungleichbehandlung von Deutschen und Polen – nicht nur in den eingegliederten Ostgebieten.

Im weiteren Abschnitt geht es um einen Einblick in die Strukturen der Besatzungspolitik

der eingegliederten Ostgebiete. Ausführlich geht der Autor auf den Aufbau deutscher Okkupationsgerichtsbarkeit ein. Anschaulich werden ihre Strukturen und Veränderungen bis zum Ende des NS-Regimes skizziert. In der Zusammenfassung (S. 68f.) zieht er Bezüge zwischen Militär- und Zivilgerichtsbarkeit, die unverständlich bleiben. Es wird angemerkt, dass das Militär keinen direkten Einfluss auf die Sondergerichtsbarkeit gehabt habe. Wie sollte das auch gehen, handelte es sich doch um eine ganz andere administrative Zuständigkeit. Spätesten hier hätte ein deutlicher Verweis auf die Parallel-Justiz im Rahmen der ‚Polenstrafrechtsverordnung‘ kommen können.

Mit personalpolitischen Fragen beschäftigt sich der dritte Abschnitt. Er fokussiert in der Hauptsache auf den OLG Bezirk Posen (S. 72). Leider waren die Quellenangaben zu den Spitzen der Justiz in den eingegliederten Ostgebieten recht spärlich (S. 73, zu Posen S. 78). In den Kapiteln zur Ausbildung und Herkunft der Justizjuristen werden regelmäßig allgemeine, deutschlandweite Ergebnisse präsentiert. Diese können der Situation im Untersuchungsgebiet entsprechen, müssen es aber nicht zwangsläufig. Hier hätte es einer genaueren Prüfung der Gegebenheiten bedurft. Ob die angeführten Beispiele exemplarisch sind, ist methodisch nicht hergeleitet worden (S. 78, Anm. 41). Überaus interessant sind die Berichte zum Posener OLG-Präsident Froböß.

In Abschnitt 4 – Zivilgerichtsbarkeit – wird der erste wirklich originäre Teil der Arbeit präsentiert. Gut strukturiert werden die Grundlagen der sogenannten „Ostrechtspflege“ (S. 117ff.) und deren Entwicklung bis zum Ende des Krieges referiert. Hervorgehoben dargestellt sind Maßnahmen gegen sogenannte verbotene Beziehungen zwischen Deutschen und Polen (S. 125ff.) sowie Scheidungen deutscher-polnischer Ehen (S. 127ff.). Dem insgesamt überaus spannend zu lesenden Abschnitt mangelt es zuweilen an Hinweisen zur Repräsentativität. So wird ausgeführt, dass Scheinehen zu den häufigsten sogenannten Ehesachen zählten, ohne dies näher zu belegen (S. 131). Weshalb statistische Daten erst in der Zusammenfassung (S. 137) erscheinen, ist unklar. Dies hätte der Leser vorher erwartet.

Es folgt der Abschnitt zum Strafrecht. Der rechtliche Rahmen wird plausibel dargelegt (‚Polenstrafrechtsverordnung‘). Weshalb es allerdings zu einem interlokalen Recht, zu nationalen Spezialnormen gekommen war, bleibt zunächst vage (S. 167). Zudem hätte Bezug genommen werden können, dass die ‚Polenstrafrechtsverordnung‘

auch im Rest Deutschlands gegolten hatte. Gut nachvollziehbar sind die Auswirkungen der Verordnung beschrieben (S. 170f.). Die Hinweise zur Anwendung der Nichtigkeitsbeschwerde sind sehr informativ und geben einen guten Einblick in diese Strafrechtspraxis. Leider fehlen auch hier an einigen Stellen Quellenangaben. Woher beispielsweise ist die Information zu 14 Nichtigkeitsbeschwerden aus Posen im Jahr 1944 (S. 177)? Ebenso nicht belegt ist die signifikante Aussage, dass ihr Ausgang zumeist eine Strafverschärfung mit sich brachte. Bemerkenswert sind die Ergebnisse zu Todesurteilen. Einiges war zwar bereits bekannt (Weckbecker, 1998), die Gesamtübersicht ist jedoch prägnant: So sollen alleine von den Sondergerichten des Warthegaus an die 2.000 finale Strafen verhängt worden sein (S. 181). Darunter auch eine signifikante Anzahl von Todesurteilen des politischen OLG-Senats. Damit unterschied sich die Strafrechtspraxis des OLG Posen deutlich von der Rechtsprechung im „Altreich“ und in Österreich. Der Autor gibt an, dass zum Beispiel im August 1942 das OLG Posen 26 Todesurteile aussprach. Das ist mehr als die Oberlandesgerichte Kassel und Wien zusammengenommen (1933/1938 bis Kriegsende). Darauf hätte hingewiesen werden können (S. 192f.). Insgesamt verhängten die Gerichte in den eingegliederten Ostgebieten etwa 5.000 Todesurteile (S. 291). Damit standen sie wohl an der Spitze des Justizunrechts während der NS-Zeit. Der Autor hat sich dazu entschieden, Tatbestandsgruppen zu beschreiben. Es wäre möglicherweise eine Alternative gewesen, nach Gerichten zu gliedern, dann hätte sich die Strafrechtspraxis der Sondergerichte, politischen Senate der Oberlandesgerichte, des Volksgerichtshof und der Militärgerichtsbarkeit systematischer darstellen lassen. Insgesamt ist dieses Kapitel das überzeugendste im Buch.

In der Zusammenfassung resümiert der Verfasser, dass in den eingegliederten Ostgebieten deutlich mehr Polen als Deutsche vor Gericht standen und im Schnitt die höheren Strafen erhielten (S. 291). Signifikant einseitig war die Rechtsprechung bei Gewalttaten. Während Angriffe von Deutschen gegen Polen regelmäßig nicht oder nur sehr milde geahndet wurden, sind im umgekehrten Fall bereits geringfügige körperliche Angriffe mit schärfsten Sanktionen belegt worden. Gleiches gilt im Übrigen für Eigentumsdelikte. Der Vergleich von NS- und sowjetischem Recht in Abschnitt (S. 275ff.) kann nicht überzeugen. Die Datenlage ist zu disparat.

Betrachtet man den Umfang einzelner Kapitel so stellt sich die Frage, ob auf wenig mehr als 30 Seiten die Personalpolitik und ein Gruppenprofil der Richter und Staatsanwälte hinreichend dargestellt (S. 71–103) oder die Rolle der Zivilgerichtsbarkeit erörtert werden kann. Es drängt sich die Frage auf, ob weniger mehr gewesen wäre. Eine Antwort darauf ist nicht einfach. Sicherlich würde bei einer sequenziellen Untersuchung der gewählte Schwerpunkt dichter herausgearbeitet werden können. Die Arbeit von Maximilian Becker zeigt indes, dass ein genereller Blick auf die Justiz in den eingegliederten Ostgebieten gewagt werden kann und verweist auf neue Aspekte für weitere Studien. Zudem bewegt sie sich auf Pfaden jenseits der NS-Strafjustiz, denen schon längst hätte intensiver gefolgt werden müssen.

Trotz den angemahnten Problemen der Arbeit stellt sie ein wichtiges weiteres Puzzle im Gesamtbild von NS-Justiz dar, auf das schon lange gewartet wurde. Man muss dem Autor dafür Dank zollen, dass sowohl polnische als auch deutsche Quellen verwandt wurden. So ergibt sich ein bisher nicht vorliegendes Gesamtbild von NS-Justiz in den eingegliederten Ostgebieten.

Marburg

Wolfgang Form

Zensur des Holocaust

Fleming, Michael: Auschwitz, the Allies and Censorship of the Holocaust, 418 S., Cambridge UP, Cambridge 2014.

Michael Fleming möchte ergründen, welche Kenntnisse über den nationalsozialistischen Judenmord bei den westlichen Alliierten während des Zweiten Weltkrieges vorhanden waren. Im Mittelpunkt stehen dabei Nachrichten über das größte Vernichtungslager Auschwitz. Wie bei anderen Forschern und Forscherinnen zuvor geht es um die Frage, wie man mit den entsetzlichen und unfassbaren Meldungen umging: wie Informationen über das Lager gesammelt, übermittelt und dann in Großbritannien und in den USA weiter verarbeitet wurden. Dabei gelingt es dem Verfasser, detailliert die komplexen Umstände und Mechanismen nachzuzeichnen, unter denen die britischen und amerikanischen Regierungsstellen – unter den Vorbedingungen einer Propagandaaarbeit, welche von den Erfordernissen der Kriegführung bestimmte wurde – die ihnen bekannt gewordenen Mitteilungen über die Massenmorde

der Öffentlichkeit vermittelten. Denn es mangelte in den Jahren von 1942 bis 1944 nicht an Faktenwissen über den vor sich gehenden Völkermord – der Verfasser hat in den Archiven 45 Berichte ermittelt, die davon Zeugnis ablegten. Nur sorgten Zensur, Selbstzensur und das „diskursive Umfeld“ (S. 33) dafür, dass sie nicht als solche weitergegeben wurden. Mit Letzterem sind die spezifischen Bedingungen gemeint, unter denen seinerzeit in Großbritannien die Notlage der Juden thematisiert werden konnte.

Ein weiterer Faktor war die Diplomatie der polnischen Exilregierung in London, doch deren Zurückhaltung, die Öffentlichkeit wegen des NS-Judenmords im besetzten Polen zu alarmieren, ist – wie Fleming im Einzelnen überzeugend herausarbeiten kann – auf die britische Zensurpolitik zurückzuführen. Der erste umfassende Bericht darüber, den die jüdische sozialistische Arbeiterpartei „Bund“ im Mai 1942 von Warschau aus – über Vertreter der Exilregierung – ins Ausland schickte, war zur Jahresmitte Anlass einer größeren Zahl von Zeitungs- und Rundfunkberichten. Doch erst gegen Ende 1942, nachdem jüdischen Stellen in der Schweiz verlässliche Nachrichten vom Breslauer „Wehrwirtschaftsführer“ Eduard Schulte und von Reisenden aus dem Generalgouvernement übermittelt worden waren, enthielten die Medienberichte genauere Informationen; sie schlugen sich am 17. Dezember 1942 in einer Erklärung der Vereinten Nationen nieder, in der sie das Mordprogramm der Nationalsozialisten verurteilten. Zu dieser Zeit war die Mehrzahl der europäischen Juden im deutschen Machtbereich bereits ermordet worden.

Die Exilregierung war seit 1940 über die Aussagen von Auschwitz-Flüchtlingen darüber unterrichtet, was sich in dem Lager abspielte. Dessen zentrale Rolle für den nationalsozialistischen Judenmord verdeutlichte ein Artikel in der „New York Times“ Ende November 1942; doch in Großbritannien wurde diese Information zurückgehalten: „News of the true function of Auschwitz was effectively embargoed by British government policy“ (S. 260).

Flemings detaillierte Untersuchung der aus den Jahren 1942 bis 1944 stammenden Berichte (dazu die tabellarische Darstellung S. 282–303) ist ein willkommener Forschungsbeitrag zur fortdauernden Debatte über den Umgang mit den ersten furchtbaren Mitteilungen über den Völkermord mitten in Europa. Die bislang vorgelegten Ergebnisse über Verantwortlichkeiten der polnischen Exilregierung und Haltungen auf britischer und US-amerikanischer Seite erfahren eine

notwendige Teilkorrektur. Allerdings verdeckt die Konzentration auf den Umgang mit den Nachrichten über Auschwitz-Birkenau allzu sehr das Problem, warum 1942 aufseiten der Alliierten so wenig über das Geschehen in den Vernichtungslagern der Aktion Reinhardt im Generalgouvernement mitgeteilt wurde. Zudem bedürfen Flemings Befunde dringend einer Ergänzung in Gestalt einer ebenso sorgfältigen Analyse aufseiten der – zumeist polnischen – Quellen, die den in Großbritannien und den USA veröffentlichten Berichten zugrunde lagen. Hierbei wäre die äußerst umfangreiche polnische Untergrundpresse in den Blick zu nehmen wie auch die gesamte nachrichtendienstliche Tätigkeit des polnischen organisierten Widerstands, deren laufend evaluierte, in eigenen Abhandlungen vertiefte und immer wieder publizierte Erkenntnisse – in zahllosen Fällen auch mit Bezug auf die Lage der Juden („Sprawa Żydowska“) – überliefert sind, doch erstaunlicherweise bis heute nicht wissenschaftlich aufgearbeitet wurden.

Der Verfasser stützt seine Ausführungen im Wesentlichen auf Aktenstudien in den britischen National Archives, in jenen Londoner Archiven, die die Unterlagen der polnischen Emigration verwahren, und im Warschauer Archiv Neuer Akten (Archiwum Akt Nowych). Das Literaturverzeichnis listet einschlägige Titel auf, die in englischer und polnischer Sprache erschienen sind.

Wie Fleming deutlich macht, liegt die Hauptverantwortung dafür, dass die Öffentlichkeit in den beiden Ländern spät und nur unvollständig über den NS-Judenmord informiert wurde, nicht bei der polnischen Exilregierung in London, und so spielen hier auch keineswegs die vermeintlich übermäßig antisemitischen Einstellungen ihrer Repräsentanten eine Rolle – sondern vielmehr „policies pursued by the British and American governments. [...] British and American *raison de guerre* triumphed. Western governments looked on as European Jews were murdered in the gas chambers of Auschwitz-Birkenau“ (S. 274, 282).

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

Forschungspotenzial für weitere Generationen

Rydell, Anders: Hitlers Bilder. Kunstraub der Nazis – Raubkunst in der Gegenwart, 365 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2014 (schwed. 2013).

Schwarz, Birgit: Auf Befehl des Führers. Hitler und der NS-Kunstraub, 319 S., Theiss, Darmstadt 2014.

Erst seit kurzer Zeit ist ein über 70 Jahre altes Thema derart in das öffentliche Problembewusstsein vorgedrungen, dass sogar abendfüllende Hollywoodfilme produziert werden. George Clooney verfilmte 2014 mit „The Monuments Men“ die Geschichte der Monuments, Fine Arts and Archives Section (MFAA), einer amerikanischen Abteilung zum Schutz des Kunstgutes während des Zweiten Weltkrieges; er selbst übernahm die Hauptrolle. Die Raubkunst beschäftigte die Medien zu diesem Zeitpunkt bereits seit drei Monaten intensiv; denn Anfang November 2013 hatte das Magazin „Focus“ aufgedeckt, dass in einer Münchner Wohnung knapp 1.400 Kunstwerke gefunden worden waren, die möglicherweise aus dem Bilderraub der Nationalsozialisten stammten. Der ‚Schwabinger Kunstfund‘ treibt als ‚Fall Gurlitt‘ seither nicht nur die internationale Presse um, sondern auch Rechtsanwälte, Museumsmitarbeiter und Politiker.

Nur einen Tag nach der Sensationsgeschichte des „Focus“ (Titel: „Der Kampf um den Nazi-Schatz“) erschien in Stockholm die schwedische Ausgabe von Anders Rydells „Hitlers Bilder“. Der Chefredakteur der Zeitschrift des schwedischen Künstlerverbandes berichtet im letzten Kapitel seines Buches freimütig, dass einige Kollegen und Kolleginnen „meinten, das Timing sei fast zu gut gewesen, und fragten, ob ich womöglich selbst etwas mit der Entdeckung zu tun hätte oder zumindest über irgendwelche internen Kenntnisse verfügte“ (S. 325). Tatsächlich jedoch sei der Anstoß für seine Auseinandersetzung mit dem Thema die Rückgabe eines Gemäldes von Emil Nolde aus dem Moderna Museet an die Erben eines 1938 nach Amsterdam geflohenen deutschen Juden gewesen. Dieser hatte das Bild fluchtbedingt in Deutschland zurücklassen müssen; später tauchte der „Blumengarten“ („Utenwarf“) unter mysteriösen Umständen in der Schweiz wieder auf, wo er in den 1960er Jahren für das Museum für Moderne Kunst in Stockholm erworben worden war. Die Rückforderung der Erben führte zu einem jahrelangen Rechtsstreit, der erst 2009 mit der Restitution des Werkes endete.

„Was mich in erster Linie interessierte, war die Frage, wie ein Kunstraub, der vor mehr als einem halben Jahrhundert geschehen war, noch immer Ursache für Konflikte sein konnte“ (S. 8), erläutert Rydell. In seinem Buch, das damit den Versuch unternimmt, „die Ursachen für den wohl

größten Kunstraub in der Geschichte zu finden“ (S. 9), ist dem Stockholmer Nolde-Restitutionsfall das mit 40 Seiten mit Abstand längste Kapitel gewidmet. „Hitlers Bilder“ wurde in Schweden zum Bestseller, und dies nicht nur aufgrund der neuen Aktualität des Themas. Rydell versteht sich nämlich im besten Wortsinn auf die Kunst journalistischen Schreibens. In einer verständlichen und gut lesbaren Sprache breitet er in 15 Kapiteln eine enorme Stofffülle aus, die sowohl die NS-Kunstpolitik, die Propagandaausstellungen 1937, den systematischen Kunstraub in den besetzten Ost- und Westgebieten als auch die Provenienzforschungen und Restitutionsabkommen der Gegenwart umspannt. Jedes der Kapitel greift einen neuen thematischen Schwerpunkt auf und ist damit unabhängig rezipierbar. Die kurzen und recht prosaisch anmutenden Überschriften stützen bisweilen den Eindruck einer Aneinanderreihung separat recherchierter Inhalte, die zwar alle irgendwie aufeinander bezogen sind, aber doch wie einzelne Perlen auf einer Schnur auseinanderfallen, würde man den Knoten respektive die Buchdeckel lösen. So mutet der inhaltliche und zeitliche Sprung zwischen „Entartet“ und „Der Weg nach Washington“ doch recht groß an, wenn zwischen den vorgestellten Ausstellungen „Große Deutsche Kunstausstellung“ und „Entartete Kunst“ 1937 in München und der Washingtoner Erklärung zur Restitutionsfrage von 1998 über 70 Jahre liegen. Im nächstfolgenden Kapitel „Adolf Eichmanns Fabrik“ wendet sich der Autor mit dem sogenannten ‚Anschluss‘ Österreichs wieder dem Jahr 1938 zu. Aber dass es ihm gerade nicht primär um eine chronologische Abfolge geht, sondern um grundsätzliche Probleme und systematische Fragestellungen, zeigt sich auch in seiner Erörterung des Rassismus‘ in Julius Langbehn’s „Rembrandt als Erzieher“, in seiner Darstellung von Goebbels’ Bemühen um die Anerkennung des Expressionismus als ‚deutsche Kunst‘ sowie von Hitlers ultrakonservativer Position zur Moderne.

An einigen Stellen jedoch scheint Rydell zugunsten eines guten Leseflusses den üblichen Klischees aufzusitzen, wenn es beispielsweise heißt: „Hitlers Vorliebe für das Kitschige, für pittoreske Landschaften, für das wagnerisch Geschwollene und romantisch Verwegene entsprach auch einer Ästhetik, die bei vielen Deutschen auf Gegenliebe stieß“ (S. 297). Wie wir – nicht zuletzt durch die Forschung der als nächstes zu besprechenden Autorin – wissen, war Hitlers Kunstgeschmack keineswegs nur einseitig auf Kitsch und Pomp abonniert, wie vor allem Albert Speer

nach dem Kriege Glauben machen wollte. Die NS-Funktionäre „räumten [...] der Kunst einen zentralen Platz in ihrem nationalsozialistischen Weltbild ein“ (S. 8), waren sich aber keineswegs einig darin, was ideologisch als ‚gute‘ Kunst zu gelten hatte.

Dass es sich bei dem vorliegenden Buch nicht um ein Fachbuch, sondern um ein informatives Sachbuch handelt, das eine große Öffentlichkeit adressiert, zeigt sich formal auch darin, dass das Buch ohne jede Fußnote auskommt. Zwar gibt der Verfasser durch kapitelweise Literaturangaben eine Idee von seiner eigenen Lektüre und damit weitere konkrete Lesehinweise, doch wirklich überprüfbar sind seine Zitate und Thesen damit nicht. Zweifellos ist es ein großes Verdienst des Buches, breite gesellschaftliche Schichten für ein sensibles und komplexes Thema einzunehmen; ob dies jedoch notwendigerweise mit einem manchmal allzu krimihaften Unterton und durch umgangssprachliche Wendungen („Auch die Aasgeier erhielten einen Teil der Beute“, S. 104) geschehen muss, bleibt fraglich. So heißt es in Bezug auf die Entdeckung von Michelangelos Madonna von Brügge im Salzbergwerk von Altaussee durch zwei *monuments men*: „Im Schein der Fackeln wanderten sie langsam immer tiefer in den Berg hinein. Hier und da öffneten sich große Felskammern, vom Schmelzwasser und den Spitzhacken der Bergleute erschaffene Gewölbe. Überall an den Wänden standen Kisten aus Kiefernholz, die an Särge erinnerten. Plötzlich entdeckten sie die charakteristische milchweiße Farbe italienischen Marmors. Auf einer verschmutzten Matratze lag die Jungfrau Maria, das nackte Jesuskind zwischen ihren Knien“ (S. 20).

Ganz anders ist der Stil von Birgit Schwarz. Die Wiener Kunsthistorikerin, die seit über 16 Jahren zur Kunstpolitik der Nationalsozialisten forscht, hat bereits mehrere einschlägige Veröffentlichungen zum Thema vorgelegt und gilt als ausgewiesene Expertin für Hitlers Kunstsammlungen. Auch ihr neues Buch „Auf Befehl des Führers“ thematisiert den NS-Kunstraub, legt jedoch einen anderen Schwerpunkt als Rydell auf den wahrscheinlich „größten Kunstraub aller Zeiten“ (S. 11), dem vermutlich mehr als 600.000 Kunstwerke in ganz Europa zum Opfer gefallen sind. Auf der Grundlage akribischer Recherchen in den Bundesarchiven in Berlin und Koblenz sowie im Bundesdenkmalamt in Wien möchte das vorliegende Buch „die Geschichte des NS-Kunstraubes als Geschichte von Hitlers Kunstraub neu [schreiben]“ (S. 10).

Zentral und neu ist die Hervorhebung der Person Hitlers, „denn er hat den NS-Kunstraub nicht nur erfunden, sondern auch die Plünderung des europäischen Kunstbesitzes mithilfe des ‚Führervorbehaltes‘ in seinem Sinne gelenkt“ (ebd.). In der Forschung dominierte bislang eher die Annahme, dass Hitler bei der Verteilung der Raubkunst von seinen eigenen Kunstrauborganisationen wie dem Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg in Frankreich oder der Dienststelle Mühlmann in Polen und den Niederlanden beziehungsweise von dem im großen Stil privat sammelnden Reichsmarschall Hermann Göring letztlich übervorteilt worden sei. These ist es, dass sich Hitler mit dem „Führervorbehalt“ vom 18. Juni 1938 nicht nur das Erstzugriffsrecht auf unmittelbar nach dem sogenannten ‚Anschluss‘ in Österreich geraubte Kunst einräumte, sondern dieses durch Erlass vom 18. November 1940 auch für die übrigen besetzten Gebiete ausweitete. „Am Ende des Dritten Reiches stand die gesamte Raubkunst Europas unter ‚Führervorbehalt‘ und die ‚Führerauswahl‘ daraus, die Hitler für sein Verteilungsprogramm zur Verfügung stand, betrug nicht 560 Objekte, wie die offizielle deutsche Datenbank angibt, sondern annäherungsweise das Hundertfache“ (S. 18).

Für die operative Durchführung seiner Kunstraubpolitik hatte der Diktator 1939 den renommierten Direktor der Dresdner Gemäldegalerie, Hans Posse, eingesetzt. Dieser hatte die Aufgabe, den Raubzug zu steuern und Hitlers Zuweisungen an die einzelnen deutschen Museen vorzubereiten. Der dienstbare Kunsthistoriker wurde auch zu seinem Sonderbeauftragten für das geplante ‚Führermuseum‘ in Linz, das zu einem nordalpinen Florenz werden sollte. „Er war Hitlers Dämon, der seinen Auftraggeber antrieb und den Kunstraub radikalisierte. In welchem Umfang Posse die Plünderung Europas gesteuert hat, war bisher unbekannt, da der Kunstraub Geheimstatus hatte“ (S. 9). Posse war es demnach auch, der es Hitler ermöglichte, „eine möglichst große Distanz zwischen seiner Person und dem Vorgang des Raubes herzustellen; so durfte sein Name [...] bei Beschlagnahmebefehlen von Kunst nicht auftauchen“ (S. 159). Die Studie ist gesättigt mit Belegen, Archivquellen und weiteren Anmerkungen, die sie zu einem wichtigen Referenzwerk für die Forschung machen. Hier schreibt die Wissenschaftlerin, dort der Journalist. Und dennoch bleibt ihre systematische Darstellung des NS-Kunstraubs, die hier zeitlich an den Ereignissen des Kriegsverlaufes orientiert bleibt,

gut lesbar und verliert sich weder in der Detailfülle noch im wissenschaftlichen Fachjargon.

Gleichwohl hätte der Schrift eine sorgfältige Schlussredaktion gut getan, denn die vielen, teils seitenlangen Redundanzen und teilweise sogar wörtlichen Wiederholungen sind nicht zu übersehen (z. B. S. 76f. und 85f.) und bilden ein überflüssiges Ärgernis, das das ansonsten so sorgfältige Vorgehen der Autorin geradezu konterkariert. Sollte hier etwa der Publikationsdruck im Nachgang der ‚Causa Gurlitt‘ zu groß geworden sein?

Das Verdienst dieses Buches ist es, nicht nur die Wege der aus vielen jüdischen Privatsammlungen, aus öffentlichen Sammlungen in den besetzten Gebieten und auch aus Klöstern geraubten Kunstwerke zu erklären, sondern vor allem auch das dahinter stehende perfide System, das den europäischen Bilderraub zu einem gigantischen Umverteilungsprogramm machte. Anders als Rydell, der in mehreren Kapiteln auch personelle und strukturelle Kontinuitäten im Kunsthandel nach 1945 benennt und damit die fehlende Aufarbeitung des NS-Kunstraubs aufzeigt, beschränkt sich Schwarz in ihrem Schlusskapitel auf einige wenige Sätze zum eher trostlosen Stand der Provenienzforschung (verjährt, zeit- und kostenaufwändig) in der Gegenwart.

Der NS-Kunstraub und seine Folgen, dies machen beide Bücher unmissverständlich deutlich, werden noch viele Generationen beschäftigen.

Düsseldorf

Ulli Seegers

Transnationaler Faschismus und „Latinität“

Fraixe, Catherine/Piccioni, Lucia/Poupault, Christophe (Hrsg.): Vers une Europe latine. Acteurs et enjeux des échanges culturels entre la France et l'Italie fasciste, 330 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2014.

Als Benito Mussolini in den frühen dreißiger Jahren verstärkt nach internationaler Anerkennung strebte, propagierte er grenzüberschreitend den italienischen Faschismus als Modell zivilisatorischer Erneuerung. Dabei nahmen historische Rekurse einen zentralen Stellenwert ein, vor allem die Glorifizierung des römischen Kaiserreichs (im Gegensatz zur Republik). Jedoch verboten sich direkte Bezüge auf das *imperium romanum*, die im Begriff der *romanità* angelegt waren. Sie

mussten in den europäischen Nachbarstaaten Italiens und auch in Nordafrika die Furcht vor einer ausgreifenden Expansionspolitik des faschistischen Regimes wecken. Vor allem im Verhältnis zu Frankreich verwies das Konzept der „Latinität“ demgegenüber auf das gemeinsame kulturelle Erbe des Römischen Reiches, ohne damit einen Hegemonieanspruch des italienischen Faschismus zu suggerieren. Zudem sollte der Rekurs auf die lateinische Sprache Faschisten in Europa – besonders in Frankreich, Belgien und Rumänien – an Mussolinis Regime binden. Damit konnten (so die Hoffnung der italienischen Faschisten) die deutschen Nationalsozialisten isoliert werden, die aus Mussolinis Sicht nach ihrer ‚Machtergreifung‘ 1933 in Europa zu bedrohlichen Konkurrenten aufstiegen.

In diesem Rahmen behandeln die Beiträge zu dem Band „Vers une Europe latine“ wichtige Dimensionen und Aspekte des Konzeptes und der Politik der „Latinität“, das in der Forschung deutlich weniger beachtet und untersucht worden ist als die Propaganda für die *romanità* und die damit verbundene Politik. Wie Catherine Fraix und Christophe Poupault in der Einleitung hervorheben, erleichterte der Rekurs auf die „Latinität“ in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre vor allem eine Annäherung zwischen Italien und Frankreich. In den beiden Staaten bekannten sich zahlreiche Politiker und Intellektuelle zum lateinischen Erbe. Aber auch die Verbände der Soldaten, die im Ersten Weltkrieg gemeinsam für die Entente und gegen die „Mittelmächte“ (Deutschland, Österreich-Ungarn, das Osmanische Reich und Bulgarien) gekämpft hatten, kultivierten die Latinität als einigendes Band und Medium der Verständigung. In den Jahren von 1933 bis 1935 erreichte die Agitation für ein „lateinisches Europa“ in Frankreich und Italien ihren Höhepunkt. Sie förderte maßgeblich den Abschluss diplomatischer Vereinbarungen zwischen den beiden Staaten, in denen sie sich am 7. Januar 1935 mit Bezug auf den Eintritt Italiens in den Ersten Weltkrieg fast zwanzig Jahre zuvor zu einer Politik freundschaftlicher Zusammenarbeit auf der Grundlage gegenseitiger Konsultationen bekannten. Dieses Abkommen war vor allem gegen das ‚Dritte Reich‘ gerichtet. Das Konzept der „Latinität“ und die mit ihm verknüpfte Politik Mussolinis und der französischen Regierungen spiegelten damit auch durchweg das Verhältnis zu Deutschland wider.

Die Annäherung zwischen Italien und Frankreich wurde vor allem von der Machtübertragung an die deutschen Nationalsozialisten herbeigeführt. Sie ging aber auch von der Ernennung des

Journalisten und Politikers Henry de Jouvenel zum Botschafter Frankreichs in Italien im Januar 1933 aus. Wie Christophe Poupault in seinem Aufsatz über die ideologischen Grundlagen der kulturellen Verständigung zwischen Italien und Frankreich betont, betrachteten viele französische Intellektuelle Mussolinis faschistisches Regime zunächst keineswegs als Hindernis für eine Annäherung zwischen den beiden Staaten. Auch aus der Perspektive italienischer Künstler, Schriftsteller und Journalisten war der kulturelle Austausch auf der Grundlage der „Latinität“ ein unabdingbares Fundament einer politischen Allianz mit Frankreich. Dazu dienten der Austausch von Intellektuellen und Kontakte zwischen Akademikern ebenso wie die Feierlichkeiten zum Gedenken an den bekannten Schriftsteller, Diplomaten und Politiker François-René de Chateaubriand (1768–1848) im Dezember 1934. Er hatte nicht nur ein enges Verhältnis zu Italien gepflegt, sondern war im späten 18. Jahrhundert auch ein überzeugter Katholik und Gegner der Aufklärung geworden. Eine zentrale Rolle für den italienisch-französischen Kulturaustausch von 1933 bis 1935 nahm das Comité France-Italie beziehungsweise das Comitato Italia-Francia ein.

Auch Amotz Giladi, der die Aktivität des Dichters Lionelli Fiumi (1894–1973) als Kulturvermittler in Frankreich untersucht, akzentuiert den Beitrag einzelner Akteure und Organisationen zur Annäherung zwischen den beiden Staaten. Vor allem die „Dante-Alighieri-Gesellschaft“, die seit ihrer Gründung in Rom 1889 die auswärtige Kulturpolitik Italiens geprägt hatte, propagierte in den frühen dreißiger Jahren das Erbe der lateinischen Kultur. In Frankreich, wo Fiumi 1930 zum Generalsekretär der Gesellschaft ernannt wurde, sollte die Vorstellung von der „panlatinité“ (S. 135) letztlich die Politik des faschistischen Italien legitimieren. Das Angebot politisch-kultureller Verständigung war dabei keineswegs ausschließlich auf die radikale Rechte ausgerichtet, sondern auf breite Bevölkerungsgruppen.

Jedoch traf das faschistische Konzept der „Latinität“ unter italienischen Intellektuellen auch wiederholt auf Widerspruch, wie Laura Iamurri am Beispiel des Kunsthistorikers Lionello Venturi (1885–1961) zeigt. Nachdem er 1931 den geforderten Loyalitätseid auf Mussolini verweigert hatte, wurde ihm seine Professur an der Universität Rom entzogen. Im französischen Exil verstärkte Venturi sein Engagement für die künstlerische Avantgarde. Dem faschistischen Neoklassizismus setzte er bewusst die moderne Kunst entgegen, die er mit dem Antifaschismus

identifizierte. In Paris unterhielt er deshalb enge Beziehungen zum Gründer der liberal-sozialistischen Widerstandsbewegung *Giustizia e Libertà*, Carlo Rosselli.

Insgesamt war das Konzept der „Latinität“ von 1930 bis 1935 ein wichtiges Instrument der kulturellen und politischen Annäherung zwischen Italien und Frankreich. Es trieb nicht nur die Faschisierung der französischen Eliten – vor allem in den rechtsnationalen Ligen – voran, sondern förderte darüber hinaus auch den diplomatischen Ausgleich zwischen den beiden Staaten. Zugleich heben Catherine Fraix und Christophe Poupault in ihrem Fazit hervor, dass der Überfall des faschistischen Italien auf Abessinien im Oktober 1935 der Beschwörung von „Latinität“ als kulturell-politischer Brücke schließlich den Boden entzog. Zwar bemühten sich die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs, Samuel Hoare und Pierre Laval noch, durch Konzessionen gegenüber der faschistischen Expansionspolitik ein Auseinanderbrechen der „Stresa-Front“ zu verhindern, die Frankreich, England und Italien im April 1935 mit einem Abkommen gegen das nationalsozialistische Deutschland gebildet hatten. Nachdem der Völkerbund aber Sanktionen gegen den italienischen Aggressor verhängt hatte, näherte sich das faschistische Regime schließlich dem ‚Dritten Reich‘ an. In diesem Prozess, der 1936 mit Mussolinis Proklamation der „Achse Rom-Berlin“ einen ersten Höhepunkt erreichte, ersetzte das Konzept der *romanità* den Rekurs auf die „Latinität“. Umgekehrt traten in der NS-Propaganda Bezüge auf das griechische Erbe in der europäischen Kultur zugunsten einer Glorifizierung des antiken Rom zurück.

Alles in allem enthält der Band instruktive Beiträge zu einem bislang vernachlässigten Forschungsfeld. Es handelt sich bei den 14 Aufsätzen (neben der Einleitung und dem Fazit) überwiegend um Fallstudien, die nicht durchweg aufeinander bezogen sind. Auch finden sich in dem Buch kaum Befunde zu den Auswirkungen der „Latinität“ über die französisch-italienischen Beziehungen hinaus (das der Titel aber in den Mittelpunkt stellt). Nicht zuletzt wird das Verhältnis zwischen dem Konzept der „Latinität“ und dem Mythos der *romanità*, der auch in den frühen dreißiger Jahren von italienischen Faschisten keineswegs völlig aufgegeben worden war, nicht systematisch behandelt. Trotz dieser Einwände vermitteln die Beiträge zu dem Band aber durchweg instruktive, weiterführende Befunde und Einsichten in die trans- und internationalen

Bezüge des italienischen Faschismus und dessen Geschichtspolitik.

Berlin

Arnd Bauerkämper

Skandinavien und der Zweite Weltkrieg

Gilmour, John/Stephenson, Jill (Hrsg.): Hitler's Scandinavian Legacy, 256 S., Bloomsbury, London 2014.

Siebzig Jahre nach dem Ende des ‚Dritten Reiches‘ bietet dieser sorgfältig edierte Sammelband einen guten Überblick über die verschiedenen Erfahrungen und Deutungen des Zweiten Weltkrieges in den nordischen Ländern Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland. Obgleich diese Staaten noch im Mai 1938 gemeinsam erklärt hatten, ihre Neutralität wie im Ersten Weltkrieg auch in einem zukünftigen Konflikt zwischen den Großmächten behaupten zu wollen, wurden sie auf ganz unterschiedliche Weise in den Krieg hineingezogen und mussten, auf sich allein gestellt, jeweils eigene Lösungen zwischen Kollaboration und Widerstand finden. Entsprechend unterschiedlich fielen die vorherrschenden Narrative und Debatten über die Kriegsjahre in der Zeit nach 1945 aus. Die Geschichte des Krieges und die seiner historiographischen Deutungen in den einzelnen Ländern sind in jeweils eigenen Beiträgen behandelt.

Niels Wium Olesen arbeitet das Dilemma der dänischen Regierung nach dem deutschen Überfall am 9. April 1940 scharfsichtig heraus: Angesichts der Aussichtslosigkeit militärischen Widerstandes war die Bewahrung nationaler Souveränität und politisch-institutioneller Kontinuität nur möglich, wenn man auf das ultimative Angebot der Besatzer einging und als Gegenleistung öffentliche Ruhe und Sicherheit garantierte und die deutschen Besatzungstruppen vor Sabotage schützte. Die Politik der Kooperation mit den Besatzern, die dem Anschein nach zwischen selbständigen Staaten ausgehandelt wurde, wurde von einer Regierung der nationalen Einheit getragen und hatte zur Folge, dass die deutsche Okkupation in Dänemark insgesamt wesentlich friedlicher verlief als in anderen Ländern. Sie führte aber auch zu dem moralischen Paradox, dass die dänische Regierung in dem Bemühen, die eigene Souveränität und Verfassung zu sichern und „Schlimmeres“ zu verhindern, gegen diese Verfassung verstoßen und demokratische

Rechte einschränken musste. In Norwegen, das sich dem deutschen Einmarsch militärisch widersetzt hatte und dessen legitime Staatsleitung (König und Regierung) ins britische Exil fliehen konnte, wurde dagegen ein Besatzungsregime etabliert, das man in Dänemark durch Kooperation und Kompromisse zu vermeiden suchte: Ein deutscher Reichskommissar regierte mit Hilfe einer einheimischen nazistischen Marionettenregierung unter Quisling. Der von der Londoner Exilregierung gesteuerte Widerstand richtete sich sowohl gegen die deutschen Besatzer als auch gegen die Nazifizierungsversuche der Quislingregierung (Tom Kristiansen). Schwedens Politik war nach der deutschen Okkupation Dänemarks und Norwegens darauf ausgerichtet, seine bewaffnete Neutralität durch Aufrüstung und Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft über die Kriegsjahre zu behaupten. Das übergeordnete Ziel lag darin, der schwedischen Bevölkerung die Schrecken des Krieges zu ersparen. Dabei machte das Land, wie der Militärgeschichtler Kent Zetterberg hervorhebt, in den Jahren der größten deutschen Machtentfaltung von 1940 bis 1942 weitreichende Konzessionen und entwickelte sich zu einem wichtigen Handelspartner Deutschlands. Gleichzeitig spielte das Land eine wachsende humanitäre Rolle, was sich unter anderem in der Aufnahme von insgesamt 150.000 Flüchtlingen, unter ihnen viele norwegische und dänische Juden, zeigte. Die besondere Situation Finnlands als ein politisch und kulturell zwar westliches, geopolitisch jedoch osteuropäisches Land, das sich von der expansiven Sowjetunion bedroht fühlte, betont Oula Silvennoinen, der überzeugend erklärt, warum Finnland zum Alliierten NS-Deutschlands wurde. Nach der Niederlage im brutalen Winterkrieg von 1939/40, der Finnland zu Gebietsabtretungen an die Sowjetunion zwang, erschienen die militärische Allianz mit Hitler und der gemeinsame Krieg gegen die Sowjetunion als eine Gelegenheit, die verlorenen Gebiete zurückzugewinnen. Diese begrenzten Kriegsziele wurden im Zuge der militärischen Erfolge von 1941 und 1942, die zur Okkupation Kareliens, ethnischen Säuberungen und einer hohen Opferzahl von sowjetischen Kriegsgefangenen unter finnischem Gewahrsam führten, in der Praxis jedoch wesentlich radikalisiert.

Die Beiträge des zweiten Teils, der sich mit den historiographischen und erinnerungspolitischen Bearbeitungen des Krieges von 1945 bis zur Gegenwart befasst, sind von unterschiedlicher Qualität. Während Claus Bundgård Christensen (für Dänemark) und Ole Kristian Grimnes

(für Norwegen) über eine bloße Übersicht nicht hinauskommen, besticht Johan Östlings Beitrag durch seine präzise Analyse der verschiedenen historiographischen Narrative über die Kriegszeit und ihrer Funktionen in der schwedischen Nachkriegsgesellschaft. Dabei kann die von ihm beobachtete Transformation von einem den gemeinsamen Widerstand akzentuierenden patriotischen Geschichtsbild der Nachkriegszeit über eine kritische Gegenerzählung in den 1970er und 1980er Jahren bis hin zu einer universalistischen und moralistischen Geschichtsperspektive seit den 1990er Jahren auch für Dänemark und Norwegen Gültigkeit beanspruchen. Die von Juhana Aunesluoma rekonstruierte finnische Auseinandersetzung mit dem Krieg, die sich von der Apologetik der Nachkriegsjahre, die Finnland als bloßes Opfer der totalitären Großmächte darstellte, zu einer lebhaften Debatte über die Handlungen und Handlungsmöglichkeiten finnischer Politiker entwickelte, folgte dagegen eher einem eigenen Weg. Der informative Band wird von einem Übersichtsartikel des britischen Historikers Richard Overy eingeleitet und von einer überaus gelungenen Zusammenfassung des Kriegsjournalisten Allan Little beschlossen.

Bergen

Christhard Hoffmann

Etablieren in der Fremde

Fleck, Christian: Etablierung in der Fremde. Vertriebene Wissenschaftler in den USA nach 1933, 475 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2015.

Mit seinem neuen Buch wagt Christian Fleck den Versuch, plausible und belastbare Faktoren für das Gelingen oder Scheitern von Wissenschaftlern zu finden und zu analysieren, die nach 1933 gezwungen waren, ihre Heimatländer zu verlassen. Der bereits mit einer Reihe von verdienstvollen Arbeiten zur Geschichte von Exil und Emigration hervorgetretene österreichische Soziologe muss am Ende seiner Arbeit allerdings zugestehen, dass dies nur bedingt möglich sei. Er räumt ein, eine „ausreichend große Zahl von personenbezogenen Daten“ (S. 424) stehe für eine solche Analyse nicht zur Verfügung. „Ein bescheideneres Ziel“ für zukünftige Forschungen wäre es deshalb, sich zumindest um eine „deutlichere Einbettung künftiger individualbiographischer Darstellungen in das kollektivbiografische

Beziehungsgeflecht“ zu bemühen (S. 425). Für ein solches Programm habe er allenfalls eine Skizze liefern können. Trotz dieses bescheidenen Fazits sind Flecks Bemühungen, entsprechende Daten zu erheben, systematisch zu fassen und schlüssig zu deuten, durchaus bemerkenswert. In beeindruckender Weise hat der Autor eine Fülle von bislang unbeachtet gebliebenen Quellen, vor allem aus US-amerikanischen Archiven und Bibliotheken, konsultiert und ausgewertet.

Dem Verfasser geht es aus guten Gründen nicht darum, die ganze Breite von Schicksalen nach 1933 vertriebener Wissenschaftler in den Blick zu nehmen. Er konzentriert sich vielmehr auf eine zentrale Problemstellung, die er als „Etablierungsprozess in der Fremde“ (S. 11) beschreibt und auf breiter empirischer Grundlage – teils exemplarisch vertiefend – untersucht. Dabei handelt es sich zumeist um österreichische Sozialwissenschaftler, die ab 1932 in Richtung USA auswanderten; gelegentlich geraten aber auch Vertreter anderer Disziplinen in den Blick; jedoch nur selten auch Wissenschaftlerinnen. Obwohl der Untertitel des Buches suggeriert, dass es sich ausnahmslos um „vertriebene Wissenschaftler“ handeln würde, bezieht Fleck auch solche Gelehrte mit ein, deren Weggang keineswegs nur politischen Gründen geschuldet war. So widmet er beispielsweise eine seiner vier Fallstudien dem Nationalökonom Josef Schumpeter, der Österreich schon Ende 1932 verließ, um eine Professur in Harvard anzunehmen. Schumpeter, der in den USA recht schnell Fuß fassen konnte, half nach 1934 emigrierten Kollegen, sich fern der Heimat eine neue akademische Existenz aufzubauen. Fleck hebt diesen Aspekt aus der Biographie Schumpeters nicht zuletzt deshalb hervor, um dessen anfänglich durchaus widersprüchlichen Aussagen zur Entwicklung in Deutschland nach 1933 zumindest zu relativieren. Die anderen Fallstudien widmen sich den geglückten oder gescheiterten Etablierungsversuchen von Edgar Zilsel, der im März 1944 Selbstmord beging, Gustav Ichheiser, dem es in den USA gleichfalls nicht gelang, sich akademisch zu etablieren sowie Paul F. Lazarsfeld, der im Gegensatz dazu im amerikanischen Exil höchste wissenschaftliche Anerkennung erfuhr.

Christian Fleck setzt „Etablierung“ gezielt gegen andere in der bisherigen Literatur zu Emigration und Exil verwendete Begriffe wie Adaption, Assimilation, Akkulturation oder Integration (S. 402f.). Er hält ihn für besser geeignet, den prozesshaften Charakter der vielschichtigen Vorgänge und kommunikativen Interaktionen systematisch

beschreiben zu können. Zur deren Deutung und Analyse schlägt Fleck vor, „aus der schier Vielfalt von Episoden und Konstellationen“ einige maßgebliche Faktoren zu identifizieren, „die bei einer größeren Zahl untersuchter Personen wirksam waren und deren Etablierungschancen positiv oder negativ beeinflussten“ (S. 406). Dazu zählt er solche Faktoren wie die Gelegenheitsstrukturen, beispielsweise den Arbeitsmarkt, wissenschaftliches Kapital, also vor allem die Reputation der Emigranten oder soziodemographische Charakteristika wie Alter, Geschlecht, familiäre Herkunft und Sprachkenntnisse; nicht zuletzt auch den Habitus. Ob diese an Pierre Bourdieu erinnernden „Dimensionen“ von Einflussfaktoren letztlich ein plausibles Erklärungsgerüst für die komplexe und sich eben doch aus ganz unterschiedlichen Einzelschicksalen zusammensetzende Geschichte von Emigration und Exil abgeben, wird sicherlich noch weiterer Vertiefungen bedürfen.

Neben diesem analytischen und systematischen Zugriff zeichnet sich Flecks Arbeit durch einen weiteren Vorzug aus. Sein Buch enthält auch eine dichte, quellengesättigte Geschichte britischer und vor allem US-amerikanischer Hilfsorganisationen für die aus Deutschland und Österreich geflüchteten Akademiker. Ausführlich gewürdigt wird etwa das Emergency Committee in New York, mit dessen Hilfe eine Reihe vertriebener Wissenschaftler ihre akademischen Karrieren im Exil fortsetzen konnten. Der Autor verschweigt dabei weder den oft elitären Charakter der Hilfe von Akademikern für Akademiker noch die manchmal recht ambivalente politische Einstellung führender Protagonisten dieser Einrichtungen, die zum Teil selbst nicht frei von antisemitischen Vorurteilen waren. Flecks nachdrückliches Lob für die zweifelsohne überlebenswichtigen Hilfestellungen und generösen Zuwendungen, die er allein philanthropischen Motiven zuschreibt, läuft allerdings Gefahr, andere mögliche Motive oder schlicht interessegeleitete Beweggründe für ein solches Handeln zu übersehen.

Alles in allem aber ist Christian Flecks Buch über die österreichische Wissenschaftsemigranten und den Prozess ihrer gelungenen oder gescheiterten Etablierung ein wichtiger Beitrag und eine geglückte Anregung zur weiteren Erforschung von Emigration und Exil zwischen 1933 und 1945. Sprachliche Eigenwilligkeiten zwischen allzu launig-saloppen Formulierungen und unnötigen Manieriertheiten schmälern dieses Verdienst letztendlich nicht.

Münster/Berlin

Jens Thiel

Dekolonisierung von unten nach oben

James, Leslie: George Padmore and Decolonization from Below. Pan-Africanism, the Cold War, and the End of Empire, 288 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2014.

Politik ist keine Wissenschaft, sondern eine Kunst – dieser Auffassung war George Padmore (1902–1959), Vordenker und Wegbereiter der afrikanischen Dekolonisierung aus Trinidad, der die wichtigste Zeit seines politischen Lebens in London zubrachte und dort als Journalist, Publizist und Initiator transnationaler Netzwerke unaufhörlich gegen drei Grundübel des britischen Empire ankämpfte: die koloniale Unterdrückung, die ökonomische Ausbeutung und den allem zugrundeliegenden Rassismus. Die britische Historikerin Leslie James geht mit ihrer Studie Padmores genauerem Kunstverständnis und dessen Wandel mit einem Schwerpunkt in den 1940er und 1950er Jahren auf den Grund. Sie interessiert sich für das politische Denken und die Organisationsleistungen dieses transnationalen Aktivistens, der weitgehend außerhalb staatlicher Institutionen agierte. In ihrem der *intellectual history* verpflichteten Portrait eines dezidierten Anti-Intellektuellen vertritt sie die These, dass Padmore zu einer Schlüsselfigur im *think-tank* der antikolonialen Bewegung avancierte: Mit seinen Publikationen und seinem Organisationstalent habe er wesentlich deren Strategiebildung im Kampf für die Dekolonisierung mitgestaltet.

Nach James bestand die Kunst der Politik für Padmore darin, Strategien nicht nur zu bilden, sondern sie auch im Laufe der Zeit geänderten politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen anzupassen, ohne dabei die eigenen politischen Überzeugungen zu kompromittieren. So folgte der Bruch mit dem Stalinismus und der Komintern, für die Padmore zwischen 1929 und 1933 erst in Moskau und dann in Hamburg tätig war, vor allem aus dessen Beobachtung heraus, dass die europäischen Genossen sich kaum weniger rassistisch gerierten als deren imperialistische Feinde. Ungeachtet dessen sah er noch in seinem Buch „How Russia transformed Her Colonial Empire“ von 1946 die Sowjetunion als sozialistischen Musterstaat und historisches Vorbild an, deren Geschichte eine Blaupause für den herbeigesehnten Zusammenbruch des Empire bereithalten würde. Erst vor dem Hintergrund des aufziehenden Kalten Krieges gewann er die Einsicht, dass die Verortung im kommunistischen Lager die Ziele der antikolonialen und

panafrikanischen Bewegungen ernsthaft gefährden könnten, weshalb seine Distanz zur Sowjetunion gegen Ende der 1940er Jahre deutlich zunahm.

Weitere Strategiewechsel betreffen seine politische Rhetorik und seine Position zu Gewalt als legitimes Mittel zur Erreichung politischer Ziele. In der Tat schreckten die Schriften der 1930er Jahre vor keinerlei Zuspitzung zurück, sei es die These, dass der Nationalismus kolonisierter Völker fortschrittlich, derjenige der Kolonialmächte dagegen reaktionär sei, oder die Behauptung, dass der europäische Kolonialismus an sich faschistisch und die Situation von Schwarzen in Afrika mit derjenigen von Juden im Nationalsozialismus zu vergleichen sei. Solche radikal-dichotomische Positionen nahmen nach Ende des Zweiten Weltkrieges merklich ab. Parallel dazu nahm Padmore aus strategischen Gründen Abstand von der Idee eines gewaltsamen Umsturzes: Glaubte er vor dem Weltkrieg noch daran, dass ein von der Metropole ausgehender Zerfall des Empire die Weltrevolution auslösen könnte, so ließ der Regierungsantritt der *Labour* Partei und deren Festhalten am Empire ebenso seine marxistisch geprägten Hoffnungen schwinden wie die imperialen Beharrungskräfte während des Weltkrieges. Fortan setzte Padmore in journalistischen Beiträgen auf etwas moderatere Töne und andere Themen – insbesondere kritisierte er wiederholt das Konzept kolonialer Entwicklungspolitik und das aufziehende Apartheid-System in Südafrika. Zudem setzte er auf eine stärkere Kooperation sowohl mit Trägern des Empire als auch mit liberaleren Kräften innerhalb der antikolonialen Bewegung wie etwa Harold Moody, dem Chef der League of Coloured Peoples.

An seinem Engagement im ghanaischen Dekolonisationsprozess zeigt James schließlich, wie Padmore von einem Advokaten der titelgebenden „Dekolonisierung von unten“ zu einer der wichtigsten Stützen von Kwame Nkrumah auf dessen Weg zur Macht wurde. Damit einher ging die endgültige Abwendung vom sowjetrusischen Modell, das Padmore in seinem Buch „Pan-Africanism or Communism“ von 1956 erstmals offen kritisierte, und eine konstruktive Auseinandersetzung mit entwicklungspolitischen Konzepten unter sozialistischen Vorzeichen begann. So kritisierte Padmore den um sich greifenden Tribalismus scharf und profilierte sich als Anhänger eines „modernen“ Afrika, das aus seiner ökonomischen und sozialen Rückständigkeit herausfinden müsse. Mit solchen Positionen war Padmore seinen Gegnern im Colonial Office

erstaunlich nahegekommen. Selbst den afrikanischen Nationalismus und Nkrumahs repressive Regierungsführung nahm er als strategische Notwendigkeiten in Kauf auf dem Weg zu seiner panafrikanischen Utopie eines postkolonialen, postnationalen und postkapitalistischen Gesellschaftssystems.

James geht Padmores Wandel vom radikalen Revoluzzer zum moderaten Utilitaristen chronologisch, quellennah und mit vielen aufschlussreichen Details nach. Dass sie dabei ihren Protagonisten überwiegend mit Samthandschuhen anfasst, stört vor allem dann, wenn kritikwürdige Positionen von Padmore als strategisches Kalkül interpretiert werden und er im Zweifel doch als Intellektueller porträtiert wird, dessen hehre Ideale und Ansichten von der ihn umgebenden gesellschaftlichen Umwelt beschränkt oder korrumpiert wurden. Eine kritischere Analyse von Padmores Wirken hätte zudem noch stärker auf die Ursachen von dessen Einflussgrenzen aufmerksam machen können. Zum Beispiel wird nicht problematisiert, dass er sich erstaunlich wenig mit dem frankophonen Afrika auseinandersetzte. Dies mag ein Grund unter anderem dafür gewesen sein, dass Padmores Panafrikanismus nicht nur als Konzept vage blieb, wie James überzeugend ausführt, sondern auch als Bewegung äußerst fragil blieb. Davon abgesehen liefert Leslie James Studie einen wichtigen Beitrag zur Ideengeschichte der Dekolonisierung, nicht zuletzt auch deshalb, weil es ihr sehr gut gelingt, an Padmore die komplexen und keineswegs eindeutigen Positionierungen antikolonialer Bewegungen unter den Bedingungen des aufziehenden Kalten Krieges herauszuarbeiten.

Konstanz

Martin Rempe

Türkische Europabilder

Kaya, Sümeyra: Entscheidung für Europa. Historische Grundlagen der türkischen Europapolitik, 351 S., Klartext, Essen 2014.

Zum Bemühen der Türkei um die Mitgliedschaft in den politischen Institutionen des geeinten Europas sind in den letzten Jahren zahlreiche, zumeist politikwissenschaftliche Bücher erschienen. Eher selten wagt sich ein Historiker oder eine Historikerin an dieses Thema der Zeitgeschichte, und wenn dann zumeist aus der europäischen, deutschen, französischen oder

britischen Perspektive. Umso willkommener sind Studien, die einem deutschen Leser auch die türkischen Sichtweisen nahe bringen und in ihren historischen Zusammenhängen erklären. Sümeyra Kayas Buch „Entscheidung für Europa. Historische Grundlagen der Türkischen Europapolitik“ will einen solchen Beitrag leisten; leider erfüllt es die Erwartungen nur mäßig.

Die Stärken von Kayas Buch liegen dort, wo die Autorin wirklich Neuland betritt: In der Einleitung stellt sie die wichtige Frage, wie eigentlich die politischen Akteure der Türkischen Republik nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer eigenen Sicht „ihr Verhältnis zu Europa“ (S. 14) definierten. Wie dringend wir in Deutschland darüber Aufklärung bedürfen, muss an dieser Stelle wohl kaum ausgeführt werden. Gut begründet konzentriert sich die Verfasserin in ihrer Arbeit auf die türkischen Europabilder zwischen 1950 und 1963 – also auf die Phase, in der mit der Demokrat Parti (DP) eine nicht gänzlich neue, aber bis dahin am Rande des Kemalismus situierte politische Schicht in der 1923 gegründeten Türkischen Republik an die Macht kam. Es war diese neue politische Kraft, die 1959 einen Assoziierungsantrag an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) stellte.

Kaya konzentriert sich also auf die spannungsreiche Umbruchsperiode der türkischen Geschichte, in der jene sozialen und weltanschaulichen Entwicklungen ihren Ausgangspunkt nahmen, denen wir heute noch immer zuschauen, wenn wir über die Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP), ihre Anhängerschaft und die türkische Europapolitik sprechen. Das dritte Kapitel präsentiert dem deutschsprachigen Leser erstmals einen Einblick in die weltanschaulich reichen, überaus komplexen Europabilder insbesondere jener, die der neuen DP-Regierung weltanschauliche Erklärungsmuster für ihren außenpolitischen Kurs der neuartigen, weil nun auch institutionellen (!) Anbindung an ‚Europa‘ lieferten. Sollte je ein Zweifel daran existiert haben: Auch ‚Europa‘ erweist sich hier als ein Diskursbegriff, der von unterschiedlichen Interessengruppen in hohem Maße symbolisch zur weltanschaulichen Identitätsstiftung und funktional zum Machterhalt oder Machtwechsel eingesetzt wurde.

Doch damit enden die Meriten dieser Arbeit weitgehend. Denn die Autorin präsentiert grundsätzlich ein arg vereinfachtes, moralisch aufgeladenes, negatives Bild des Osmanischen Reiches und erfasst die Frühgeschichte der Türkischen Republik nur summarisch. Zugleich muss sie aber immer wieder feststellen, dass viele (um

nicht zu sagen: alle) der von ihr vorgestellten Europabilder ihre Wurzeln im 19. und frühen 20. Jahrhundert hatten. Daraus ergibt sich eine eigenartige Irritation, die sie nicht aufzulösen vermag. Auch wenn sie im Zusammenhang mit der „Synthese-Theorie“ einer „Verschmelzung aus Ost und West“ von einer „Renaissance“ osmanischen Gedankengutes spricht (S. 162), führt das nicht dazu, genauer nach den Wurzeln, Protagonisten, Verbindungen und Veränderungen der Europabilder seit den Jungtürken zu fragen. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der sogenannten „Türkischen Herde“, deren Vertreter der 1920er Jahre im Kapitel proeuropäischer Ideologen (S. 161), deren Vertreter der 1950er Jahre aber unverbunden im Kapitel „Anti-europäische Theoriemodelle“ (S. 227) auftauchen. Auch das Kapitel zum „Blauen Anatolierum“ bleibt für einen Leser ohne Vorwissen schwer verständlich. Das hängt auch damit zusammen, dass die Verfasserin die sozialen Verschiebungen ausblendet, die mit den veränderten beziehungsweise wieder auftauchenden Europadiskursen der 1950er Jahre einhergehen respektive deren Voraussetzung waren.

All dies liegt letztlich in der Verantwortung der Autorin; da es sich bei der Arbeit von Sümeyra Kaya ursprünglich jedoch um eine Dissertation handelt, die an der Universität Essen entstand, tritt hier dennoch ein viel grundsätzlicheres Problem auf. Gut beraten haben Kaya ganz offenbar weder akademische Betreuer noch Verlag; Über die zahlreichen Kommafehler und unwissenschaftlichen Wertungen (vgl. z. B. S. 220, wo eine der zu analysierenden „Europatheorien“ von vornweg als „unzeitgemäß“ abqualifiziert wird) mag man noch hinweg sehen. Eine gründliche Korrektur der Arbeit hätte vor allem aber den folgenden Satz moniert: „Diese beruht auf den Ausführungen des Korantextautors Risalei Nur“ (S. 177). Er zeugt nämlich in vieler Hinsicht von mangelhafter Recherche. Was oder wer mag wohl ein „Korantextautor“ sein? „Risale-i Nur“ bedeutet aus dem Osmanischen übersetzt „Brief/Botschaft des Lichts“ – und ist der Titel einer in den 1920er Jahren entstandenen Schrift des Koranexegeten Said Nursi. An diesem Beispiel wird deutlich, dass sich die Autorin allzu flüchtig an ein ideengeschichtlich anspruchsvolles Thema gewagt hat, für das eine Einarbeitung in die Geschichte der Europäischen Integration aus deutscher oder französischer Sicht nicht ausreicht. Die Beschäftigung mit Autoren wie Said Nursi, Hamdullah Suphi Tannöver oder Sabahattin Eyüboğlu, mit Zeitschriften wie „Turk Yurdu“, „Forum“

oder „Yön“ hätte ein intensives Studium der osmanischen Geistes- und der Sozialgeschichte der frühen Türkischen Republik verlangt, das indes ohne fundierte Hilfestellung schwierig zu bewältigen ist.

Dissertationen waren einmal das Kernstück wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts. Und Sümeyra Kayas Arbeit hätte so ein Kernstück des Erkenntnisfortschritts sein können, wenn sie ihr zentrales Kapitel zu den „Konkurrierenden Europatheorien im gesellschaftlichen Diskurs der 1950er Jahre“ nur weiter ausgebaut, sorgfältig entfaltet und, beharrlich ermutigt, ideen- und sozialgeschichtlich eingeordnet hätte. Stattdessen hat sie im ersten Teil ein eher mäßiges Handbuch zur türkischen Geschichte und am Ende ein politisches Bekenntnis anstelle eines Fazits geliefert. Von der akademischen Auseinandersetzung mit den Europa-Bildern türkischer Intellektueller und Politiker der 1950er Jahre aber bleiben – so irritierend wie erhellend zugleich – nur die beiden folgenden Ergebnisse: dass „das türkische Streben nach Europa [...] nicht unbedingt als ein Streben nach der europäischen Kollektividee zu verstehen“ gewesen sei, „sondern lediglich nach deren unmittelbaren wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Erträgen“ (S. 323f.), und dass „die türkische Bevölkerung“ [gemeint sind allerdings nur die Gezi-Park-Demonstranten, SMW] heute „unbewusst auf dem Weg zu ihrer wahren [!?, SMW] nationalen Identität“ (S. 329) sei.

Abseits aller Unschärfen liegt hier der stille Clou dieser Arbeit: dass ‚Europa‘ noch immer als weltanschaulich aufgeladene Chiffre, ja geradezu als Kampfbegriff benutzt wird, der letztlich der Konstruktion nationaler türkischer Identität dienen soll. So gesehen, gibt das Bild auf dem Umschlag, das eine kopftuchtragende Frau auf einem graffitibesprühten Auto mit einer türkischen Fahne und Atatürks Konterfei (nebenbei bemerkt: ohne den von ihm eingeführten ‚westlichen‘ Hut mit Krempe, sondern mit dem Kalpak der Osmanen) zeigt, dann doch noch Sinn.

Wuppertal

Sabine Mangold-Will

Mittler zwischen zwei politischen Welten

Pötzl, Norbert F.: Mission Freiheit – Wolfgang Vogel. Anwalt der deutsch-deutschen Geschichte, 512 S., Heyne, München 2014.

Die Lebensgeschichte eines Menschen zu beschreiben und dessen Leistungen in einem Buch adäquat zu würdigen, ist schon schwer genug. Wie viel schwieriger ist es dann erst den Lebensweg einer Persönlichkeit durch das Schreiben einer Biographie zu würdigen, dem hunderte, ja tausende von Menschen die Freiheit, politische Erleichterungen und nicht wenige sogar das Leben verdanken? Und wie kann es bewertet werden, wenn genau deswegen derjenige angeklagt und verleumdet wurde? Dieser Herausforderung hat sich Norbert Pötzl gestellt.

Gemeint ist die Biographie des Ostberliner Rechtsanwalts Wolfgang Vogel (1925–2008). In dieser wird nicht nur der Lebensweg und die Lebensleistung des ostdeutschen Menschenrechtsanwalts vorgestellt, sondern es ist auch eine außergewöhnliche Arbeit eines westdeutschen Journalisten über eine heikle deutsch-deutsche Geschichte, die viel Verständnis der ostdeutschen Mentalität und Einfühlungsvermögen in komplizierte politische Verhältnisse und Machtmechanismen voraussetzt.

Und eine solche Arbeit hat Pötzl – diese Einschätzung sei vorweggenommen – in einer außergewöhnlichen Weise gemeistert. In der heutigen Geschichtsschreibung würde man sich oftmals mehr Einfühlungsvermögen in die Mentalität der Ostdeutschen von denjenigen Autoren und Autorinnen wünschen, die sich mit Themen der DDR-Geschichte befassen. Seine zu bewältigende Aufgabe war schon deshalb nicht leicht, weil er sich für seine vorliegende Biographie eine Person ausgesucht hat, die nicht zum „Standard“ der DDR-Bevölkerung gehörte. Umso mehr ist seine nun vorliegende Leistung zu würdigen.

Fakt ist, dass Wolfgang Vogel zur Zeit des Kalten Krieges ein Mysterium umgab. Er handelte und verhandelte zwischen den beiden politischen Blöcken. Er war ein Grenzgänger und besaß das Vertrauen von Politikern der höchsten Ebenen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs, insbesondere in den beiden deutschen Staaten. Er agierte weitgehend im Geheimen; Diskretion war sein Markenzeichen.

Umso bedeutender ist die Tatsache zu bewerten, dass der im Schatten der Weltpolitik agierende Rechtsanwalt einem Journalisten den Fundus seines privaten Archivs nach der deutschen Wiedervereinigung geöffnet hat, den der Biograph Pötzl mit persönlichen Aussagen des von ihm intensiv Interviewten sowie durch die Auswertung anderer Archivmaterialien ergänzte. Vogel selbst gab für die Beschreibung seines Lebensweges umfassende Auskünfte zu seinen

Aktivitäten über die Staats- und Gesellschaftsgrenzen hinweg, soweit es ihm seine anwaltliche Schweigepflicht zuließ.

Der Verfasser hatte bereits aus kritischer Distanz das Leben und Wirken Wolfgang Vogels, jedoch geprägt von Respekt und Fairness und vor allem einige von Vogel bearbeitete spektakuläre Fälle aus seinem seit 1997 mehrfach aufgelegten ersten Buch über Vogel mit dem Titel „Basar der Spione“ erstmals ausführlich und detailreich beschrieben.

Mit dem anzuzeigenden Werk liegt nunmehr eine umfangreichere Lebensgeschichte des Rechtsanwalts Wolfgang Vogel, in der nicht nur, wie in dem vorherigen Buch, die politischen Aktivitäten des Advokaten im Mittelpunkt stehen, sondern es ist dessen gesamter Lebensleistung – in die politischen Verhältnisse eingeordnet und auch mit familiären und privaten Reminiszenzen erweitert – gewidmet. Im Gegensatz zu dem zuerst erschienen Buch hat der Verfasser nunmehr die meisten seiner Aussagen mit Quellenangaben belegt und seine Thematik in den Stand der Forschungen zu Vogel und die von ihm organisierten Gefangenen austausche und Flüchtlingsfreikäufe eingebettet. Zweifelsohne wird das vorliegende Buch die Fachliteratur nicht nur bereichern, sondern auch deren Stand mitbestimmen. Das macht die Lektüre nicht nur für den an der Thematik interessierten Leser interessant, sondern es ist ebenso als ein bedeutendes Werk zu einem wichtigen Kapitel der Geschichtsschreibung über die DDR für die Fachhistoriker und -historikerinnen zu werten.

Vogel war nicht nur ein erfolgreicher Rechtsanwalt in Ostberlin, der auch eine Zulassung für westdeutsche Gerichte besaß, sondern vor allem ein in Ost und West geschätzter politischer Vermittler, der durch konsequente Diskretion Personen durch den Eisernen Vorhang in beide Richtungen schleuste, die ansonsten jahrelang im Gefängnis zugebracht hätten. Wenn die Aktivitäten von Wolfgang Vogel, der vom Generalstaatsanwalt der DDR Josef Streit protegiert wurde, auch vornehmlich im innerdeutschen Rahmen stattfanden, wirkte er doch zum Wohle seiner Klienten weltweit. Pötzl beschreibt die diffizile Suche nach einem von beiden Seiten der sich feindlich gegenüberstehenden politischen und militärischen Blöcken akzeptierten Kandidaten als Mittler zwischen zwei Welten: Die wohl einzig geeignete Person war der Anwalt Wolfgang Vogel.

Seit 1962 organisierte der von Politikern beiderseits der Grenze gern in Anspruch

genommene Advokat in den 30 Jahren seiner anwaltlichen Tätigkeit insgesamt den Austausch von rund 150 in Gefangenschaft geratenen Spionen aus 23 Staaten. Außerdem vermittelte er 33.755 Freikäufe von Häftlingen, die wegen politischer Delikte in der DDR inhaftiert worden waren und setzte sich für die Ausreise von rund 250.000 DDR-Bürgern in den Westen ein. Das heißt DDR-Bürger, die gegen die Gesetze der DDR verstoßen hatten, oder Ausreisewillige, wurden von der Bundesrepublik Deutschland gegen Geld und Warenlieferungen aus der DDR-Haft erlöst. Einige von diesen Fällen werden von Pötzl detailliert geschildert. Die später gegen Vogel erhobenen Vorwürfe des Menschenhandels kann Pötzl als unsinnig zurückweisen.

Interessant sind in diesem Zusammenhang einige Informationen, die in der Öffentlichkeit weithin nicht bekannt sind, etwa die Widerlegung der immer wieder erhobenen Legende, „dass die DDR aus Devisengier das Geschäft mit politischen Häftlingen erfunden habe. Die Entlastung der Staatskasse war ein durchaus willkommener Nebeneffekt. Wahr aber ist, dass die DDR ursprünglich Häftlinge aus Ost und West wechselseitig austauschen wollten; den Freikauf gegen Warenlieferungen hat ihr die Bundesregierung aufgedrängt“ (S. 12). Oder wenn Pötzl zur Schlussfolgerung gelangt, dass bei einigen der von ihm genau rekonstruierten juristischen Fälle, wie dem des SS-Arztes Heißmeyer, denen man zuweilen einen politischen Charakter zusprechen wollte, die Verurteilungen so „angesichts der Schwere der Verbrechen eine angemessene Strafe“ der DDR-Gerichte gewesen seien, „die auch in der Bundesrepublik nicht anders ausgefallen wäre[n]“ (S. 168). Oder im Falle der zirka 2.000 Kinder von in der Bundesrepublik lebenden Eltern, die in der DDR durch den Mauerbau getrennt oder von „Republikflüchtlern“ zurückgelassen worden sind. Diese sogenannten „K-Fälle“ konnten nach und nach ohne wirtschaftliche Gegenleistung des Westens übersiedeln (S. 172). Durch den Fall „Angelika“, der hier genauestens analysiert wird, kam dieser Prozess allerdings in den 1960er Jahren in Verzug. Nicht zuletzt durch Vogels Engagement konnten die Probleme gelöst und eine Familienzusammenführung durchgeführt werden. Spätere selbst in Fernsehfilmen dargestellte Vorgänge um den „Austausch“ von Menschen werden als das bezeichnet, was sie sind: Fiktionen. So die Richtigstellung des Falles von Jutta Gallus, die als „Frau vom Checkpoint Charlie“ in die Filmgeschichte einging.

Auf einen weiteren weniger bekannten Fakt wird im Zusammenhang mit den Häftlingsfreikäufen hingewiesen, nämlich auf den, dass unter den Freigekauften sich auch gewöhnliche Kriminelle und Rechtsextremisten befanden. Wenn Kriminelle auf westdeutscher Seite entdeckt wurden, verweigerte die Bundesregierung die Bezahlung; in die DDR zurückschicken konnte sie die Straftäter nicht, weil sie laut Grundgesetz deutsche Staatsbürger waren (S. 152). Erwähnenswert ist auch der Hinweis des Verfassers, dass entgegen landläufiger Auffassungen sich der Häftlingsfreikauf mit durchschnittlich 136 Millionen D-Mark, gerechnet über 25 Jahre, relativ bescheiden ausnahm (S. 153).

Die Aufgaben, die Rechtsanwalt Vogel als „Persönlicher Beauftragter für humanitäre Fragen“ des DDR- und Parteichefs Erich Honecker über die Fronten im Kalten Krieg hinweg übernommen hatte, wurden auf beiden Seiten von einigen politischen Kräften nicht gern gesehen und in einigen Fällen zu torpedieren versucht. Zu jenen gehört auf westlicher Seite der Verfassungsschutz und auf östlicher Seite bestimmte Kreise des Ministeriums für Staatssicherheit, denen der direkte Draht Vogels zu Honecker und seine persönlichen Privilegien nicht gefielen. Vogels Kanzlei in Berlin und seine Angestellten waren allerdings für die Stasi tabu.

Alles in allem gesehen, beleuchtet das Buch nicht nur ein bislang geheimnisumwobenes Kapitel der Beziehungsgeschichte der DDR und der BRD auf hohem Niveau, sondern es kann zugleich als ein wichtiger Beitrag zur Biographie-, internationalen Geheimdienst- und Diplomatiegeschichte angesehen werden. Die Pionierleistung besteht nicht zuletzt darin, dass Pötzl nicht nur die relevante Literatur ausgewertet hat, sondern er stützt sich vor allem auf Vogels Privatarchiv mit bisher unveröffentlichten Notizen über die Gespräche, die er mit Bonner Politikern führte. Der Verfasser sprach zudem ausführlich mit Vogels Witwe und anderen Zeitzeugen wie Egon Bahr, Klaus Bölling, Hans Otto Bräutigam und Hans-Jochen Vogel sowie mit zwei ehemaligen politischen Häftlingen, die 1963 als Erste von der Bundesrepublik aus der DDR freigekauft wurden.

Da der Verfasser ein ausgewiesener Journalist ist, liest sich das Buch flüssig, ja geradezu spannend. Einige kleinere Unkorrektheiten seien ihm verziehen, so die Tatsache, dass es nicht politische Gründe gegeben haben muss, wenn eine Dissertation in der DDR nicht veröffentlicht wurde (S. 30); dies betraf die Mehrheit der schriftlichen Promotionsleistungen. Nicht alle SED-Mitglieder

können als Kommunisten bezeichnet werden. Aber wie angeführt, dies sind verzeihliche Fehler.

Das vorliegende Buch kann jedem historisch, vor allem an der DDR-Geschichte Interessierten als fesselnde Lektüre empfohlen werden. Die Historiker und Historikerinnen werden die hier aufgedeckten Quellen und vorgetragenen Schlussfolgerungen zu nutzen wissen.

Berlin/Pretoria

Ulrich van der Heyden

Klerikalisierung und Konfessionalisierung von Politik

Buchna, Kristian: Ein klerikales Jahrzehnt? Kirche, Konfession und Politik in der Bundesrepublik während der 1950er Jahre, 613 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

Vor Kurzem hat das Bundesverfassungsgericht bereits zum zweiten Mal darüber entschieden, ob Lehrerinnen an öffentlichen Schulen den Geboten des Islams folgend Kopftuch tragen dürfen. Dies verweist darauf, dass religionspolitische Fragen heute (nach einer Phase der Säkularisierung wieder) eine erhebliche Bedeutung und Aktualität besitzen, aber auch darauf, wie sehr sich die religionspolitischen Problemlagen von heute von denen der 1950er Jahre unterscheiden. Wohl kaum einer der damaligen Akteure hätte es für möglich gehalten, dass im Jahr 2015 darüber diskutiert werden würde, ob einerseits die „Privilegien“ der beiden christlichen Konfessionen – also das kooperative, staatskirchenrechtlich geregelte Verhältnis von Staat und Kirchen – noch zeitgemäß seien und wie andererseits islamische Glaubensgemeinschaften in dieses System, versehen mit einem Status als Körperschaften des öffentlichen Rechts integriert werden können. Damals in den 1950er Jahren wurde eher darüber diskutiert, ob nicht der Einfluss, insbesondere der katholische Einfluss in der Politik über Gebühr groß sei (Klerikalisierung der Politik) und ob nicht zu viele politische Entscheidungen – vor allem Personalentscheidungen – unter sachfremden Aspekten getroffen würden, dass nämlich allzu häufig nicht das Parteibuch, sondern auch das Gebetsbuch von Bewerbern für die Personalauswahl ausschlaggebend sei (Konfessionalisierung von Politik). Genau dies sind einige der Fragen, die im Mittelpunkt dieser, aus einer Augsburger Dissertation hervorgegangenen Studie stehen.

Der Verfasser nähert sich dem großen Gegenstand über die Verbindungsbüros, die sowohl die Fuldaer Bischofskonferenz als auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) Anfang der 1950er Jahre in Bonn aufbauten und die eine „Schnittstellenfunktion“ zwischen kircheninterner und politischer Willensbildung ausübten. Dazu holt er sehr weit aus – was den ansehnlichen Umfang der Studie erklärt. Der eigentlichen Untersuchung der *Tätigkeit* der beiden Kirchenbüros, die nur etwa ein Drittel der Studie einnimmt, sind zwei im Grunde umfassende Biografien der beiden Kirchenmänner vorgeschaltet, die diese Büros aufgebaut und unterschiedlich lange geleitet haben: der Prälaten Wilhelm Böhler und Hermann Kunst. Letzterer erhielt übrigens den im protestantischen Raum ungewöhnlichen Titel mit Blick auf seinen katholischen Kollegen, damit die Gleichrangigkeit zwischen den Vertretern der beiden Konfessionen auf den ersten Blick erkennbar war.

Böhler (1891–1958), der ältere der beiden, konnte schon auf eine lange, wenn auch nicht uneingeschränkt erfolgreiche Tätigkeit als „Kirchenlobbyist“ im „Schulkampf“ der Weimarer Republik und im Kirchenkampf des ‚Dritten Reiches‘ zurückblicken, als die Bundesrepublik gegründet wurde. 1948 kam er als politischer Berater von Kardinal Frings, dem Kölner Erzbischof, in eine Position als katholischer Verbindungsmann zum Parlamentarischen Rat, wo er sich für die Festschreibung von Elternrecht und Konfessionsschule im Grundgesetz einsetzte – was angesichts der einer gegenläufigen Mehrheit aus SPD, KPD und FDP in diesen Fragen nicht von Erfolg gekrönt war.

In dieser Phase hatte die katholische Kirche einen großen Vorsprung bei der Artikulation und Vertretung ihrer politischen Interessen, da die erst 1945 gegründete EKD noch viel zu sehr mit den internen Konflikten zwischen Lutheranern und Reformierten, zwischen Landeskirchen und dem Bruderrat der Bekennenden Kirche beschäftigt war, um politisch handlungsfähig zu sein. Doch das sollte sich schnell ändern, da die EKD auf Initiative von Hermann Kunst (1907–1999) schon 1950 das anfangs noch sehr bescheiden ausgestattete Amt des Bevollmächtigten der EKD bei der Bundesregierung schuf und mit Kunst selbst besetzte. Der Mann des lutherisch-konservativen Flügels der Bekennenden Kirche hatte da bereits eine beachtliche kirchliche Karriere hinter sich, während der er auch mit der Politik in Berührung gekommen war. Durch sein ausgleichendes Temperament und diplomatisches Talent erwies er sich schnell als die Idealbesetzung für dieses Amt.

Buchna arbeitet in eindrucksvoller Weise heraus, in welchen politischen Fragen Böhler und Kunst kooperierten und wo nicht (z. B. in der Frage der obligatorischen Zivilehe, aber auch in der Personalpolitik), wo sich ihr Vorgehen ähnelte und wo es sich unterschied. Beide, Böhler und Kunst, waren große Netzwerker, die versuchten, schon in einem frühen Stadium der politischen Willensbildung den kirchlichen Einfluss geltend zu machen. Aber Böhler setzte dabei in erster Linie auf „seine“ Leute, also die katholischen CDU-Abgeordneten, denen er sehr eindeutig klarmachte, was ihre Kirche von ihnen erwartete. Kunst dagegen musste aufgrund der sehr viel heterogeneren Zusammensetzung des deutschen Protestantismus die „Äquidistanz“ zu allen Parteien wahren – trotz eigener CDU-Nähe. Gerade auch am Verhältnis der beiden Kirchenlobbyisten zueinander kann Buchna zeigen, wie sich noch in den 1950er Jahren – allerdings verstärkt erst unter Böhlers Nachfolger Wilhelm Wissing – die konfessionellen Rivalitäten abschwächten und wie weit der klerikalistische Stil Böhlers an seine Grenzen stieß. Dabei unterschätzt Kristian Buchna vielleicht in der Gesamteinschätzung ein wenig, welche Rolle der Konfessionsproporz beziehungsweise dessen Verletzung auch später noch in der Politik – insbesondere in der CDU – spielte, etwa im Atlantiker-Gaullisten-Streit, bei dem sich außenpolitische und konfessionelle Positionen in erstaunlichem Maße deckten.

Jena

Torsten Oppelland

Geschichtsbilder im Wandel

Rüdiger, Mark: „Goldene 50er“ oder „Bleierne Zeit“? Geschichtsbilder der 50er Jahre im Fernsehen der BRD, 1959–1989, 354 S., transcript, Bielefeld 2014.

Erich Kästner hat das bundesrepublikanische Gründungsjahrzehnt bekanntlich als „motorisiertes Biedermeier“ charakterisiert und damit eine Zeit vermeintlicher geistig-kultureller Stagnation und restaurativer Entwicklungen beschrieben. Diese Deutung stellt die junge Bundesrepublik ebenso wie unkritische Überhöhungen der Ära Adenauer sicherlich in ein falsches Licht. Während die 1950er Jahre aus politik- und sozialgeschichtlicher Perspektive bereits gut erforscht sind, mangelt es bisher noch an geschichts- und erinnerungskulturellen Studien über diese Jahre.

Der Historiker Mark Rüdiger fragt in seiner Dissertation nun nach den tradierten Geschichtsbildern im bundesdeutschen Fernsehen, wobei sich sein Untersuchungszeitraum von 1959 bis 1989 erstreckt.

Rüdigers Arbeit ist in vier Teile untergliedert, wobei die ersten beiden Kapitel über die Produktionsbedingungen (Kap. I) und das audiovisuelle Quellenmaterial des Geschichtsfernsehens (Kap. II) informieren. In den anschließenden zwei Kapiteln erfolgt die Analyse von non-fiktionalen und fiktionalen Geschichtsendungen. Dabei behandelt der Autor sein Thema chronologisch: „1959 bis 1976 – Formierungen“ (Kap. III) und „1977 bis 1989 – Polarisierung“ (Kap. IV). Während der erste Zeitabschnitt 50 Seiten umfasst, bildet die zweite Phase auf über 140 Seiten den inhaltlichen Schwerpunkt von Rüdigers Dissertation. Beim Lesen fällt es vor allem im dritten Kapitel etwas schwer, den Überblick zwischen fiktionalen und non-fiktionalen Inhalten zu behalten, da der Verfasser zwischen den beiden Untersuchungsgegenständen hin und her springt. Das vierte Kapitel widmet sich hingegen in zwei voneinander getrennten Unterkapiteln den Dokumentationen und den Fernsehspielen. Ein einheitlicher Aufbau hätte zur besseren Orientierung beigetragen.

Im dritten Kapitel beschreibt der Autor die beginnenden Historisierungsprozesse in den 1960er Jahren und macht darauf aufmerksam, dass das bundesdeutsche Fernsehen vor allem anlässlich von Jahres- und Gedenktagen über das Gründungsjahrzehnt berichtete. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Fernsehsendungen unterschieden sich zwischen Dokumentarfilmen und Fernsehspielen: Wie Rüdiger anschaulich anhand der Fernsehspielreihe „Die Chronik der Familie Nägele“ (ARD 1968) exemplifiziert, gehörten in den 1960er und 1970er Jahren „Bilder der sich entwickelnden Wirtschaftswundergesellschaft“ (S. 115) wie moderne Fabrikhallen, automatisierte Maschinenteknik und zeittypisches Wohndesign zum festen Erzählbestandteil fiktionaler Sendungen. Die Dokumentarfilme mit ihren non-fiktionalen Erzählungen fokussierten sich hingegen auf die Person und die Ära Adenauer, wobei auch die deutsch-deutsche Teilungsgeschichte einen Schwerpunkt bildete. Am Beispiel der vierteiligen Dokumentarreihe „Die zweite Republik“ (ZDF 1974) zeigt der Autor die allmähliche narrative Verschiebung von einer Teilungs- zu einer bundesdeutschen Souveränitätsgeschichte ab Mitte der 1970er Jahre auf. Während zuvor die nicht erreichte Wiedervereinigung einen

Berichterstattungsschwerpunkt gebildet hatte, rückten nun die innenpolitischen und außenpolitischen Erfolge der Regierung Adenauer in den Mittelpunkt.

Das vierte Kapitel eröffnet der Verfasser mit der Thematisierung von geschichtskulturellen Nostalgiephänomenen seit dem Anfang der 1970er Jahre, in deren Kontext auch ein gesteigertes Geschichtsinteresse an den 1950er Jahren zu betrachten ist. Das Gründungsjahrzehnt erfuhr laut Rüdiger am Ende der 1970er Jahre deshalb erhöhte Aufmerksamkeit, da es als Vorgeschichte einer als unsicher wahrgenommenen Gegenwart die Möglichkeit bot, „das Bedürfnis nach Orientierung, Sicherheit und Identität zu befriedigen“ (S. 164). Im Folgenden zeigt der Autor kenntnisreich auf, dass in fiktionalen Fernsehsendungen bis zum Jahr 1989 die Deutung von den 1950er Jahren als eine restaurative Zeit dominierte. Filmemacherinnen und Filmemacher wie Margarethe von Trotta, Volker Schlöndorff oder Rainer Werner Fassbinder, die Rüdiger der ‚68er-Generation‘ zurechnet, zeichneten in ihren Filmen dabei ein Bild von der „Restauration als verpasster Neuanfang“ (S. 179). Rüdiger führt die restaurationskritischen Deutungsangebote auf generationelle Geschichtsbilder zurück. Kritisch ist hierzu anzumerken, dass der Autor den Generationenbegriff in seinen Ausführungen synonym zu Alterskohorte verwendet und somit aus dem Blick gerät, dass sich die ‚68er-Generation‘ in den späten 1970er/frühen 1980er Jahren durch Erzählungen über geteilte Erfahrungen und Geschichtsbilder einen Vergemeinschaftungsprozess durchlief und sich überhaupt erst herausbildete.

Für die non-fiktionalen Fernsehbeiträge konstatiert Rüdiger die Tendenz, dass sich die Sendungen als eine „Art audiovisuelles Fotoalbum“ (S. 223) darstellten und einen collagehaften Charakter hatten. Neben diesen „Mosaiksendungen“ traten ‚klassische‘ Dokumentationen, die jedoch im Gegensatz zu den 1960er und frühen 1970er Jahren nicht mehr nur ereignis-, politik- und wirtschaftsgeschichtliche Themen besprachen, sondern zunehmend über alltags-, gesellschafts- und kulturgeschichtliche Aspekte der 1950er Jahre erzählten. Des Weiteren zeigt der Autor auf, dass die Sendungen der 1980er Jahren verstärkt Fragen der nationalen Identität verhandelten, bei denen die Bundesrepublik nicht mehr als eine westdeutsche Teilnation betrachtet wurde. Dokumentationsreihen wie „Abenteuer Bundesrepublik“ (ARD 1983) oder „So fing es an“ (ZDF 1983) orientierten sich laut

Rüdiger zusehends an den „Motiven einer Erfolgsgeschichtsschreibung“ (S. 278) und dienten der Evokation von Erinnerungen.

Insgesamt handelt es sich bei Rüdigers Studie um eine sehr gut recherchierte Arbeit, die fundiert über die Historisierung der 1950er Jahre informiert und unter Berücksichtigung eines breiten audiovisuellen Quellenkorpus wichtige Erkenntnisse über den Wandel von Geschichtsbildern im bundesdeutschen Fernsehen bringt. Für weitere geschichts- und erinnerungskulturelle Studien hat Rüdiger somit eine anschlussfähige Grundlage geschaffen.

Heidelberg

Martin Stallmann

Terroristische Gewalteskalation in den 1970er Jahren

Terhoeven, Petra: Deutscher Herbst in Europa. Der Linksterrorismus der siebziger Jahre als transnationales Phänomen, 712 S., De Gruyter Oldenbourg, München 2014.

Petra Terhoevens Untersuchung geht von der zentralen These aus, dass die Gewalteskalation in den 1970er Jahren ohne die „transnationale Dimension, die in den Handlungsoptionen aller politischen Akteure eingeschrieben war, nicht hinreichend zu verstehen“ (S. 19) sei. Ausgehend von der in der Terrorismusforschung unbestrittenen Tatsache, dass die Wirkmächtigkeit terroristischer Gruppen nicht vorrangig in ihren Taten (in der BRD starben im Untersuchungszeitraum 41 Menschen, in Italien 179), sondern in der effizienten Kommunikationsstrategie liegt, untersucht die Autorin die „Transnationalisierung als kommunikative Strategie“ (S. 24). Sie fragt dabei, wie, in welchem Ausmaß und aus welchen Gründen terroristische Gruppen die „transnationale Teil- und Gegenöffentlichkeit“, die sich in den 1960er Jahren in Europa gebildet hatte, für Partikularinteressen nutzen konnten (S. 27). Die Strategien der grenzübergreifend sehr gut vernetzten Gruppen radikaler und gewaltbereiter Aktivisten und Aktivistinnen, ihrer Anwälte und der radikalen nicht-terroristischen Unterstützermilieus werden am Beispiel der deutsch-italienischen Netzwerke (mit dem Fokus auf RAF und die Roten Brigaden) beleuchtet; andere europäische radikale Milieus (etwa in Frankreich, Österreich oder der Schweiz) kommen nur am Rande vor. Terhoevens transnationaler Forschungsansatz zielt nicht

primär auf den klassischen Vergleich, wenngleich sie nicht auf die „Konturierung der nationalen Erfahrungshorizonte verzichtet“ (S. 651), sondern auf Interaktion und Transfer (S. 51).

Die fakten gesättigte Analyse der italienischen und deutschen Kontexte – wofür die Autorin das bislang zugängliche Archivmaterial in deutschen und italienischen staatlichen sowie privaten Archiven, zeitgenössische Publizistik und die ausufernde Erinnerungsliteratur herangezogen hat – beginnt mit einer Parallelisierung der Biografien von Giangiacomo Feltrinelli und Rudi Dutschke, wobei Terhoeven die deutsch-italienischen Begegnungen in deren Umfeld und die Transfers der späten 1960er Jahre als Verstärkung für bereits vorhandene Radikalisierungstendenzen in der Szene wertet (S. 172, 653). Nach dem Tod Feltrinellis (1972) und der Inhaftierung der RAF-Gründergeneration im selben Jahr, veränderten sich die deutsch-italienischen Extremisten-Netzwerke dahingehend, „dass sich die politische Linie der wichtigsten deutschen und italienischen Metropolenguerillas im Laufe der 70er Jahre faktisch aneinander annäherte“ (S. 223). Terhoeven betont, „dass mit dem Drenkmann-Mord und der Lorenz-Entführung zwei eng miteinander verzahnte Schlüsselereignisse des Terrorismus in der Bundesrepublik Ergebnis eines bislang nicht als solchen erkannten deutsch-italienischen Lernprozesses waren“ (S. 240).

Schwierigkeiten, bei linksextremen Gruppen den „besonders intensiven transnationalen Kommunikationsfluss zwischen den Organisationen, sei es über persönliche, sei es über mediale Kanäle“ (S. 171) lückenlos nachzuweisen, ergeben sich aus den noch nicht zugänglichen Aktenbeständen sowie aus dem Faktum, dass terroristische Gruppen, die einander sowohl mit Solidarität als auch Konkurrenzgefühlen begegneten, „auf die Wahrung ihrer revolutionären Identität bedacht [waren] und ihre propagandistischen Erfolge entsprechend eifersüchtig [hüteten]“ (ebd.). So ist etwa der Transfer des Know-how der politischen Personenentführung und die „Bildpolitik all’italiana“ in den Memoiren und rückblickenden Interviews deutscher Terroristen und Terroristinnen nicht ersichtlich (S. 237).

Terhoeven stellt detailliert dar, wie die inhaftierten RAF-Terroristen und Terroristinnen die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit für die „Dramaturgien des Leids auf europäischer Bühne“ (S. 257) herzustellen suchten, welche Rolle die Rechtsanwälte in den transnationalen Justizkampagnen spielten. Sie lotet das Verhältnis

von illegalen und legalen Aktivitäten etwa im Rahmen des Internationalen Komitees zur Verteidigung politischer Gefangener Westeuropa (1975 gegründet) aus und erläutert, wie der deutsche und italienische Staat auf die terroristische Herausforderung reagierten. Interessant sind diese Ausführungen, die sich auch auf die vorliegende Forschungsliteratur stützen können, weil sie konsequent den Blick auf Vernetzung und Transfer richten. Im Mittelpunkt der Arbeit steht „die Untersuchung des radikal linken Milieus als wichtigsten transnationalen Resonanzraums der RAF-Propaganda“ (S. 57). Für Terhoeven ist der deutsche Linksterrorismus „auch ein Fall europäischer Innenpolitik“ (S. 60). Die Transnationalisierung des Themas „Folter in der BRD“, die Reaktionen zum Tod Holger Meins und auf den Selbstmord der Stammheimer Gefangenen und das Feindbild BRD werden ausführlich erläutert. Wie schwierig es ist, dem Anspruch eine transnationale Geschichte zu schreiben gerecht zu werden, lässt anhand der Komplexität der Verzahnung von nationaler und internationaler Öffentlichkeitsarbeit der RAF, die sich selbst als transnationale Gruppe sah, und anhand der Einschätzung der Wirkmächtigkeit dieser Propaganda erahnen (S. 299, 468). Die Autorin sieht die Internationalisierung vorrangig „als Mittel zum Zweck, um auf nationale Akteure Einfluss nehmen zu können“ (S. 299) und meint, „der Internationalismus der RAF“ sei als „stets instrumenteller und rein deklaratorischer Art“ (S. 668) zu charakterisieren.

Petra Terhoeven ist es in ihrer materialreichen Studie bestens gelungen, den Linksterrorismus der Bundesrepublik Deutschland in eine westeuropäische Dimension einzubetten. Die hervorragende Herausarbeitung von Vernetzungen und Transfers zwischen Italien und der BRD macht dieses Buch zu einem Standardwerk der historischen Terrorismusforschung.

Wien

Irene Bandhauer-Schöffmann

Gemeinsamer Erfahrung und Protest

Pettenkofer, Andreas: Die Entstehung der grünen Politik. Kultursoziologie der westdeutschen Umweltbewegung, 383 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2014.

Die Entstehung von Umweltbewegung und ökologischem Bewusstsein, der Aufstieg grüner Parteien sowie Protest und neue soziale Bewegungen

im Allgemeinen – das sind Themen, die für die Geschichte westeuropäischer Gesellschaften in den 1970er und 1980er Jahren von Bedeutung sind und bereits große Aufmerksamkeit unterschiedlicher Disziplinen gefunden haben. Waren es zunächst die Sozialwissenschaften, welche sich – häufig schon zeitgenössisch – mit diesen Phänomenen beschäftigten, sind in jüngster Zeit eine ganze Reihe zeithistorischer Studien dazu erschienen.

Andreas Pettenkofer hat nun ein Buch vorgelegt, das sich der „Entstehung der grünen Politik“ abermals aus soziologischer Perspektive nähert. Es handelt sich um die überarbeitete und erweiterte Fassung des zweiten Teils seiner Dissertation, die er 2007 am Erfurter Max-Weber-Kolleg abgeschlossen hat. Der erste Teil ist bereits 2010 unter dem Titel „Radikaler Protest. Zur soziologischen Theorie politischer Bewegungen“ erschienen. Während dieser insbesondere die theoriebezogene Ebene der Arbeit widerspiegelt, handelt es sich bei dem nun vorliegenden zweiten Teil um die entsprechende, vor allem empirisch argumentierende Fallstudie.

Jenseits organisationsgeschichtlicher Ansätze fragt der Autor nach den „kulturellen Voraussetzungen“ (S. 8) grüner Politik, die dann beispielweise zur Gründung und Institutionalisierung einer grünen Partei führten. Seine Argumentation, die vor allem auf die Eigendynamik außerparlamentarischer Protestbewegungen abzielt, arbeitet sich an Interpretamenten ab, die sich zuvorderst auf die Vorannahme rational kalkulierender Akteure und die Dominanz von Gelegenheitsstrukturen gründen. Pettenkofer versucht stattdessen vor allem religionssoziologische Ansätze für seine Analyse fruchtbar zu machen. So argumentiert er etwa im Anschluss an Max Weber mit einer „Kirche-Sekte-Dynamik“ (z. B. S. 63) sowie der Bedeutung „weltablehnender“ Haltungen“ (S. 23) für radikale Bewegungen. Zudem stützt er sich auf Emile Durkheim und wendet einige von dessen Überlegungen auf den Protest der Neuen Linken von den 1960er bis zu den 1980er Jahren an. Er folgt dabei einem qualitativen Ansatz und einer im Kern hermeneutischen Methode. Die wichtigste Materialgrundlage bilden Periodika der untersuchten Gruppen und Strömungen der Protestbewegungen.

Pettenkofer beginnt bei den Studentenprotesten der 1960er Jahre; dort, wo seiner Meinung nach „das Deutungsmuster, das später die ‚grüne‘ Politik anleitet, zuerst auftaucht (ohne das grüne Inhalte schon eine Rolle spielen)“ (S. 30). Über für die Bewegungen wichtige

Gewaltereignisse nähert er sich der Studenten- und dann vor allem der Anti-AKW-Bewegung und nimmt deren Rahmung durch für sie zentrale Texte in den Blick: Die Erschießung Benno Ohnesorgs, das Attentat auf Rudi Dutschke, die „Schlacht am Tegeler Weg“, dann vor allem die Bauplatzbesetzungen und Auseinandersetzungen in Wyhl, Brokdorf, Grohnde und Gorleben.

Liest man dieses Buch allein aus der Perspektive des Zeithistorikers, könnte man daran manche Verkürzung oder umgekehrt die eine oder andere Überzeichnung kritisieren. So nimmt der Autor mit den aus der Studentenbewegung stammenden Gruppen eben nur einen, wenn auch sehr bedeutsamen Akteur grüner Politik in den Blick. Zu deren Eigentümlichkeit gehörte und gehört aber eine größere ideologische und personelle Bandbreite, die sich eben nicht nur in der (ehemaligen) Neuen Linken erschöpft. Zudem lassen sich bestimmte Motivlagen, aber auch emotionale Aufladungen und gemeinschaftsstiftende Dynamiken, die auch für Pettenkofers Perspektive eine wichtige Rolle spielen, teilweise historisch weiter zurückverfolgen als bloß in die späten 1960er Jahre. Bei aller Vorsicht gegenüber zu glatten Kontinuitäten sind manche Grundmuster in ähnlicher Weise bereits bei den Reformbewegungen der Jahrhundertwende auszumachen. Außerdem war die Umweltbewegung mehr als die hier manchmal zu stark im Zentrum stehende Anti-AKW-Bewegung, die gewiss sowohl für die gesamte Ökologiebewegung als auch für die aus ihr entstehende grüne Partei eine große Rolle spielte.

Allein mit einer solchen Perspektive würde man dem Buch und dem Anliegen seines Autors jedoch nicht gerecht. Denn schließlich verfolgt er ein anderes disziplinäres und vor allem über den konkreten Gegenstand hinausgehendes Erkenntnisinteresse: Ihm geht es um die Genese und Eigendynamik sozialen Protests und um das Herausarbeiten eines „Set[s] sozialer Mechanismen [...], die auch in anderen Fällen einen kulturellen Wandel antreiben, mit dem so nicht zu rechnen wäre“ (S. 8).

Hier bietet die Studie eine ganze Reihe anregender Ansätze und Überlegungen, welche jenseits der sozialwissenschaftlichen auch für die geschichtswissenschaftliche Erforschung von Protest und sozialen Bewegungen bereichernd ist. So arbeitet Pettenkofer nochmals deutlich heraus, wie sich aus Neuer Linker und Studentenbewegung stammende Gruppen zunächst der Atom- und dann der Ökologiethematik hauptsächlich über das Thema Staatskritik näherten.

Der Autor spricht hier von einer „negative Sakralisierung des deutschen Staates“, die „Atomkraft“ plötzlich zu einem zentralen Thema werden lässt“ (S. 135).

Noch wichtiger scheint seine Betonung von Emotionen, Protestritualen und Gemeinsamkeitserfahrungen. Zwar ist die Argumentation, dass Gewaltereignisse wie zum Beispiel der Tod Benno Ohnesorgs prägend für die Studentenbewegung war, nicht unbedingt neu. Fruchtbar, auch für die Untersuchung anderer (historischer) Protestbewegungen sowie deren Genese und Dynamiken, ist jedoch die Betonung als ‚positiv‘ empfundener (Gewalt-)Ereignisse und geradezu euphorischer Protesterfahrungen sowie deren „affektive Dimension“ (S. 271). Anhand unterschiedlicher Beispiele macht Pettenkofer plausibel deutlich, welche Bedeutung „Gemeinsamkeitserfahrungen“ (S. 65) und Gemeinschaftserfahrungen hatten: Angetrieben durch die konkrete Erfahrung des Protests und durch zunächst als negativ beziehungsweise zumindest bedrohlich empfundenen Erlebnisse (vor allem die Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt) sahen sich die jeweiligen Akteure nun als Angehörige ein und derselben Bewegung. Solcherlei „Einheits- und Gemeinsamkeitserfahrungen“ (S. 200) konnten dann einerseits, wie etwa in Wyhl, zu breiten, durchaus überraschenden Koalitionen mit ideologisch oder soziokulturell ganz anders strukturierten Gruppen führen, aber auch – wie beispielsweise in Brokdorf – zu Radikalisierungen und Aufspaltungen: Hier etwa, so der Autor, wirkten „Reinheitsbestrebungen fort, die in der Endphase der Studentenbewegung begonnen hatten“ (S. 189).

Tübingen

Silke Mende

Kristallisationspunkt des protestantischen Strukturwandels

Tripp, Sebastian: Fromm und politisch. Christliche Anti-Apartheid-Gruppen und die Transformation des westdeutschen Protestantismus 1970–1990, 360 S., Wallstein, Göttingen 2015.

Sebastian Tripp beschäftigt sich in seiner an der Ruhr-Universität Bochum entstandenen Dissertation mit der Rolle von Anti-Apartheid-Gruppen innerhalb der protestantischen Kirchen in den 1970er und 1980er Jahren. Seine Arbeit lässt

sich hiermit gleich in zwei relevante Forschungsfelder der aktuellen Zeitgeschichtsschreibung einordnen. Sie bildet einerseits einen Forschungsbeitrag zu Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements für Menschenrechte und globale soziale Gerechtigkeit in den 1960er bis 1980er Jahren. Auf der anderen Seite stellt sie einen Beitrag zur Geschichte der Strukturveränderungen und Wandlungsprozesse der (protestantischen) Kirche als Institution (bzw. Religiosität und Konfessionalität als Lebensform) im Kontext von „Säkularisierung“ und Wertepluralisierung des genannten Zeitraums dar. Sowohl der Titel des Buches als auch sein Entstehungskontext innerhalb der DFG-Forschergruppe „Transformation der Religion in der Moderne“ legen nahe, dass es dem Autor vor allem um diesen zweiten Fragekomplex geht.

Die Arbeit ist sehr sinnvoll und klar gegliedert. Auf eine kurze Einleitung und ein Kapitel zur Geschichte der Apartheid und dessen Rezeption in Deutschland und der „westlichen Welt“ folgen drei Hauptkapitel, die jeweils an einem empirischen Fallbeispiel die Bedeutung des Themas „Apartheid“ innerhalb der protestantischen Kirche verdeutlichen. Das erste Kapitel beschäftigt sich mit der Rezeption des vom Ökumenischen Rat der Kirchen initiierten „Programms zur Bekämpfung des Rassismus“ in der Bundesrepublik. Tripp zeigt dort, dass die finanzielle Unterstützung dieses Programms von der Mehrzahl der Landeskirchen abgelehnt wurde, wobei vor allem die Frage nach einer möglichen Unterstützung von gewaltakzeptierenden Widerstandsbewegungen als moralisches und theologisches Problem fokussiert wurde. Zugleich hätte sich in dieser Ablehnung jedoch auch eine generelle Skepsis gegenüber einer vermeintlichen Politisierung und „Globalisierung“ der Kirche gespiegelt. Die beiden weiteren Hauptkapitel fokussieren mit der bekannten Boykottaktion „Kauft keine Früchte der Apartheid“ und der Rolle der Apartheid-Thematik auf den Kirchentagen der 1980er Jahre zwei Themenfelder, in denen neue Akteursgruppen außerhalb der offiziellen Amtskirche Druck erzeugten, neue soziale und politische Belange in die Arbeit der Kirche zu integrieren. Die Boykottaktionen der „Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland“ waren dabei durch das Aufgreifen neuer Formen des zivilgesellschaftlichen Protestes gekennzeichnet, die zugleich in der Tradition christlicher Kritikmuster an der modernen Massenkonsumgesellschaft standen. Mit den Kirchentagen gerät schließlich eine Veranstaltung in den Fokus, die sowohl als Forum einer

allgemeinen Bewusstseinsbildung als auch als Forum zur Artikulation innerkirchlicher Kritik interpretiert werden kann.

Alle drei Themenfelder eint, dass sich in ihnen konkurrierende Vorstellungen über die Rolle und die Aufgaben der Kirche als Institution, die Legitimität beziehungsweise Notwendigkeit eines sozialen und politischen Engagements sowie einer Neuverortung im Kontext globaler Interdependenzprozesse spiegeln.

Sebastian Tripp hat eine äußerst präzise und argumentativ nachvollziehbare Arbeit geschrieben, die für das Themenfeld in Zukunft Autorität beanspruchen kann. Gerade deshalb hätte der Rezensent gehofft, dass der Autor das Thema noch deutlicher in den Kontext umfassenderer Fragestellungen verortet hätte und sich stärker von der Darstellung der innerkirchlichen Diskurse und Kontroversen gelöst hätte.

Dies gilt zum einen für eine explizit transnationale Perspektive, die für das Thema sehr nahe liegend erscheint. Nicht nur bildet die kirchliche Ökumene ein paradigmatisches Untersuchungsfeld für Prozesse der Globalisierung und des transnationalen Austausch. Auch die Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung ist selbstverständlich ein Themenfeld, das wie kaum ein anderes eine transnationale Verflechtungsgeschichte nahelegt. Insbesondere der von Tripp dargestellte Konsumboykott hätte diese Dimension verdeutlichen können (vgl. zu dieser transnationalen Vergleichsperspektive auch die auf ein laufendes Projekt verweisende Forschungsskizze von Detlev Siegfried „Westeuropäische Reaktionen auf das Apartheid-System. Eine Skizze“, in: Sozial. Geschichte Online 8 (2012), S. 47–64).

Ein zweiter spannender Aspekt hätte in einer Einordnung des Themas in die Transformationsprozesse von alternativem Milieu, Neuen Sozialen Bewegungen und neuen Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements in den 1960er bis 1980er Jahre bestanden. So findet sich die von Tripp betonte „Glokalisierung der Kirche“ in anderer Form auch schon in der Etablierung der Spendenaktion „Brot für die Welt“, die 1959 zum ersten Mal stattfand und keine ähnlichen amtskirchlichen Kontroversen hervorrief. Womöglich ist der Umschlagpunkt daher weniger in der globalen Perspektive des Südafrika-Engagements zu suchen, sondern in den konkreten Protestformen und Proteststilen, die bestimmte Vorstellungen von amtskirchlicher Autorität in Frage stellten. Die Verbindung von kirchlichen Basisbewegungen und Entwicklungen des alternativen Milieus ist dabei auch für andere Felder – zum

Beispiel den entstehenden „Dritte-Welt-Handel“ – von entscheidender Bedeutung gewesen und hätte ein äußerst spannendes Forschungsfeld geöffnet.

Insgesamt schmälern diese ergänzenden Anmerkungen jedoch nicht den Forschungsgewinn der Arbeit. Sebastian Tripp kann in seiner Arbeit überzeugend zeigen, dass das südafrikanische „Apartheid“-Regime einen Kristallisationspunkt des Strukturwandels des Protestantismus im Kontext von „Modernisierung“, „Pluralisierung“ und „Globalisierung“ darstellte. Seine Arbeit überzeugt vor allem dadurch, dass sie in zentraler Weise die Widerlager dieser Entwicklung fokussiert und zeigt, dass der Streit um eine adäquate Reaktion der Kirche auf das südafrikanische „Apartheid“-Regime nicht selten eine Stellvertreterdebatte war, in der ein als Chance oder eben als Verfall wahrgenommener Kultur- und Generationskonflikt kommuniziert wurde. Eine weitere Einordnung des Themenfeldes in aktuelle Debatten der Menschenrechtsgeschichte oder Fragen einer „emerging global civil society“ (Håkan Thörn) lassen sich problemlos als Ausgangspunkt für weitere Forschungsprojekte oder ergänzende Aufsätze des Autors vorstellen.

Köln

Benjamin Möckel

POLITIKWISSENSCHAFT

Mit Neuigkeiten im Detail

Nussbaum, Martha C.: Politische Emotionen. Warum Liebe für Gerechtigkeit wichtig ist, 623 S., Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2014 (engl. 2013).

Emotionen haben in den vergangenen Jahren eine erhöhte wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren, und dies nicht nur in Psychologie und Neurowissenschaft, sondern auch in den Sozial- und Geisteswissenschaften. Großen Anteil an der Beachtung der Emotionen im geisteswissenschaftlichen Diskurs hat Martha Nussbaum. Nussbaum ist eine Hauptvertreterin des sogenannten kognitivistischen Emotionsverständnisses, wonach Emotionen nicht durch ihre körperlichen Äußerungsformen und ihre physiologischen Grundlagen, sondern durch die mit ihnen verbundenen beziehungsweise ihnen

zugrunde liegenden kognitiven Einstellungen definiert werden. Emotionen sind danach, vereinfacht ausgedrückt, Wahrnehmungen von Werten, deren Bedeutung für das fühlende Subjekt sie anzeigen. Sie sind somit subjektiv bedeutsam, zugleich unterliegen die in ihnen verkörperten Wertungen jedoch kulturellen beziehungsweise anthropologischen Standards der Angemessenheit. Emotionen sind folglich keine Gegenspieler der Rationalität, sondern besitzen – so die Pointe von Nussbaums Position – ihre eigene „Intelligenz“.

Die Grundlagen ihrer kognitivistischen Emotionstheorie hat Nussbaum in dem wegweisenden Buch „Upheavals of Thought: The Intelligence of Emotions“ (2001) gelegt – ein Werk, das erstaunlicher Weise bislang nicht ins Deutsche übersetzt worden ist. Ihre neue Studie, die das Verhältnis von Emotionalität und Politik zum Gegenstand hat, liegt hingegen nun in deutscher Übersetzung vor. In „Politische Emotionen“ fragt die Autorin danach, welche Bedeutung den Emotionen in der politischen Theorie zukommen sollte und welche Folgerungen sich daraus für die politische Praxis ergeben. Sie geht von dem Befund aus, dass der Liberalismus die Bedeutung der Emotionen für die Politik unterschätze.

Diese These leuchtet ein. Der Liberalismus hat sich ideengeschichtlich als Gegenreaktion auf die Erfahrung der Gewalttätigkeit politischer Leidenschaftlichkeit in der Französischen Revolution formiert; seine gegenwärtige Kontur hat er in Auseinandersetzung mit der Erfahrung der totalitären Manipulation von Massenemotionen gefunden. Aus diesen Erfahrungen zog der Liberalismus die verständliche, aber in Nussbaums Augen fatale Schlussfolgerung, dass Emotionen per se aus der Politik herauszuhalten seien, die ein Geschäft des rationalen Abwägens von Interessen und des Findens vernünftiger Lösungen sei. Bis heute herrsche die Auffassung vor, „nur faschistische oder aggressive Gesellschaften seien von starken Gefühlen beherrscht und nur solche Gesellschaften hätten es nötig, sich auf die Förderung von Gefühlen zu konzentrieren“ (S. 12). Während John Locke, Immanuel Kant und – mit der bedingten Ausnahme von John Rawls (S. 22ff.) – die ihnen folgenden liberalen Politiktheoretiker Emotionen einseitig als Gefahren für Politik und deren Rationalität verstanden hätten, habe die republikanische Denktradition die Bedeutung von Emotionen für das Gemeinwesen erkannt. Jean-Jacques Rousseaus Ausführungen zur „Zivilreligion“ schossen jedoch über das Ziel hinaus, indem die Freiheit des

Einzelnen der Gemeinschaft untergeordnet und ein Kanon angemessener patriotischer Gefühle vorgegeben werde. Die Verfasserin begreift diese ideengeschichtliche Konstellation als Herausforderung; Ziel ihrer Ausführungen sei es, einen Mittelweg zwischen der liberalen Privatisierung der Emotionen und ihrer republikanischen Vergemeinschaftung zu finden: „Wie kann eine gut funktionierende Gesellschaft für Stabilität und Motivation mehr tun als Locke und Kant, ohne so illiberal und diktatorisch zu werden wie bei Rousseau“ (S. 17f.)?

Nussbaums Grundidee zur „Lösung“ dieser Herausforderung ist es, dass die Achtung vor der Würde des Menschen als Grundlage des demokratischen Verfassungsstaates in jedem Bürger affektiv repräsentiert werden muss. Der Habermas'sche „Verfassungspatriotismus“, der im Konsens über die Rationalität demokratischer Verfahren gründet, bildet nach Nussbaum dafür eine zu dünne Grundlage, er führe wegen seiner Abstraktheit und einseitigen Rationalität zu einer „verwässerten Motivation“ (S. 334). Nussbaum hält demgegenüber am Patriotismus als einem „starken Gefühl, das der Nation gilt“ (S. 316) fest. Wichtig sei es, diese Form der Liebe zur Nation nicht auf ausgrenzende Werte zu stützen, sondern offen zu halten für die Anerkennung des Fremden.

Eine anthropologische Grundlage für diese Offenheit erkennt Nussbaum im Mitgefühl (S. 210ff.), das in Ansätzen bereits bei höheren Säugetieren angelegt sei, im Menschen jedoch zu einer reflektierten Anteilnahme an fremdem Leid als Grundlage einer kosmopolitischen Solidarität werden könne. Vor dem Hintergrund ihres kognitivistischen Emotionsverständnisses führt sie erweitertes Mitgefühl auf die Fähigkeit zurück, fremdes Leid in Bezug zu den eigenen Lebensverhältnissen zu setzen: „Wir müssen uns bemühen, eine Brücke von dem lebhaft vorgestellten Einzelfall zum unparteiischen Prinzip zu bauen“ (S. 241).

Die Idee, Gerechtigkeit in der Liebe zu fundieren, zieht sich wie ein roter Faden durch Nussbaums Buch. Dieser Gedanke knüpft an bekannte Themen aus ihrem Gesamtwerk an – etwa an ihre Monografie „The Fragility of Goodness“ (2001), in welcher Nussbaum im Anschluss an Aristoteles die anthropologischen Grundlagen einer schwach essentialistischen Theorie des guten Lebens ausgearbeitet hat: Rechte schützen demnach die anthropologisch begründbaren, durch die „tragische“, das heißt auf äußere, vor allem soziale Gelingensbedingungen angewiesenen

Entfaltungsmöglichkeiten des Menschen. Allerdings ist die bloß positivrechtliche Existenz von universalen (Menschen-)Rechten für Nussbaum nicht ausreichend, hinzutreten muss ein gelebtes Ethos wechselseitiger Anerkennung, das in den individuellen Dispositionen des (Mit-)Fühlens verankert ist. Um ein solches Ethos zu befördern, sind die in Literatur und Kunst verkörperten Erfahrungen, die unsere Einbildungskraft schulen und erweitern, von zentraler Bedeutung. Unsere moralische und politische Subjektivität hat eine narrative Struktur – so ein weiterer, aus den bisherigen Schriften bereits bekannter Grundtenor Nussbaums.

Neben diesen bekannten Themen bietet „Politische Emotionen“ aber auch einige Neuigkeiten im Detail: Zum einen ergänzt Nussbaum ihre philosophischen Argumente für einen kognitivistischen Emotionsbegriff um empirische Ergebnisse zur Emotionalität bei Primaten und anderen hochentwickelten Säugetieren (v. a. S. 210ff.). Zum anderen umfasst ihre ideengeschichtliche Rekonstruktion des Zusammenspiels von Emotion und Politik nun nicht mehr nur den abendländischen Kulturraum, sondern besitzt mit Indien einen neuen außereuropäischen Schwerpunkt: Tagore, Gandhi und Nehru sind nun wichtige Referenzen für ihre Argumentation (z. B. S. 130ff.). Indem sie Ihren Referenzrahmen extensiviert, stärkt Nussbaum ihre umstrittene Annahme eines anthropologischen Essentialismus.

Neben dieser gelungenen Weiterentwicklung und Vertiefung ihrer Emotionstheorie sind mit Blick auf den Anwendungsbereich „Politik“ aber auch einige kritische Punkte zu benennen: Erstens muten die konkreten Reformvorschläge und handlungspraktischen Empfehlungen, die Nussbaum erteilt, teilweise recht trivial an; zum Beispiel wenn sie als Maximen für die Politische Bildung in der Schule vorschlägt: „Man sollte die Gründe für vergangene Kriege aufzeigen, ohne sie zu dämonisieren“ (S. 382) beziehungsweise „man sollte Schülern beibringen, die historische Wahrheit zu lieben und das Land so anzunehmen, wie es wirklich ist“ (S. 384).

Zweitens fällt auf, dass die Autorin bei aller gelebten Interdisziplinarität (v. a. mit der Ethologie sowie der Musik-, Kunst- und Literaturgeschichte) kaum soziologische und politikwissenschaftliche Ansätze der Emotionsforschung rezipiert. Obwohl der Zusammenhang zwischen Emotionalität und Werturteilen im Zentrum ihres Interesses steht, fragt sie nicht nach den sozialen Rahmenbedingungen von Bewertungsprozessen, also etwa danach, wie emotional verkörperte

Wertungsmuster sozial verteilt sind, wie sie mit Machtverteilung zusammenhängen und soziale Strukturen stabilisieren respektive destabilisieren. Dieses Versäumnis ist umso verwunderlicher, da kognitivistische Emotionskonzepte im soziologischen Diskurs fest verankert sind und eine große Schnittmenge zu konstruktivistischen oder symbolisch-interaktionistischen Emotionskonzepten bestünde.

Damit zusammenhängt ein drittes Manko: Nussbaum veranschaulicht ihr Ideal einer emotionalen Erziehung an klassischen Beispielen und vorrangig an der Tragödien- und Komödien-dichtung – Faktoren wie beispielsweise moderne Massenmedien, die gestiegene Bedeutung von Bildlichkeit im Nachrichtenwesen oder die Theatralik politischer Inszenierungen spielen in ihrer Analyse keine Rolle. In einem Buch zum Zusammenhang von Emotionalität und Politik ist dies ein echtes Desideratum.

Jena

Florian Weber

Gerechtigkeitsansprüche

Nussbaum, Martha C.: Die Grenzen der Gerechtigkeit. Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit, 599 S., Suhrkamp, Berlin 2014 (engl. 2006).

Martha Nussbaums Vorhaben gründet im Anliegen die Grenzen der Gerechtigkeit zu überwinden, die aktuell einflussreichen Gerechtigkeitstheorien in Bezug auf dringende und ungelöste soziale Probleme im Kontext von Behinderung, Transnationalität und Spezieszugehörigkeit inhärent sind. Ihre Positionen entwickelt Nussbaum in Auseinandersetzung mit utilitaristischen und kontraktualistischen Gerechtigkeitskonzepten, die sich anschicken die Grundlagen liberaler Gesellschaften zu formulieren. Dem Kontraktualismus und seinem wichtigsten Vertreter John Rawls unterstellt Nussbaum im Hinblick auf die drei genannten Probleme eine Reihe von Unzulänglichkeiten. Denn Rawls begreife die Grundstruktur der Gesellschaft als eine lebenslange und uneingeschränkte Kooperation zwischen freien, gleichen und unabhängigen Subjekten, die in einer hypothetischen Situation des Urzustandes unter Bedingungen moralischer Unparteilichkeit (Schleier des Nichtwissens) und vernünftiger Abwägungen einen Gesellschaftsvertrag über politische Grundprinzipien aushandeln, der seine

Legitimation im gegenseitigen Vorteil der Vertragspartner findet. Durch die starke Idealisierung der Vernunft und aufgrund des gegenseitigen Vorteils den die Subjekte gegenseitig erhoffen, werden vor allem Menschen mit Behinderungen, Menschen anderer Nationen und Tiere als gleichberechtigte Partner aus der Sphäre der Gerechtigkeit ausgeschlossen. Durch das Prinzip der Unparteilichkeit werden reale Machtasymmetrien zwischen nichtbehinderten und behinderten Menschen, zwischen Bürger und Bürgerinnen reicher und armer Nationen und zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Tieren unsichtbar, die allerdings ihr Leben beeinflussen und nach Nussbaum zentrale Gerechtigkeitsfragen in einer globalisierten Welt relevant werden lassen. Ein weiteres Dilemma, das aus präferenzutilitaristischen Ansätzen noch deutlicher hervorgeht, ist, dass unter bestimmten Bedingungen Individuen als Mittel zum Zweck behandelt werden, wenn dadurch der gesamtgesellschaftliche Nutzen oder die gegenseitigen Vorteile überwiegen.

Nachdem Martha Nussbaum im ersten Kapitel die Grundkonzeptionen von Rawls Gerechtigkeitstheorie umreißt, deckt sie die damit verbundenen Schwachstellen auf, mit dem Ziel, „eine Herangehensweise an Fragen der elementaren Gerechtigkeit zu entwickeln, die über die Vertragstheorie hinausgeht“ (S. 103). Dazu führt sie den von ihr gemeinsam mit Amartya Sen entwickelten Fähigkeitsansatz als prozessuales Verfahren ein (Kap. 1, Punkt 7), der die Lebensqualität von Menschen und ihre Befähigungen zu einem guten Leben als Ergebnis von Gerechtigkeit definiert. Nussbaum legt eine Liste mit zehn zentralen Fähigkeiten vor, die einen Schwellenwert markieren, dem zufolge sich „mit Bezug auf jede dieser Fähigkeiten zeigen [lässt], dass ein Leben ohne sie kein der Menschenwürde gemäßes Leben wäre“ (S. 144). Die beschriebenen Fähigkeiten verstehen sich als Handlungsspielräume, für die die staatlichen Institutionen Sorge zu tragen haben, damit alle Menschen die Gestaltung ihrer eigenen Existenz frei wählen können. Gleichzeitig sieht sich der Fähigkeitsansatz der Norm des Pluralismus verpflichtet, da die Liste an sich offen und die jeweiligen Fähigkeiten allgemein und abstrakt formuliert sind, damit sie auch von Personen und Gruppen unterstützt werden können, die sehr unterschiedliche Vorstellungen eines sinnerfüllten Lebens verfolgen. Der Ansatz wendet sich gegen jeglichen Paternalismus, insofern nicht vorgeschrieben wird, wie und in welcher Weise die Menschen ihr Dasein zu gestalten haben.

In Anlehnung an Aristoteles und Marx bestimmt Nussbaum die Menschen als politische Wesen, deren Interessen „über ihr gesamtes Leben hinweg aufs engste mit den Interessen anderer verbunden“ (S. 129) sind und die ihre Ziele mit anderen teilen. Gleichzeitig ist die liberale Idee der Freiheit des Menschen eine Grundbedingung ihres anthropologischen Ansatzes. Menschen als freie politische Wesen stehen allerdings zeitweise oder ein Leben lang in Abhängigkeit zu anderen und umso wichtiger erscheint die Frage, „welche Hindernisse der Realisierung ihrer Fähigkeiten in Tätigkeiten zumindest bis zu einem angemessenen Schwellenwert im Wege stehen“ (S. 234).

Im Falle von Behinderung plädiert die Autorin für eine umfassende Teilhabe und Inklusion der Betroffenen, die durch vielseitige Barrieren im Bildungs- und Erziehungsbereich, im Bereich der politischen Partizipation und der staatlichen Versorgung, sowie aufgrund architektonischer Hindernisse et cetera Stigmatisierungs- und Diskriminierungen erfahren, die es ihnen nicht ermöglichen, ein Leben nach ihren Fähigkeiten zu führen. Die Wahrung ihrer Interessen geschieht vorwiegend stellvertretend für sie und „letztlich aus Wohltätigkeit und nicht aus Gründen der elementaren Gerechtigkeit“ (S. 177).

Nicht nur Behinderung, sondern auch in welchem Land man geboren wird, prägt die Lebenschancen der Individuen. Deshalb dürfen Fragen der Gerechtigkeit nicht an nationalstaatlichen Grenzen halt machen, sondern sie müssen sich einer globalen Perspektive öffnen, was durch den universalistischen Anspruch des Fähigkeitsansatzes gelingen soll. Anhand von zehn Prinzipien (vgl. S. 430ff.) gibt Nussbaum eine Orientierung vor, „wie menschliche Fähigkeiten in einer von Ungleichheit geprägten Welt gefördert werden können“ (S. 430). Die einzelnen Staaten und die internationale Gemeinschaft sind demnach verpflichtet die Befähigung von Menschen in armen Ländern über den Schwellenwert der zentralen menschlichen Fähigkeiten zu heben. Eine wichtige Forderung nach Nussbaum ist die globale Redistribution von Wohlstand, indem reiche Staaten verantwortlich gemacht werden, „einen substantiellen Teil ihres Bruttoinlandsprodukts an ärmere Staaten abzugeben“ (ebd.).

Nicht nur Menschen, sondern auch Tiere haben einen Anspruch auf eine Existenz in Würde und als Subjekte Achtung zu erfahren. Dabei verleiht der Fähigkeitsansatz der Spezieszugehörigkeit, im Gegensatz zu Peter Singers moralischen Individualismus, ein gewisses Gewicht, da ein gedeihliches Leben nur innerhalb der jeweiligen

Speziesnorm und Gemeinschaft möglich ist. „Die (richtig verstandene) Speziesnorm kann uns dabei helfen, einen Maßstab festzulegen, anhand dessen wir beurteilen, ob ein bestimmtes Lebewesen ausreichend Gelegenheit hat, ein gedeihliches Leben zu führen. Das gilt auch für nichtmenschliche Tiere. Wir müssen also für jede Tierart eine artspezifische Beschreibung der zentralen Fähigkeiten ausarbeiten [...] und uns darauf verpflichten, die Angehörigen dieser Spezies dieser Norm entsprechend zu fördern, selbst wenn dem besondere Hindernisse im Weg stehen sollten“ (S. 495). Ausgehend davon schlägt die Autorin eine weitere Liste vor, die den menschlichen Umgang mit empfindungsfähigen Tieren regeln soll (vgl. S. 528ff.). Tiere haben gemäß diesem Vorschlag, einen Anspruch auf Leben, Gesundheit, Integrität, Gefühle, freie Bewegung und Zugehörigkeit sowie einen Anspruch auf die Kontrolle über ihre eigene Umwelt.

Martha Nussbaum führt in diesem im Original erstmals 2006 erschienen Werk eine konstruktive Kritik und Diskussion entlang der drei Problembereiche, wobei sie anhand zahlreicher Beispiele die vielschichtigen Grenzlinien sichtbar macht, die zu beseitigen sind, damit Gerechtigkeitsansprüche sich auf alle Individuen und jenseits nationalstaatlicher Grenzen und gegenseitiger Vorteile – die zumeist ohne Nachteile nicht zu haben sind – ausweiten können. Mit dem Fähigkeitsansatz liefert die Autorin hierfür ein überzeugendes ergebnisorientiertes Verfahren.

Innsbruck

Sascha Plangger

Kompendium einer kritischen Gegenwartanalyse

Brunkhorst, Hauke: Kritik und kritische Theorie, 396 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

Hauke Brunkhorst kennt man als einen höchst produktiven Autor von Büchern und Aufsätzen, die sich mit einem enorm breiten Themenspektrum auseinandersetzen: mit der politischen Theoriengeschichte im Allgemeinen, mit den Ideen und Repräsentanten der Kritischen Theorie im Besonderen, mit Fragen des Staats-, Verfassungs- und Menschenrechts, mit der Demokratie und der Globalisierung, und verstärkt mit der europäischen Integration. Das vorliegende Buch versammelt einige der Arbeiten von Brunkhorst aus den letzten Jahren, die größtenteils bereits an anderer Stelle

veröffentlicht worden sind. Es handelt sich um unterschiedliche Textsorten, die einem die Anstrengung eines unterschiedlichen Lesens abfordern: Die argumentativ geschlossene Abhandlung steht dem thesenfreudigen Essay gegenüber, der thematisch strikt fokussierte Lexikon- oder Handbuchartikel dem weitgreifenden Philosophieren über gesellschaftliche, rechtliche, politische und ökonomische Merkmale und Probleme moderner Gesellschaften. Brunkhorst selbst gliedert sein Buch in die Abschnitte „Programme“, „Personen“ und „Positionen“. Diese Trias aber hält er als einander ausschließende Differenzierung nicht durch – wofür man dankbar ist, denn natürlich soll deutlich werden, dass Personen für Programme stehen, Positionen von Protagonisten verfochten werden, und Programme sich aus der Proklamation und Rezeption von Positionen zusammensetzen.

Brunkhorst selbst sieht sich in seinen eigenen Werken der Kritischen Theorie verbunden – nicht nur thematisch, sondern konzeptionell. Das erklärt die besondere Aufmerksamkeit in dem vorliegenden Buch für den Gegenstandsbereich, für die Methoden, Hypothesen und Begründungsmuster sowie für die Repräsentanten einer kritischen Gesellschaftstheorie. Der Autor erweist sich als profunder Kenner dieses Themenhorizonts und bietet nicht nur luzide Einblicke in die Genese, Geschichte und Theoriedynamik, in die Fragestellungen, Themen und Paradigmen der Kritischen Theorie, sondern liefert auch pointierte Klassifikationen und Bewertungen. So wird die Bedeutung von Georg Lukács' 1923 erschienenen Buches „Geschichte und Klassenbewusstsein“ für die gesamte folgende Geschichte kritischer Theoriebildung hervorgehoben, indem Brunkhorst es als methodologischen Schlüsseltext für die Möglichkeiten zu einer zugleich analytisch wie normativ gehaltvollen, hermeneutisch geschulten Beobachtung von Krisen der Moderne im Horizont des Marxismus liest. Oder er arbeitet präzise die Verwandtschaften zwischen der Kritischen Theorie und dem amerikanischen Pragmatismus vor allem hinsichtlich des Verständnisses von „Wahrheit“ heraus, die von den Protagonisten der Kritischen Theorie einst negiert, von späteren Repräsentanten dann in allzu großer Vorsicht oder Selbsteingenommenheit nur als nebensächliches Erbschaftsverhältnis anerkannt worden sind. Zentrale Begriffe einer von Karl Marx inspirierten Gesellschaftstheorie werden in diesem Buch plausibel dargelegt und gelangen teilweise zu einer Neuinterpretation, wie Verdinglichung, Klassenbewusstsein, Vernunft, Rationalität, Aufklärung, Revolution, Evolution, Transformation oder Emanzipation.

An einer Stelle des Buches kommt die merkwürdige Parallelität und Konkurrenz zwischen den zwei großen, zeitgleich entwickelten Gesellschaftstheorien von Jürgen Habermas und Niklas Luhmann zur Sprache. Brunkhorst konstatiert und erklärt die auffällige Verwandtschaft in Hinblick auf die Schlüsselrolle der Kommunikation, die jedoch ganz unterschiedlich theoretisch verarbeitet wird – bei Habermas vernunftkritisch und bei Luhmann systemfunktional. Immer wieder geht es in diesem Buch um die Strukturen und Funktionen des Rechts. Der Verfasser ist darum bemüht, die Genese, Legitimation und Funktion des Rechts jeglicher dogmatischen Binnenperspektive zu entziehen und sie stattdessen als regulative und institutionelle Dynamiken bei der Konstituierung und Verfestigung von gesellschaftlichem Zusammenhalt zu betrachten. Er verweist immer wieder auf die genuin demokratischen Legitimationsgrundlagen des Rechts: Ein „souveränes“ Volk gibt sich ein Regelwerk, das als materiale Ordnung regulativ auf es selbst zurückwirkt. Noch jede nebensächlichste Gesetzgebung bleibt als ein Akt der Selbstkonstituierung des Volkes zu verstehen – und dementsprechend kritisch hinsichtlich ihrer Eingriffstiefe in bürgerschaftliche Autonomie zu bewerten. Entsprechende Vergegenständlichungen dieser Rechtstheorie entwickelt Brunkhorst unter anderem anhand einer politisch ausbuchstabilten Funktionsbestimmung der in Verfassungsrecht eingeflossenen Menschenrechtsdeklarationen, die Befreiung und Emanzipation jenseits eines limitierten Geltungsbereichs und oberhalb eines rechtspolitischen Institutionengefüges fordern. Zu einer so verstandenen Rechtstheorie gehört auch die extreme Legitimationsbedürftigkeit des Staates hinsichtlich seiner Autorität zur Rechtsdurchsetzung und Rechtsinterpretation. Im Grunde legitimiert das Volk das Recht, und der Staat führt das nur aus. Im Zusammenhang mit den Rechtsdokumenten rund um die großen neuzeitlichen Revolutionen weist der Autor auf bedenkenswerte Ambivalenzen hin: Einerseits gerieren sich diese Dokumente in einem universalen und ubiquitären Geltungsanspruch als entfesselndes „politisches und juristisches Programm zur Erlösung der Welt“ (S. 293) und heizen damit die revolutionäre Stoßkraft noch an. Andererseits bilden sie „normative constraints“ (S. 343), also Instrumente der rechtsförmigen Bändigung einer überschießenden revolutionären Handlungsdynamik, womit sie als Bremser der Subversion erscheinen. Brunkhorst möchte jedoch zeigen, dass die Rechtsförmigkeit die revolutionären

Errungenschaften keineswegs zwangsläufig beendet oder gar tilgt, sondern sie in die Normalität von rechtspolitisch verbindlichen Abläufen überführt und damit als herrschaftskritische Berufungsinanz zu verstetigen vermag.

Brunkhorsts Buch bietet insgesamt eine Fülle an klugen Einsichten und scharfsinnigen Interpretationen gesellschaftstheoretischer Modelle, rechtsphilosophischer Argumente und rechtspolitischer Gegenwartsfragen, gespickt mit gelehrten und gut begründeten kritischen Verweisen auf Theorietraditionen, Leitautoren und Schlüsseltexte. Der im Buch entwickelte Gedankenreichtum reicht damit deutlich über das im Titel und in den Anfangspartien hervorgehobene, fokussierte Interesse an der Rekapitulation der Kritischen Gesellschaftstheorie im engeren Sinne der einschlägigen Frankfurter Schule hinaus. Das ist kein Manko des Buches, sondern ein Vorzug. So kommt nämlich ein fundierter Einblick in eine Reihe von Modernisierungsdynamiken und in die Möglichkeiten ihrer gesellschaftstheoretischen Verarbeitung zustande, der sich zu einem facettenreichen Kompendium einer elaborierten, kritischen Gegenwartsanalyse zusammenfügt.

Aachen

Emanuel Richter

Sozial- und Gesellschaftstheorie nach dem *cultural turn*

Lindemann, Gesa: Weltzugänge. Die mehrdimensionale Ordnung des Sozialen, 365 S., Velbrück, Weilerswist 2014.

Nach den großen gesellschaftstheoretischen Debatten der 1970er und 1980er Jahre und nach intensiveren Debatten um Postmoderne und Globalisierung in den vergangenen Jahrzehnten ist die soziologische Theoriediskussion seit einiger Zeit in eine Phase der Reflexion über die sozialtheoretischen Grundlagen der eigenen Disziplin eingetreten. Angeregt von vielfältigen Debatten im weiteren Feld der Kulturwissenschaften (Stichwort *cultural turn/s*) wird dabei vor allem über eine Neubestimmung des Verhältnisses von „Natur“ und „Kultur“ in den Sozialwissenschaften diskutiert.

Die Soziologin Gesa Lindemann hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in der deutschsprachigen Theoriediskussion mit einer ganzen Reihe von Beiträgen zu diesen Debatten hervorgetan. Insbesondere mit Reflexionen über die

‚Grenzen des Sozialen‘ und über die Bedeutung der Figur des ‚Dritten‘ in der soziologischen Theoriebildung. In diesem Zusammenhang hat Lindemann unter anderem wiederholt auf die Aktualität der anthropologischen und sozialtheoretischen Beiträge des Philosophen Helmut Plessner hingewiesen und einige seiner zentralen Grundbegriffe und Konzepte in die aktuellen Theoriediskussionen eingebracht. In ihrer im Jahr 2014 bei Velbrück erschienenen Monographie „Weltzugänge. Die mehrdimensionale Ordnung des Sozialen“ bündelt die Autorin ihre Überlegungen in einer dezidiert gesellschaftstheoretisch ansetzenden Theoriekonzeption, die aktuelle sozialtheoretische Debatten aufgreift und mit der klassischen soziologischen Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit von (sozialer) Ordnung zu verknüpfen versucht. „Die Theorie der Weltzugänge ist der Versuch, sich diesen Anforderungen zu stellen und die verschiedenen Aspekte in einer Sozialtheorie so zusammenzuführen, dass sich daraus auch eine Perspektive für die Ausarbeitung einer Gesellschaftstheorie ergibt“ (S. 11).

Das Buch ist – neben dem Einleitungskapitel, das den Ausgangspunkt von Lindemanns Überlegungen sowie die wesentlichen Ziele und Thesen der vorliegenden Schrift nachvollziehbar darlegt – insgesamt in fünf Teile gegliedert: Ein kurzes Kapitel zur Natur-Kultur-Unterscheidung in den modernen Sozialwissenschaften und zum Problem der Ordnungsbildung als Einführung in das allgemeine methodologische Diskursfeld des Buches (Kap. 1). Daran anschließend ein längeres Kapitel mit weitergehenden Ausführungen zum Problem der Ordnungsbildung in der Sozial- und Gesellschaftstheorie, in dem Gesa Lindemann ihre zentralen sozial- und gesellschaftstheoretischen Überlegungen zum Problem der Ordnungsbildung jenseits der Dichotomie von „Natur“ und „Kultur“ entfaltet (Kap. 2). Ordnungsbildung dürfe demnach nicht allein auf die Sozialdimension beschränkt bleiben. Vielmehr gehe es im Sinne einer offenen Konzeption von „Ordnungskraft“ darum, die Mehrdimensionalität des Ordnungsproblems anzuerkennen. Dies bedeutet, dass neben der Kommunikation und Interaktion konkreter leiblicher „Akteure“ (Sozialdimension) insbesondere auch der eigenständige Beitrag von Leib und Technik (Sachdimension), von Raum und Zeit (Raum- und Zeitdimension) sowie von Symbolen und Institutionen (Symboldimension) für die Herstellung von sozialer Ordnung zu erkennen und anzuerkennen sei. Diese Argumentation wird im dritten Kapitel

ausführlicher dargelegt (Kap. 3). Darin geht Lindemann – wiederum ausgehend von Plessners anthropologischen, philosophischen und sozialtheoretischen Überlegungen (und vor allem ausgehend von seinem Theorem der „exzentrischen Positionalität“ und der „erweiterten Weltoffenheit“ der menschlichen Existenz) – auf jede der vorgenannten Dimensionen gesondert ein. Allerdings wird an keiner Stelle erklärt oder erläutert in welcher Beziehung diese einzelnen Dimensionen zueinander stehen und nach welcher Logik diese vier Dimensionen voneinander unterschieden werden. Auf diese grundlagentheoretischen Ausführungen zur mehrdimensionalen Ordnungsbildung folgt ein Kapitel zur ordnungsbildenden Rolle von Gewalt in leiblicher und symbolisch generalisierter Form – ein Aspekt, der laut Lindemann in der bisherigen soziologischen Diskussion zu wenig berücksichtigt und ausgearbeitet wurde (Kap. 4). Im Schlusskapitel verweist Lindemann schließlich im Anschluss an ethnologische und anthropologische Forschungsstränge zunächst auf die Unterscheidung von „dividualisierenden“ und „individualisierenden“ Vergesellschaftungsformen. Zudem führt Lindemann das Theorem der „kontingenten Mehrfachvergesellschaftung“ ein. Die gesellschaftstheoretischen Implikationen dieser Konzepte werden im Abschlusskapitel jedoch nicht weitergehend ausgeführt. Daher bleibt der Mehrwert von Lindemanns Begrifflichkeiten gegenüber bestehenden sozial- und gesellschaftstheoretischen Konzeptionen zur Kontingenz und Vielschichtigkeit moderner Sozialordnungen weitgehend unklar.

Dies ist ein Leseindruck, der sich nicht nur im Abschlusskapitel, sondern auch während der Lektüre der vorhergehenden Kapitel, immer wieder aufdrängt. Das Buch beginnt sehr vielversprechend mit einer ambitionierten und pointiert vorgetragenen Agenda. In den einzelnen Kapiteln des Buches geht die Autorin auch ausführlich – manchmal vielleicht auch zu ausführlich – auf bisherige Ansätze und Theoriekonzeptionen ein, um den Mehrwert ihrer zumeist an Plessner anschließenden Überlegungen zu erläutern. Viele dieser Überlegungen – insbesondere die Ausführungen zu Plessners Ausarbeitungen einer anthropologischen Ordnung der Moderne, die Darlegungen zur Bedeutung von Raum und Zeit sowie von Leib und Technik in der heutigen Sozialtheorie – sind interessant und anregend, sofern man sich auf die zum Teil sehr eigenwillige Theoriesprache einlässt. Es erschließt sich in der Gesamtschau der einzelnen Kapitel, anders als durch Titel und Einleitung angekündigt, jedoch

keine übergreifende theoretische Konzeption, die über die gegenwärtigen sozialtheoretischen Spezialdiskussionen hinausweist.

Erlangen

Sebastian M. Büttner

„Deux commerce“

Asbach, Olaf (Hrsg.): Der moderne Staat und „le doux commerce“. Politik, Ökonomie und internationale Beziehungen im politischen Denken der Aufklärung, 300 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

Der vorliegende Sammelband behandelt, das erklärt auch bereits der Untertitel, Politik, Ökonomie und internationale Beziehungen im politischen Denken der Aufklärung. Dabei ist zu beachten, dass im 18. Jahrhundert ein Verständnis von Ökonomie oder auch nur Handel zumeist nur sehr rudimentär war und die meisten Schriften, die dieses Thema behandelten, zugleich auch immer politisch oder gar moralisch argumentierten. Eine deutliche Scheidung zwischen Ökonomie und Politik gab es nicht. Vielmehr wurde die Ökonomie erst in dieser Phase als für die Politik relevant entdeckt. Die substantielle Einleitung von Olaf Asbach hebt dies hervor und zeigt zugleich, dass die Idee des freien Handels an sich nicht – sozusagen naturwüchsig – einen friedensstiftenden Aspekt enthält (S. 33). Es ergibt sich damit die Frage nach der Organisation und Eingrenzung dieser durch die Handelsinteressen potenzierten Ambitionen, Kräfte und potentiellen Konflikte. Das wurde von den Denkern der Aufklärung durchaus reflektiert, denn nach ihrem Verständnis konnte es keine sinnvolle Unterscheidung zwischen ökonomischer und politischer Macht geben, da jede wirtschaftliche Entfaltung auch immer politische und soziale Prozesse einschließt. Insgesamt wird, zumindest implizit, ideologiekritisch mit den Denkern der Aufklärung gefragt, ob die vermeintliche Trennung von Politik und Ökonomie nicht treffender als ideologisches Konstrukt des Wirtschaftsliberalismus zu charakterisieren sei.

Neben der Einleitung wird in insgesamt elf Beiträgen, die sich zumeist mit einem Denker (Abbé Saint-Pierre, Montesquieu, Thomas Hobbes und David Hume, Jean-Jacques Rousseau, Adam Smith, Emer de Vattel, Immanuel Kant und zuletzt noch Johann Gottlieb Fichte) beschäftigen, das Thema erarbeitet. Daneben widmen sich drei Beiträge den „Physiokraten und Anti-Physiokraten“, der politischen Ökonomie des Kolonialismus

während der Aufklärung und „Handel, Diplomatie und nationale Macht in der Französischen Revolution“. Die Beiträge sind zumeist kompetent und informativ. Bei dem Beitrag zu Montesquieu von Marco Platania hätte man sich eine etwas klarere Positionierung des Autors gewünscht. Ein abwägendes Urteil ist immer zu begrüßen, besonders der letzte Absatz seines Aufsatzes zeigt aber, dass man auch zu vorsichtig sein kann.

Bedauerlich ist, dass der Aufsatz von Céline Spector zu Rousseau das bereits erreichte Niveau der Diskussionen über Rousseaus Beitrag zu den internationalen Beziehungen kaum zur Kenntnis nimmt (das ist umso erstaunlicher als die beste Arbeit zum Thema von dem Herausgeber des vorliegenden Bandes vorgelegt wurde, vgl. „Die Zähmung der Leviathane“, 2002) und stattdessen wieder auf Gemeinplätze und Irrtümer zurückgreift, die doch inzwischen als erledigt gelten sollten. Das betrifft vor allem die Diskussion über den Naturzustand (vgl. S. 123). Rousseaus Erkenntnis über den konfliktuellen Charakter zwischenstaatlicher Beziehungen im Vergleich zu den selbstgenügsamen Menschen des Naturzustands liegt nicht in der fehlenden „Genügsamkeit“ (ebd.) von Staaten. Rousseau zeigte, dass der Konflikt zwischen Staaten eine Dimension an destruktiver Dynamik hinzufügt, die weit über das natürliche Bedrohungspotenzial, das zwischen Menschen herrscht, hinausgeht. Das ist für ihn – trotz gegenteiliger Rhetorik – der Hobbes'schen Überlegung geschuldet, dass jeder souveräne Staat allen anderen souveränen Staaten notwendigerweise in einem unauflösbaren Rechtskonflikt gegenübersteht, da die jeweiligen Rechtsansprüche der Staaten sich gegenseitig ausschließen. Diese Rechtsantinomie charakterisiert das Verhältnis der Staaten zueinander, und daraus ergibt sich für Rousseau wie er in seinem Fragment der „Principes du droit de guerre“ ausführt, dass die Staatsbürger ihren Feinden (den Staatsbürgern anderer Staaten) nicht mehr als Mitmenschen, sondern als feindliche Soldaten begegnen, deren Tötung zum Gebot der Staatsräson wird. All dies wird von Spector nicht einmal angedeutet, sondern stattdessen wird eher oberflächlich auf die Plattitüde der angemessenen Größe von Staaten verwiesen, was sich so liest, als ob es die Kapitel 4–6 im vierten Buch des „Contrat Social“ nicht gebe. Von diesem Aspekt ausgehend entwickelt sie anschließend ihre Diskussion über Autarkie und internationale Beziehungen. Die für Rousseau entscheidenden Gründe für Krieg und Konflikt können mit diesem Ansatz nicht nur nicht erfasst werden; vielmehr

führt er völlig in die Irre und gipfelt in der Behauptung, Rousseaus Überlegungen stellen „im Grunde eine Flucht aus der Politik dar“ (S. 135).

Es ist beruhigend zu wissen, dass dieser Beitrag die Ausnahme in dem vorliegenden Band bildet. Besonders hervorzuheben ist der äußerst gelungene Beitrag von Isaac Nakhimovsky „Fichtes ‚Geschlossener Handelsstaat‘ und die Frage des Ewigen Friedens“. Fichte habe zu Recht betont, dass „wenn Gerechtigkeit das Vorhandensein einer Rechtsordnung voraussetzt, [...] Konflikte, die außerhalb einer solchen Ordnung auftreten, nicht unter Berufung auf Gerechtigkeit gelöst werden“ (S. 285) können. Diese Erkenntnis hat auch heute noch ihre aktuelle politische Bedeutung. Nakhimovsky zeigt kompetent, dass es sich bei Fichtes Denken nicht so sehr um nationalistische Tendenzen (in Reaktion auf Napoleon) handelt, sondern um den Versuch, „im Rahmen einer Kantianischen Theorie einer moralischen Staatenwelt Raum für eine politische Strategie zur Annäherung an einen ewigen Frieden zu schaffen“ (S. 291).

Insgesamt wird in den Beiträgen dieses Bandes fruchtbar und weiterführend an frühere Diskussionen (z. B. Albert O. Hirschman und István Hont) angeknüpft. Neue Perspektiven werden insofern eröffnet, als gezeigt wird, dass und wie die facettenreiche philosophisch-politische Reflexion und Theoriebildung der europäischen Aufklärungsphilosophie den Nexus zwischen „doux commerce“ und (internationaler) Politik durchaus miteinschloss. Der Band legt nahe, dass nicht so sehr das Fehlen einer expliziten Theorie der Ökonomie das 18. Jahrhundert auszeichnet. Sondern umgekehrt: Die Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft waren den Denkern dieser Epoche noch selbstverständlich, sodass von ihnen der Diskurs über die Konsequenzen ökonomischer Aktivität auch in politischer, moralischer und sozialer Perspektive geführt wurde. Die Entfaltung des „doux commerce“ wurde damit im 18. Jahrhundert auch bereits als Prozess sozialer und politischer Machtverschiebungen charakterisiert.

London

Peter Schröder

Ein ungeordnetes *opus magnum* des „Vorpolitischen“

Kühnlein, Michael (Hrsg.): Das Politische und das Vorpolitische. Über die Wertgrundlagen der Demokratie, 604 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

Der von Michael Kühnlein herausgegebene Sammelband „Das Politische und das Vorpolitische. Über die Wertgrundlagen der Demokratie“ versucht sich an einer Rehabilitation des ‚Vorpolitischen‘, das, so der Herausgeber im Vorwort, „an die durch Geschichte, Ethos und Sitte bewahrten und befestigten Fundamente unserer Freiheit“ (S. 9) erinnere und für die Legitimation demokratischer Ordnungen unerlässlich sei.

Mit dem Vorpolitischen sind Kühnleins Ansicht folgend die „grundbegrifflichen Vorannahmen des Guten gemeint, die unseren angeführten Argumenten stets schon vorausliegen“ (S. 10). Wiederum auf demokratische Ordnungen bezogen: „Das Vorpolitische ist in erster Linie nicht ein Ort antidemokratischer Affektheugung, sondern vielmehr ein Ort der Freiheitsqualifizierung“ (ebd.). Wie diese vorpolitische „Reflexionsfigur“ (S. 9) beschaffen ist, um welche und in welcher Weise in dieser um Werte und Normen gerungen wird, bleibt bei Kühnlein und vielen anderen der insgesamt 30 Autoren und Autorinnen dieses 604-seitigen Sammelbandes meist eher im Unkonkreten. Die üppige Seiten- und Autorenanzahl verweist auf ein grundlegendes Problem des Bandes: Die Begriffe des Vorpolitischen und des Politischen werden in jedem Aufsatz divergierend definiert und mal ideengeschichtlich, vor den Ausführungen unterschiedlicher Autoren und Autorinnen oder vor dem Hintergrund unterschiedlicher realpolitischer Fälle diskutiert. Gewiss, Sammelbände im Allgemeinen, solche sozial- und politikwissenschaftlicher Provenienz im Besonderen, sind immer ein schwieriges Unterfangen, da die hier behandelten Themen- und Fragestellungen meist allgemeine und die in diesem Zusammenhang aufgegriffenen Begriffe oftmals keine einheitlichen, etablierten sind. Es fehlt dem hier rezensierten Band gleichwohl an einer ordnenden, strukturierenden ‚Hand‘, einem einleitenden oder resümierenden Aufsatz, der die Vielzahl der in diesem Band versammelten Beiträge und deren Argumente kontextualisiert und näherführend erläutert. Dieser Strukturierungsfunktion kommt der Aufsatz von Jean-Pierre Wils „Das Vorpolitische, das Politische und die Politik. Eine Anfrage“ (S. 71ff.) am nächsten. Wils erinnert zu Recht daran, dass die Frage nach dem vorpolitischen Ursprung der politischen Legitimation des demokratischen Rechtsstaates keine neue sei, im deutschsprachigen Raum etwa zu Beginn der 1990er Jahre von Ernst-Wolfgang Böckenförde aufgegriffen worden sei. In dessen Aufsatz und den sich daran anschließenden Beiträgen sei vor Gefahren des Legitimationsverlustes

demokratischer Prozeduren hingewiesen worden, die nur durch vopolitische, vulgo religiös imprägnierte Werte vor der Erosion bewahrt werden könnten (S. 72). Wils hält diese Betonung des Vopolitischen, das ohnehin nicht weiter benannte Werte garantiere, welche das Politische überhaupt erst konstituierten und perpetuierten, für übertrieben. Er konzediert zwar, dass die Demokratie sehr wohl auf eine aus der Zivilgesellschaft heranwachsende Legitimationsausweise angewiesen sei: „Aber diese Generierung kann sich am Ende nur im Modus der ‚rule of law‘ und in der Form ihrer politischen Verfasstheit vollziehen und nicht auf der Grundlage einer (religiös inspirierten) Moraldoktrin oder eines eudämonistischen Programms“ (S. 73, Hervorhebung im Original). In Abgrenzung zu Kühnlein oder Kardinal Lehmann formuliert Wils mit Aplomb: „Die Externalisierung der Legitimationsgewinnung der Demokratie [im Vopolitischen, GE] ist ein Spiel mit dem Feuer, das zu jeder Zeit eine totale Demokratiekritik erlaubt“ (ebd.). Gerne hätte man diesen originellen Ansatz, der auf die implizit demokratiekritischen Gedanken einer nicht unerheblichen Anzahl jener Ansätze zugrunde liegt, die mit Verve für das Vopolitische als notwendige Prämisse des Politischen eintreten, ausführlicher behandelt und politisch-theoretisch eingeordnet gesehen.

Hinter dieser grundsätzlichen Kritik an der Struktur des Bandes, verbirgt sich indes eine nicht eben geringe Zahl durchaus bedenkenswerter Aufsätze, die das Vopolitische vor dem Hintergrund des Politischen und Unpolitischen – wenngleich völlig unterschiedlich – zu reflektieren vermögen. Zu beeindruckend mag dabei auch das Autorenverzeichnis, in dem sich prominente Namen wie Gesine Schwan, Micha Brumlik, Claus Leggewie, Carl Schmitt-Biograph Reinhard Mehring, der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, Udo di Fabio oder der amtierende Finanzminister Wolfgang Schäuble wiederfinden. Die Disparität der Autorenschaft spiegelt ganz unzweifelhaft die kursorische Stärke wie auch die – bereits erwähnte – analytische Schwäche des Bandes wider.

Duisburg-Essen

Gordian Ezazi

Mehr Demut wagen

Dunn, John: *Breaking Democracy's Spell*, 208 S., Yale UP, New Haven, CT/London 2014.

Als sich in Nigeria im April 2015 nach demokratischen Wahlen ein friedlicher Regierungswechsel anbahnte, nahmen westliche Beobachter dies zum Anlass, die scheinbar unaufhaltsame globale Verbreitung der Demokratie zu preisen. Sie schrieben hierdurch die Meistererzählung vom Aufstieg der Idee einer universal anwendbaren politischen Praxis von der Antike bis heute fort. John Dunn tritt in seinem hier besprochenen Essay an, dieser Erzählung ihre Grundlage zu entziehen. Demokratie ist für ihn kaum mehr als ein „spell through which the world's political imagination has come to be bewitched“ (S. 6).

Dunn bestreitet freilich nicht, dass sich die Idee – insbesondere der liberalen Demokratie westlichen Typs – in der Vergangenheit einer wachsenden Beliebtheit erfreut hat. Die Vorstellung einer Regierungsform, in der Gleiche selbst über ihr eigenes Schicksal entscheiden, habe vor allem in politischen Umbruchssituationen eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft entfaltet. Doch man dürfe die Verbreitung einer Idee, oder vielleicht auch nur eines Schlagwortes, keinesfalls als Beleg für Wirksamkeit in oder Tauglichkeit für die Praxis gelten lassen.

Nachdem Dunn auf diese Weise liebgewonnene Ansichten abgefertigt hat, führt er kurz und bündig in die so umfangreiche wie verworrene (Begriffs-)Geschichte von Demokratie ein: Keinesfalls könne die Geschichte der Regierungsform „Demokratie“ an das Aufkommen des Wortes gekoppelt werden. „It is by any human standards absurd to have ended up with a single term for judging where we are in the politics of the world, and what to value and strive for within those politics“ (S. 141f.). Die Idee der Selbstherrschaft habe es vielmehr auch vor der griechischen Antike und auch in der nicht-westlichen Welt gegeben. Es sei daher Ausdruck politischer wie historischer Naivität, eine wie auch immer geartete aber auf jeden Fall kontextabhängige Vorstellung von ‚der‘ Demokratie als universell gültig darzustellen. Regierungsformen seien keine freischwebenden institutionellen Strukturen, sondern „elaborated imaginative proposals“ (S. 29), deren Stabilität an erster Stelle davon abhängig sei, was sie versprochen und was die Beherrschten mit ihnen verbänden. Ein ‚Demos‘ könne überhaupt nur dort entstehen, wo geteilte Ansichten, Wahrnehmungen und Glaubenssätze für einen längeren Zeitraum bestehen.

Um „democracy's erratic global ascent“ (S. 37) herauszuarbeiten, müssten folglich mit den jeweiligen Kontexten vertraute Forscher und Forscherinnen den vielen unterschiedlichen

Demokratien „country by country, language by language, decade by decade“ (S. 52) nachspüren. Dunns Buch lässt sich somit auch als ein Plädoyer für die Untersuchung nicht-westlicher Erscheinungsformen von Demokratie lesen. Er selbst geht insbesondere auf China (S. 85–103) und Indien (S. 103–130) ein. Dieses Plädoyer dürfte jüngeren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern freilich vertrauter sein als Dunn im Gestus des Tabubruchs suggeriert.

Versuche man dennoch, so der Autor weiter, die mannigfaltigen historischen wie aktuellen Ideen und Institutionen von Selbstregierung unter einen gemeinsamen Nenner zu bringen, dann bestehe dieser in einer für die Herrschaftsunterworfenen besonders attraktiven Form der Auflösung des für jede menschliche Gemeinschaft bestehenden Spannungsverhältnisses: die notwendige Unterwerfung der Vielen unter die Wenigen einerseits und die daraus erwachsende Bedrohung der jeweils eigenen Würde andererseits. Dies dürfe man gerne „Demokratie“ oder eben auch anderes nennen. Im Kern bezeichnet es nichts weiter als die jederzeit gegebene Möglichkeit einer friedlichen Ernennung und Abberufung der Herrschenden durch die Beherrschten.

Wo solche Vorstellungen aufgekommen seien, konstatiert Dunn, hätten sie sich beinahe mühelos gegen konkurrierende oligarchische, aristokratische oder monarchische Ideen durchgesetzt. Gegen die „charismatic force“ (S. 153) dieser Idee ist nach Dunn auch heute noch kein theoretisches Kraut gewachsen. Allerdings, so wird er nicht müde zu betonen, bedeute dies auch, dass Demokratie alles andere als alternativlos sei – uns ist lediglich noch nichts Besseres eingefallen, um das genannte Spannungsverhältnis aufzulösen.

Im Kern ist Demokratie also „a paradigm for deauthorizing incumbent power“ (S. 151) und ihre bedeutendste Ressource ist das damit verbundene imaginativ-destruktive Potenzial, das sich historisch in den verschiedensten Umbruchssituationen beobachten lässt. In der jüngeren Vergangenheit habe etwa der arabische Frühling noch einmal eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass „the option against the regime is in the first place the option for democracy, because democracy in its vaguest outline is just the default option“ (S. 92). Ist der Regimewechsel vollzogen – auch dies lehrt die historische Erfahrung –, sind die Gemeinsamkeiten der „Demokraten“ in der Regel schnell aufgebraucht.

In seine Beschränkung von „Demokratie“ auf den Akt der (Ab-)Wahl von Amts- und

Mandatsträgern bezieht Dunn die westliche Welt ausdrücklich mit ein. Auch im Alltag unseres politischen Systems komme die stets behauptete Selbstherrschaft der Beherrschten kaum zum Tragen. Entscheidungen würden allzu oft im Arkanum von Verwaltung, Regierung oder Interessenvertretung gefällt und im Anschluss daran lediglich durch eine „pseudo-democratic authorization“ (S. 147) aufgewertet. Und auch wenn die Beherrschten tatsächlich selbst Entscheidungen herbeiführten, so lehre die Erfahrung, dass diese nicht besonders vernünftig seien, sondern aus ihnen „either contingent confusion or, at best, a lucky fluke“ (S. 132) hervorgehe. Dunn liest vor diesem Hintergrund insbesondere seinen Leserinnen und Lesern in den USA die Leviten, wenn er klarstellt, dass „democracy in the American understanding is no talisman for ensuring satisfactory political outcomes“ (S. 80). Es sei töricht, „to offer it to others as though it were“ (ebd.).

Folgt man Dunn hierin, so lässt sich die demokratische Meistererzählung westlicher Provenienz nicht aufrechterhalten. Der angebliche globale Triumphzug der Demokratie beruht demnach eben nicht auf „a stunning triumph of credulity or a majestic forward march of justified true belief“, sondern vielmehr auf „an uneven, reluctant, painful series of surrenders of an immense miscellany of other kinds of belief“ (S. 43). Daraus folgt für Dunn auch, dass die Zukunft demokratischer Praxis und Institutionen weitaus unsicherer ist, als wir dies gerne glauben möchten. Nehme man etwa die sozialen Verwerfungen in westlichen Gesellschaften, die Polarisierung ihrer Parteiensysteme oder die Unfähigkeit, einer Bedrohung vom Ausmaß des Klimawandels zu begegnen, in den Blick, dann erscheint die Autosuggestion von der Demokratie als „magic formula“ (S. 5) für ein glückliches Ende der Geschichte unangebracht. Den Anhängern der westlichen Demokratie in Theorie wie Praxis empfiehlt Dunn daher, im Umgang mit anderen Kulturen mehr Demut zu wagen.

Hamburg

Niels Hegewisch

Positionen und Diskussion zur Deliberativen Demokratie

Landwehr, Claudia/Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): *Deliberative Demokratie in der Diskussion. Herausforderungen, Bewährungsproben, Kritik*, 451 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

Mit dem Sammelband „Deliberative Demokratie in der Diskussion“ legen Claudia Landwehr und Rainer Schmalz-Bruhns einen Sammelband vor, der mehr als 20 Jahre nach Jürgen Habermas' Faktizität und Geltung den aktuellen Stand der Diskussionen um deliberative Demokratiekonzepte vorstellen will. Das hierfür ausreichend Gründe vorliegen, stellen die beiden Herausgeber schon in den ersten Zeilen der Einleitung des Sammelbandes fest, da „mittlerweile Vertreter wie Kritiker des deliberativen Modells kaum umhinkommen, ihm einen dominanten Status innerhalb der demokratiethoretischen Diskussion zuzuschreiben“ (S. 7). Um den Stand der (kritischen) Diskussionen zu deliberativen Theorien darzustellen, geht der Band in vier Abschnitten vor.

So beginnt Daniel Gaus den ersten Abschnitt mit einer Vorstellung der wichtigen Wegmarken in der Entwicklung deliberativer Theorie. Zugleich arbeitet er heraus, dass die Kritik an deliberativen Theorien häufig auf einem engen Deliberationsbegriff fußt. Dies führe dazu, dass Deliberation häufig ins Reich des Unrealistischen beziehungsweise Utopischen verwiesen würde (S. 30f.). Tatsächlich bieten sich deliberativen Theorien insbesondere unter Zuhilfenahme „systemischer Ansätze“ dazu an, praktische Aspekte aktueller demokratischer Entwicklungen (auch) jenseits des Nationalstaates zu rekonstruieren. Daran anschließend wird kenntnisreich von Andreas Niederberger untersucht, inwieweit Theorien deliberativer Demokratie eher Input- oder Output-orientiert sind. Dies erfolgt auf Basis von Überlegungen zur Bedeutung von Inklusion und Rationalität in politischen Debatten: Hierbei kommt Niederberger zu dem Schluss, „dass Theorien deliberativer Demokratie deshalb einen so interessanten Beitrag zur Demokratiethorie darstellen, weil sie rationalitätstheoretisch die Unumgänglichkeit der Inklusion verteidigen“ (S. 73).

Erik O. Eriksen geht wiederum der Frage nach, wie reale Akteure mit unterschiedlichen Interessen im Rahmen von deliberativen Diskursen Übereinstimmung erzielen können (S. 105). Seiner Ansicht nach müssen Forderungen im Rahmen deliberativer Prozesse immer begründet werden, um den Gegenüber zu überzeugen. Wenn man aber begründen muss, muss man sich mit den Positionen des Gegenübers auseinandersetzen und ist dabei direkt im Prozess des Deliberierens: Deliberation transformiert so „gerechtfertigte Forderungen in bindende, konsensuale Entscheidungen“ (S. 135). Den ersten Abschnitt schließt Martin Ebeling mit der Frage,

ob deliberative Demokratiekonzeptionen Ressourcen zur Steigerung der Legitimität von demokratischen Entscheidungen beinhalten. Hierbei plädiert er dafür, die Gründe für die Akzeptanz des Entscheidungsverfahrens von den Gründen für die Entscheidungsoptionen zu trennen (S. 158). Im Ergebnis skizziert er in Abgrenzung zu Habermas und Seyla Benhabib eine eigene Demokratiekonzeption (S. 162ff.), die genau diese Legitimität unabhängig von den eigentlichen Optionen der Entscheidungen enthält.

Den zweiten Abschnitt des Bandes eröffnet Dieter Fuchs mit einer im besten Sinne kritischen Untersuchung zum aktuellen Stand der empirischen Deliberationsforschung. Zwar gibt es laut Fuchs mittlerweile mehr empirische als theoretische Studien zu Deliberation (S. 169), allerdings ist laut Fuchs die „Theorie der deliberativen Demokratie eine normative Theorie [...] und empirisch nicht testbar“ (S. 171). Daraus schließt er, dass empirische Forschung zu Deliberation zwischen Anspruchsvollem und empirisch nicht messbarem oder realistischen, aber dafür von bloßer Diskussion kaum unterscheidbarem Überlegungen changiert (S. 198). Frank Nullmeier und Tanja Pritzlaff argumentieren dagegen explizit für eine weite Form deliberativer Theorie mit einem stark praktikentheoretischen Fokus (S. 232). Claudia Ritzi und Gary S. Schaal untersuchen zum Abschluss des zweiten Abschnittes, inwieweit sich Legitimitätsprobleme moderner Demokratien über deliberative Verfahren minimieren lassen. Ihr Fazit lautet, dass „[e]ine Ergänzung der liberal-demokratischen Institutionen um deliberative Verfahren [...] in vielerlei Hinsicht attraktiv [erscheint]“ (S. 263). Zugleich weisen sie aber auch darauf hin, dass nicht jede Form von Deliberation pauschal zur Steigerung der demokratischen Legitimation geeignet ist, sondern vor allem die Deliberation in Kleingruppen („Mini-Publics“).

Der dritte Abschnitt, der sich insbesondere der Frage des Pluralismus in demokratischen Gesellschaften widmet, wird mit zwei kritischen Diskussionen des Habermas'schen Verständnisses von religiösen Argumenten in deliberativen Diskursen eröffnet. Jan Achim Richter konzentriert sich darauf, innerhalb der Theorie Habermas' die einzelnen Entwicklungsschritte von frühen, sehr distanzierten bis zu jüngeren, relativ religionsfreundlichen Schriften darauf hin zu prüfen, inwieweit der unterschiedliche Grad des Ausschlusses von religiösen Argumenten zu rechtfertigen ist (S. 297). Manon Westphal vergleicht hingegen agonale und deliberative

Demokratiemodelle insbesondere auf Basis der Überlegungen von Habermas und Claus Tully und weist darauf hin, dass auch die jüngsten Überlegungen von Habermas dazu führen können, dass religiöse Argumente in deliberativen Diskursen nicht das notwendige Gehör finden könnten. Markus Linden weist in seinem Beitrag ebenfalls darauf hin, dass in deliberativen Theorie-Modellen nicht immer alle gleichberechtigt zu Wort kommen. Anhand der Rekonstruktion des Repräsentationsbegriffs in der Entwicklung des Habermas'schen Werkes zeigt Linden, dass ohnehin benachteiligte Mitglieder einer Gesellschaft häufig nicht angemessen repräsentiert werden: „Der politische Prozess verliert bei Habermas nicht nur seine Offenheit, sondern gibt auch den Gleichheitsanspruch, in dem was er legitimerweise bedeuten kann, auf“ (S. 364). Ebenso wie zuvor Manon Westphal vergleicht auch Dirk Jörke agonale und deliberative Demokratiemodelle – hier stehen jedoch Habermas und Chantal Mouffe stellvertretend für die Diskussion. Jörke argumentiert dass sich beide Modelle vor allem hinsichtlich ihrer Voraussetzungen näher stehen, als es die Diskussion vermuten lässt (S. 379): So verdeutlicht er, dass es vor allem darauf ankommt, den demokratischen Konsens zu teilen und dass sowohl Mouffe als auch Habermas viel zu sehr von einem akademisch geprägten Bürger ausgehen, der den politischen Diskurs führen soll. Tatsächlich zeigt aber die zunehmende Stärke (rechts-)populistischer Parteien, dass die politische Wirklichkeit nur noch einen Teil der Bevölkerung erreicht.

Im letzten Abschnitt wird der Fokus der Darstellung auf die internationale Ebene gelegt. Jürgen Neyer zeigt, dass bei konsequenter Anwendung des von Rainer Forst entwickelten „Recht auf Rechtfertigung“ die Europäische Union zwar nicht in demokratischen Kategorien zu bewerten ist (und deshalb auch kein Demokratiedefizit besitzen kann), dass aber in jedem Fall Transparenz und fehlende Verantwortlichkeit im Sinne Forsts auf ein Gerechtigkeitsdefizit deuten. Zum Schluss des Bandes weisen Nicole Deitelhoff und Thorsten Thiel den zunehmenden Einfluss deliberativer Überlegungen in der internationalen Politik nach; zugleich machen Sie auf kritische Stimmen aufmerksam: Gerade weil die Deliberative Theorie stark auf konsensuale Entscheidungen setzt, gehen oppositionelle Stimmen zum Gegenstand wie auch zur Form des Diskurses häufig verloren. Ihr Fazit lautet deshalb, dass zwischen Entscheidung und Entscheidungsfindung stärker zu trennen sei und das

insbesondere die Rolle der Opposition in deliberativen Überlegungen Berücksichtigung finden sollte (S. 441).

Ein abschließendes Fazit zum Band fällt nicht leicht. Die Mehrzahl der versammelten Aufsätze argumentieren solide und im Rahmen der jeweiligen Themen sauber und können insoweit überzeugen. Wenn aber in einem Sammelband gleiche Themen von zwei Autoren bearbeitet werden, so hätte man sich ein Herstellen von Bezügen zumindest zwischen den jeweils thematisch verwandten Aufsätzen gewünscht. Dies war jedoch für den Rezensenten nicht erkennbar.

Ebenso fehlte bei fast allen Aufsätzen wie in den einleitenden Worten ein Bezug zum Hintergrund des Sammelbandes: Zwar ist die vorliegende Sammlung in der Schriftenreihe der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) erschienen und hier werden regelmäßig Tagungsbänder veröffentlicht. Aber man hätte sich doch einen kleinen Hinweis darauf gewünscht, dass ein nicht geringer Teil der enthaltenen Aufsätze ganz wesentlich auf Vorträgen der DVPW Sektionstagung für Theorie und Theoriegeschichte im Frühjahr 2013 basieren. Dies zumindest im Vorwort zu erwähnen, wäre nach Meinung des Rezensenten Aufgabe der Herausgeber. Ebenso wäre es wünschenswert, wenn die Herausgeber auf ein einheitliches Lektorat und eine einheitliche Gliederung der einzelnen Beiträge geachtet hätten: So wird – beispielsweise – der Umgang mit geschlechtergerechter Sprache in den einzelnen Texten recht unterschiedlich gehandhabt. Es finden sich im Sammelband sowohl Texte, die das generische Femininum nutzen wie auch Texte, die das generische Maskulinum verwenden, dazwischen finden sich ein Text, der das Binnen-I nutzt und auch Texte, die beide Geschlechterformen verwenden. Ob dann – wie in einem Aufsatz – die Verwendung verschiedenster Formen Absicht oder nur dem fehlenden Lektorat geschuldet ist, bleibt offen. Ebenso finden sich auch Aufsätze, die weder hinsichtlich des Stils noch der Form in den vorliegenden Sammelband passen (insbesondere der Text von Ebeling).

So können zwar einzelne Artikel für sich überzeugen. In der Gesamtschau lässt sich dies für den Sammelband nur eingeschränkt behaupten: Die Zusammenstellung hätte bei mehr Sorgfalt und Abstimmung wesentlich besser überzeugen können, als es in der vorliegenden Form der Fall ist.

Münster

Torsten Preuß

Wir sind doch politische Tiere!

Bohmann, Ulf (Hrsg.): Wie wollen wir leben? Das politische Denken und Staatsverständnis von Charles Taylor, 317 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

Obwohl Charles Taylor bereits seit den sechziger Jahren wissenschaftlich tätig ist, wurde er in Deutschland erst im Rahmen der Kommunitarismusdebatte einem breiteren Publikum bekannt. Inzwischen haben sich die Wellen etwas gelegt und um die meisten Kommunitaristen ist es wieder ruhig geworden. Nicht so um Charles Taylor. Seit nunmehr eine halben Jahrhundert inspiriert er weltweit das Nachdenken über Staat, Gesellschaft und Individualität. Damit ist Taylor hauptsächlich ein politischer Denker. Diese Einsicht stellt Ulf Bohmann zu Recht heraus: Sein nun vorliegender Sammelband will erstmals dieses politische Denken von Taylor umfassend in den Blick bekommen. Dies ist umso verdienstvoller, als auch von Taylor kein Werk vorliegt, in dem er ein geschlossenes Bild seines politischen Denkens vorlegt. Sein Gedankengebäude entsteht vielmehr in einer Vielzahl von Aufsätzen, die – wie der Sammelband zu Recht zeigt – auch nicht ganz frei von Spannungen und Widersprüchen sind.

Bohmann und seine Koautoren und -autorinnen verfolgen das ehrgeizige Ziel, „Taylors vielfältiges Schaffen auf eine Formel zu bringen“ (S. 12) und der Herausgeber wählt dafür, wie Taylor auch, als Ausgangspunkt die philosophische Anthropologie und die Frage: „Was heißt es eigentlich, ein menschliches Wesen zu sein?“. Oder anders formuliert: „Wie wollen wir leben?“. Unter diese Kernfrage subsumiert Bohmann einige der großen Fragen der politischen Philosophie: „Wie wollen wir unser demokratisches Miteinander ausüben? Wie wollen wir unsere Gesellschaft einrichten? Wie wollen wir gemeinsam ein gutes Leben führen? Wie wollen wir auf gesellschaftliche Missstände reagieren?“. All diese Fragen betreffen die kollektive Suche nach dem guten Leben. Für Taylor bedeutet diese Suche, aufzuzeigen, was an unserer Situation Anlass zur Sorge gibt und Unbehagen auslöst, beziehungsweise zu fragen, wie wir ganz sicher nicht leben wollen.

Taylor ist kein einsamer Denker, die Entwicklung seiner Theorien vollzieht sich immer im Dialog mit wichtigen zeitgenössischen, vor allem aber historischen Stichwortgebern. Der Band beginnt deswegen damit, die wichtigsten Einflüsse, die Taylor aufnimmt, darzustellen. Diese sind

natürlich zunächst einmal G.W.F. Hegel, dann aber auch Jean-Jacques Rousseau und Hannah Arendt. Dabei sind besonders die Aufsätze zu Hegel und Rousseau produktiv: Sie machen wichtige Quellen, aber auch Abgrenzungen sichtbar. Zudem wird Karl Marx ins Spiel gebracht, denn Taylor ist nach eigenem Bekunden ein linker Denker; aber letztlich spielt Marx im Denken Taylors kaum eine Rolle.

Taylors politische Philosophie beruht auf der Grundüberzeugung, dass wir die grundlegenden Wertvorstellungen, die uns selbst, unser Zusammenleben und politisches Entscheiden prägen, nur auf eine dezidiert historische Weise angemessen erfassen können. Ideengeschichte ist ihm deswegen kein neutrales wissenschaftliches Anliegen, sondern immer zugleich auch der Versuch, die Mannigfaltigkeit und Tiefe unsere Werte und sozialen Praktiken auszuloten und ihre Berechtigung darzustellen. Wie Jürgen Habermas arbeitet er an der Vollendung des Projektes der Moderne. Und Moderne bedeutet Individualität, Pluralismus und Demokratie, aber auch Solidarität und Gemeinschaft. Diese Begriffe werden in einer Reihe Aufsätzen zu begrifflichen und institutionellen Problemen behandelt. Dabei steht vor allem die Spannung zwischen individueller und gemeinschaftlicher, also politischer Selbstbestimmung im Kern der Untersuchungen. Der Mensch kann nicht als ein, aus allen sozialen Bindungen herausgelöstes Individuum betrachtet werden. Vielmehr können wir nur in unserer Gemeinschaft handeln und Ziele verfolgen. Jede Gemeinschaft stellt jedoch gewisse Forderungen an ihre Mitglieder. Soll die Gemeinschaft eine freie sein, dann müssen diese Forderungen auch freiwillig erfüllt werden. Das ist nur möglich, wenn jeder Bürger und jede Bürgerin die Gesellschaft als ein gemeinsames Projekt betrachtet, an dem sie beteiligt sind. Hier besteht immer die Gefahr der Ausgrenzung von einzelnen oder Gruppen. Dabei glaubt er aber keineswegs, dass immer die Hoffnung auf Konsens besteht. Aber auch Unterlegene müssen Gelegenheit erhalten haben, ihren Standpunkt zu vertreten. Eine wichtige Rolle spielt deswegen der Begriff der Öffentlichkeit. In einer öffentlichen Diskussion, außerhalb der politischen Strukturen, soll über Fragen von allgemeinem Interesse diskutiert werden, bis sich so etwas wie eine gemeinsame Auffassung entwickelt. So soll sich ein kollektiver politischer Wille bilden, den die politischen Autoritäten zu respektieren haben.

Über seine philosophischen Arbeiten hinaus, ist Taylor auch durch zahlreiche Einmischungen

bei aktuellen politischen Themen (besonders in Kanada) interessant. Das gilt sowohl theoretisch (etwa zum Thema Multikulturalismus), als auch praktisch (als Gründungsmitglied und zeitwillig stellvertretender Vorsitzender der sozialdemokratischen New Democratic Party in Kanada). Diesem Thema widmen sich die beiden letzten Beiträge des Bandes. Neben einem Überblick zu den besonderen Problemen Kanadas und Taylors Stellungnahmen dazu, liefern sie auch wichtige Einsichten in allgemeine Probleme des Föderalismus und von multikulturellen Gesellschaften.

Insgesamt ist Bohmann und seinen Koautorinnen und -autorinnen ein großer Wurf gelungen. Die eingangs angesprochene Formel „wie wir leben wollen“ finden sie zwar nicht; Taylor selbst findet sie auch nicht und sie dürfte unter den individualistischen Bedingungen der Moderne kaum zu finden sein. Aber immerhin gelingt es, den Lesern und Leserinnen ein abgerundetes Bild von Taylors politischem Denken zu präsentieren. Seine Auffassungen zu Gesellschaft, Gemeinschaft, Demokratie und den Gefährdungen, denen sie ausgesetzt sind, werden deutlich herausgearbeitet. Allerdings leidet der Band auch an einem Mangel, der vielen Büchern dieser Art zugrunde liegt – nämlich an Systematik. Der Herausgeber ist kaum in der Lage, inhaltlichen Einfluss auf die einzelnen Beiträge zu nehmen. Die Autoren und Autorinnen erklären alles, was sie für den von ihnen bearbeiteten Aspekt der Theorie für bedeutsam halten. Der Preis ist deswegen einerseits ein hohes Maß an Redundanz: Der Leser muss sich zentrale Aspekte der Theorie mehrmals erklären lassen. Andererseits werden wichtige Teile des Gedankengebäudes etwas zu unterbelichtet dargestellt (in diesem Fall Taylors Konzept der Anerkennung und der Autonomie). Ein wenig mehr Abgrenzung der Themenbereiche hätte das Lesen und den Überblick sehr erleichtert.

München

Markus Schütz

Ein verletzliches Imperium sucht Rat

Huhnholz, Sebastian: Krisenimperialität. Romreferenz im US-amerikanischen Empire-Diskurs, 454 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2014.

Die Prämissen der Geschichtsphilosophie sind tot, aber ihre Konsequenzen laufen weiter. So könnte man einen Satz Arnold Gehlens abwandeln, um

die innere Spannung zu benennen, von der Sebastian Huhnholz' Untersuchung lebt. Man könnte sie eine Problemstudie nennen oder auch ein wissenschaftliches Großessay, das sich auf nicht ganz vierhundert äußerst dicht beschriebenen Seiten einem unermesslichen Problem nähert, der Fortwirkung des römischen Imperiums im politischen Denken und Handeln der USA. „Die Antike ist die älteste ideologische Machtressource der Moderne“ (S. 15). Doch mehr noch: Die Antike ist das Medium einer nach Theodor Mommsen vielleicht überhaupt nur noch indirekt möglichen Rede über imperiale Herrschaft, der die angeblich klaren, eindeutigen Unterscheidungen des Staatlichen immer schon fehlen. Es geht um Vorbedingungen, Kontexte und die politischen Konsequenzen imperialer Geschichtsdeutung und imperialer Legitimationsstrategien, und Huhnholz stellt alldem Heiner Müllers lakonischen Satz voran: „Die Geschichte reitet auf toten Gäulen ins Ziel“. – Ins Ziel? Damit sind wir, gut zwanzig Jahre nach Francis Fukuyamas inzwischen gerne als Lachnummer herumgereichten Mitteilungen von der Zieleinfahrt, mitten in einer politischen Theorie der Gegenwart. Unilateralismus, Hegemonie, Ende der Pax Americana, Neoliberalismus, Neokonservatismus, Achse des Guten, Römer und Barbaren, Falken und Tauben – die Einleitung (S. 13–31) sortiert die Deutungsangebote.

Durchgängig verschränkt die Studie die Aufarbeitung der amerikanischen Selbstreflexion einer imperialen Stellung mit einer Kritik des europäischen Amerika-Diskurses. Dabei fragt sie aber stets unterschwellig nach der Möglichkeit und Stellung geschichtsphilosophischer Motive im politischen Denken der Gegenwart und gewinnt daraus zugleich, verdichtet im zweiten Teil, Einsichten für eine historische Komparatistik imperialer Machtentfaltung und des auswärtigen Handelns republikanischer Gemeinwesen. Nach einem ersten Teil, der die Leitbegriffe der Studie einführt, leistet der zweite die herrschaftstheoretische Grundlegung; er befasst sich mit der Konstruktion globaler Ordnung im imperialen Denken, leistet begriffliche Grundlagenarbeit zu Machtformen jenseits von Hierarchie und Kooperation in der internationalen Ordnung. Der dritte Teil behandelt die Funktion von republikanischen und imperialen Motiven im politischen Denken der amerikanischen Gründerzeit aus ideengeschichtlicher Perspektive. Huhnholz zeigt, wie Annahmen über die autokratische Entartung der römischen Republik in die Ausformung des Mischverfassungsideals eingingen. Denn: „Antikes war den Gründervätern keineswegs bloß

politische Metapher. Antikes war kein eitles Symbol und keine pompös zur Schau gestellte Monstranz der Bildungsaristokratie. Im Gegenteil: Da es noch nicht zur Herausbildung eines verwissenschaftlichten Verständnisses der Antikenrezeption gekommen war, konnten ‚die Alten‘ oder ‚die Klassiker‘ auf natürlich erscheinende Weise mit von der Partie sein“ (S. 363). Der Gegensatz von Imperium und Republik spielte freilich in der Frühzeit gerade keine Rolle, wurde vielmehr erst im Laufe der Raumexpansion des 19. Jahrhunderts politisch und metapolitisch virulent. Das daraus amalgamierte „Republican Empire of Liberty“ galt als letztes Rom und erhielt gerade im 20. Jahrhundert seine geschichtstheologische Aufladung (S. 239–254); der „american exceptionalism“ machte so ex post die Revolution zur „Finalisierungsinstanz der Weltgeschichte“ (S. 244). Der vierte Teil führt zurück in die Gegenwart und kann als Ertrag der ideengeschichtlichen Teile zeigen, dass die Selbstreflexion des verunsicherten Hegemons nach dem 11. September auf einen eigenständigen Begriff des Imperiums recurriert (bes. S. 331–338), den europäische Beobachter nicht schon dadurch ‚verstehen‘, dass sie ihn verfassungsnormativ, menschen- oder völkerrechtlich zurückweisen. Jedenfalls kann Huhnholz plausibel machen, dass die Erfahrung der Verletzlichkeit nach 9/11 das antike und das gegenwärtige Imperium überhaupt erst vergleichbar und dadurch die Romreferenz politisch so brisant gemacht hat (S. 388).

Ein Kunststück wissenschaftlicher Prosa ist der Exkurs über die „frontier“. Sie, der offene Raum, in den hinein sich das Imperium entfaltet, sei das eigentlich Neue des amerikanischen gegenüber dem römischen Imperium. Die amerikanische Historiographie beginnt, nach dem Verblässen der republikanischen Ideale der Gründerzeit, mit dieser Erkenntnis, dass der Übergang vom beherrschten zum unbeherrschten Raum fließend sein muss (S. 260–263). Nach der Besiedelung des Westens bedeutete das: „Es bedurfte [...] neuer Räume, in denen der sich amerikanisierende Amerikaner seinen Individualismus in der Bezwingung von Wildnis entdecken, sich im Kampf gegen Wilde stählen, seine republikanische Tauglichkeit heranreifen lassen konnte“ (S. 264). Neue Räume: *empires of production and consumption* (S. 267), der Weltraum, und, nach dem Fehlschlag der Raumfahrt, wieder der Nahe Osten. Souverän entzieht sich Huhnholz einer bloßen Nacherzählung solcher Stadien; er kann sie in den popkulturellen Spuren, die sie hinterlassen haben, umso eindrucksvoller zeigen.

Dabei kommt dem Autor seine Fähigkeit zugute, das Ernsteste unernst und das Unernteste ernst zu nehmen, wenn er lakonisch über die Neuvermessung imperialer Politik in den Fortsetzungen der Star Trek-Reihe aufklärt oder es versteht, ganze Genres gekonnt zu ironisieren (S. 270–275). Überhaupt ist die Einbeziehung der populären Sachbuchliteratur ein eminenten Vorzug. Gerade angesichts solchen Materials hätte der Verlag allerdings auf einem Sach- und Personenregister bestehen müssen.

Nach Carl Schmitt („Gespräch über die Macht und den Zugang zum Machthaber“, 1954) muss, wer über Macht spricht, offenlegen, ob er selbst mächtig oder ohnmächtig ist. Niemand freilich hat diese Regel tiefsinniger verletzt als Schmitt selbst; und seine Einsicht, dass die Geschichte der Imperien an deren Rändern von ihren Besiegten geschrieben wird, liefert auch gleich die Rechtfertigung dafür. Und so ist es nicht das kleinste Verdienst dieses Buches, nicht zu leugnen, dass es unmöglich ist, über imperiale Herrschaft von einem äußeren, distanzierten Standpunkt aus zu sprechen. Huhnholz' Buch nutzt diese Unmöglichkeit produktiv und überlässt es dem Leser, wie er es bei seinem Gegenstand mit Karl Marx hält, nach dem sich bekanntlich alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen einmal als Tragödie, das andere Mal als Farce ereignen.

Berlin

Florian Meinel

Terror als Potenzialität und Exzess

Ugilt, Rasmus: The Metaphysics of Terror. The Incoherent System of Contemporary Politics, 224 S., Bloomsbury, London 2014.

Der dänische Philosoph Rasmus Ugilt unterbreitet mit seiner Studie „The Metaphysics of Terror“ eine philosophische Gegenwartsanalyse, die darüber aufklären soll, welche metaphysischen Prinzipien das Denken und Handeln von Politik und Gesellschaften im ‚Zeitalter des Terrors‘ bestimmen. Ugilt will in einer philosophischen Kritik darlegen „in what way terror can [...] be said to think in us“ (S. 31).

Der Autor ist sich bewusst, dass ein solcher Versuch nicht dem philosophischen Zeitgeist entspricht und als versponnen gelten mag. Er verwendet deshalb viel Mühe darauf, verständlich zu machen, dass er keine klassische ‚erste‘

Metaphysik betreiben will, die das Seiende aus a priori gegebenen Kategorien deduktiv entwickelt. Vielmehr möchte Ugilt eine induktiv vorgehende, ‚letzte‘ Metaphysik anwenden, die untersucht, wie und worin sich das ‚Zeitalter des Terrors‘ selbst Ausdruck verleiht (S. 30).

Ugilt folgt in seiner Analyse dennoch dem klassischen Kanon der Metaphysik. So beginnt er mit einer *metaphysica generalis* als Grundlage für seine weiteren Überlegungen. In Abgrenzung zu Immanuel Kant und G.W.F. Hegel und mit deutlichem Rekurs auf F.W.J. Schelling bestimmt er zunächst, was Metaphysik leisten soll und versucht anschließend eine politische Ontologie des Terrors. Im zweiten Teil des Buches folgt die *metaphysica specialis* mit den Unterabteilungen Psychologie, Kosmologie und Theologie. Hier werden die psychologischen Reaktionen auf den Terror beschrieben („politics of fear“); es wird analysiert, wie Zeit und Raum durch den Kampf gegen den Terrorismus transformiert werden („history of war“) und schließlich, wie im Zuge staatlicher Reaktionen auf den Terror der Ausnahmezustand auf Dauer gestellt wird („relation between sovereignty and law“). Solche separaten Analysen sind laut Ugilt notwendig, um zeigen zu können, dass die Ontologie, Psychologie, Kosmologie und Theologie des Terrors auf die gleichen Prinzipien zurückgeführt werden können (S. 31).

Ugilt zufolge gibt es in der Gegenwart keine ‚Große Erzählung‘ im Sinne einer umfassenden Welterklärung mehr. Dieser Verlust ist durch kein neues System ersetzt worden und so steht das Individuum mit all seinen Beschränkungen ‚verloren‘ im Mittelpunkt. Dies ist gewiss kein originärer Gedanke des Autors. Er nutzt ihn aber, um zu erklären, warum der Terror so wirkmächtig ist. Der Terror konfrontiert das endliche, vielerlei Beschränkungen unterliegende Individuum mit einem unbeschränkten Gegenprinzip. Dieses Gegenprinzip ist der Exzess: „The excess of terrorism fits the lack at the core of the finite individual like an ideological glove“ (S. 6).

Doch noch etwas anderes macht den Terror aus: Er ist stets reine Potenzialität, selbst dann, wenn er sich in einzelnen Anschlägen bereits materialisiert hat. Ugilt macht die Potenzialität daran fest, dass nicht der aktuelle Anschlag das Eigentümliche des Terrorismus ist, sondern der noch nicht erfolgte nächste Anschlag. Die Potenzialität macht den Terror zugleich offen für den (sprachlichen) Exzess. Er gewinnt Bedeutung erst über den Exzess, freilich ohne eine inhaltliche Bestimmung, bleibt so „potentiality of nothingness“

(S. 57). Man könnte auch sagen, er ist nichts weiter als eine hoch aufgeladene Worthülse, „being real merely as potentialities“ (S. 30). Im Krieg gegen den Terrorismus aber wird diese Potenzialität praktisch und damit zugleich „excessively potent“ (S. 111).

Ugilt denkt und argumentiert im Geist des deutschen Idealismus und legt bei der Entfaltung der Begrifflichkeiten den Leisten der Schelling'schen Dialektik an. Man mag ihm dabei nicht immer folgen und den philosophiegeschichtlichen Aufwand, den er betreibt, übertrieben finden. Aber mit der Erkenntnis, das noch nicht Geschehene – mögliche zukünftige Anschläge – bestimme durch seine Vorwegnahme die Gegenwart, trifft er einen wichtigen Punkt. Die Ausführungen dazu, wie Terror in und durch Gesellschaften wirkt, die Feststellung, dass die antizipierten Reaktionen ein Teil des Terrors selbst sind, das alles sind wichtige Aspekte, die thematisiert, auf ihre Tiefenstrukturen analysiert und in ihren Folgen bewusst gemacht werden müssen.

Die Orientierung des Autors am klassischen Kanon der Metaphysik hätte eine systematische Entwicklung von Begriffen und Inhalten erwarten lassen. Die Ausführungen in der *metaphysica specialis* wirken im inhaltlichen Zugriff zufällig, sie greifen ungeordnet politische Entscheidungen sowie deren Deutungen durch Philosophen und Sozialwissenschaftler heraus. Auf die sozialwissenschaftliche Forschung zum Terrorismus greift der Autor nur illustrativ zurück und er schneidet sich dabei den Forschungsstand, so wie er ihn braucht. Die sozialwissenschaftliche Forschung hat weitaus gründlicher gearbeitet, als von ihm dargestellt. So hat sie ausführlich dargelegt, dass staatliche Maßnahmen bei der Terrorismusbekämpfung zur Unmäßigkeit neigen.

Dessen ungeachtet gelingen Ugilt prägnante und treffende Einschätzungen der Wahrnehmungen und Handlungsbedingungen im ‚War on Terror‘: „[T]he only possible cause of action by the states that are confronted with this continual non-occurrence of the potential ‚it‘ is to actually do something: actually start a war, actually assassinate someone, actually engage in extensive surveillance programs, etc. These are all courses of action that are at one and the same time spectacularly exaggerated and spectacularly impotent“ (S. 150).

Braucht man für solche Feststellungen eine Metaphysik wie sie Ugilt vorschwebt? Ist das wirklich tiefer gedacht als von der (kritischen) Terrorismusforschung? Dazu ist seine Argumentation zu unsystematisch und zu subjektiv in der Auswahl.

Dennoch hat das Buch seinen Wert: Der Autor zeigt mit den Mitteln der Philosophie, was bei der Terrorismusbekämpfung Unbehagen bereitet und führt seine Erkenntnisse in dem Rat zusammen, im Zeitalter des Terrors „kollektives Zaudern“ (S. 204) zu üben. Man kann das als Aufruf zur Gelassenheit interpretieren. Im Umgang mit dem Terrorismus täte sie manchem politischen Entscheidungsträger und auch dem Publikum tatsächlich gut.

Hamburg

Martin Kahl

Entwicklungsdebatten

Ziai, Aram (Hrsg.): *Im Westen nichts Neues?. Stand und Perspektiven der Entwicklungstheorie*, 286 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

Der Tagungsband „Im Westen nichts Neues? Stand und Perspektiven der Entwicklungstheorien“, herausgegeben von Aram Ziai, gibt einen guten Überblick über die entwicklungstheoretischen aber auch über einzelne entwicklungspolitische Debatten und Diskussionen der letzten Jahrzehnte. Als Leserin bin ich nach dem Lesen des Bandes geneigt, die Frage im Titel mit einem Nein zu beantworten. Inwieweit dies die Autoren und Autorinnen auch so sehen, bleibt leider offen, da diese Fragestellung – polemisch angelehnt an Wolfgang Sachs Buchtitel „Wie im Westen so auf Erden“ – in den meisten der Beiträgen nicht thematisiert oder aufgegriffen wird. Das ist sehr bedauerlich, da es sich um eine notwendige und programmatische Fragestellung handelt, wie Aram Ziai in der Einleitung zu Recht betont; eine Fragestellung deren durchgängige Reflektion sicherlich zu mehr Kohärenz beigetragen hätte. Auch wenn dies im Rahmen von Tagungsbänden sicherlich ein sehr herausforderndes Unterfangen ist, wie auch der Herausgeber gleich zu Beginn hervorhebt, illustriert der Band vornehmlich, wie schwierig es ist Diskurse, Kategorien vor allem aber modernistische Vorstellungen von ‚Entwicklung‘ kritisch zu reflektieren und in die eigenen Forschungen zu integrieren. Letztlich, und hierin liegt meines Ermessens genau die Stärke des Sammelbandes, werden genau die Perspektiven die im ersten Teil des Bandes kritisiert werden, zum Teil in den folgenden Beiträgen zur entwicklungspolitischen Praxis reproduziert, sozusagen belegt. Insofern kann der Band als ein sehr interessanter Überblick über die Breite der aktuellen Debatten um ‚Entwicklung‘ gelesen werden.

So wird im ersten Teil der Buches in den Beiträgen von Ingrid Wehr, Reinhart Köbler und Aram Ziai nicht nur die Möglichkeit von ‚Entwicklung‘ grundsätzlich in Frage gestellt, sondern vor allem die wissenssoziologische Einbettung entwicklungstheoretischer Annahmen und somit die dominante konzeptuelle ‚Rahmung‘ von Entwicklung und Entwicklungspolitik kritisch hinterfragt und auf die fehlende historische Einbettung und globale Machtstrukturen im Kontext der Theoriebildung verwiesen. Ingrid Wehr wirft die spannende Frage auf inwieweit theoretische Ansätze der multiplen Modernen Ansatzpunkte bieten, um globale gesellschaftliche Fragestellungen ‚neu‘ zu konzeptualisieren. Auch wenn die Ansätze, die sie sehr differenziert vorstellt, nicht neu sind, so ist es die Perspektive und Fragestellung anhand derer sie diese diskutiert und versucht weiterzudenken sehr innovativ. Reinhart Köbler fordert in seinem Beitrag die theoretischen Grundlagen der Ansätze, die als ‚Entwicklungstheorien‘ bezeichnet werden, kritisch zu reflektieren – gerade im Zuge der zugenommenen globalen Komplexität. Während Aram Ziai in seinem Beitrag nicht weniger fordert als die Abschaffung des Entwicklungsbegriffs, nachdem er sich sehr spezifisch mit der bisherigen Wissensproduktion über den Begriff, das Konzept und den Prozess ‚Entwicklung‘ aus postkolonialer und diskursanalytischer Perspektive auseinandergesetzt hat.

Im zweiten Teil stehen aktuelle Entwicklungen des globalen Wandels im Mittelpunkt der Beiträge. Stefan Schmalz zeigt, dass die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise neue Herausforderungen aufgeworfen hat, die mit den bisherigen Entwicklungstheorien nicht nur nicht fassbar und erklärbar sind, sondern vielmehr das ‚Fundament‘ dieser grundsätzlich in Frage stellen. Robert Kappel analysiert in seinem Beitrag den Aufstieg von regionalen ‚Mächten‘, fokussiert dabei allerdings sehr dezidiert auf ökonomische Ansätze; dies führt dazu, dass die spannenden politischen Fragen, die am Ende des Beitrages aufgeworfen werden – vor allem nach der Machtverschiebung und der möglichen Ausübung von Macht – gerade in Bezug auf die aufgeworfenen Fragestellung des Buches etwas zu kurz kommen. Mit der Frage der Entwicklungsfinanzierung beschäftigt sich Johannes Schmitt in seinem Beitrag und zeigt dabei eindrücklich den Widerspruch zwischen den formulierten Zielen und den Instrumenten. Das ‚Machabgeben‘ sowie das mangelnde Vertrauen zwischen den unterschiedlichen Akteuren stellt er als maßgeblich Ursachen für diese Diskrepanz dar. In all diesen Beiträgen, sowie im

folgenden dritten Teil wird allerdings deutlich, wie schwierig es ist, die Beziehung zwischen ‚Entwicklung‘, sogenannten Entwicklungsprozessen und Entwicklungspolitik grundsätzlich zu hinterfragen. ‚Entwicklung‘ als Schlüsselbegriff und als dominanten Diskurs zu hinterfragen, scheint trotz der Widersprüche, die in den Beiträgen beobachtet und analysiert werden, ein schwieriges Unterfangen, auf das Ziai in der Einleitung zu diesem Band zurecht verwiesen hat.

Im dritten Teil des Bandes steht im ersten Beitrag von Philipp Lepenies der Umgang mit Kritik an Entwicklungspolitik und ihren Akteuren, vor allem den sogenannten Experten im Zentrum. Deutlich zeigt der Autor, dass das mangelnde Reflektionspotenzial entwicklungspolitischer Akteure vielfältigen Ursachen geschuldet ist. Dabei spielt vor allem – wenn auch nicht nur – die Eigenwahrnehmung der sogenannten Experten eine wichtige Rolle, wie sehr überzeugend diskutiert wird. Allerdings wird, und das fällt insbesondere in diesem Beitrag auf, auch hier auf eine geschlechtergerechte Sprache verzichtet. Es werden also nicht nur wie in der Einleitung von Ziai formuliert auf feministische Perspektiven beziehungsweise Beiträge verzichtet, obwohl sie, so der Autor, sehr wichtig sind(!), sondern Gender bleibt durchgängig unsichtbar.

In den folgenden Beitrag von Malte Gepart steht der Anti-Korruptionsdiskurs im Fokus. Diesen als soziale Beziehung zu konzeptualisieren, eröffnet dem Autor den Raum grundsätzliche Kritik an den dominanten Machtstrukturen und den Konstruktionen zwischen ‚wir‘ und den ‚anderen‘, die zweifelsfrei immer noch die Debatten über ‚Entwicklung‘ strukturieren, zu üben. Im letzten Beitrag setzen sich Philipp Dann und Julia Sattelberger mit der Verrechtlichung der Entwicklungszusammenarbeit auseinander sowohl innerhalb der Pariser Erklärung als der Weltbank. Empirisch sehr gut nachvollziehbar zeigen sie, wie die Verrechtlichung historisch Einzug gehalten hat und eine zunehmend wichtige Norm geworden ist. Während die Autoren und Autorinnen dies durchaus positiv einschätzen, sei hier noch einmal der Anspruch des Buches bemüht. Ohne die Interpretationen der Autoren und Autorinnen hinterfragen zu wollen, wird damit zu einer Depolitisierung der Diskussionen und Debatten um ‚Entwicklung‘ und der Theoriebildung beigetragen; eine Depolitisierung, die – implizit und explizit – im ersten Teil des Buches im Mittelpunkt der entwicklungskritischen Beiträge stand.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass dieser Tagungsband zweifelsfrei einen guten

Überblick über entwicklungsrelevante Diskurse, Entwicklungsprozesse und Themen der Entwicklungspraxis bereitstellt. Auf die formulierte programmatische Fragestellung allerdings wurde nur teilweise eingegangen beziehungsweise in den Beiträgen behandelt und bedarf zweifelsfrei noch weiterer Reflektionen, Tagungen und Veröffentlichungen.

Wien

Petra Dannecker

Die Politisierung der Weltpolitik

Zürn, Michael/Ecker-Ehrhardt, Matthias (Hrsg.): Die Politisierung der Weltpolitik. Umkämpfte internationale Institutionen, 427 S., Suhrkamp, Berlin 2013.

Der Titel des Bandes dürfte unterschiedliche Reaktionen hervorrufen: Wer mit der Materie weniger vertraut ist, könnte einen Pleonasmus wittern und fragen, wann und ob Weltpolitik denn jemals unpolitisch war. Andere Leser dürften sich an jüngere Debatten der Politikwissenschaft um Depolitisierung auf nationalstaatlicher Ebene als Ergebnis des vermeintlichen Siegeszuges neoliberaler Ideologien seit den 1990er Jahren und Repolitisierung als Folge der Finanzkrise seit dem Jahr 2008 erinnern fühlen. Kurz vor deren Ausbruch begannen auch die Vorarbeiten für den Sammelband „Die Politisierung der Weltpolitik“ und Michael Zürn widmet der Finanz- und Schuldenkrise ein eigenes Nachwort, da diese in keinem Beitrag explizit behandelt werde. Dieses Nachwort, in dem vor allem die Politisierung der Europäischen Union diskutiert wird, ist eher tagespolitisch geprägt und wäre nicht zwingend nötig gewesen, weist die Bedeutung des Bandes doch über das aktuelle politische Geschehen hinaus und kann als Grundlage für umfassende weitere Forschungsvorhaben gesehen werden. Denn auch wenn hier vor allem das Konzept der Politisierung von Politik jenseits des Nationalstaates abgehandelt wird, reicht der Blick der Herausgeber darüber hinaus – sie sehen Politisierung als Vorbedingung für Demokratisierung, letztlich geht es ihnen also um die Demokratisierung internationaler Institutionen.

Zuvor wollen die Autoren und Autorinnen aber die konzeptionellen Grundlagen etablieren. Der Anspruch des Bandes ist dabei selbstbewusst – es geht den Herausgebern „darum, Politisierung als eine neue ‚Variable‘ bzw. als ein

neues Konzept der Analyse internationaler Beziehungen einzuführen und seine Nützlichkeit für die Analyse institutioneller Entwicklungen jenseits des Nationalstaates zu demonstrieren“ (S. 11). Selbst wer vom Nutzen des Konzeptes nicht voll auf überzeugt ist, wird nicht bestreiten können, dass der Band vorbildlich aufgebaut ist. In der Einleitung wird die Fragestellung gut nachvollziehbar entwickelt und auch mit Rückgriffen auf Max Weber, Thomas Mann und Carl Schmitt aus der deutschen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts hergeleitet. Politisierung wird dabei definiert als „der Prozess, mittels dessen Entscheidungskompetenzen und die damit verbundenen autoritativen Interpretationen von Sachverhalten in die politische Sphäre gebracht werden“ (S. 19). Das Objekt der Politisierung sind also Entscheidungen oder Institutionen, die Träger dieser Entscheidungen sind. Analysiert werden diese in zwölf Fallstudien, die sich teils auf spezifische Institutionen (GATT/WTO, UN-Sicherheitsrat) oder Politikfelder (Steuerpolitik, transnationale private *governance*) beziehen, teils breitere Entwicklungen wie die Zunahme globalisierungskritischer Proteste diskutieren. Zwingend notwendig ist bei einem solchen Band ein Schlusskapitel, das sich zudem möglichst nicht auf die Zusammenfassung der einzelnen Beiträge beschränkt. Michael Zürn und Matthias Ecker-Ehrhardt streben dann auch ein „Gesamtbild“ (S. 335) des Forschungskonzeptes an, wobei sie zunächst einräumen, dass auch in früheren Zeiten vermeintlich unpolitische Formen der internationalen Zusammenarbeit in den meisten Fällen ein Mythos gewesen seien. Neu sei aber, dass spätestens seit Beginn der 1990er Jahre die unpolitische Begründung internationaler Institutionen mit ihrem legitimierenden Narrativ der expertengeleiteten Problembearbeitung nicht mehr greife und fast alle Fragen der internationalen Politik, so die griffigere Definition von „Politisierung“, „in das Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden“ (S. 365) könnten.

Dabei identifizieren die Herausgeber zwei Grundtypen von Politisierung: Die Kritik an unzureichend arbeitenden bestehenden Institutionen (Politisierung von Legitimationsdefiziten) oder die Kritik an einem Mangel an durchsetzungsfähigen Institutionen für regelungsbedürftige Politikfelder (Politisierung von Regelungsdefiziten).

Voraussetzung ist in beiden Fällen das Vorhandensein von denationalisierten Problemlagen, wobei der Begriff diskutabel ist; wenn unter Denationalisierung zu verstehen ist, dass Politikbereiche im nationalstaatlichen Rahmen allein nicht mehr angemessen gelöst werden können, trifft er zu. Verhandelt und beeinflusst werden diese aber weiterhin auch auf der nationalen Ebene, und die Herausgeber führen selber aus, dass nationale Politik zur Politisierung internationaler Institutionen führen kann, indem diese etwa in Wahlkämpfen als Sündenböcke benannt werden. Weiterhin gibt es nichtintendierte Formen von Politisierung – etwa als Gegenreaktion auf Versuche, Politikfelder zu depolitisieren.

Als Fazit konstatieren die Herausgeber eine klare Zunahme der Politisierung der Weltpolitik in den vergangenen beiden Jahrzehnten, die auch nicht ohne Effekte geblieben sei. Dazu werden konkrete Reformen in einzelnen Politikbereichen/internationalen Organisationen wie etwas optimistisch ein „grundlegender Paradigmenwechsel der gesamten Weltbankpolitik“ (S. 360) sowie generell die breitere Einbindung von Nichtregierungsorganisationen (NROs) gezählt. Allerdings wird auch eingeräumt, dass letztere teils nur strategisch erfolgt und dass westliche geprägte NROs leichter Zugang zu globalen Foren erhalten.

Einen vorwiegend westlich fokussierten/eurozentrischen Blickwinkel könnte man dem Band als eines seiner wenigen Versäumnisse ankreiden. Nichtwestliche zivilgesellschaftliche Akteure tauchen in den meisten Beiträgen allenfalls am Rande auf, und wenn auf eine Regionalorganisation verwiesen wird, dann fast ausschließlich auf die EU. Dabei hat beispielsweise die Gemeinschaft südostasiatischer Staaten ASEAN eine „people-centered community“ als Ziel ausgegeben; dass dieses Versprechen bislang nicht eingelöst wurde, hat ebenfalls zu einer Politisierung geführt. Nicht als Kritik, sondern als Anreiz zur weiteren Forschung lassen sich dagegen hier nicht behandelte Politikbereiche nennen, bei denen vor allem (Arbeits-)migration als hochgradig politisiertes, transnationales und von einer globalen Lösung weit entferntes Feld ins Auge sticht.

Freiburg i. Br.

Stefan Rother